G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Bilanz und Ausblick an der Jahreswende

Martin Hall
Nixons Wahlniederlage und die Krise der USA

Gert Schäfer und Reinhard Opitz über Faschismus

Hans Mausbach
„Halbgott in Weiß" und die Folgen

Hans-Peter Waldrich
Zur gesellschaftlichen Funktion der Illustriertenpresse

12'70

Dezember 1970 Einzelheft 4,00 Im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Dezember 1970

CHRONIK DES MONATS NOVEMBER 1970 1227

KOMMENTARE UND BERICHTE

Westberlin und Entspannung . . . . . *Klaus Ehrler* 1230

Kehrtwendung in Israel? . . . . . *Hans-Georg Burger* 1232

Wirtschaftliche Aspekte des Warschauer Vertrags . *Hans Joachim Orth* 1236

HAUPTAUFSÄTZE

Bilanz und Ausblick an der Jahreswende . . . . . *Karl D. Bredthauer* 1240

Nixons Wahlniederlage und die Krise der USA *Martin Hall, Los Angeles* 1246

Ökonomische Bedingungen des Faschismus . . . . . *Gert Schäfer* 1257

Über Faschismus-Theorien und ihre Konsequenzen . . *Reinhard Opitz* 1267

„Halbgott in Weiß" und die Folgen . . . . . *Hans Mausbach* 1286

Mit der Inflation leben? . . . . . *Hermann Etzel* 1296

Zur gesellschaftlichen Funktion der Illustriertenpresse *Hans-Peter Waldrich* 1302

FERNSEH-SPALTE

High Noon . . . . . *E. H. Wahl* 1313

BÜCHER

Danckwerts/Lechner/Pfütze/Stiebitz, Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik . . . . . *Ulrich Ewers* 1314

Mertner/Mainusch, Pornotopia . . . . . *Richard Stinshoff* 1316

Willi Bohn, Transportkolonne Otto. — Literatur und Widerstand. — Stücke gegen den Faschismus . . . . *Heinz Brüdigam* 1320

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher 1323

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Wortlaut des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970 1325

Dokumente, die mit dem Vertrag zwischen der BRD und der VR Polen in Zusammenhang stehen 1326

Wortlaut der Erklärung der Staaten des Warschauer Paktes zu Fragen der europäischen Sicherheit vom 3. Dezember 1970 in Berlin (DDR) 1330

Wortlaut der Resolutionen der Dritten Konferenz der blockfreien Länder in Lusaka/Sambia (I) 1332

Kommentare und Berichte

Westberlin und Entspannung

Die europäische Entspannungspolitik darf an Westberlin weder scheitern noch vorübergehen. Dieses Konditions-Axiom der aktuellen internationalen Friedens- und Ausgleichspolitik gilt es in diesen Wochen intensivierter Sondierungs- und Verhandlungstätigkeit der beteiligten und interessierten Diplomatien besonders aufmerksam zu beachten.

Die in vielen Betrachtungen begrüßten Verträge von Moskau und Warschau, mit denen die BRD eine neue Phase, vielleicht auch eine neue Orientierung ihrer Politik eingeleitet hat, können als unentbehrliche Voraussetzungen des Zustandekommens einer Europäischen Sicherheits- und Friedenskonferenz und des daraus möglicher- und wünschenswerterweise hervorgehenden internationalen Koexistenz-Systems gelten; sie können aber keinesfalls bereits als ausreichende Vorbereitungsschritte der Bundesregierung für die von ihr proklamierte Friedenspolitik geltend gemacht werden. Dieser Unterschied darf gerade jetzt nicht verwischt werden, wo das Aufatmen über das Erreichen des längst Fälligen den Vollzug des weiterhin Notwendigen aufzuhalten beginnt. Die notwendigen Bonner Normalisierungsschritte gegenüber der UdSSR, Polen, der CSSR und der DDR bilden bei aller methodischen und thematischen Besonderheit jedes einzelnen von ihnen doch ohne Zweifel ein zusammenhängendes Ganzes, dessen Vollendung erst ihnen allen ihre fortdauernde Gültigkeit und Wirksamkeit garantiert. Darum wäre mit den Verträgen von Moskau und Warschau allein zu wenig für die Gewinnung einer neuen Friedensqualität in Europa erreicht, wenn die Bundesregierung nach ihrer innenpolitischen Stabilisierung durch die Landtagswahlen in Hessen und Bayern nun nicht endlich jene Serie längst überfälliger Entscheidungen träfe, deren langjährige Verweigerung bisher als letztes Relikt des Kalten Krieges der entspannenden Normalisierung in den Beziehungen und im Leben der Völker entgegengestanden hat.

Wie seinerzeit die Hallstein-Doktrin am Anfang der fünfziger Jahre niemals klar definiert wurde, um ihren Erfindern und Benutzern die Umformung zum jeweils effektivsten Einsatz im Sinne des Kalten Krieges offenzulassen, so soll jetzt das „Berlin-Junktim" der bundesdeutschen Diplomatie die Möglichkeit verschaffen, die noch unbewältigten Reste der Bonner Nichtanerkennungspolitik in völkerrechtlich relevanter Form zu konservieren oder gar sanktionieren zu lassen, um in Zukunft alle möglichen Hebel einer Bonner Politik des praktizierten Rechts- und Handlungsvorbehalts benutzbar und anwendbar bereit zu halten. So sehr es freilich in der Politik auf Durchsetzbarkeit und Praktizierbarkeit von Vorsätzen und Vereinbarungen ankommt, so wichtig ist es doch zugleich, auch anscheinend langfristig irrealen Erwartungen von vornherein die Ausgangsbasis zu entziehen, wenn ihre Verwirklichung die Störung oder Zerstörung des internationalen Friedens- und Entwicklungsgleichgewichts zur Folge hätte.

Auf den ersten Blick nimmt sich der Hinweis des Westberliner Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz auf die Notwendigkeit der Anerkennung der „Realität Westberlin" so aus, als sei er hauptsächlich an die Adresse der Staaten des Warschauer Vertrages gerichtet, für die die engen Verbindungen Westberlins mit der BRD wegen ihrer unklaren Grenzen und Ausnutzungsmöglichkeiten eine ernstzunehmende

Quelle der Verunsicherung und ein Gegenstand atmosphärisch belastenden Mißtrauens geblieben sind. Der Faktizität nach aber gilt dieser Appell zuerst dem Westberliner Senat selbst und nicht zuletzt der Bundesregierung. Die Bonner Auslegung der Eigenschaften der „Realität Westberlin" — um bei dieser Formel von Klaus Schütz zu bleiben — setzt die mit Erfurt, Kassel, Moskau und Warschau begonnene Verständigungspolitik wieder hinter ein entspannungsfeindliches Vorzeichen. Um des Friedens und der Normalisierung des Lebens willen muß jetzt in der Tat das akribische Geschäft differenzierender völkerrechtlicher Bestimmungen und Vereinbarungen ernstgenommen und wahrgenommen werden.

Worum geht es? Der Beginn des zwischenstaatlichen Dialogs in Erfurt ließ auch die Minderung der Kontroversen um Westberlin wahrscheinlich oder doch wenigstens diskutabel werden. Deshalb kamen die in Bonn akkreditierten Botschafter der drei Westmächte und der Botschafter der UdSSR in der DDR schon Ende April in Westberlin zu ihrer ersten Verhandlungsrunde zusammen. Die UdSSR entsandte dazu nicht ihren in Bonn akkreditierten Botschafter, um deutlich werden zu lassen, daß sein Agreement nur für die BRD, nicht aber zugleich für Westberlin mit gilt. Hier wird bereits der Kern des Problems sichtbar: für Bonn sind zwar in Westberlin nach eigener Wunschvorstellung allenfalls nur die Westmächte als Verhandlungspartner zuständig, weil de facto die Doktrin der föderativen Ein- und Unterordnung Westberlins in seinem Verhältnis zur BRD praktiziert wird, andererseits aber muß die Bundesregierung Rücksicht auf „die Lage in und um Berlin" nehmen, wie sie eben die Realitäten tabuisierend umschreibt, deren detaillierte Anerkennung und Respektierung erst den in Moskau begonnenen Ausgleich mit der Sowjetunion zur Vollendung und Erfüllung kommen ließe. So hat es in Bonner Augen eher den Anschein, als ob die vier Botschafter Auftragsverhandlungen für die Bundesregierung führten, anstatt daß in absehbarer Zeit das umgekehrte geschähe; aber eben schon solche Ent-Tabuisierung der Diskussion durch Benennung und Hervorhebung „gewachsener" und gepflegter Paradoxien muß dazu beitragen, die besondere Souveränitätsstruktur der Realität Westberlin deutlich zu machen, die erst nach entsprechender Erkenntnis und Respektierung zu einer stabilen, dem manipulativen Mißbrauch entzogenen Realität würde und keine warnenden Gänsefüßchen mehr brauchte.

Klaus Schütz weiß dies gewiß sehr genau. Aber seine Westberliner Sozialdemokratie — wie Alt-Senator Evers sagte: die „CSU der Gesamtpartei" — läßt ihm nur geringen Handlungsspielraum, und die nächste Wahl zum Abgeordnetenhaus (14. 3. 1971) ist nahegerückt. So kann er selber schon gar nicht mehr das sagen, was jetzt nottut: die Umstellung der usurpatorischen Föderativ-Praxis der Beziehungen BRD-Westberlin auf eine formelle konföderative Basis, die in Übereinstimmung mit den Rahmenbedingungen der vier Großmächte und mit den Interessen der DDR in der Gestalt vertraglicher Vereinbarungen herzustellen wäre.

Gegen die inhaltlichen Gemeinsamkeiten Westberlins und der BRD in den Bereichen des Wirtschafts- und Rechtslebens, des Finanz- und des Bildungswesens, des Sports und selbst der Post wird kein politisch Verantwortlicher der DDR und der UdSSR Einspruch erheben, wenn damit kein Souveränitätsanspruch der BRD auf Westberlin verbunden ist. Die bisherige bundesstaatliche Einbeziehung Westberlins in die BRD aber macht solches Entgegenkommen unmöglich; denn selbst das stille Hinnehmen dieser föderativen Integrationspraxis — die durch die Methode der Übernahme von Bundesgesetzen in Form von Westberliner „Mantelgesetzen" nur schwach verschleiert ist — könnte eines Tages als faktische Dul-

dung einer „gewachsenen" Integration oder Annexion ausgelegt und in Anspruch genommen werden.

Die verbliebenen Zweideutigkeiten der neuen Bonner Ostpolitik machen derart empfindliche Detailbetrachtungen leider noch notwendig; die Schüsse des 7. November auf den sowjetischen Wachsoldaten vor dem Ehrenmal im Westberliner Bezirk Tiergarten waren von Rechtsradikalen bewußt dazu ausersehen, die Entspannungspolitik schon in ihren zarten Ansätzen zu torpedieren. Sie sollten die Eindeutigkeit des Kalten Krieges wiederherstellen. Eben darum darf der Teufel jetzt auch nicht mehr im juristischen Detail versteckt geduldet werden: die Eindeutigkeit der Friedenspolitik muß bereits aus den Formen und Formeln der vertraglichen Vereinbarungen klar zu erkennen sein. Für eine allseitig und übereinstimmend anerkannte Realität Westberlin bedeutete dies, daß die Bürger dieser Stadt eine neue Identität ihres Gemeinwesens akzeptieren lernen müssen, das durch Verträge mit den Großmächten, mit der DDR und mit der BRD eine gewiß bisher einmalige politische Struktur erhielte, die aber dem latenten Kriegszustand der Zeit der „Siegerrechte" ebenso den Abschied geben würden wie dem Kalten Krieg der politischen Unverträglichkeiten zwischen West und Ost, unter denen Westberlin noch immer stark zu leiden hat.

Die Frage der Zugangswege kann dann auf der Grundlage der Konvention über die Freiheit des Durchgangsverkehrs vom 20. April 1921 (Barceloner Abkommen, abgedruckt in Reichsgesetzblatt II, Jg. 1924) einvernehmlich geregelt werden; denn ohne eine inzwischen vollzogene vertragliche Normalisierung zwischen BRD und DDR werden auch die für Westberlin lebensnotwendigen Normalisierungsverträge mit allen dazu wichtigen Partnern nicht zustandekommen. Das heikle Außenvertretungsproblem Westberlins kann nur in Übereinstimmung mit den Großmächten gelöst werden; es sollten dem für Westberlin anzustrebenden Zustand universeller Friedensbeziehungen gemäß mehrere praktische Wege offengehalten werden: teils Selbstvertretung, teils Vertretung durch BRD oder DDR, teils durch Großmächte oder möglichst nichtpaktgebundene Staaten.

Der Gedanke der konföderativen Verbindungen Westberlins mit BRD und DDR auf Teilgebieten (Teil-Konföderationen) anstelle der bisherigen föderativen Einverleibungspraxis in die BRD muß um des Friedens willen in realisierbare Formen gebracht werden; die menschliche Phantasie hat schon vieles Erstaunliche zustandekommen lassen — warum sollte nicht auch das politische Leben einmal davon profitieren? Nicht zuletzt die jetzt vieldiskutierte Frage der Verbesserung der Familienkommunikation könnte durch solche auf teilkonföderativer Basis möglichen vertraglichen Regelungen gelöst werden.

Alle dringlichen und wünschenswerten Verbesserungen lassen sich indessen nur einleiten und schrittweise verwirklichen, wenn die Einberufung und der Erfolg der Europäischen Sicherheitskonferenz nicht blockiert werden. Ohne die übereinstimmende vertragliche Festlegung der besonderen politischen und souveränitätsrechtlichen Struktur Westberlins gibt es keinen dauerhaften Frieden in Europa. Die Anerkennung dieses besonderen Aspekts der Realität Westberlin gehört ebenso zur Entspannungspolitik wie die konsequente Vollendung der in Moskau und Warschau eingeleiteten bundesdeutschen Anerkennungsschritte.

Klaus Ehrler

Kehrtwendung in Israel?

Die Welt war erstaunt, als Israels Sicherheitsminister Moshe Dajan am

6. und 7. November 1970 auf zwei Veranstaltungen in Tel Aviv und in Haifa sich dafür aussprach, daß sich Israel wieder an den Jarring-Friedensgesprächen beteiligen solle. Genau derselbe Mann war hauptverantwortlich für den israelischen Rückzug von den Jarring-Gesprächen Anfang September 1970, die der schwedische Botschafter erst Ende August auf Grund des sogenannten Rogers-Plans und des Waffenstillstandes erneut aufgenommen hatte. Wegen der seiner Ansicht nach für Israel äußerst gefährlichen militärischen Situation — vorgeschobene sowjetische SAM-3-Raketenabschußbasen am Suezkanal — lancierte Dajan Anfang September Pressevertretern gegenüber wohlbedacht seine angeblichen Rücktrittsabsichten. Nunmehr sprach der gleiche Dajan in Tel Aviv und Haifa von einem „Sprung ins eiskalte Wasser", d. h. konkret gesprochen: Israel sieht sich genötigt, aus bestimmten Erwägungen heraus sich wieder an den Jarring-Friedensgesprächen zu beteiligen.

Wie kam es, daß der „Falke" Dajan über Nacht eine Kehrtwendung um 180 Grad vornahm und sich in eine „Taube" verwandelte? Wo sind die Gründe für diesen Gesinnungswandel zu suchen? Ein knappes punktuelles Aufzählen dreier wichtiger Fakten, die Dajans „Tauben"erklärung vorausgingen, möge erste Leitlinien skizzieren:

1) Die vom afro-asiatischen Block in der UNO-Vollversammlung am 4. November d. J. verabschiedetete — und von Israel abgelehnte — Resolution forderte u. a. die am Nahostkonflikt beteiligten Staaten zu einer Verlängerung der Waffenruhe um weitere drei Monate auf, ferner Abzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten und eine Anerkennung der Rechte der Palästinenser. Diese UNO-Resolution enthält eine Klausel, nach der dem UNO-Generalsekretär U Thant binnen zwei Monaten ein Bericht über den Fortgang der Bemühungen von Jarring zugeleitet werden soll.

Auf der Parteiversammlung am 7. November in Haifa bezeichnete nun Dajan diese Entschließung der UNO-Vollversammlung als einen der Eisberge, die in dem eiskalten Meer, in das Israel springen soll, herumschwimmen.

2) Ägypten hat am 6. November d. J. nochmals, nachdem zuvor die Waffenruhe am Suezkanal ohne offizielle Vereinbarung über die ursprünglich festgelegte 90tägige Frist um weitere drei Monate ausgedehnt worden war, unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß die Fortdauer des Waffenstillstandes von der Wiederaufnahme der Friedensgespräche des UNO-Vermittlers Gunnar Jarring abhängig sei. Der ägyptische Staatspräsident Anwar el-Sadat hat für Ägypten ausdrücklich das Recht in Anspruch genommen, seine Zustimmung zu der erneut auf 90 Tage befristeten Verlängerung der Waffenruhe rückgängig zu machen, wenn Israel bei seiner Weigerung bleibe, sich wieder an den Friedensgesprächen unter der Leitung Jarrings zu beteiligen. Zudem wurde auf die in der UNO-Resolution enthaltene Klausel hinsichtlich eines Lageberichtes über den Fortgang der Jarring-Gespräche verwiesen.

3) Wenige Tage vor einem Besuch von Israels Ministerpräsidentin Golda Meir in London unterbreitete der britische Außenminister Sir Alec Douglas-Home neue Londoner Friedensüberlegungen. Seine Vorschläge beruhten auf zwei Grundsätzen: Unzulässigkeit von Gebietserweiterungen durch Krieg und Rückzug aus gewaltsam eroberten Territorien. Auf Grund dieser Maximen forderte Sir Alec, daß Israel seine Streitkräfte aus den eroberten arabischen Gebieten zurückziehe und einen maßgeblichen Beitrag zur Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems leiste. Sicherlich nicht zufällig äußerte sich der britische Außenminister, ein Vertreter der konservativen diplomatischen „hohen Schule", kurz vor dem

Besuch Golda Meirs in dieser Hinsicht so deutlich.

Außerdem war durch diplomatische Kanäle auch in Tel Aviv durchgesickert, daß auf der am 19. November 1970 in München stattgefundenen Außenministerkonferenz der EWG-Länder auch das Nahost-Problem zur Sprache kommen solle und die Absicht bestehe, eine Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte bei jenen Problemen zu erreichen und auch die Haltung der EWG-Beitrittskandidaten — also besonders die Haltung Großbritanniens — schon weitgehend zu berücksichtigen.

Diese drei Fakten signalisierten ein immer offenkundiger werdendes Erstarken der arabischen, in erster Linie der ägyptischen Position auf dem internationalen diplomatischen Parkett. Ferner zeichnete sich bereits vor dem Tode Nassers eine Schwerpunktsverlagerung der arabischen Außenpolitik ab, die durch eine vor kurzem vom ägyptischen Staatspräsidenten Sadat vor der Nationalversammlung in Kairo getane Äußerung angedeutet wird, daß der Kampf um die Befreiung der von Israel besetzten arabischen Gebiete nicht nur Kriegsführung bedeute, sondern — was unausgesprochen blieb — diplomatische Offensiven. Die bisherige israelische Kraftmeierei-Politik erwies sich so als für Israel verhängnisvolle Selbstisolierungs-Politik. Dieser Bumerangeffekt der israelischen Außenpolitik ist von Israel nicht voll einkalkuliert worden. Ein Ausweg aus dieser für Israel allmählich bedenklich werdenden Situation bietet vorerst nur eine Rückkehr zu den Jarring-Friedensgesprächen.

Dieses Faktum korrespondiert mit der Dajanschen Taktik, die seit dem 7. August 1970 (Mitternacht) herrschende Waffenruhe am Suezkanal fortzusetzen, um mit Hilfe des Faktors Zeit die Araber, insbesondere Ägypten, an den Status quo am Kanal zu gewöhnen, d. h. an ein Festzementieren der Waffenstillstandslinie. Ziel dieses Vorstoßes von Dajan ist ein dauerhafter Waffenstillstand am Suezkanal als Voraussetzung und als Grundlage für eine allmähliche Verwandlung des Kriegszustandes in einen nicht erklärten Friedenszustand ohne formalen Friedensschluß unter Beibehaltung der bisherigen Waffenstillstandslinie als vorläufige provisorische „Grenze". Da die arabische Ostfront am Jordan wegen des Bürgerkrieges in Jordanien inzwischen praktisch zusammengebrochen ist, gilt dem Suezkanal augenblicklich die Hauptsorge Israels. Daher ist es nicht uninteressant, daß Dajans erste Äußerung für eine Wiederbeteiligung Israels an dem Gespräch mit Gunnar Jarring kurz nach der unmißverständlichen Erklärung von Ägyptens Staatspräsident Sadat, Ägypten werde nur dann eine erneut auf 90 Tage befristete Waffenruhe am Suezkanal einhalten, wenn Israel zur Jarring-Runde zurückkehren würde, erfolgte, also sozusagen als Antwort auf Sadat zu werten ist.

Ein weiterer Faktor in Dajans Kalkulation dürften die Entwicklungen in der arabischen Welt gewesen sein. Die nach dem Tode Nassers neu gebildeten ägyptischen Führungsgremien befinden sich erst im Konsolidierungsprozeß. Israels Boykott der Jarring-Gespräche trug ungewollt zu einer Profilierung der neuen ägyptischen Führung, insbesondere Präsident Anwar el-Sadats, bei. Eine Stärkung der neuen ägyptischen Führung würde aber nach Ansicht der Befürworter der neuen Dajanschen Politik gerade die von Israel beabsichtigte Verwandlung des Kriegszustandes in einen nicht erklärten Friedenszustand unter Beibehaltung der Waffenstillstands„grenzen" gefährden.

In der Wertung der Dajanschen Kehrtwendung, wenn es eine solche wirklich ist, ist ein Moment nicht außer acht zu lassen: daß nämlich der Parteikongreß der regierenden Arbeiterpartei vor der Tür steht. Seit Wochen fin-

den überall im Lande bereits Delegiertenwahlen und Diskussionsversammlungen der Arbeiterpartei statt, auf denen sich die engagierten, auf das Ministerpräsidentenamt spekulierenden Kandidaten bereits in eine gute Ausgangsposition bringen wollen. So hat Dajan am 7. November d. J. gerade auf einer derartigen Parteiversammlung in Haifa sich deutlicher ausgedrückt als einen Tag zuvor im Tel Aviver Ingenieur-Club, wo er lediglich von einem „Sprung ins kalte Wasser" sprach. Die Bedeutung des bevorstehenden Parteikongresses ist darin zu sehen, daß hier bereits eine mögliche Vorentscheidung über einen eventuellen Nachfolger nach dem Abtreten von Ministerpräsidentin Golda Meir fallen kann. Dajan wollte sich auf Grund seiner neuen Initiativen als der „Politiker von morgen" präsentieren, der seinen bisher im Felde bewiesenen militärischen Mut nunmehr auch auf der politischen Bühne einsetzen wolle. Die Wirkung ist auch nicht ausgeblieben. Israel und der Welt exerzierte Dajan in seiner „Nacht"-Operation vor, wer eigentlich die Richtlinien der Politik in Israel bestimmt. Geradezu peinlich mutet es an, wenn man die geäußerten Meinungen der wichtigsten Kabinettsmitglieder von Dajan vor und nach diesem „Windwechsel" liest: Alle richteten ihr Fähnchen nach dem Dajan-Wind, seien es Shimon Peres, Yigal Allon oder andere. Ministerpräsidentin Golda Meir und Außenminister Abba Eban wurden vollkommen düpiert, da sie — Meir in London und Eban in Washington — noch kurz zuvor den Standpunkt Israels unzweideutig bekräftigt hatten, erst dann wieder an den Gesprächen mit UNO-Vermittler Jarring teilzunehmen, wenn Ägypten die nach dem Waffenstillstand in die Suez-Kanal-Zone verlegten Raketenbasen abbaue. Ein Erfolg in einem Großteil der westlichen Presse stellte sich für Dajan ebenfalls ein: Allgemein zustimmender Tenor; der französische „Combat" ging sogar so weit, davon zu sprechen, daß Dajan sich mit seiner Kehrtwendung zum zukünftigen geeigneten Führer Israels mache.

Forciert wurde die Dajansche Kehrtwendung durch den Erfolg der (seiner) israelischen Politik des Boykotts der Jarring-Gespräche gegenüber den USA. Erstens versuchten die Vereinigten Staaten die Vorteile, die sich für Ägypten aus der Vorverlegung der Raketenstellungen am Suezkanal ergeben haben, durch entsprechende Waffenlieferungen wettzumachen. Israel erhielt außer einem beträchtlichen Kredit — Ende November 1970 nochmals 500 Mill. Dollar — auch Panzer, Raketen, Geschütze und Phantom-Jäger. Außerdem wurden die USA durch Dajans Parforce-Politik gezwungen, Verletzungen der Waffenstillstandsvereinbarungen durch Kairo zuzugeben und praktisch den für Israel nicht günstigen Rogers-Plan zu den Akten zu legen.

Inzwischen zeigte sich, daß die euphemistischen westlichen Pressekommentare auf Dajans Vorschläge zu voreilig und zu undifferenziert waren. Im Grunde genommen hat sich an der israelischen Haltung nichts geändert — auch an der Dajanschen Haltung nicht —, denn Dajans Vorschläge erweisen sich nach genauerem Hinsehen lediglich als eine neue Taktik zum Erreichen des gesetzten Zieles: Umwandlung des Kriegszustandes in einen nicht erklärten Friedenszustand mit den jetzigen Waffenstillstands„grenzen", eine Festigung des Status quo. Dies bestätigt auch die von Ministerpräsidentin Golda Meir in ihrer Parlamentsrede vom 17. November d. J. mit der neuen — Dajan angepaßten — Formel von Bedingungen für die „Wiederaufnahme des Dialogs mit den Arabern". So war es nicht verwunderlich, daß bereits einen Tag nach dieser ernüchternden Parlamentsrede UNO-Generalsekretär U Thant mitteilen ließ, der UNO-Sonderbeauftragte Gunnar Jarring habe vorerst seine Bemühungen um eine Wiederbelebung

der Nahost-Friedensgespräche aufgegeben und kehre auf seinen Posten als schwedischer Botschafter in Moskau zurück. Dieser Schritt beruht auf einer realistischen Einschätzung der Situation. Auch in nächster Zukunft ist mit einer Wiederaufnahme der Jarring-Gespräche nicht zu rechnen, da der eigentliche Grund für das Mißlingen der Jarring-Mission bisher in dem Umstand zu sehen ist, daß sich das irsraelische Kabinett noch nicht über die israelische Verhandlungsposition einig ist. Wir kennen lediglich die Ansichten einiger israelischer Minister zu diesen Problemen, aber nicht die des Kabinetts. Solange nicht im israelischen Kabinett eine weitgehende Einigung über die Rückgabe der besetzten Gebiete für eine friedensvertragliche Regelung erzielt ist, wird auch die Jarring-Mission auf Eis liegen bleiben. Auch zukünftig werden israelischerseits neue Formulierungen in die Debatte geworfen werden, aber mit Abba Eban kann man nur feststellen (nach seiner Unterredung mit seinem amerikanischen Kollegen Rogers): An der israelischen Politik hat sich nichts geändert, auch wenn Israel die Wiederaufnahme des Dialogs mit den Arabern ermöglichen will.

Hans-Georg Burger

Wirtschaftliche Aspekte des Warschauer Vertrags

Der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen" wirkt nicht nur politisch entspannend. Das in Warschau unterzeichnete Vertragswerk ist auch für den Außenhandel der Bundesrepublik von großem Wert, wenn auch seine einzelnen Kapitel die bundesdeutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen nicht berühren.

Eine Forcierung der Industriekooperation wäre für beide Seiten von Vorteil. Polen steht gegenwärtig sogar vor der Notwendigkeit, mehr zu kooperieren als bisher; denn die Kooperation ist für die Polen — wie aber auch für unsere Unternehmen — der effektivste Weg, wirtschaftliche Ziele zu erreichen, Exporte zu steigern.

Die polnische Industrie ist durch den sich schnell steigernden technischen Fortschritt in der Welt gezwungen, die Importe von Investitionsgütern, aber auch von Lizenzen und Know-how wesentlich zu erweitern; denn nur so kann sie die technische Modernisierung noch schneller als bisher durchführen und ihre Technologie auf allen Bereichen zügiger jener angleichen, die gegenwärtig im Weltmaßstab zum Spitzenniveau zählt. Selbstverständlich tragen auch die Bedürfnisse des eigenen Marktes mit dazu bei, die Zuwachsraten im Rahmen der Gesamtentwicklung des Landes so weit wie möglich zu steigern. Polens Industrie ist es in den letzten fünfzehn Jahren in bemerkenswertem Umfang gelungen, die Exportbilanz umzustrukturieren. Die Ausfuhr industrieller Erzeugnisse — Maschinen, Transportmittel, technische Apparaturen und Konsumgüter und vieles andere — liegt heute bei rund 55 Prozent der Globalausfuhr, und die Exporte erreichten im Vorjahr einen Wert von umgerechnet 3,142 Mrd. US-Dollar, während sie 1955 lediglich mit 920 Mrd. US-Dollar zu Buche schlugen. Trotz alledem: die Kosten für die technischen Importe zehren erheblich an der verfügbaren Substanz an Devisen. Mehr einzuführen als auszuführen, ist auf die Dauer für die Finanzen eines Staates eine Belastung, die sich unter Umständen nur schwer abtragen läßt.

So beachtenswert die Steigerung der polnischen Ausfuhren an industriellen Erzeugnissen ist, so vermag sie doch nicht alle Wünsche der Warschauer Planer voll zu erfüllen — vor allem deshalb, weil heute das Industriepotential und die Liefermöglichkeiten für den Export größer sind, als die vom Außenhandel de facto erzielten Resultate es ausdrücken. Hinzu kommt auch noch, daß die Ausfuhr an technischen Erzeugnissen in die Bundesrepublik Deutschland — gemessen an deren Export in andere westliche Industriestaaten — noch rückständig ist.

Worin liegt die Ursache hierfür? Sie ist nicht zuletzt damit zu begründen, daß selbst die Fachwelt bei uns im Westen und last not least in der BRD noch nicht erkannt hat, wie groß das Spektrum der Produktionsmöglichkeiten in der Volksrepublik Polen heute ist. Auch ist der Qualitätsbegriff „Made in Poland" bei vielen Persönlichkeiten in der Wirtschaft in bezug auf Polen noch immer auf die Lebensmittelindustrie allein festgelegt. Dabei hat Polen längst aufgehört, ein „Gänseland" zu sein. Zwei Drittel der Bevölkerung ist außerhalb von Landwirtschaft und Forsten tätig, und jeder zweite Pole lebt heute auch schon in städtischer Umgebung. In vieler Vorstellung gilt dennoch der Radius der polnischen Liefermöglichkeiten als sehr begrenzt. Dabei ist das Sortiment, das Polens Industrie derzeit zu offerieren vermag, ungewöhnlich breitgefächert. Es erstreckt sich auf alle Produktionsbereiche und reicht bis zu den kompliziertesten Erzeugnissen der Elektronik. In Zusammenhang mit dem Produktionsniveau der polnischen Industrie sei auch noch aufklärend darauf hingewiesen, daß Polen der fünftgrößte Exporteur von Hochseeschiffen im Weltmaßstab ist, daß man im Bau- und Straßenbaumaschinensektor auch schon den Rang sieben erreicht hat, daß die Produktion von Werkzeugmaschinen schon vor Jahren mehr als dreißigtausend Einheiten jährlich ausmachte und man auch hier zu den ersten zehn Exporteuren der Welt zählt. Es sind also andere Maßstäbe anzulegen, auch in bezug auf die Bewertung.

Die ständige Nachfrage von jenen Weltunternehmen, die einmal Geräte oder Maschinen aus Polen bezogen haben, dokumentiert auch, daß Zuverlässigkeit nebst gleichbleibender hoher Güte und steigender Leistung in Polens Industrie heute großgeschrieben werden.

Zurückhaltung wird von westlichen Firmen gegenüber Polens Industrie oft auch in der falschen Annahme geübt, daß in Polen nach grundsätzlich anderen Normen produziert werde. Dem ist aber nicht so. Die polnischen Industrienormen stimmen heute weitgehendst mit den internationalen Normen überein. Die Vorschriften bei der Produktion decken sich nahezu mit den unsrigen. Entscheidend aber ist, daß polnische Lieferanten durchweg den Wünschen der Besteller entsprechen — auch in bezug auf Norm und Abnahmevorschriften, wie auch nach zur Verfügung gestellten Dokumentationen produziert wird.

Diese Möglichkeiten werden heute schon von zahlreichen Unternehmen in aller Welt genutzt, auch von Weltfirmen des Westens. Die Chance, in Polen zu produzieren bzw. gemeinsam mit polnischen Partnern Industriegüter zu erzeugen, ist noch längst nicht voll genutzt, zumal die schnelle Entwicklung im Lande und die damit verbundene technische Entwicklung und Ausrüstung mit dazu beigetragen hat, daß sich nicht nur neue Aspekte aufgetan haben, sondern heute sogar bei den Polen Kooperations-Reserven vorhanden sind.

Ein sehr beachtenswertes Beispiel internationaler Zusammenarbeit ist das Engagement der WEWAG (Westdeutsche Werkzeugmaschinen GmbH) mit der Warschauer „Metalexport". Als von großer Effektivität darf auch die mit Waldrich Siegen eingeleitete Zusammenarbeit im Bau großer Portalfräs-

maschinen bezeichnet werden. Auf dem Gebiet der Elektrotechnik sei auch auf die Produktion von Tonbandgeräten und Plattenspielern in engster Zusammenarbeit mit Grundig und Telefunken hingewiesen.

Partner, Lizenzgeber oder auch Ko-Produzenten der polnischen Industrie sind heute auch Henschel/Rheinstahl, Bosch, die Deutsche Fiat, Stetter in Memmingen, Eckert und Ziegler, Rentrop, Westinghouse, Siemens, Hartmann & Braun — Unternehmen, die aus Polen Teile für den Kraftfahrzeugbau, Spezialaufbauten für Betonmischfahrzeuge, Meß- und Steuerungs- sowie Regelgeräte und viele andere Erzeugnisse mit hohem Präzisionsgrad erhalten bzw. deren Produktion ermöglichen. Baugruppen für Textilmaschinen werden jetzt auch an die Firma Mayer in der BRD geliefert, die Seidenmaschinen erzeugt. Gegenwärtig befinden sich weitere Kooperationsabkommen im fortgeschrittenen Verhandlungsstadium, und zwar in den verschiedensten Industriebereichen.

Den Polen kommt bei den gegenwärtigen Anstrengungen zugute, daß in vielen Ländern des Westens die Reserven in der Produktion, aber auch an Arbeitskräften voll ausgeschöpft sind. Hinzu kommt, daß man heute auch in der Lage ist, schnell größere Objekte zu realisieren. Große Beweglichkeit bewies Polens Kfz.-Industrie bei der Aufnahme der Fiat-Produktion im Lande, die innerhalb erstaunlich kurzer Zeit bewerkstelligt wurde und heute auch schon im Export ein wesentlicher Faktor ist.

Zugute kommt Polens Industrie auch, daß der Anteil an hochqualifizierten Arbeitskräften mit Fachschul- oder Hochschulstudium recht groß ist und aus der Landwirtschaft durch deren jetzt schnell fortschreitende Mechanisierung auch genügend Arbeitskräfte für große Vorhaben freigestellt werden können. Es gibt schon Betriebe, wie beispielsweise die BEFANA in Bydgoszcz, die selbst bei der Einstellung von Arbeitern die Mittlere Reife fordern. Dieses Werk ist mit den modernsten Bearbeitungsmaschinen ausgerüstet, die gegenwärtig der Weltmarkt zu bieten hat. Sie wurden in der BRD, in Japan, in der Sowjetunion und anderen Ländern gekauft. Keine im Werk installierte Maschine ist älter als fünf Jahre. Die gesamte BEFANA-Produktion geht in den Export — großenteils in die Bundesrepublik, wo auch schon führende Unternehmen zu den Bestellern gehören.

Man vermag also auch höchsten Ansprüchen gerecht zu werden. Diese Entwicklung wurde dadurch ermöglicht, daß in bezug auf die Qualität nicht nur ständig höhere Anforderungen gestellt wurden, sondern auch die Arbeit für den Einzelnen — seit Beginn der Wirtschaftsreformen Ende der fünfziger Jahre — durch materielle Anreize attraktiver geworden ist. Man ist sich in Kreisen der polnischen Industrie schon lange der Tatsache bewußt, daß man sich auf dem Weltmarkt nur behaupten und neue Märkte aufschließen kann, wenn ebenbürtig oder noch besser produziert wird.

Ein bemerkenswerter Vorteil für westliche, an Kooperationsabkommen mit Polen interessierte Unternehmen sind schließlich die stabilen Inlandspreise, die wesentlich den Abschluß langfristiger Abkommen erleichtern. Hinzu kommt noch, daß durch Kooperationsverträge westdeutschen Firmen in vielen Fällen auch die Möglichkeit eröffnet wird, auf dritten Märkten (im sozialistischen Lager) neu ins Geschäft zu kommen; denn in einer Reihe kommunistisch regierter Staaten gibt es aus Gründen der Devisenersparnis Bestimmungen, die die Importe westlicher Erzeugnisse erleichtern, wenn diese in Zusammenarbeit mit Unternehmen des RGW bzw. Comecon produziert werden.

Bei allen Vorzügen der Kooperation mit polnischen Unternehmen darf je-

doch nicht vergessen werden, daß es noch manche Schwierigkeiten gibt — Nachteile, auf die der polnische Außenhandel immer wieder hinweist. So wünscht man in Warschau, daß Kooperationsabkommen mit Steuer- und Zollerleichterungen honoriert werden. Man hofft auch, daß in manchen westlichen Ländern die begrenzte mengenmäßige Einfuhr für Erzeugnisse aus der Kooperation aufgehoben wird. Von der Bundesrepublik erwartet man langfristige Kredite mit günstigem Zinsfuß, wie sie beispielsweise von Frankreich, Italien und Großbritannien zugestanden wurden. Als diskriminierend wird auch noch das „strategische Embargo" bei einigen Warengruppen empfunden, das sogar die Aufnahme von Verhandlungen ausschließt. Bei der Vergabe von Lizenzen für neue Produktionsverfahren wird mitunter im Westen gegenüber den Polen sehr starke Zurückhaltung geübt, wie manche Lizenzverträge auch Klauseln enthalten, die den Verkauf der in Polen in Koproduktion hergestellten Erzeugnisse in Drittländern oft erheblich einengen. Auch hier wird polnischerseits mehr Großzügigkeit und Vertrauen erwartet.

Hans Joachim Orth

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Bilanz und Ausblick an der Jahreswende

Von Karl D. Bredthauer

I

Das erste der siebziger Jahre geht zu Ende. Der Übergang ins neue Jahrzehnt liegt bereits hinter uns. Nach einem Anlaß, uns über den künftigen Weg und seine Gangbarkeit Gedanken zu machen, brauchen wir in diesen Wochen nicht eigens zu suchen — mit jedem Tag wird es deutlicher: In unserer Zeit, gerade in diesen Monaten und Jahren, vollziehen sich Entscheidungen von in mancher Hinsicht historischer Tragweite. Die Welt verändert ihr Gesicht. Zwar brechen immer noch ungezähmte Naturkatastrophen über die Menschen herein — Pakistan, Peru, die Philippinen sind Beispiele aus jüngster Zeit. Noch sind Hunger, Epidemien, Unwissenheit nicht überwunden. Vor allem aber: noch immer ziehen die Kräfte des Kriegs und des Neokolonialismus, der Ausbeutung und Unterdrückung blutige Spuren. Noch immer dauert der amerikanische Krieg in Vietnam an. Erst eben wieder gab Nixon der Welt ein Lehrstück darüber, was von seinen „Rückzug"-Manövern zu halten ist. Auch im Nahen Osten geht das Spiel mit dem Feuer immer noch weiter. Dennoch — das Gesicht dieser Welt verändert sich, schneller als früher in Jahrhunderten; und in immer mehr Ländern dieser Erde beginnen die Menschen mit neuer Hoffnung in die Zukunft zu blicken, ihr Schicksal in eigene Hände zu nehmen.

Die Schwelle der sechziger Jahre, vor kaum mehr als zehn Jahren überschritten, bedeutete für zahlreiche junge Staaten Afrikas den Aufbruch in nationale Souveränität. Ein entscheidender Schritt nach vorn, zu Unabhängigkeit und Fortschritt, aber für sich allein noch nicht Garantie gegen neokoloniale Abhängigkeiten, neue Unterdrückung und neuen Krieg. Die jungen Nationalstaaten der Araber, die Völker des Kongo, Nigerias oder — als jüngstes Beispiel — Guineas haben hier bittere Lektionen durchgemacht. Eine Zeitlang schien es, als ließe sich die Uhr der Geschichte aufhalten, zurückdrehen. In Ghana, Indonesien, der Dominikanischen Republik, in Kambodscha und Griechenland, in Brasilien, Argentinien und weiteren Ländern ergriffen reaktionäre Regime, oft mit kaum vorstellbarer Grausamkeit, die Macht; Demokratie und Fortschritt der Völker erlitten blutige Niederlagen. Die Rolle der CIA und ähnlicher Agenturen zur Niederhaltung der Völker war nirgends ganz zu vertuschen — viele Menschen haben ihre Schlüsse gezogen. Unsere Zeit bleibt geprägt vom erbitterten Ringen mit dem immer abenteuerlicheren Widerstand des Gestern dagegen, daß seine Uhr in der Geschichte der Menschheit ausläuft. Doch schon heute läßt sich ohne leichtfertigen Optimismus sagen: An der Schwelle der siebziger Jahre hat eine neue Welle der weltweiten Bewegung für nationale Entwicklung, Fortschritt und Demokratie eingesetzt, die immer weitere Kreise zieht. Bezeichnend dafür ist, daß selbst im „Hinterhof der USA", in Lateinamerika, die Jahre der Kirchhofsstille schrankenloser US-Hörigkeit zu Ende gehen: Chile, Peru, Bolivien — das sind Namen, denen weitere folgen werden. Namen, die für neue Chancen stehen. Namen wie: Sudan, Libyen, Ceylon oder Somalia beispielsweise.

Ein frischer Wind geht über diese Erde — und was für uns, in der Bundesrepublik, in Europa Anlaß zu besonderer Hoffnung und Mühe ist: auch unserem alten Kontinent tun sich an der Schwelle der siebziger Jahre Möglichkeiten auf,

zu sich selbst zu finden, die Fesseln des Kalten Kriegs, der Blockkonfrontation abzuschütteln — Chancen, die auszumalen noch vor wenigen Jahren als Phantasterei gegolten hätte. In die Beziehungen zwischen den verschiedenen Ländern, so unterschiedlich ihre gesellschaftliche Verfaßtheit ist, kommt nach über zwei Jahrzehnten der Erstarrung Leben: Die Europäer verschiedenster Nation werden vergessener Selbstverständlichkeiten inne: Von den nordischen Staaten bis ans Mittelmeer, von den Weiten der Sowjetunion bis zur Atlantikküste ist man durch die vielfältigsten Bande der Geschichte, durch zahllose nur gemeinsam sinnvoll zu bewältigende Aufgaben der Gegenwart und Zukunft eng aufeinander verwiesen. Blockbildungen, Abkapselungen, wechselseitiges Aussperren und Feinddenken stehen den Erfordernissen im Wege, die das Leben selbst heute an die Völker Europas stellt.

So wird beispielsweise immer deutlicher: Was sich da stolz „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft" oder „Europarat" nennt, ist eben doch nur „Kleineuropa". Diese Einsicht und die Frage, welche Folgerungen sich für ein realistischeres und zukunftsoffeneres Europabild ergeben, prägen etwa ein kürzlich veröffentlichtes Manifest, das von hochgestellten Vertretern fast aller politischen Richtungen Frankreichs unterzeichnet wurde. Die Forderung nach möglichst umgehender Einberufung der anstehenden Europäischen Sicherheitskonferenz wird heute — wie in Frankreich, so in den meisten Staaten des Kontinents — mit wachsender Dringlichkeit gestellt. Die Regierung der Bundesrepublik hat sich in den Absichtserklärungen zum Moskauer Vertrag ausdrücklich verpflichtet, alles von ihr Abhängende für die Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung einer solchen Konferenz zu tun (vgl. „Blätter" 9/1970, S. 999, Punkt f). In der Erklärung der Frankfurter Tagung zu Fragen der europäischen Sicherheit und einer Europäischen Sicherheitskonferenz vom 11. Oktober 1970 heißt es dazu: „Europa, einer der Brennpunkte weltpolitischer Spannungen, muß in den internationalen Beziehungen von der Konfrontation zu Verhandlungen und schließlich zur Kooperation übergehen. Infolgedessen ist der Gedanke einer Konferenz über Fragen der Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ins Zentrum der Aufmerksamkeit getreten. Ein entscheidender Schritt muß getan werden, um auf der Grundlage der bestehenden Vrehältnisse die Gefahr militärischer Konflikte in Europa auszuschließen, die Rüstungslasten zu vermindern und eine Periode wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs und der Kooperation einzuleiten" (vgl. „Blätter" 11/1970, S. 1224). Zu dieser Feststellung vereinten sich in Frankfurt Vertreter der verschiedensten Richtungen, Politiker, Publizisten, Wissenschaftler und Gewerkschafter, die im Namen der Interessen und Wünsche breitester Kreise der Bevölkerung sprechen konnten.

Vielfältige und umfassende Initiativen aus der Öffentlichkeit können die mehr oder weniger konkreten Zustimmungserklärungen zu einer Europäischen Sicherheitskonferenz, die inzwischen fast alle Regierungen abgegeben haben, mit Leben erfüllen (denn es gibt keine Täuschung darüber, daß mancher, der die Fragen der Zeit mit Lippenbekenntnissen beantworten zu können glaubt und sich vor einer wirklichen Neuorientierung seiner Politik drücken möchte, von den Menschen und Völkern Europas erst noch zu besserer Einsicht gedrängt werden muß!).

Die neuartigen Möglichkeiten, die eine neue Phase der europäischen Entwicklung uns zu bieten vermag, werden also mehr und mehr wahrgenommen, und erste praktische Schritte nach vorn zeichnen sich bereits ab. Eine rege diplomatische Kommunikation zwischen den Regierungen, eindrucksvolle Präsidenten- und Ministerreisen zwischen Rom, Paris, Moskau, Warschau und Bonn, London und Wien und den anderen Hauptstädten findet statt. Markante Wegzeichen

eines zukunftsoffenen Kurses sollen die Verträge zwischen BRD und UdSSR und zwischen Bonn und Warschau werden, denen weitere folgen müssen; Verträge, die es ohne Verzug zu ratifizieren, zu verwirklichen und auf eine breite, europäische Basis zu stellen gilt. Das fällt uns nicht in den Schoß. Denn die Chancen, die sich unserem Kontinent heute bieten, werden ja auch von den Gegnern einer Überwindung der Konfrontation nicht übersehen. Ihre Kommentare und Aktivitäten sind, wie überall sichtbar, von entsprechender Erbitterung und wachsender Bedrohlichkeit. Das Ringen um die Verwirklichung, ja sogar zunächst um die schlichte Ratifizierung der von der Bundesregierung mit Moskau und Warschau abgeschlossenen Verträge demonstriert eindringlich, wie jede Inkonsequenz, jedes Zögern und jede Illusion über den Charakter der Entspannungsgegner von diesen zu verschärften Angriffen und skrupelloser Verwirrung der Menschen ausgenutzt wird.

Gewiß ist die Zuversicht prinzipiell richtig, daß diese Kräfte vor der Geschichte im Grunde ausgespielt haben. Denn die Fragen, die das Leben heute und morgen stellt, Fragen, die mit Macht auf Antwort drängen, stehen jenseits des Horizonts dieser Kreise. Aber — vergessen wir es nicht — aus der Perspektive des historischen Fortschritts galt dies Urteil schon für jene, die 1933 in Deutschland die Macht ergriffen. Tatsächlich haben sie die Uhr nicht zurückdrehen können. Aber welches Inferno der Zerstörung vermochten die noch zu entfesseln, die der Welt nichts Konstruktives zu geben hatten! Hält man gegen diese leidvollen Erfahrungen das unvorstellbare Vernichtungspotential, das die Mächte des Rüstungs- und Kriegskurses heute auf dieser Erde, und besonders massiert gerade in unserem Land, angehäuft haben — man möchte die Augen davor verschließen, aber wir tun besser daran, uns rechtzeitig auszumalen, wie gefährdet alles noch ist, was wir schon als greifbare Chance vor uns sehen. Dieser Augenblick der Geschichte fordert uns ein nicht geringes Maß an Engagement und Konsequenz ab.

II

Welche Rolle spielt unser Land in dieser sich rasch entwickelnden Welt, in diesem Europa, das auf der Suche zu sich selbst ist? Ist die Bundesrepublik nicht ein viel zu winziger Fleck auf dem Globus, als daß in solcher Perspektive von ihr zu reden verlohnte? Großmachtträumer wie Strauß und Barzel (oder jüngst erst Herr Heck, der den neuen CDU-Programmentwurf mit Sprüchen von der weltweiten Geltung und somit globalen Rolle der Bundesrepublik kommentierte) haben oft mit unmißverständlichem Unterton die BRD als drittgrößte Industriemacht der Erde apostrophiert. Nun: drittgrößte Industriemacht ist heute Japan. Aber tatsächlich steht auch unserem Lande eins der beachtlichsten Wirtschaftspotentiale zu Gebote, und die Frage, ob wir unsere Kräfte für Frieden und Entwicklung einsetzen oder, wie leider eben bisher häufiger, gegen diese Lebensinteressen der Menschen: diese Frage ist wirklich von internationaler Bedeutung. Welchen Weg geht die Bundesrepublik heute?

Die Schwelle der siebziger Jahre haben wir mit einer neuen Regierung in Bonn überschritten. Der CDU/CSU, die in zwanzig Jahren ununterbrochener Kanzlerschaft diesen Staat nachgerade als ihre Privatdomäne zu behandeln begonnen hatte, konnte nach den 69er Wahlen erstmals die Regierungsgewalt aus den Händen genommen werden. Das ist nun schon gut ein Jahr her. Seither ist einiges anders geworden, in der Tat, und zweifellos besser. Die SPD/FDP-Regierung hat — und dabei konnte sie sich auf breiten Rückhalt in den verschiedensten Schichten der Bevölkerung stützen — die Entschlußkraft aufgebracht, unserem Land und damit ja auch sich selbst Möglichkeiten zu eröffnen, die für die

Adenauer-Nachfolger nie zur Debatte standen. Diese Schritte zum Neuen nützen uns allen (nur denen freilich nicht, die an der Aufrechterhaltung der Spannungen interessiert sind. Das erklärt ihr Gezeter — und entlarvt das Maß ihrer Glaubwürdigkeit!).

Dennoch sind einige ernste Fragen offen. Die Verträge mit der Sowjetunion und jetzt Polen sollen Wendemarken einer neuen Politik der Bundesrepublik werden — aber noch ist keiner der Verträge ratifiziert, und während Entspannungsgegner aller Schattierungen hierzulande wie von jenseits des Atlantik keine Minute ungenutzt lassen, zeigt die Regierung Brandt/Scheel keine Eile. Ebenso ist der Atomwaffensperrvertrag, mit dessen Unterzeichnung die neue Koalition gleich zu Beginn ihrer Amtszeit allerhand Lorbeeren einheimste, bis heute dem Parlament nicht vorgelegt worden. Vorschußlorbeeren also? Gesucht wird nach Entspannung und Ausgleich mit den östlichen Nachbarn — nur: mit dem unmittelbaren Anrainer, der Deutschen Demokratischen Republik, gibt es bis heute keinen Vertrag. Vielmehr sucht Bonn heute noch — wie schon zu Schröders Zeiten — die DDR als Sonderfall zu isolieren und macht die Unterlaufung der Souveränität des sozialistischen Nachbarstaats ganz offen zum Maßstab internationaler Beziehungen und zum Streitthema internationaler Organisationen wie der UNO, deren Funktion Kooperation in der Universalität der Völker und Staaten sein sollte.

Haben wir wirklich schon eine „neue" Ostpolitik? Wir haben Ansätze, deren Wert nach zwanzig Jahren Kaltem Krieg wahrlich niemand unterschätzen darf, deren Sicherung — und das heißt Weiterentwicklung — deshalb aber auch um so energischer betrieben werden muß. Kein Teil dieser Politik kann aus dem Gesamtzusammenhang isoliert werden. Interessant wäre es beispielsweise, einmal zu untersuchen, ob der Westeuropapolitik der Brandt/Scheel-Regierung andere Elemente als der ihrer Vorgänger unter Adenauer, Erhard und Kiesinger innewohnen. In den Äußerungen der Bundesregierung hierzu ist jedenfalls mehr von „Kontinuität" als von „Erneuerung" zu spüren. Es liegt aber doch auf der Hand, daß ein Festhalten am Adenauerschen Westeuropa-Konzept, einem Produkt des Kalten Krieges, die Überwindung der Konfrontation zwischen dem Westen und dem Osten unseres Kontinents nicht eben erleichtert.

Vor einem Jahr gab Kanzler Brandt seiner Regierungserklärung den Tenor: „Mehr Demokratie wagen!" Er hatte verstanden, was seine Wähler, was heute die große Mehrheit im Lande im Grunde wünscht und fordert. So ist es auch zu verstehen, wenn Brandt sich in Erfurt das Wort zu eigen machte: „Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen." In diesen beiden Leitsätzen kommt sehr deutlich der unauflösliche Zusammenhang zum Ausdruck, der zwischen einer aufrichtigen und konsequenten Politik des Friedens mit allen Völkern und der Schaffung jener demokratischen Innenverhältnisse besteht, die erst Friedenspolitik gewährleisten. „Mehr Demokratie wagen!" — das bedeutet doch: mehr Rechte und mehr Einfluß der breiten Bevölkerung, stärkeres Gewicht ihrer auf friedlichen Fortschritt, gesicherte Lebensverhältnisse gerichteten Interessen, Kontrolle und Zurückdrängung jener Kräfte, deren Rüstungs- und Expansionsinteressen immerfort neue Spannungsherde schufen und schaffen. Würde eine solche Politik gemacht, dann gäbe es tatsächlich zuversichtlichere Antworten auf die Frage: „Wohin treibt — oder wohin steuert — die Bundesrepublik?"

Freilich würde ein solcher Kurswechsel Entschiedenheit erfordern, denn es ist klar, daß man mehr Demokratie und mehr Sicherheit innen wie außen nur schaffen kann, wenn man jene Kräfte zurückdrängt, die sich dem entgegenstemmen. In dieser Frage allerdings hat sich die Regierung Brandt in Widersprüche ver-

wickelt, die auch bereits in einem Satz der Regierungserklärung anklangen. „Kontinuität und Erneuerung" versprach Brandt da — was heißt nach zwanzig Jahren Spannungs- und Formierungspolitik der CDU/CSU „Kontinuität"? Inzwischen verzichtet Brandt sogar lieber auf das Wort „Erneuerung" und zieht es vor, von „Weiterentwicklung" zu reden! Hier liegt die Quelle der Widersprüche, die das erste Jahr der SPD/FDP-Regierungstätigkeit prägen: Jede Regierung, auch eine sozialdemokratische, die sich im Zweifelsfall für die Wünsche der Großkonzerne entscheidet und nicht respektiert, daß die Interessen der breiten Bevölkerung den Ausschlag geben müssen, kann „Erneuerung" allenfalls in dem Maße schaffen, in dem die traditionellen Machtgruppen sie für ohnehin unvermeidlich oder ihren Zwecken dienlich halten.

III

Machen wir uns nichts vor: Es gibt Gruppierungen in Wirtschaft und Politik, die glauben, den Moskauer Vertrag und andere Vereinbarungen mit sozialistischen Ländern als ein Mittel, unsere östlichen Nachbarn gegeneinander auszuspielen, mißbrauchen zu können.

Da werden vertragsbrüchige Planspiele mit verzögerten oder offen sabotierten Ratifizierungen angestellt. Und die Regierung selbst leistet dem Vorschub, wenn sie ihre Politik von vornherein mit Vorbehalten oder sachfremden Junktims belastet. In der Frage Westberlins ist sie damit in die Nachbarschaft bewußter Störmanöver wie der provokativen CDU/CSU-Invasion in diese Stadt geraten und hat den Fortgang der Entspannung in Europa in erheblichem Ausmaß von der sich gerade wieder verhärtenden Politik Nixons abhängig gemacht. Schon hat auch die NATO die hier gebotene Chance aufgegriffen und gar ein Junktim zwischen dem Westberlin-Problem und dem Zustandekommen der Europäischen Sicherheitskonferenz herzustellen versucht. Den Westberlinern ist gewiß zuletzt damit gedient, wenn man sie zu Geiseln der NATO-Vorbehalte gegen die Überwindung der Militärblöcke in Europa macht. Planspiele dieser Art, die die Spannung im gefährdetsten Teil des Kontinents leichtfertig hochreizen, sind ein Spiel mit dem Feuer.

Es ist klar, daß angesichts des heutigen Kräfteverhältnisses in der Welt solche absurd-hintersinnigen Planspiele keinerlei Erfolg haben können, am wenigsten für ihre Urheber. Leider bedeutet das aber heute noch nicht, daß solche Ränke bereits als harmlose Kaminträumereien abgetan werden könnten. Die Arsenale der Entspannungsgegner bersten vor Waffen. Wenn in solcher Situation der sozialdemokratische Bonner Verteidigungsminister zwar die Behauptung all seiner CDU/CSU-Vorgänger, die Bundesrepublik werde vom Osten bedroht, als Märchen entlarvt, gleichsam im selben Atemzug aber verstärkte Aufrüstung und fortgesetzte Stationierung ausländischer Truppen in unserem Lande fordert — kann es da verwundern, daß Willy Brandts Worte immer noch von vielen mit Vorsicht aufgenommen werden, bei aller, wahrhaft überwältigenden Bereitschaft der Menschen, jeden Schritt nach vorn über alle Ressentiments und bittere Erinnerungen hinweg zu unterstützen, mitzugehen?

Besonders irritierend wirkt sich eine derartige, zwiespältige Situation auf die breite Anhängerschaft der Regierungsparteien, auf Hunderttausende von SPD-Mitgliedern und viele Millionen von sozialdemokratischen Wählern aus. Ihre Partei, deren 800 000 Mitglieder in erster Linie doch Arbeiter und Angestellte sind, regiert. Dem gilt ihre Loyalität. Millionen sind bereit, den Appellen dieser Regierung zu vertrauen. Aber wie kommt es: immer wieder geraten Absichtserklärungen und tatsächliche Maßnahmen der sozialdemokratischen Minister in

eklatanten Widerspruch zueinander. Die Menschen bekommen das zu spüren, wenn es um Löhne, Preise, Mieten geht, wenn Rüstungsausgaben erhöht statt gekürzt und Sozialleistungen beschnitten statt ausgeweitet werden.

Vor allem aber: jedermann sieht, die Situation im Lande spitzt sich rapide zu, die „Sammlungsbewegung", zu der Strauß offen aufgerufen hat, die neue „Harzburger Front" formiert sich mit beängstigender Aggressivität und Bedrohlichkeit. Mit dem Ruf „Scheel und Brandt an die Wand!" lassen die skrupellosesten Kader des rechten Kartells die Maske vollends fallen. Kein Zweifel kann bleiben, ob sie es ernst meinen, wenn man vor den Schüssen von Kassel und Westberlin, den Anschlägen gegen Gewerkschaftshäuser, sozialdemokratische Jugendheime und Verlage nicht den Kopf in den Sand steckt. Was tut die SPD/FDP-Regierung, wenn in Würzburgs Straßen und anderswo bereits ungestraft und unter den Augen der Polizei zur Ermordung des Kanzlers aufgerufen wird? Die Bevölkerung, die einer vernünftigen, den Frieden sichernden Politik ganz offenbar allen Manipulationskampagnen zum Trotz breiten Rückhalt zu geben bereit ist, erwartet Entschiedenheit der Regierung, Maßnahmen gegen die Einpeitscher gefährlicher Spannungspolitik, zumal wenn diese bereits offen kriminell aufzutreten beginnen. Aber die Regierung weicht zurück. Vor Wahlen versprechen führende SPD-Politiker wie Kühn das längst fällige Verbot der NPD, nach dem Wahltag ist alles vergessen. Wenn die CDU/CSU/NLA nach der Methode „Haltet den Dieb" im Bundestag laut wird, weil ein Regierungspolitiker sich ein Herz gefaßt und vor dem neuen Kartell der Rechtskräfte gewarnt hat — auch dann weicht die SPD/FDP-Koalition erschrocken zurück.

Während aktive Demokraten, auch und gerade viele SPD-Mitglieder, tief besorgt über den neuen Rechtsdrall im Lande sich abmühen, das notwendige Zusammenwirken aller Gegner von Faschismus, Spannungspolitik und Krieg zustande zu bringen — wahrlich keine ganz einfache Sache —, beschließen die SPD-Führungsgremien in München antikommunistische Parteimaßnahmen. Gewiß, der Applaus von Springer bis Strauß ist den SPD-Führern diesmal sicher — aber unterstreicht das nicht gerade, wie sehr sozialdemokratische Politik sich hier ins Zwielicht begibt? Glaubt jemand im Ernst, man könne im Europa der siebziger Jahre Entspannung und Kooperation mit den sozialistischen Nachbarstaaten erreichen und doch gleichzeitig innenpolitisch in den folgenschwersten Vorurteilen des Kalten Krieges, im Antikommunismus, verharren, den bereits Thomas Mann — gewiß kein Kommunist — als Grundtorheit des Jahrhunderts bezeichnete? Es ist doch eine absurde Situation, wenn sozialdemokratische Politiker, die aus gutem Grund das offene Gespräch mit kommunistischen Partnern im Ausland suchen, den einfachen Mitgliedern ihrer Partei die Diskussion mit den Anhängern einer nicht wegzuleugnenden, international bedeutsamen politischen Richtung in der BRD untersagen wollen. Sollen denn Sozialdemokraten sich in unserem Lande von ihrer Parteiführung als Menschen zweiter Klasse abqualifiziert sehen?

Das sind einige der Fragen, die aus besorgniserregenden Widersprüchen der sozialdemokratischen Regierungspolitik erwachsen. Kann es verwundern, wenn in der Bevölkerung Zweifel an der Schlüssigkeit, an der Ehrlichkeit der Regierungspolitik Fuß fassen, Menschen sich von den Sozialdemokraten abwenden, sogar — wie schon wiederholt in der deutschen Geschichte — sich aus Furcht, Opportunismus oder Täuschung den vermeintlich Stärkeren, den Kräften des Gestern, in die Arme werfen? Dies, obwohl die Lautstärke und Hektik der Rechtskräfte, der Rüstungsindustrie und der Demokratiefeinde heute doch offensichtlich Widerhall dessen ist, daß die Ewiggestrigen sich historisch in die Defensive geraten sehen. Weil ihnen dämmert, wie das Leben über sie hinweggeht

und den Völkern freundlichere Perspektiven eröffnet, versuchen sie jetzt alles auf eine Karte zu setzen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Die Geschichte unseres Landes ist nicht arm an tragischen Fehleinschätzungen und Versäumnissen, deren so grauenhaft blutige Folgen wir in unserer Gegenwart mit Konsequenz und Entschlossenheit endlich überwinden können. Mehrfach standen in der deutschen Vergangenheit sozialdemokratisch geführte Regierungen in Entscheidungssituationen, die — wie man jedesmal spätestens nachher genau wußte — nur durch konsequentes Zurückdrängen der Rechtskräfte zu meistern waren. Vergessen ist nicht immer heilsam. Wir können es uns nicht leisten, die Gründe dafür zu verdrängen, warum auf sozialdemokratische Hoffnungen immer wieder der Rechtsruck, die Rückkehr der Reaktion, mit allen Konsequenzen, gefolgt ist. Was die SPD nach 1933 im Prager Manifest als Lehre zog, bleibt gültig. Sicherheit, Frieden und Demokratie sind nur möglich, wenn die Rechtskräfte zurückgedrängt werden. Diese Auseinandersetzung bleibt uns nicht erspart.

Nixons Wahlniederlage und die Krise der USA

Von Martin Hall, Los Angeles

Die amerikanischen Kongreßwahlen vom 3. November 1970 sind vorüber. Nixons großes Spiel, mit dem er eine Mehrheit im Kongreß für seine Politik und für seine Partei gewinnen wollte, hat sich nicht ausgezahlt. Seine Republikanische Partei konnte im Senat, der nach wie vor eine demokratische Mehrheit hat, nur zwei Sitze gewinnen. Im Repräsentantenhaus verloren die Republikaner zehn Sitze; dort gibt es jetzt eine beträchtliche demokratische Mehrheit von 256 gegenüber 179 Republikanern.

Den größten Zuwachs haben die Demokraten bei den Gouverneurswahlen zu verzeichnen. Sie gewannen elf Gouverneursämter und verloren zwei. Die Republikaner gewannen zwei und verloren dreizehn. Damit wurde das, was früher eine Mehrheit von 32 republikanischen gegenüber 21 demokratischen Gouverneuren war, jetzt eine Mehrheit von 29 Demokraten gegenüber 21 Republikanern. In zwei der größten Staaten, Kalifornien und Pennsylvania, haben jetzt beide Häuser der Staatslegislative demokratische Mehrheiten. Auf der Grundlage der diesjährigen Volkszählung werden alle Kongreßdistrikte neu eingeteilt werden müssen. Da die Gouverneure und die Mitglieder der Staatslegislative die Grenzen dieser Distrikte und die Anzahl ihrer jeweiligen Repräsentanten bestimmen, können jetzt schon zusätzliche Gewinne für die Demokraten im Kongreß des Jahres 1972 vorhergesagt werden.

In gewisser Weise hatte der Wahlkampf den Charakter von etwas Irrealem. Die Themen, die das Land wirklich bedrängen, wurden nicht diskutiert. Stattdessen machten die Republikaner das Problem „Gesetz und Ordnung" zur Nummer

eins ihrer Kampagne, wobei nicht einmal versucht wurde, den Gründen für die wachsende Unruhe an den Universitäten und auf der Straße nachzugehen: dem endlosen Krieg in Indochina und seinen wirtschaftlichen Auswirkungen in Form von Arbeitslosigkeit und Inflation. Sie machten die Demokraten für das verantwortlich, was sie „Anarchie" nannten, und deuteten an, jede Stimmabgabe für einen demokratischen Kandidaten sei eine Stimmabgabe für Gewalt und Terror. Erst gegen Ende des Wahlkampfes schossen sich die Demokraten auf konkret-materielle Fragen ein, obwohl sie in den meisten Fällen auch nicht sagten, welche praktischen Maßnahmen getroffen werden müßten. Sie begingen den Fehler, sich unter dem Aspekt „Gesetz und Ordnung" in die Defensive drängen zu lassen, und versuchten vielfach sogar, die Republikaner im Ruf nach mehr Macht für die Polizei und nach einer Verstärkung der repressiven Maßnahmen gegen Radikale noch zu übertreffen. Mit wenigen Ausnahmen wurde das Kriegsthema bewußt heruntergespielt, womit man sich die potentielle Unterstützung von der Seite der Neuen Linken versagte.

Trotzdem verlor Nixon, und die Demokraten konnten beträchtlich an Boden gewinnen.

Dieser Wahlkampf war ungewöhnlich und in mancherlei Hinsicht beispiellos. Bei Wahlen, die in der Mitte der Wahlperiode stattfinden und bei denen die Präsidentschaft nicht auf dem Spiel steht, ist es normal, daß die regierende Partei bis zu einem gewissen Ausmaß Verluste erleidet. Es ist jedoch fast noch nie dagewesen, daß der Präsident selbst sich aktiv am Wahlkampf beteiligt und sich dabei für Kandidaten verwendet, die er gewählt sehen möchte, weil er sich von ihnen eine Unterstützung seiner Politik verspricht. Normalerweise ist jeder Präsident bisher sehr vorsichtig gewesen, um in einer derartigen Kampagne nicht sein Prestige zu riskieren, denn wenn er einen Mißerfolg erleidet, dann wird es zwei Jahre später wesentlich schwieriger für ihn, wiedergewählt zu werden.

In diesem Jahr war das anders. Nixon hatte zähneknirschend unter dem Stress gestanden, es mit einem Kongreß zu tun zu haben, in dem seine Partei in der Minderheit war. Er entschloß sich daher dazu, das Risiko auf sich zu nehmen und mit aller Gewalt eine Blitzkampagne zu starten, wie das Land sie noch nicht gesehen hat. Er reiste kreuz und quer von einem Ende des Landes zum anderen, zeigte sich mit jedem Kandidaten, den er für wählbar hielt und der dadurch als Unterstützer von Nixons Innen- und Außenpolitik ausgezeichnet wurde. Er ging sogar so weit, Kandidaten seiner eigenen Partei abzuweisen, wenn sie — wie im Fall des New Yorker Senators Goodell — seine Politik kritisiert hatten. In dem erwähnten Fall unterstützte er stattdessen einen unabhängigen, konservativen Kandidaten namens Buckley, der dann zum Kummer der New Yorker Republikaner die Wahl gewann.

Nixon testete seine „Südstaaten-Strategie" dadurch, daß er Rassisten aus den Südstaaten unterstützte und den Wahlkampf für sie führte, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit. Und mit einem beispiellosen Aufwand an Zeit und Geld führte er mit Unterstützung von Vizepräsident Agnew den vermutlich schmutzigsten Wahlkampf innerhalb einer Generation.

Der Präsident sprach nicht über die Probleme des Landes. Er ignorierte bewußt die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung. Er ignorierte das Thema des Vietnamkrieges. Wo er auf sein innenpolitisches Gesetzgebungsprogramm zu sprechen kam, da tat er das lediglich, um sämtliche Schuld auf den demokratischen Kongreß abzuwälzen und immer wieder zu erklären, ohne eine republikanische Mehrheit könne er keinen der politischen Schritte unternehmen, die er versprochen habe.

Eine Reihe von Senatoren hatte Nixon dazu ausersehen, ihr Amt zu verlieren. Bei dem New Yorker Senator Goodell und dem langjährigen demokratischen Senator von Tennessee, Gore, gelang es ihm, sie mit einer Rufmordkampagne zu schlagen. Ihr Patriotismus wurde angezweifelt, und es wurden persönliche Angelegenheiten hochgespielt, die geeignet waren, den Kandidaten zu verletzen. In den meisten anderen Fällen hatte er keinen Erfolg, vor allem nicht in Kalifornien, wo der republikanische Senator Murphy von John Tunney geschlagen wurde, einem demokratischen Kongreßabgeordneten, der sich um den Senatssitz bewarb. Und das trotz einer in letzter Minute angekurbelten Verleumdungskampagne, in der die Republikaner in ganzseitigen Zeitungsanzeigen behaupteten, wer Tunney wähle, der wähle die „Anarchie". Auch in Nordkalifornien hatte Nixon keinen Erfolg: dort wurde der schwarze Demokrat Ronald V. Dellums in den Kongreß gewählt, der die offene Unterstützung militanter schwarzer Organisationen wie der Black Panthers erhalten hatte. Ebenso im Distrikt Manhattan von New York, wo Bella Abzug, eine militante Linke und führende Persönlichkeit in der Frauenbefreiungsbewegung, in den Kongreß geschickt wurde. Auch in Texas schlug das Wettrennen um das Senatorenamt fehl.

Es stimmt zwar, daß in New York der Abgeordnete Allard Lowenstein eine Niederlage erlitt, ein Politiker, der die Kampagne gegen Johnson angeführt hatte, aber andererseits gewannen so bekannte Senatoren wie Mike Mansfield, Edward Kennedy, Edmund Muskie und Stuart Symington ihre Wiederwahl mit Leichtigkeit trotz aller Anstrengungen der Administration, sie zu schlagen.

Dennoch bietet sich ein in vielerlei Hinsicht verwirrendes Bild. In New York erreichte der republikanische Gouverneur Nelson Rockefeller — kein Freund Nixons — überraschend eine vierte Amtsperiode; der Demokrat Arthur Goldberg unterlag. Das war das Ergebnis der kostspieligsten aller Wahlkampagnen, für die nach Schätzungen zehn Millionen ausgegeben wurden. Andererseits wurde Rockefellers Bruder, der Gouverneur in Arkansas war, trotz der gleichen unbegrenzten Geldmittel von einem Demokraten geschlagen. Es ist wahr, daß in Kalifornien Gouverneur Reagan, der politisch noch rechts von Nixon steht, seine Wiederwahl erreichte. Aber gleichzeitig verlor seine Partei nicht nur die Kontrolle über beide Häuser der Legislative, sondern auch noch den einzigen republikanischen Senator dieses Staates, George Murphy.

Nixons vielzitierte „Südstaatenstrategie" hat sich als Mißerfolg erwiesen. Die Administration hatte den Rassisten des Südens viele Zugeständnisse in der Frage der Schulintegration in der Hoffnung gemacht, demokratische Stimmen zu bekommen und außerdem dem Gouverneur George Wallace Stimmen abspenstig zu machen. Als unabhängiger Präsidentschaftskandidat hatte George Wallace im Jahre 1968 mit einem durch und durch rassistischen Programm zehn Millionen Stimmen auf sich vereinigen können. Er wird mit aller Wahrscheinlichkeit 1972 wieder antreten und dadurch wie bereits im Jahre 1968 die Drohung schaffen, daß die Wahl des Präsidenten in den Kongreß verlagert wird, in einen Kongreß, dessen demokratische Mehrheit in diesem Jahr noch stärker geworden ist. Nur in Tennessee konnte Nixons Mann den demokratischen Senator Gore schlagen.

Agnews Haß- und Rufmordkampagne war in den meisten Fällen ein Fehlschlag. Wo sie Erfolg hatte, wie in der Wahl des ultrakonservativen Unabhängigen Buckley in New York, da führte sie zu einer schlimmen Spaltung der Republikanischen Partei.

Das Hauptthema der republikanischen Kampagne war bekanntlich der Ruf nach „Gesetz und Ordnung". Während diese Einschüchterungstaktik tatsächlich die Demokratische Partei dazu brachte, den Ruf aufzunehmen, reagierten die Wähler

anders. Der beste Beweis dafür war vielleicht das Scheitern einer von Nixon in letzter Minute unternommenen Anstrengung, einen Zwischenfall in San José, Kalifornien, auszuschlachten, wo sein Auto vier Tage vor der Wahl von Demonstranten mit Eiern beworfen wurde. Am 1. November wetterte der Präsident in einer äußerst emotionalen Rede in Phoenix (Arizona) folgendermaßen gegen jugendliche Demonstranten:

„Diejenigen, die in der einen Hand ein Friedenszeichen tragen und in der anderen eine Bombe oder einen Backstein, sind die Superheuchler unserer Zeit (...). Schon zu lange ist die Stärke unserer Freiheit durch schleichende Nachgiebigkeit ausgehöhlt worden, in unseren Parlamenten, in unseren Gerichten, in unserem Familienleben, in unseren Universitäten. Schon zu lange haben wir Aggressionen hier bei uns nur beschwichtigt, und das Ergebnis war Aggression und mehr Gewalt. Es ist die Zeit gekommen, einen Trennungsstrich zu ziehen. Es ist die Zeit für die große schweigende Mehrheit gekommen (...), aufzustehen und sich bemerkbar zu machen gegen die Beschwichtigung der Steinewerfer und der Schreier von Obszönitäten."

Er warf dem Kongreß Nachgiebigkeit vor und forderte: „Die neue Einstellung gegenüber der Gewalt erfordert Männer im Kongreß, die für Gesetze arbeiten und kämpfen, die die Terroristen dahin bringen, wohin sie gehören: Nicht zum Herumstreunen in der zivilisierten Gesellschaft, sondern hinter Gitter."

Offenbar wurde diese Rede von Nixons Wahlkampfmanagern für so wirksam gehalten, daß die Republikanische Partei bei allen drei großen Fernsehgesellschaften Primärzeiten für ihre Ausstrahlung kaufte. Im letzten Moment schafften es die Demokraten, die während des gesamten Wahlkampfes unter Knappheit ihrer finanziellen Mittel zu leiden hatten, genügend Geld zusammenzubekommen, damit Senator Muskie in einer ruhigen, würdigen Fernsehrede auf die schwülstigen Ergüsse Nixons antworten konnte.

Wie sich herausstellte, wurde der Zwischenfall in San José höchstwahrscheinlich von den Republikanern selbst aufgezogen. Der Geheimdienst ließ es nicht nur zu, daß sich die Demonstranten dem Präsidentenauto bis auf $2^1/_2$ Meter nähern konnten, sondern erlaubte Nixon sogar, auf das Dach seiner Limousine zu klettern, wo er einem potentiellen Attentäter voll ausgesetzt war. Trotz der Behauptungen, das Präsidentenauto sei mit Steinen beworfen worden, konnte dafür keinerlei Beweis angetreten werden. Der Polizeichef von San José, J. Raymond Blackmore, hat selbst öffentlich erklärt, das Leben des Präsidenten sei in keinem Augenblick in Gefahr gewesen. Nixons kleiner „Reichstagsbrand" hat nicht geklappt. Und die „schweigende Mehrheit", auf die diese Geschichte wirken sollte, hat nicht geantwortet.

Nixons erklärtes Ziel, eine Mehrheit im Kongreß zu gewinnen, wurde nicht erreicht, weder im Repräsentantenhaus noch im Senat. Wenn er jetzt von einer „ideologischen" Mehrheit im Senat spricht, dann kann dieses Gerede von den sauren Trauben nicht ernst genommen werden.

Was war nun das Wahlergebnis? James Reston schrieb in der „New York Times" vom 5. November über die Entscheidung der Wähler: „Sie haben in dieser Wahl niemandem ein Mandat erteilt — ausgenommen vielleicht den Auftrag, den Unsinn einzustellen und mit den Aufgaben der Nation vorwärtszukommen... Allgemein haben sie uns eine bessere Gewichtsverteilung zwischen den Parteien im Kongreß und in den Staatsparlamenten beschert, und vor allem haben sie uns die Chance eines Neuanfangs gegeben. Unglücklicherweise hat Präsident Nixon die Botschaft offensichtlich nicht verstanden. Seine Partei hatte er bereits gespalten und außerdem gegen alle seine Aufrufe zu nationaler Einheit, Morali-

tät und Integrität verstoßen, und trotzdem behauptet er immer noch, einen großen Sieg errungen zu haben ... Das ist der übliche Unsinn für die eigenen Parteigänger, aber eins ist ziemlich klar: Selbst seine eigenen Kollegen im Weißen Haus und im Kabinett haben das nicht geschluckt."

Reston spricht dann von dem niedrigen Niveau dieses Wahlkampfes und fährt fort: „Es war ein unehrenhafter und Uneinigkeit erzeugender Wahlkampf. Und er wurde geführt von den beiden einzigen Männern, die von der gesamten Bevölkerung gewählt werden, um die Einheit der Nation zu wahren ... Die Wähler haben es abgelehnt, sich vom Präsidenten oder Vizepräsidenten belügen oder erschrecken zu lassen ..."

James Reston weist dann darauf hin, daß keines der dringenden Probleme der Innen- und Außenpolitik gelöst worden ist, und stellt die Frage: „Präsident und Vizepräsident haben argumentiert, die Opposition stelle ein Hindernis für eine gute Regierung, für die Sicherheit und das Wohlergehen der Nation dar. Wie kann danach Mr. Agnew wirksam als Vorsitzender des US-Senats amtieren, nachdem er versucht hat, vielen seiner Mitglieder eine Niederlage beizubringen? Wie soll der Präsident selbst zu einem vertrauensvollen privaten Dialog mit einflußreichen demokratischen Senatoren und Abgeordneten zurückfinden, deren politische Karrieren er zu zerstören versucht hat?"

Tim Wicker, ebenfalls politischer Kommentator der „New York Times", schrieb, es sei Mr. Nixon entgangen, daß der größte Erfolg darin bestanden hätte, „einen guten Ausgangspunkt für den Wahlkampf des Jahres 1972 zu gewinnen". Stattdessen habe Nixon an Boden verloren. Auch Wicker stellt fest, daß sich die Südstaatenstrategie nicht bezahlt gemacht habe. Er konstatiert kurz und knapp: „Es gibt einfach nirgendwo einen Beweis für einen unausweichlichen konservativen Trend in Amerika, der der Republikanischen Partei unvermeidbar zum Vorteil gereichen würde."

All dies soll jedoch nicht heißen, daß die Demokraten keine Sorgen hätten. Viele ihrer führenden Politiker waren vermutlich selbst überrascht darüber, daß sich ihre Partei zwei Jahre nach der verheerenden Niederlage von 1968 bereits wieder erholt hat. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wurden ihre Kandidaten während des ganzen Wahlkampfes von den Republikanern in die Defensive gedrängt, und das in einem Augenblick, wo ein stärkeres Herausstellen der Mißerfolge der Regierung Nixon sowohl in der Außen- wie in der Innenpolitik, insbesondere in der Wirtschaft, ihnen weit größere Wahlsiege möglich gemacht hätte. Das erstaunliche Ergebnis im Mittelwesten ist vielleicht das eindrucksvollste Beispiel für die Rolle, die die konkret-materiellen Fragen in diesen Wahlen gespielt haben.

Eine der sich anscheinend niemals verändernden politischen Tatsachen Amerikas ist immer der Konservatismus des mittleren Westens gewesen. Dieses Gebiet galt den Republikanern immer als sicher, wenn auch die Demokraten sich in einigen der größeren Städte wie etwa Chicago mächtige politische Apparate aufbauen konnten. Die große Mehrheit der Bewohner dieses Teiles der USA waren Farmer, und ihre Ansichten waren konservativ, voller Mißtrauen gegenüber den Städten und den Intellektuellen mit ihren neuen und unbewiesenen Ideen. Anscheinend die idealen Jagdgründe für die primitive Kampagne Vizepräsident Agnews.

Es kommt noch hinzu, daß der mittlere Westen immer das Bollwerk eines grundsätzlich isolationistischen Standpunktes in der Außenpolitik gewesen ist. Man erwartete deshalb, die Rückwirkungen des Indochinakrieges würden im mittleren Westen lediglich eine untergeordnete Rolle spielen.

Wie soll man dann aber die Ergebnisse der diesjährigen Wahl erklären? In nicht weniger als sechs Staaten, nämlich in Ohio, Wisconsin, Minnesota, Nebraska, Süd-Dakota und Oklahoma, stellen die Demokraten die Gouverneure. In Kansas wurde ein Demokrat für eine dritte Amtsperiode zum Gouverneur gewählt. In Nord-Dakota und in Missouri wurden demokratische Gouverneure wiedergewählt. Es gab eine lange Liste demokratischer Senatoren aus dem mittleren Westen, deren politische Ausschaltung die Gruppe um Nixon vorgesehen hatte. Hubert Humphrey, der sich in Minnesota um den Sitz des sich zurückziehenden Senators Eugene McCarthy bewarb; William Proxmire (Wisconsin), der im Senat oft gegen Nixon aufgetreten war; Senator Philip Hart (Michigan); Senator Stuart Symington (Missouri), der sich nach jahrelanger starker Unterstützung des Pentagon Nixons Feindschaft zuzog, weil er wegen des Vietnamkrieges alle Illusionen verlor und das auch sagte; und schließlich Senator Vance Hartke aus Indiana — sie alle gewannen die Wahl, wenn auch Hartke nur äußerst knapp. Dann gab es den einem Erdrutsch gleichkommenden Wahlsieg Adlai Stevensons III. Der Sohn des berühmten gleichnamigen Vaters wurde Senator in Illinois und nahm den Platz ein, den so viele Jahre hindurch der verstorbene republikanische Senator Everett Dirksen innehatte.

Wie konnte das alles geschehen? An erster Stelle ist darauf hinzuweisen, daß die Zahl der aktiven Farmer in den letzten Jahren ruckartig zurückgegangen ist. Viele derjenigen, die immer auf der Farm beschäftigt waren, arbeiten jetzt in nahegelegenen Städten in irgendeiner kleinen Fabrik. Sie sind Mitglieder in Gewerkschaften geworden, was sie noch vor wenigen Jahren als „unamerikanisch" angesehen hätten. Zwar sind Farmer normalerweise nicht so hart und direkt betroffen, wenn in den Städten die Arbeitslosigkeit ansteigt, aber sie haben ihre eigenen Probleme. Und ein großer Teil der jetzt in der Industrie beschäftigten früheren Landbevölkerung bekommt die gegenwärtige Rezession ebenso zu spüren wie jeder in der Stadt lebende Arbeiter. Was die verbliebenen Ganztagsfarmer anbetrifft, so gibt es auch für sie nichts, worüber sie angesichts der Situation, in der sie sich befinden, besonders zufrieden sein könnten. Das mit „Parität" bezeichnete Verhältnis zwischen den Preisen für Versorgungsgüter, die der Farmer kaufen muß, und den Preisen, die er mit dem Verkauf seiner Produkte erzielt, ist auf dem tiefsten Stand seit 1930 angekommen. Zwischen Januar und Februar 1970 sank das Gesamteinkommen der Farmen in Einzelbesitz um 800 Millionen Dollar.

Der Fernseh-Blitzkrieg der Republikaner, deren Aufwand den der Demokraten mindestens um das Fünffache übertraf, mag in den Städten einigen Erfolg gezeitigt haben. In den ländlichen Gebieten des mittleren Westens war er nicht erfolgreich. Agnew hatte jubelnde Menschenmengen bei den Dinners, die die Republikaner veranstalteten, um ihre Wahlkampffonds aufzufüllen, aber am Wahltag folgten die Wähler seinem Rat nicht.

Kalifornien bietet ein anderes Bild. Zwar ist die Landwirtschaft eine der Haupteinkommensquellen dieses Staates, aber es ist nicht die im Familienbetrieb bewirtschaftete Farm oder Obstplantage, die in den ländlichen Gebieten dominiert. Die kalifornische Landwirtschaft ist eine Industrie, deren Besitzer riesige Gesellschaften sind. Es wird mit hochqualifizierter Ausrüstung gearbeitet, in „Fabriken auf dem Felde". Aus diesen und anderen Industriequellen floß Geld in die Geldschränke von Gouverneur Reagan. Für die Demokraten war die Situation anders. Es war bekannt, daß sie gespalten waren, daß ihr Gouverneurskandidat nicht einmal die eigenen Anhänger in große Begeisterung versetzte. Solange die Demokraten die Mehrheit im Staatsparlament gehabt hatten, war Jesse Unruh der

unbestrittene Boss und der starke Mann des Apparates gewesen. In den letzten zwei Jahren hatte er verspätet eine liberale Position bezogen. Weder die konservative noch die liberale Gruppe in der Partei betrachtete ihn ganz als ihren Mann. Das Ergebnis war, daß viele der größten Förderer der Demokratischen Partei eine Schwenkung vollzogen und nun Reagan unterstützten, der die Bildschirme des Fernsehens mit effektvoller Propaganda versorgte, während Unruh auf die altmodischen Wahlkampfformen des persönlichen Auftretens an Straßenecken, in Supermärkten und dergleichen angewiesen war. Unter diesen Umständen war es dennoch verblüffend, wie gut er das auf diese Weise machte, so daß Reagan nur mit einer relativ knappen Mehrheit die Wahl gewann.

Kalifornien ist auch ein gutes Beispiel für ein weiteres Charakteristikum dieses Wahlkampfes: viele Wähler weigerten sich, streng nach der Parteiliste zu wählen. Während Reagan für eine zweite Amtsperiode zum Gouverneur gewählt wurde, mußte sich Senator George Murphy, für den Nixon, Agnew und eine Unmenge weiterer Würdenträger geworben hatten, von einem Demokraten schlagen lassen: von dem bisherigen Kongreßabgeordneten John Tunney, der Murphy mit Wahlkampfschulden in Höhe von 600 000 Dollar hinter sich ließ. Außerdem sieht sich Gouverneur Reagan, der ähnlich wie George Wallace in Alabama Nixon von rechts bedroht, einer demokratischen Mehrheit in beiden Kammern der kalifornischen Legislative gegenüber, wo es bis jetzt eine knappe republikanische Mehrheit gegeben hat. Zur gleichen Zeit mußte Kaliforniens Superintendent für das Öffentliche Schulwesen, Dr. Max Rafferty, der Liebling der extremen Rechten, eine Niederlage durch seinen schwarzen Mitarbeiter Dr. Riles hinnehmen, der dadurch der erste Schwarze wurde, der in Kalifornien ein öffentliches Amt auf Staatsbasis erhielt. Es gibt viele solcher Beispiele, mit denen das verwirrende Bild illustriert werden könnte, das der Ausgang dieser Wahlen bietet. Die durchschnittliche Beteiligung stimmberechtigter Wähler lag bei 50 Prozent; das ist für amerikanische Verhältnisse bei Wahlen zum Jahresende relativ hoch. In einigen Gebieten, wo der Wahlkampf besonders hitzig geworden war, stieg der Anteil sogar auf 70 Prozent.

Wie schon bei den früheren Wahlen, die zwischen zwei Präsidentschaftswahlen liegen, spielten gesamtnationale Themen eine untergeordnete Rolle, anders als bei Präsidentschaftswahlen, wo sie naturgemäß vorherrschend sind. So beeinflußte das Thema des Indochinakrieges wohl einige Wahlkämpfe um Senatorenämter, nicht jedoch die Wettbewerbe um Gouverneursposten oder Sitze in den Staatsparlamenten. Bis zu einem gewissen Ausmaß ist es Nixon gelungen, viele Menschen mit seinem Gerede von einem Truppenrückzug und von der Vietnamisierung des Krieges zu verwirren, indem er sie glauben machte, der Krieg werde sich schrittweise seinem Ende nähern.

Daß die in allen Teilen des Landes durchgeführten Antikriegsdemonstrationen unmittelbar vor den Wahlen relativ klein geblieben sind, ist der Beweis dafür. Dieser Sachverhalt stellt die Friedensbewegung vor einige ernste taktische und strategische Probleme, die im Rahmen dieser Analyse jedoch nicht erörtert werden können.

Wenn man einige allgemeine Charakteristika dieser Wahlen ausmachen will, dann würden sie besagen, daß die Extreme auf der Rechten und auf der Linken geschwächt worden sind; obgleich einem auch hierzu unverzüglich Ausnahmen einfallen. Der Wahlsieg des Erzkonservativen Buckley in New York wird wieder wettgemacht durch die Wahl von Mrs. Bella Abzug, einer Kandidatin der Frauenbefreiungsbewegung, und von Herman Badillo, einem weiteren progressiven Kandidaten aus der gleichen Stadt. Beide wurden in den Kongreß gewählt, und beide

wurden von der Kommunistischen Partei unterstützt. Daß in Kalifornien zwei Mitglieder der faschistischen John-Birch-Society zu Kongreßabgeordneten gewählt wurden, wird durch die Wahl des militanten Schwarzen Ronald V. Dellums aus Berkeley, Kalifornien, wieder ausgeglichen. Tafts Wahlsieg in Ohio findet sein Gegengewicht in der Übernahme des Staatsparlaments durch die Demokraten. Und so weiter ...

Aber selbst wenn im allgemeinen die Positionen der Mitte vorherrschen, so haben davon doch die Demokraten profitiert und nicht die „Grand Old Party" der Republikaner. Das Magazin „Time" stellte es in seiner Ausgabe vom 9. November so dar: „Nirgendwo konnte in den Reden des Präsidenten irgendein deutlicher Versuch festgestellt werden, in beiden Parteien die Kräfte der Vernunft gegen die Minderheit der Radikalen zu mobilisieren; daraus war klar zu folgern, daß nur die Anhänger des Präsidenten auf der Seite des Rechts standen."

Und der New Yorker Bürgermeister Lindsay, der im vergangenen Jahr mit den Stimmen der Demokraten und der Liberalen für eine zweite Amtsperiode gewählt wurde, obwohl er noch als Republikaner registriert ist, kommentierte den Wahlkampf wie folgt: „Der Wahlkampf des Jahres 1970 hat eine Wolke der Verdächtigungen und des Mißtrauens über die gesamte Nation gebreitet ... Männer mit viel Macht und in hohen Ämtern haben Schlagzeilen gemacht, die eher Angst heraufbeschwören, statt Hoffnungen zu sammeln. Sie haben die Anschuldigung erhoben, Opposition gegenüber ihrer Politik sei irgendwie Anstiftung zu Unruhe und Gewalt. Diese Anschuldigung ist unglaublich."

Wenn die ersten Reaktionen des Präsidenten und des Weißen Hauses bedeutsam sind, dann sieht die Perspektive für 1971 wirklich finster aus. Zunächst erklärte der Präsident, das Ergebnis sei ein „Sieg". Dann ließ er verlauten, er habe im Senat eine „arbeitsfähige Mehrheit" gewonnen. Aber diese Erklärungen waren nichts anderes als Sprüche angesichts zu saurer Trauben. Kurz danach fand um fünf Uhr nachmittags in Nixons Landhaus in Florida ein Treffen des Präsidenten mit sieben seiner Berater statt, unter ihnen Justizminister Mitchell. Erklärungen, die von Sprechern des Weißen Hauses abgegeben wurden, waren wie so oft widerspruchsvoll. Am 6. November hatte Herbert Klein, der Informationsbeauftragte des Weißen Hauses, mitgeteilt, die Administration werde künftig mehr Gewicht auf Reformprogramme wie den im Senat gescheiterten Familienhilfeplan legen und das Thema „Gesetz und Ordnung" herabstufen. Einen Tag später erklärte J. Bruce Whelihan, Pressemitarbeiter des Weißen Hauses, Klein habe lediglich seine persönliche Meinung über die Situation nach den Wahlen wiedergegeben.

Für die Richtung der Pläne Nixons nach den Wahlen kann es wichtig und kennzeichnend sein, daß nach dem Treffen in Florida nur ein einziger konkreter Schritt angekündigt wurde: die Ernennung von Robert C. Mardian aus Pasadena zum Chef der Abteilung für Innere Sicherheit beim Justizministerium. Es verdient festgehalten zu werden, daß Mardian der Wahlkampfleiter im Westen der USA in der Präsidentschaftskampagne Barry Goldwaters war. Die „Los Angeles Times" kommentierte die Ernennung am 8. November mit folgenden Worten: „Die Ernennung ... läßt eine erhebliche Verstärkung der Abteilung für Innere Sicherheit erwarten. Ihr Ziel wird es sein, die Verfolgung militanter terroristischer Aktivitäten zu verschärfen, und zwar zusätzlich zu den antikommunistischen Strafverfolgungen, die bisher den hauptsächlichen Verantwortungsbereich der Abteilung ausmachten."

Die Zeitung sagt eine Vergrößerung des Abteilungspersonals voraus. Das klingt jedenfalls nicht so, als solle es ein „Herabstufen" des Gesetz-und-Ordnung-The-

mas geben. Es sieht viel eher so aus, als habe Nixon aus den Wahlen nichts gelernt und als wolle er damit fortfahren, die Nation durch repressive Maßnahmen zu spalten, und damit zur weiteren Polarisierung beitragen.

Wenn man die Feindschaften in Betracht zieht, die Nixons Kampagne zur Ausschaltung verschiedener führender Senatoren, die sich in der Vergangenheit kritisch geäußert hatten, hervorgerufen hat, und wenn man weiter die Tatsache berücksichtigt, daß der Präsident nicht erwarten kann, auch nur den kleinsten Teil der von ihm geplanten Gesetzgebung ohne die Unterstützung einflußreicher Demokraten im Kongreß durchzubekommen, dann kann man erwarten, daß sich die Verfassungskrise zwischen dem Weißen Haus und dem Kongreß weiter verschärft. Das wird zu einer weiteren Vernachlässigung dringender innenpolitischer Probleme führen, zu verstärkter Frustration bei den Opfern der wirtschaftlichen Rezession und zu größeren Spannungen in allen Teilen des Landes.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich daran zu erinnern, daß der erhoffte Einbruch von Republikanern in die Reihen der Gewerkschaftsbewegung nicht erfolgt ist. Die eindrucksvollen Stimmengewinne der Demokraten in so hochindustrialisierten Staaten wie Pennsylvania sind der Beweis dafür. Selbst George Meany, der erzreaktionäre Präsident der AFL-CIO, hat unmittelbar vor den Wahlen Nixons Wirtschaftspolitik verurteilt. Wo immer in diesen Wahlen George Wallace Stimmen von „blue-collar workers" verloren hat, sind sie offensichtlich an die Demokraten und nicht an republikanische Kandidaten gegangen. Die andauernde Rezession kann nur bewirken, daß die Hoffnungen der Republikaner auf große Stimmblöcke der Arbeiterschaft zum Scheitern verurteilt sind. Das ist wichtig, da das vielzitierte Vorgehen New Yorker Bauarbeiter gegen Friedensdemonstranten für charakteristisch gehalten worden war.

Eine bevorstehende Beschleunigung der politischen Polarisierung ist unvermeidlich, wenn man Nixons persönliche Reaktion auf das Resultat dieser Wahlen betrachtet. Am 5. November lud der Präsident eine Gruppe von neun Zeitungskolumnisten zu einer sogenannten „Hintergrundinformation" ein, wobei er nach den Spielregeln nicht als Informationsquelle genannt werden darf. Man hatte die neun sorgfältig unter den Sympathisanten für Nixons Politik ausgewählt. Auf diesem Treffen äußerte sich Nixon frei über seine persönliche Einschätzung der Wahlen und der bevorstehenden Probleme. Am 9. November berichtete James J. Kilpatrick im „Washington Star" über dieses Treffen und zählte die anwesenden Journalisten namentlich auf. Alle sind ohne Ausnahme konservativ.

Nixon machte deutlich, er habe die Absicht, einen weiteren „strengen Konstruktivisten" — d. h. einen Rassisten — aus dem Süden für den Obersten Bundesgerichtshof zu nominieren. Er glaube, daß er im Senat nun über die erforderliche Stimmenzahl zur Bestätigung seines Kandidaten verfüge. Der Präsident weist alle Erklärungen der Demokraten über ihren Wahlsieg zurück und ist nach wie vor der Meinung, daß das Ergebnis ohne sein persönliches Eingreifen in den Wahlkampf wesentlich schlechter ausgefallen wäre. Er wiederholt seine Erklärung, er habe für seine Politik eine „arbeitsfähige Mehrheit" im Senat gewonnen.

Vielleicht noch wichtiger sind Nixons Auffassungen im Hinblick auf die Themen für 1972, wenn er für eine zweite Amtsperiode kandidieren muß. Er glaubt, 1971 werde „wirtschaftlich ein gutes Jahr" und „1972 ein sehr starkes Jahr". Er ist außerdem der Meinung, das Ende des Vietnamkrieges werde gegen Ende des Jahres 1972 in Sicht sein, so daß das Friedensthema aus dem Wahlkampf gestrichen werden könne.

Es sollte festgehalten werden, daß es unter Nixons wirtschaftlichen Spitzenberatern scharfe Differenzen darüber zu geben scheint, welchen Kurs man angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit und der andauernden Inflation einschlagen soll. Am 11. November schrieben Rowland Evans und Robert Novak in ihrer von mehreren Zeitungen veröffentlichten Kolumne: „Zur Zeit findet innerhalb der Regierung Nixon ein Kampf um die Wirtschaftspolitik statt. Das Schatzministerium widersetzt sich wütend allen — durch die republikanischen Wahlverluste noch verstärkten — Anstrengungen, die Wirtschaft anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit unverzüglich einzudämmen."

Die Kolumne erinnert daran, daß bis zur Wahl lediglich ein Mann im Wirtschaftsrat des Präsidenten, Herbert Stein, für einen höheren Verbrauch und für eine Ausweitung der Geldzufuhr eingetreten ist. Er wurde seinerzeit vom Vorsitzenden des wirtschaftlichen Beratergremiums, Paul McCracken, und noch heftiger von Schatzminister David Kennedy und seinen Kollegen überstimmt. Sie fürchteten, die Inflation werde außer Kontrolle geraten, wenn man die straffe Finanzpolitik lockere. Jetzt hat Stein starke Unterstützung von republikanischen Politikern erhalten, die der Meinung sind, Nixon habe die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit stark unterschätzt. In der Kolumne heißt es weiter:

„So sieht sich Mr. Nixon nun vor eine der wichtigsten politökonomischen Entscheidungen gestellt... Es steht nichts Geringeres auf dem Spiel als seine eigene Wiederwahl und die künftige Stabilität der Republikanischen Partei. In wirtschaftlichen Dingen weitgehend unbewandert, muß der Präsident den richtigen Weg zwischen den unterschiedlichen Ratschlägen seiner eigenen Berater und den aus verständlichen Gründen panischen Forderungen von Parteiführern finden... Diese Forderungen haben einen politischen Stellenwert. Mr. Nixon wird sich der Einsicht nicht verschließen können, daß seine Partei in ernste Schwierigkeiten geraten ist und daß die Arbeitslosigkeit dazu entscheidend beigetragen hat — es sei denn, er würde dem lächerlichen Strom von nachträglicher Wahlpropaganda, der zur Zeit aus dem Weißen Haus fließt, wirklich Glauben schenken."

Die Schwierigkeit besteht natürlich darin, daß alles darauf hindeutet, daß Nixon seiner eigenen Propaganda glaubt und eine Politik fortsetzen wird, die auch noch 1971 und vielleicht noch länger die Arbeitslosigkeit voll aufrechterhält.

Aber wie steht es bei den Demokraten? Sie wurden von der unerwarteten und schnellen Erholung ihrer Partei nach dem Desaster von 1968 überrascht. Zweifellos wird das Ergebnis der 1970er Wahlen die Demokratische Partei wieder beleben und vielleicht bis zu einem gewissen Grade wieder einigen. Mit Sicherheit wird der Kampf um die Präsidentschaftsnominierung im Jahre 72 intensiviert werden, da es jetzt möglich erscheint, eine zweite Amtsperiode Nixons zu verhindern. Über Nacht ist Senator Muskie der Spitzenkandidat für diese Nominierung geworden, und zwar auf Grund der Begeisterung, die seine Fernsehantwort an Nixon am Vorabend der Wahl ausgelöst hat. Aber auch andere machen sich Hoffnungen, wie Senator McGovern, von dem man erwartet, daß er im Januar seine Kandidatur bekanntgibt, oder Edward Kennedy, der sich politisch erholt zu haben scheint, wie aus dem Ergebnis seiner Wiederwahl in Massachussetts hervorgeht. Und schließlich ist da noch der immer hoffnungsvolle Hubert Humphrey, der den von Eugene McCarthy zur Verfügung gestellten Senatssitz gewonnen hat. Die Nominierung des startbereiten Humphrey wäre eine Katastrophe, da sie alle alten Wunden der Parteispaltung des Jahres 1968 wieder aufreißen würde. Senator Muskie könnte stark genug werden, um die Partei wie-

der zu vereinen, und der Kennedy-Mythos ist nach wie vor wirksam. McGovern würde zum Sammelpunkt für alle diejenigen werden, die das Thema Vietnam wieder beleben wollen; ob er jedoch die Partei einigen könnte, ist nicht sicher. Es steht fest, daß die Entwicklungen des Jahres 1971 einen entscheidenden Einfluß auf die Wahlen des Jahres 1972 ausüben werden. Für den von Nixon versprochenen wirtschaftlichen Aufschwung gibt es keinerlei Anzeichen. Im Gegenteil: die Arbeitslosigkeit wird wahrscheinlich noch ansteigen, und die Inflation wird mit Sicherheit nicht aufgehalten werden können. Folglich würde die wirtschaftliche Frage der natürliche Ansatz sein, mit dem die Demokraten gewinnen könnten. Wenn es großangelegte Streiks geben wird — und das scheint der Fall zu sein —, dann werden sich alle Hoffnungen der Republikaner auf Einbrüche in die Reihen der Arbeiterschaft in nichts auflösen. Und wenn, wofür es ebenfalls Anzeichen gibt, die Regierung Nixon ihre Politik der Repression gegenüber jeder Opposition an den Hochschulen, in den Gettos und anderswo fortsetzt, dann könnten die Demokraten davon profitieren. Allerdings nur, wenn sie ihre defensive Haltung aufgeben, die sie dazu führte, mit den Republikanern in einer „Gesetz-und-Ordnungs"-Politik zu wetteifern. Was sie tun werden, darüber gibt es noch Zweifel.

Amerikas Jugend wird nicht nur neue Gesichter sehen wollen, sondern neue und wirklich alternative Programme. Ein derartiges Programm ist von den Demokraten bis jetzt jedenfalls noch nicht vorgelegt worden.

Eine breite Volksbewegung all derer, die direkt oder indirekt Opfer der Kriegspolitik und ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen sind, könnte Gestalt gewinnen. Sie könnte stark genug werden, um den Druck auszuüben, der zu einer wesentlichen Änderung der Gesamtpolitik der USA erforderlich ist. Das gilt nicht nur für die innenpolitischen Themen, sondern in gleicher Weise für die außenpolitischen Probleme. Nixons Rückkehr zur Politik des Kalten Krieges, die bereits Verbündete in allen Teilen der Welt entfremdet hat und im Innern des Landes mit einer Faschisierung verbunden ist, muß die Krise des politischen Systems noch vertiefen.

Nixons Niederlage öffnet einer solchen Volksbewegung neue Wege. Sie wird mehr bedenken müssen als die Mittel zur Beendigung des Indochinakrieges, mehr als die notwendigen Maßnahmen zur Umorientierung einer kriegsbezogenen Politik auf eine Friedenspolitik — eine Veränderung, für die zur Zeit noch kein konkreter Plan von der Regierung ausgearbeitet worden ist.

Sie muß neue und gründliche Mittel finden, um auf Fragen zu antworten, die im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der technologischen Revolution sich für die USA stärker stellen als für jedes andere industrialisierte Land des Westens. Solche Maßnahmen müssen eine mögliche Reduzierung der Arbeitswoche oder sogar des Arbeitstages ebenso beinhalten wie ein Bildungsprogramm, das die menschlichen Fähigkeiten im vollsten Sinne entwickelt und von ihnen auch im vollsten Sinne Gebrauch macht. Sie muß Mittel und Wege finden, um die Ökologie auf dem Lande zu erhalten, und vieles andere mehr.

Mit Nixons Niederlage ist eine Situation entstanden, die Amerika die vielleicht letzte Chance bietet, in den Lebensfragen unserer Zeit den Anschluß an die Menschheit wiederzufinden.

Ökonomische Bedingungen des Faschismus

Von Gert Schäfer

In den letzten Jahren ist in der Bundesrepublik die Diskussion über den Faschismus und seine gesellschaftlichen Ursachen weithin wieder aufgelebt. Diese Diskussion ist ohne Zweifel von weittragender Bedeutung für die Strategie der demokratischen Opposition und wird innerhalb dieser von durchaus unterschiedlichen theoretischen Grundpositionen aus geführt. Wir veröffentlichen daher im folgenden zwei einander entgegengesetzte Beiträge zu dieser Diskussion. Gert Schäfer, dessen Beitrag wir mit freundlichem Einverständnis des Fischer Verlages aus einem demnächst dort erscheinenden Sammelband über den Faschismus zum Vorabdruck bringen, ist Mitherausgeber des erstmals 1967 in München erschienenen Buches Schäfer/Nedelmann: Der CDU-Staat. Reinhard Opitz arbeitet zur Zeit an der Fertigstellung eines demnächst in Köln im Pahl-Rugenstein Verlag erscheinenden Buches über Formen der gesellschaftlichen Integration im Imperialismus und ist Mitherausgeber des 1969 im gleichen Verlag erschienenen Buches Hitzer/Opitz, Alternativen der Opposition. D. Red.

I

Wenn die Frage nach den ökonomischen „Hintergründen" und Bedingungen des Faschismus gestellt wird, pflegt man für gewöhnlich Enthüllungsgeschichten und „inside stories" über Beziehungen zwischen Unternehmern und faschistischen Politikern oder aber den Nachweis zu erwarten, daß der Faschismus ökonomisch determiniert ist, sei er so etwas wie ein notwendiges Produkt des Kapitalismus und seiner ökonomischen Bewegung, sei er das Resultat eines spezifisch unentwickelten Kapitalismus. Im einen Fall — der liberalen Faschismusdeutung — wird Kapitalismus mit einem ökonomischen System frei konkurrierender Wettbewerber und dem politischen Rahmen „pluralistischer Demokratie", im anderen Fall — einer marxistischen Interpretation — werden Monopolkapitalismus und Faschismus identifiziert. Liegen diesen Interpretationsmustern kontroverse Theorien industrieller Gesellschaft und sozialen Wandels zugrunde [1]), so können die „inside stories" als solche kein wissenschaftliches Interesse beanspruchen — es sei denn auf unfreiwillige Weise. Bekanntlich sind die faschistischen Bewegungen überall vom „Kapital" oder genauer von einzelnen Repräsentanten einer kapitalistisch organisierten Ökonomie finanziert und unterstützt worden, wenngleich sie in scheinbar antikapitalistischer Rhetorik das kapitalistische System selbst zu bekämpfen schienen. Umgekehrt gibt es allerdings nicht weniger zahlreiche Beispiele, nach denen sich beweisen ließe, daß Repräsentanten kapitalistischer Interessen den faschistischen Bewegungen ablehnend oder mit großer Reserve gegenüberstanden. Aus dem ersten zu schließen, daß der Faschismus ein Agent des Kapitals, aus dem letzteren, daß Faschismus und Kapitalismus Gegner seien, führte jedoch in die Irre: in der allenfalls statistischen und moralistischen Beweisführung läßt sich oberflächlich und personalisierend nur feststellen, wie viele Kapitalisten oder welche Wirtschaftsgruppen den Faschismus zu einem

[1]) Diese Positionen werden unten näher erörtert.

bestimmten Zeitpunkt unterstützt oder bekämpft haben, und bestenfalls gelänge eine interessante Quantifizierung von Einfluß- und Konfliktzonen, aus denen sich mathematisch ablesen ließe, nach welcher Gewichtsverteilung dieses oder jenes Resultat wahrscheinlich war. Obwohl die subjektiven Entscheidungen kapitalistischer Repräsentanten für den Erfolg faschistischer Bewegungen kaum unterschätzt werden können [2]), sagen sie doch als solche wenig über das historische und objektive Verhältnis von Kapitalismus und Faschismus, von Ökonomie und Politik aus, da die subjektiven Intentionen der historisch Handelnden hier wie in der uns bekannten Geschichte kaum jemals den objektiven Folgen und Bedeutungsgehalten ihres Handelns entsprachen und deshalb nur dann erklärungstriftig sind, wenn sie selbst — als formulierte Situationseinschätzungen und unausgesprochene Motive — vor dem Hintergrund objektiver sozialer Strukturen und Entwicklungsrichtungen entschlüsselt werden. Geschichtsschreibung, die diesen Namen verdiente, hätte freilich beides zu leisten: solange Selbstverständnis und wirkliches Tun der Menschen nicht zusammenfallen, müssen wir aus den jeweiligen objektiven Grundformen historischer Praxis die Handlungen der Subjekte und Klassen auch und gerade dann zu verstehen suchen, wenn diese nur ein unzureichendes Selbstverständnis ihrer gesellschaftlichen Situation und politischen Alternativen besitzen.

Besonders die faschistischen Bewegungen scheinen aber in ihrer oft geschilderten wahnhaften Realitätsverzerrung und der aus ihrem Realitätsverlust erklärbaren Tendenz zur Selbstzerstörung einer an objektiven gesellschaftlichen Strukturmerkmalen und daraus erklärbaren Interessen und Handlungen orientierten Interpretation den Boden zu entziehen. Zweifellos können die formulierten subjektiven Handlungsorientierungen des Faschismus pathische Projektionen, deren Geschichtsmächtigkeit grauenhaft demonstriert worden ist, weder mit den traditionalen Herrschaftslegitimationen, die sich in kosmologischen Weltinterpretationen ausdrückten, noch mit den objektiven, aus dem Äquivalententausch abgeleiteten Ideologien der bürgerlichen Gesellschaft sinnvoll identifiziert werden. Das hat dazu geführt, Faschismus als „Anomie", als generellen Normverlust zu deuten, der sich am besten als nur notdürftig mit vorindustriellen Leitbildern getarnte Auflösung jeglicher sozialen Identität und institutionellen Stabilität oder aber als Herrschaft „sans phrase" begreifen lasse. Jedoch kann die faschistische Programmatik die historischen Bedingungen, denen sie ihre Entstehung verdankt, nicht verleugnen. Auch zum Beispiel Talcott Parsons, der den Anomiebegriff in die Faschismusdiskussion eingeführt hat [3]), verneint so zwar eine positive Beziehung von Kapitalismus und Faschismus, kann jedoch gleichwohl nicht umhin, soziale Anomie als Reaktionsbildung auf eine vorherrschende geschichtliche Entwicklungstendenz und gesellschaftliche Objektivität, von ihm in der Nachfolge Max Webers als neuzeitlicher Prozeß der Rationalisierung und Industrialisierung gedeutet, zu erklären. Während etwa Parsons das Verhältnis von Kapitalismus und Faschismus wenngleich negatorisch zur Sprache bringt und als einander ausschließend beantwortet, hat dagegen der parteioffizielle institutionelle Marxis-

[2]) Tatsächlich erlangten die faschistischen Bewegungen überall nur als Bündnispartner von Teilen der herrschenden Klassen Verfügung über die staatlichen Sanktionsmittel.

[3]) Vgl. Talcott Parsons, Democracy and Social Structure in Pre-Nazi Germany (1942), in: Essays in Sociological Theory, Glencoe 1964, S. 104 ff.; vgl. zur Sozialpsychologie des Faschismus Klaus Horn, Sozialpsychologische Aspekte des Faschismus, in: Faschismus und Europa, Symposium Prag 1969, Bd. II, S. 107 ff. Die Programmatik des Faschismus läßt sich negativ bestimmen als Rückgang hinter alle emanzipatorischen Momente der bürgerlichen Gesellschaft — mit Ausnahme technischer Entwicklung und entsprechender Leistungsmoralität. Ernst Nolte hat das so beschrieben: „Geheilt werden soll die Welt gerade v o n der jüdisch-christlich-marxistischen Welterlösungslehre und z u jenem absoluten Herrenrecht, das die Sklaven für immer in ihr Sklavenlos zwingt. Es kann nur als Ausdruck einer Partikularität verstanden werden, die sich als solche für gefährdet hält und deshalb unter Abstreifung ihrer geschichtlichen Eigenart mit stärkster Betonung die naturhaft-urtümlichen Züge ihrer Existenz hervorkehrt und für immer zu sichern versucht" (Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, S. 504 f.).

mus bis heute an der Faschismusdefinition Georgij Dimitroffs aus dem Jahre 1935 festgehalten; unverändert erklärt ihn der „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" als die „offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des (. . .) Finanzkapitals" [4]). Der Faschismus ist in dieser Definition ein natürlicher Sohn des Kapitalismus in seiner imperialistischen Epoche des monopolistischen Finanzkapitals, er ist staatsmonopolistischer Kapitalismus in seiner reaktionärsten konsequentesten Gestalt [5]).

Die Identifikation von Kapitalismus und Faschismus scheint jedoch nicht weniger problematisch als ihre negatorische Entgegensetzung. Für das eine wie das andere Argument lassen sich zwar Belege in den jeweiligen Bezugssystemen ohne weiteres herbeischaffen: Gewiß ist es ein leichtes und durchaus wichtig, zu verlautbaren, daß der Faschismus aus den Klassenkämpfen einer kapitalistischen Gesellschaft, die durch Privateigentum an Produktionsmitteln gekennzeichnet ist, entstand, daß er also das Produkt des Kapitalismus ist; daß auch die am meisten „antikapitalistischen" Teile in den fachistischen Bewegungen nicht daran dachten, Privateigentum an Produktionsmitteln abzuschaffen; daß sie wegen ihres unzureichenden Kapitalismus- und kleinbürgerlichen Sozialismusbegriffs, auf der Basis des geheiligten „Eigentums", sich als Verbündete des Kapitalismus gegen den marxistischen Sozialismus anboten; daß schließlich kein faschistisches Regime das Prinzip privaten Kapitaleigentums formell antastete; daß die Kapitalistengruppen durch die terroristische Unterdrückung der Selbstorganisation der Massen und politische Kontrolle „freier" Lohnarbeit einen ökonomisch und politisch bedeutsamen Machtzuwachs erfuhren, von den Extraprofiten im Gefolge imperialistischer Expansion zu schweigen. Umgekehrt ließe sich indessen nicht weniger gut belegt einwenden, daß der Faschismus wesentlich von Schichten vorkapitalistischen Bewußtseins getragen wurde; daß auch seine Führer den Kapitalismus keineswegs als sakrosankt, sondern als Instrument ihrer genuinen Zwecke verstanden; daß sie das Bündnis mit bestimmten Kapitalistengruppen als Koalitionsbildung auf Widerruf betrachteten, bei dem keine Frage sein konnte, wer wen beherrschte; daß die kapitalistischen Institutionen durch die faschistische Politik in ihrer Kohärenz zerschlagen wurden und eine Repräsentanz des Kapitalismus als Klasse im konsequenten Faschismus, dem deutschen Nationalsozialismus, nicht mehr existierte; daß schließlich bei allen strittigen Fragen, Fragen von Krieg und Frieden, Ökonomie und Politik, die faschistischen Praktiker der Gewalt ausschlaggebend waren [6]). Alle diese Argumente drücken die Kompromißstruktur der faschistischen Regime und die fundamentale Widersprüchlichkeit des Faschismus unbegriffen aus, in der sich Unternehmungen, die überlieferte kapitalistische Gesellschaftsformationen modifiziert aufrechterhalten, mit unaufgelösten Antinomien des Faschismus und selbstzerstörerischen Verläufen eigentümlich vermischten. Nur wenn es gelingt, die angeschnittenen Fragen als Ausdrücke eines widersprüchlichen Ganzen zu entwickeln, können das Verhältnis von Kapitalismus und Faschismus sowie die ökonomische Begründung des Faschismus zureichend geklärt werden. Dies kann nur im Rahmen eines gesellschaftstheoretischen Bezugssystems geschehen, dessen Grundbegriffe einer expliziten Darlegung und Entfaltung an Hand der historischen Verläufe, Antinomien und Resultate bedürften.

---

4) Vgl. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1962, Heft 6, S. 1440. Offener Terror, Chauvinismus, Imperialismus in dieser Form sind das genaue Gegenteil des von Karl Marx analysierten Kapitalismus, „wie er seinem Begriff entspricht". Siehe hierzu unten.
5) Vgl. Imperialismus heute, Berlin 19674, S. 77—159.
6) Vgl. Martin Broszat, Der Staat Hitlers, München 1969 (dtv); T. W. Mason, The primacy of politics — Politics and economics in National Socialist Germany, in: S. J. Woolf (ed.), The Nature of Fascism, London 1968, S. 165 ff.

II

Das kann ich in diesem Beitrag kaum in Ansätzen leisten. Ich möchte versuchen, einen Interpretationsrahmen im Hinblick auf die ökonomischen Bedingungen des Faschismus zu formieren und zur Diskussion zu stellen, der an die marxistische Faschismustheorie anknüpft, aber doch zentrale Grundbegriffe zu problematisieren versucht. Weder kann ich also den Interpretationsrahmen ausführen oder so tun, als sei die Fragestellung ein für allemal geklärt, noch will ich den üblichen Anschein hervorrufen, als bedürfe es nur einer getreuen und scheinbar objektiven Darlegung der Ereignisse und sogenannten Fakten, um Fragen der Gesellschaftsinterpretation zu lösen oder zu schildern, wie es denn eigentlich gewesen sei.

Auf zunächst äußerliche Weise lassen sich folgende politisch-ökonomische Bedingungen nennen, die einer faschistischen Institutionalisierung kapitalistischer Gesellschaften zugrundeliegen: Die Entwicklung vom „freien" Konkurrenz- zum „organisierten" und staatlich gesteuerten Kapitalismus; kapitalistische Akkumulationskrisen, Klassenkämpfe und Klassenkoalitionen, die die politische Demokratie und „pluralistisch" verfaßte Form kapitalistischer Gesellschaft bedrohen und eine faschistische politische Massenbewegung hervorbringen; der Versuch ökonomischen Imperialismus und terroristisch-totalitärer Stillegung des Klassenantagonismus kapitalistischer Gesellschaften. Ich möchte an Hand dieser Merkmale die These vortragen, daß der Faschismus als Massenbewegung zwar nur auf der Grundlage einer relativ entwickelten kapitalistischen Gesellschaft entstehen kann, jedoch als regressive Reaktion auf die immanente Entwicklungsdynamik kapitalistischer Akkumulation zu verstehen ist, die tendenziell die kapitalistische Gesellschaftsformation selbst vernichtet — wenn auch die Realität der uns bekannten faschistischen Staaten durch jeweils verschieden geartete Kompromißstrukturen gekennzeichnet ist.

Daß die faschistischen Massenbewegungen auf dem Boden relativ entwickelter kapitalistischer Gesellschaften entstanden und zur politisch dominierenden Kraft wurden, scheint keinem Zweifel zu unterliegen. Doch ist andererseits vielfach hervorgehoben worden, daß faschistische Bewegungen gerade dort bestimmend wurden, wo die kapitalistische Industrialisierung relativ spät einsetzte und eine klassische kapitalistische Tradition kaum bestand. Italien, Japan und Deutschland, die als faschistisch institutionalisierte Gesellschaften gelten, sofern der Begriff des Faschismus überhaupt als triftig angenommen wird [7]), sind Länder, die im Vergleich zu jenen des klassischen Kapitalismus etwa in England und den USA spät und auf abweichende Weise dem kapitalistischen Industrialisierungsprozeß unterlagen. Da die faschistischen Bewegungen ihrer Programmatik nach sich den Parteien des klassischen Kapitalismus und ihrem liberalen Selbstverständnis entgegensetzten und sich als antikapitalistische „nationalsozialistische" zu verstehen schienen und allein in jenen Gesellschaften zur Macht gelangten, in denen sich das klassische kapitalistische Wertsystem nur unzureichend durchgesetzt hatte, scheint die Annahme plausibel zu sein, daß sich Kapitalismus und Faschismus als gegensätzliche Gesellschaftsformen gegenüberstehen. Diese Argumentationskette, in der Kapitalismus, Modernität, Rationalität, Liberalismus und Pluralismus miteinander verknüpft sind, erscheint um so überzeugender, als die faschistischen Massenbewegungen ihre soziale Basis vor allem in jenen alten und neuen Mittelschichten hatten, die ihre Situation im Gegensatz zur großen Industrie und ihrer Schöpfung, dem industriellen Proletariat, definierten und sich als Kämpfer gegen Kapitalismus und Marxismus verstanden.

7) Vgl. zuletzt S. J. Woolf (ed.), Anm. 6.

Demgegenüber hat die marxistische Interpretation darauf hinweisen können, daß der längst imperialistisch und monopolistisch gewordene Kapitalismus seinem liberalen Selbstverständnis und seiner demokratischen Tendenzen entwachsen war und in dem Augenblick zur Aufhebung des politischen demokratischen Rahmens drängen mußte, in dem die Reproduktionsbedingungen des nicht mehr liberalen und „freien" Kapitalismus durch ökonomische Krisen und politische Klassenkämpfe nachhaltig gefährdet wurden. Da die Intensität der Klassenkämpfe besonders in Italien und Deutschland mit ihren marxistischen sozialistischen Bewegungen und schließlich auf Grund einschneidender Wirtschaftskrisen verhältnismäßig groß war und sich mit relativ schwachen demokratischen und parlamentarischen Traditionen verband, könne es nicht als zufällig erachtet werden, daß gerade in diesen Gesellschaften, zusätzlich belastet durch besondere nationale Probleme, den Resultaten des Ersten Weltkrieges und einer unterprivilegierten Stellung auf dem kapitalistischen Weltmarkt, der politische Rahmen demokratischer Institutionen gesprengt und eine terroristische Zerschlagung vor allem der sozialistischen Parteien und Verbände vollzogen wurde, die im Rahmen politischer Demokratie nicht hätte erfolgen können [8]). Die Losung „Kampf dem Marxismus und Liberalismus", von den Faschisten als verwandt interpretiert [9]), gab schließlich das Banner ab, unter dem sich die kleinbürgerlichen Faschisten mit reaktionären agrarischen und terroristisch gewordenen industriellen kapitalistischen Gruppen verbündeten, um ein totalitäres Regime zu errichten. Da aber in den faschistischen Regimen das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht beseitigt und die Erwartungen der faschistischen Massen in ökonomischer Hinsicht keineswegs erfüllt wurden, haben sich laut marxistischer Interpretation die faschistischen Bewegungen unversehens unter Leitung ihrer korrupten Führer in Agenturen der terroristischen Herrschaft des Monopolkapitals verwandelt und allein die Massenbasis zur Unterdrückung sozialistischer Intentionen und imperialistischer Expansion im Dienste des totalitären Monopolkapitalismus bereitgestellt. Wenn auf diese Weise die politische Repräsentanz des Monopolkapitalismus durch faschistische Praktiker der Gewalt ausgeübt wurde, so änderte diese „Verselbständigung" politischer Herrschaft doch durchaus nichts am Weiterbestehen der kapitalistischen Basis der Gesellschaft. Spätestens das Ende des Zweiten Weltkriegs könne beweisen, wie gering die Rolle des politischen Überbaus einzuschätzen war, da fast ohne Bruch der nun wieder — nach dem Vorbild der Westmächte — in demokratisch-rechtlichem Gewand auftretende Monopolkapitalismus restauriert wurde. Wenn so der Kapitalismus auch nicht notwendig zum Faschismus führen müsse, sondern dessen politische Form von spezifischen Konstellationen von Ökonomie, Klassenkämpfen und Politik abhänge, so sei doch der Faschismus in seinen wiederum verschiedenen Gestalten nichts als e i n e Variante des staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine Variante, die immer dann aktuell würde, wenn innere und äußere Reproduktionsschwierigkeiten den am meisten imperialistischen Gruppen des Monopolkapitals das Übergewicht verliehen.

Im Zentrum dieser Argumentation stehen die Begriffe Imperialismus, staatsmonopolistischer Kapitalismus oder totalitärer Monopolkapitalismus. Diese Begriffe, die den kapitalistischen Charakter des Faschismus ungeachtet der subjektiven Situationsdeutungen faschistischer Führer und Bewegungen selbst und ungeachtet politischer Formvarianten in den Vordergrund rücken, scheinen dem marxistischen Prinzip der Priorität ökonomischer Basis der Gesellschaft auch noch dort zu

[8]) Franz Neumann hat diesen Gesichtspunkt in seinem großen Werk Behemoth: The Structure and Practice of National Socialismus (N.Y. 19633) herausgearbeitet, siehe insbesondere S. 39 ff., 255 ff.
[9]) „Ausgehend vom Liberalismus des vorigen Jahrhunderts, findet die Entwicklung naturgeschichtlich ihr Ende im kommunistischen Chaos" (Hitler, zitiert nach Politische Fibel, Berlin 1940, S. 58).

folgen, wo sie eine gewisse „Verselbständigung" [10]) der Politik gegenüber der Ökonomie betonen. Wenn auch die Versuche, selbst die extremsten Formen faschistischer Gewalt aus dem ökonomischen Rationalitätsinteresse des Monopolkapitals ableiten zu wollen, nicht recht gelingen können [11]), so scheint doch die Beschränkung auf das „Wesentliche", die „Basis" der ökonomischen Reproduktion, im marxistischen Bezugssystem begründet zu sein. Stand jedoch schon in Lenins klassischen Schriften die Erkenntnis, daß der imperialistische Erste Weltkrieg „das ‚Verschlingen' (Engels) aller Kräfte der Gesellschaft durch die räuberische Staatsmacht in solchem Maße gesteigert (hat), daß eine völlige Katastrophe naht", eigentümlich quer zu der danach rezipierten These, daß wir „trotz allem im Kapitalismus, wenn auch in einem neuen Stadium, aber doch unverkennbar im Kapitalismus" bleiben, und konnte Lenin dieses Problem nur dadurch umgehen, daß die konstatierten Tatbestände einerseits fortschreitender ökonomischer Planung und politischer Manipulation in der Verschmelzung von Staat und Gesellschaft, andererseits der Verwandlung der fortgeschrittenen Länder in „Militärzuchthäuser für die Arbeiter" ihm als Zeichen für die unmittelbar bevorstehende sozialistische Revolution galten und der staatsmonopolistische Kapitalismus als offenbares Übergangsstadium [12]), so scheint sich in der heutigen offiziellen Version das einst hervorgehobene Verhältnis von ökonomischer Basis und Überbau vollends auf den Kopf zu stellen; der staatsmonopolistische Kapitalismus ist nämlich danach nicht nur in seiner faschistischen, sondern auch in seiner heute vorherrschenden Version durch ein identisches Primat der Politik sowohl als durch das Primat der Ökonomie gekennzeichnet [13]). Was hier zum Vorschein kommt, bildete jedoch immer schon die Problematik solcher Kategorien wie „imperialistisches Finanzkapital" (Hilferding) [14]), „staatsmonopolistischer Kapitalismus" (Lenin) [15]) oder „totalitärer Monopolkapitalismus" (Neumann). In ihnen war der Versuch unternommen worden, den Marxschen Kapitalismusbegriff weiterzuentwickeln, der offenbar mit der Realität des nachliberalen Kapitalismus unmittelbar nicht übereinstimmte. Mit dieser Entwicklung wurden indessen theoretisch wie praktisch einige der wesentlichsten Probleme der Marxschen Kapitalismusanalyse selbst berührt, nämlich die Beziehung des strengen Kapitalismusbegriffs zur tatsächlichen empirischen Realität des Kapitalismus in den einzelnen Nationen wie auf dem Weltmarkt — damit aber auch das Verhältnis von Ökonomie und Politik, kapitalistischer Basisstruktur und Staat.

Wenn Franz Neumann [16]) hervorhebt, daß die liberale Kapitalismusdefinition diesen mit e i n e r Phase seiner Entwicklung, der des „freien" Wettbewerbskapitalismus, identifizierte, während der von Marx vorausgesagte Zentralisations- und Konzentrationsprozeß im Verlauf der kapitalistischen Akkumulation den Charakter des Kapitalismus qualitativ verwandelte und die staatsinterventionistische Regelung des ökonomischen Systems zur wichtigsten Frage der modernen Gesellschaft werden ließ, so scheint er damit ohne Zweifel einem empiri-

10) Das Problem, was „politische Verselbständigung" sei, ist auch in den Bonapartismustheorien nicht geklärt.
11) Die Vernichtungsaktionen der Nazis widersprachen in eklatanter Weise nicht nur kapitalistischer ökonomischer Rationalität, zum Beispiel die Ausrottung jüdischer Metallarbeiter angesichts des Arbeitskräftemangels oder der Einsatz von Eisenbahnen zur Massenvernichtung angesichts des Eisenbahnmangels für den Frontnachschub. Die deutsche Generalität hat so — im Verein mit der Wehrwirtschaft — versucht, diese Aktionen mit dem Hinweis auf ökonomische Notwendigkeiten der Kriegsführung zu verhindern — wohlgemerkt: nur d i e s e Vernichtungsaktionen.
12) W. I. Lenin, Staat und Revolution (1917), Berlin 1967, S. 5, 13. Ders., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1916). Auch Rosa Luxemburg hat die Möglichkeit einer nicht-sozialistischen „Aufhebung" des Kapitalismus geahnt und verzweifelnd am geschichtlichen Beruf des Proletariats festgehalten (vgl. z. B. Die russische Revolution, Frankfurt 1963, S. 83 ff.).
13) Imperialismus heute (s. Anm. 5), S. 146, 112, 184. Das vulgärmarxistische Verhältnis von Basis und Überbau wird hier auf den Kopf gestellt, ohne daß das Verhältnis von Ökonomie und Politik anders als personalisierend geklärt würde.
14) So Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital (1910).
15) W. I. Lenin (s. Anm. 12).
16) Vgl. Neumann (Anm. 8), S. 255 ff.

schen Tatbestand Ausdruck zu verleihen. Zugleich aber hat er den von Marx entwickelten Begriff des Kapitalismus, der ebenso wie der klassische liberale an der strengen Selbstregulierung des ökonomischen Systems „freier" Wettbewerber gewonnen war, hinter sich gelassen. Der Marxsche Begriff erschöpfte sich ja keineswegs in dem Satz, Privateigentum an Produktionsmitteln sei Kapitalismus. Privateigentum an Produktionsmitteln ist ihm vielmehr erst dann kapitalistisches, wenn „freie Lohnarbeit" und „freie" Verfügung über Kapital zur objektiven ökonomischen Struktur der Gesellschaft wurden [17]). In dem Maße aber, wie politische Regelungen der staatlichen Zentralinstanz als auch der monopolistischen Wirtschaftsverbände die „freie" Bewegung von Kapital und Arbeitskraft in Regie nehmen, wird diese objektive Basis der Gesellschaftsformation selbst verändert. Ein Kapitalismus, „wie er seinem Begriff entspricht", existiert dann nicht mehr. Gewiß ist die Entwicklung zum politisch gesteuerten „Monopol"-, ja zum „Staatskapitalismus", von Friedrich Engels antizipiert und in der marxistischen Imperialismustheorie konstatiert [18]), ein unleugbarer Tatbestand, und gewiß läßt er sich auf die Bewegung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen — fortschreitende Vergesellschaftung der Produktion ohne Vergesellschaftung der Verfügung über sie — zurückführen. Jedoch bleibt in den Analysen des Monopolkapitalismus bis heute ungeklärt, wie das Verhältnis von ökonomisch objektivem Kapitalverwertungsprozeß nach den Wertgesetzen und politischer Steuerung konkret zu bestimmen ist. Wenn zudem in den faschistisch institutionalisierten Gesellschaften die allgemeine Entwicklungstendenz zur interventionistischen Dauerregelung der ökonomischen Prozesse in der Form erscheint, daß eine strenge politische Investitionslenkung — gleichgültig, ob durch die faschistische Führerpartei oder durch die Führer der Wirtschaftsverbände bestimmt — sich mit der Rückkehr zur Leibeigenschaft in den besetzten Gebieten verbindet und in der faschistischen Metropole selbst die Basis des Kapitalismus, nämlich die „freie" Lohnarbeit, das Institut des freien Arbeitsvertrags, aufgehoben wird [19]) — dann muß gefragt werden, was am „totalitären Monopolkapitalismus" als kapitalistisch zu bezeichnen sei. Es bedarf nicht erst der spektakulären sklavenwirtschaftlichen Praktiken etwa der SS-Verbände, um die wesentliche Relevanz der spezifisch faschistischen Herrschaftsform auch in ihren ökonomischen Bedingungen dem Kapitalismus gegenüberzustellen. Wenn auch der Faschismus aus der imperialistischen Phase des Kapitalismus hervorwuchs, so unterscheiden sich doch seine spezifischen Eigenschaften vom klassischen Kapitalismus nicht weniger, als sich dieser von vorkapitalistischen Formen der Klassengesellschaft unterschied. Jenes „neuartige und riesenhafte imperiale System, eine Apotheose staatlich organisierter Monopolherrschaft über den ganzen Kontinent" [20]), schien, wenn auch aus der kapitalistischen Gesellschaftsformation hervorgegangen, diese doch qualitativ zu verwandeln.

Wenn dabei für Italien richtig ist, daß die traditionellen Eliten genug Machtpositionen bewahrten, um den Faschismus angesichts seiner militärischen Niederlage zu stürzen, so gilt dies für den konsequenteren deutschen Nationalsozialismus nicht. Daß der Nationalsozialismus von außen gestürzt werden mußte und die traditionellen Eliten es nicht wagten, ihre vorgeblichen Agenten abzuschütteln, ist laut liberaler Interpretation weniger ein Beweis für die Identität von Kapitalismus und Faschismus als für den Grad der Zerrüttung der kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland.

17) Vgl. Karl Marx, Das Kapital, 1. Band (MEW 23), bes. S. 164, 599, 609 f. und passim.
18) Vgl. Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, In: Marx-Engels Studienausgabe I (ed. Fetscher), Fischer-Bücherei 764, S. 174.
19) Am 26. Februar 1935 wurde im Deutschen Reich das „Arbeitsbuch" gesetzlich eingeführt — Indiz für die Rückkehr zu einer Arbeitszunftverfassung und zur Aufhebung „freier Arbeit". Vgl. Broszat, Anm. 6, S. 205.
20) M. Dobb, Organisierter Kapitalismus, Frankfurt 1966, S. 144.

Hat die liberale Interpretation der faschistischen Machtergreifung versucht, diese aus der relativen Unentwickeltheit kapitalistischer Verhältnisse zu erklären, so ging sie von einer Identität von entwickeltem industriellen Kapitalismus und liberaler Demokratie aus. Die liberalen und demokratischen Intentionen waren aus der objektiven Ideologie kapitalistischer Gesellschaftsformation, dem Zirkulationsschein des Äquivalententauschs, bezogen worden. Die kapitalistische Akkumulation hat, mit dem Übergang zu monopolistischen und staatsinterventionistischen Praktiken, diese objektive Ideologie wenn nicht zerstört, so doch entwertet. Vor allem im „pluralistisch" geregelten Austausch von Lohnarbeit und Kapital jedoch wird sie noch, die Fiktion eines Austauschs von im Kollektiv organisierten Freien und Gleichen im Institut der Koalitionsfreiheit bewahrend, unmittelbar politisch relevant. Wenn dieser pluralistische Schein in offenen Klassenauseinandersetzungen — wie sie in der Zwischenkriegszeit ökonomisch und politisch ausgefochten wurden — zerstört wird, löst sich augenscheinlich die wesentliche Legitimationsgrundlage des demokratischen politischen Rahmens kapitalistischer Gesellschaft ebenso wie die Selbstvermittlung kapitalistischer Ökonomie auf. Dem monopolistisch organisierten und staatlich gesteuerten Kapitalismus verbleiben sodann, soll nicht eine wahrhaft sozialistische Alternative erwogen werden, nur mehr offen diktatorische Lösungsmöglichkeiten zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft. Das ist kein aus der ökonomischen Bewegung notwendig hervorgehendes Resultat, liegt aber nicht nur wegen der akuten ökonomischen Krisenprozesse, sondern auch infolge der zerfallenden liberalen Legitimationsform kapitalistischer Gesellschaft nahe. Wenn die faschistisch gewordenen Länder sich durch nur schwach entwickelte liberale Traditionen auszeichnen, da in ihnen der kapitalistische Industrialisierungsprozeß zu einem Zeitpunkt stattfand, zu dem die liberale Legitimationsform des Kapitalismus auf Grund von Monopolisierungsprozessen bereits zerfiel, so hat dieser historische Tatbestand zweifellos ebenso wie die Auswirkung der akuten politischen und ökonomischen Krisenprozesse das Verhalten der Träger faschistischer Bewegungen und ihrer Verbündeten in den traditionellen herrschenden Klassen geprägt, die besondere Form des Faschismus bestimmt und gestattet.

III

Der historische Tatbestand eines nicht in der klassischen liberalen Form verlaufenden Industrialisierungsprozesses liefert den Schlüssel zur politischen Tradition der Gesellschaften, die der faschistischen Institutionalisierung unterlagen, zur blendenden Kraft romantisierter vorkapitalistischer Wertmuster und zur Bereitschaft der herrschenden Klassen, ökonomische und politische Organisationsformen anzunehmen, die die emanzipatorischen Tendenzen des Kapitalismus liquidierten. Während die faschistischen Massen, durch die Zentralisationsbewegung des Kapitals proletarisiert, in der Abwehr proletarischen Klassenbewußtseins Ideologien der Volksgemeinschaft anhingen und bürgerliches Herrenbewußtsein in vorkapitalistischen Formen zu retten suchten, Kapitalismus, Liberalismus und Marxismus identifizierend, bot die faschistische Parole der Volksgemeinschaft den herrschenden Klassen im Rahmen ihrer autoritären Tradition den Hebel, um den Klassenantagonismus der kapitalistischen Gesellschaft gewaltsam zu unterdrücken. Die Parole der Volksgemeinschaft zeichnet sich beidemal dadurch aus, daß sie einen objektiv aus der ökonomischen Struktur der Gesellschaft erwachsenen Klassenkonflikt durch politische Repressionsgewalt stillzulegen, in der Illusion zu beseitigen suchte. Bei diesem Versuch konnten die faschistischen Bewußtseinsformen allerdings auch an die Ideologien des Liberalismus anknüpfen, ohne jedoch länger liberal zu sein. Gerade die liberale Ideologie hatte ja eine funda-

mentale Egalität der bürgerlichen Gesellschaft behauptet, und diese hatte versucht, die Klassenspaltung nicht allein in den ökonomischen Kategorien, sondern auch und frühzeitig durch politische Repressionen zu verschleiern. Je stärker der kapitalistische Reproduktionsprozeß die liberale Ideologie negierte, desto naheliegender war der Rückgriff auf autoritäre Legitimationsformen bei den einen, auf antidemokratische plebiszitäre Techniken bei den anderen.

Der Faschismus kann nur dort Erfolgschancen besitzen, wo eine plebejische Massenbasis proletarisierter, jedoch nicht proletarischer Schichten mobilisiert werden kann[21]; die diffuse antikapitalistische Rebellion setzt einen relativ hohen Entwicklungsgrad kapitalistischer Industrialisierung und soziale Schichten voraus, die zwar durch den kapitalistischen Akkumulationsprozeß enteignet und — bürgerlichem Bewußtsein verhaftet — in eine „anomische" Lage versetzt, aber davon abgehalten wurden, in rationaler Alternative zum Kapitalismus sozialistisches Klassenbewußtsein zu entwickeln. Das waren in der Zwischenkriegszeit in Europa vor allem die alten und neuen Mittelschichten, doch können es — wie vor allem das Beispiel der USA zeigt[22] — ebenso Arbeiterschichten sein. Nur dort, wo relativ stabile Ansätze eines proletarischen Klassenbewußtseins historisch entwickelt waren, wurden die proletarischen Massen davor bewahrt, dem faschistischen Irrationalismus zu unterliegen — eben dort aber war auch die Gefahr einer faschistischen Massenbewegung wie eines Bündnisses dieser Bewegung mit traditionellen herrschenden Eliten am größten. Die gegenrevolutionäre Massenbewegung des Faschismus kann nur dann entstehen, wenn — Resultat des kapitalistischen Modernisierungsprozesses — eine Demokratisierungsbewegung der Gesellschaft bereits stattgefunden hat und in der Krise des Kapitalismus diese Demokratisierungsbewegung rückgängig gemacht werden soll. Wie alle gegenrevolutionären Bewegungen konnte auch die faschistische nicht mehr nur eine konservative, restaurierende Kraft sein, sondern mußte emanzipatorische Bedürfnisse zugleich aufnehmen und unterdrücken; die scheinbare „Modernität" des Faschismus findet in diesem zwieschlächtigen Prozeß ihre Erklärung. Der Faschismus ist e i n e Antwort auf die Krise des Kapitalismus, die den Emanzipationsstand, der durch die Entwicklung der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft erreicht wurde, zu vernichten sucht. Angesichts der objektiven Möglichkeit gesellschaftlicher Demokratisierung, die das emanzipatorische Bürgertum ideologisch postuliert und die der Marxismus als reale Möglichkeit diagnostiziert hatte, suchte der Faschismus, dessen antikapitalistischer Romantizismus nur ein dünner Schleier war, die Lösung in prinzipiell bejahter politischer Gewalt und einem imperialistischen Totalitarismus[23]. Unter der Fahne des Kampfes gegen Liberalismus, Demokratie und Marxismus hat er die Unterstützung herrschender gesellschaftlicher Eliten gefunden, deren eigene Situationseinschätzung das freilich widersprüchliche Bündnis mit d e r antisozialistischen Massenbewegung nahelegte, die sich historisch anbot. Wenn politische Demokratie und „pluralistischer" Kapitalismus keine Legitimität bei den Massen mehr finden und die herrschenden Eliten — oder mächtige Teile davon — die Gefahr sozialreformerischer oder sozialistischer Alternativen befürchten oder aber nur den erreichten Stand sozialer Demokratisierung des kapitalistischen Systems als untragbar definieren[24], dann sind die Bedingungen eines faschistischen Lösungsversuchs oder anderer

21) Den Versuch, mit dem Hebel des Antisemitismus eine Massenbasis für die herrschenden Klassen zu schaffen, haben bestimmte Kapitalistengruppen und politische Eliten schon im Kaiserreich unternommen. Vgl. Kurt Stechert, Wie war das möglich? Stockholm 1945.
22) Vgl. D. Bell, The Radical Right, Garden City 1963.
23) Vgl. Ernst Nolte, Anm. 3.
24) So haben die Wirtschaftsverbände in der Weimarer Republik seit 1928 wieder und wieder den Abbau von Sozialleistungen, u. a. die völlige Abschaffung der Sozialversicherung, gefordert — einer der wesentlichen Gründe des Scheiterns der Großen Koalition unter H. Müller (SPD).

autoritärer Unternehmungen gegeben. Je schwächer die demokratischen Traditionen einer Gesellschaft sind und je weniger attraktiv sich sozialistische Alternativen darbieten, desto größer ist die Chance regressiver autoritärer Lösungen. Wir können zusammenfassend formulieren:

„Faschismus hat sein antreibendes Moment in der Tendenz sozial-ökonomisch privilegierter Gruppen, den Demokratisierungsprozeß, den die industriegesellschaftliche Entwicklung möglich macht, an einem bestimmten Punkt zum Halt zu bringen und rückläufig zu machen, wobei um der Erhaltung der eignen Privilegien willen die Teilung der Macht mit einer neuen ‚politischen' Amtselite in Kauf genommen wird. Faschismus hat seine Entstehungsbedingungen dort, wo Massen in das liberale Konzept vom Staat kein Vertrauen mehr setzen, eine linke Alternative zu diesem Konzept überzeugend nicht vertreten wird und innergesellschaftliche Konflikte durch Projektion auf einen äußeren ‚Feind' oder auf ‚Fremdgruppen' in der eigenen Gesellschaft ideologisch kaschiert werden können" [25]). Die irrationalen Triebkräfte, die der historische Faschismus freisetzte, haben indessen dessen innerste Tendenz zur Herrschaft „sans phrase" in dem Maße hervortreten lassen, wie sich die faschistischen Praktiker der Gewalt über den ihnen zugedachten Auftrag herrschender Eliten hinwegsetzten und ihr eigenes Bild von der Gesellschaft zu verwirklichen suchten. Diese Tendenz war gewiß an den Rändern der klassischen bürgerlichen Gesellschaft und in ausgezeichneten Augenblicken gewaltsamer Durchsetzung ihrer Ziele immer schon zu Tage getreten; die Geschichte der ursprünglichen Akkumulation, der kolonialen Eroberungen und der konterrevolutionären Feldzüge auch des 19. Jahrhunderts zeigten jene „tiefe Heuchelei der bürgerlichen Zivilisation und die von ihr nicht zu trennende Barbarei", in der der menschliche Fortschritt „jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleicht, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte" (Marx). Im Faschismus aber tritt der verschwiegene Kern der Klassenherrschaft offen hervor — und ersetzt die kapitalistische Form. Die kapitalistische Form der Klassenherrschaft war an die objektiven Ideologien des Äquivalententauschs und ihres politischen Überbaus gebunden, wie sie in den Ideen der bürgerlichen Revolution am radikalsten formuliert worden waren. Mit der ökonomisch notwendigen Zersetzung dieser objektiven Ideologien im kapitalistischen Akkumulationsprozeß bot sich der bürgerlichen Gesellschaft seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts stets die in Krisenprozessen aktualisierte Alternative: Übergang zur offenen Repression oder Fortschritt zur gesellschaftlichen Demokratie. Im Rahmen dieser Alternative, die die Ideologen des Imperialismus in aller Schärfe formulierten, gab es stets verschiedene Grade der Realisierung und verschiedene ökonomisch-politische Varianten. Der Faschismus hat die Nachfolge des Bonapartismus angetreten, den die Marxisten als „wahre Religion des Bürgertums" gefürchtet hatten. In beiden wurden Tendenzen zur Selbstzerstörung der bürgerlichen Gesellschaft mächtig, aber erst der konsequente Faschismus hat sie mit dem klar formulierten Ziel, den emanzipatorischen Prozeß als Ganzes abzubrechen und eine hierarchische Ordnung geschichtsloser Herren- und Sklavenrassen zu errichten, unverstellt zum Vorschein gebracht [26]). Der konsequente Faschismus strebte ein System direkter Herrschaft an, in dem die aus dem Kapitalismus entwickelten Begriffe, auch die kritischen des Marxismus, schnell sinnlos werden.

Wenn auch kein Zweifel besteht, daß die uns bekannten historischen faschistischen Regime Kompromißgebilde darstellten, in denen vor allem der ökonomische Rege-

[25]) Arno Klönne, Was ist Faschismus?, in: Links. Sozialistische Zeitung, Dezember 1969, S. 11.
[26]) Vgl. Nolte, Anm. 3, bes. S. 486—512.

lungsmechanismus zwar politischen Direktiven unterworfen und in diesem Rahmen politisch, nicht ökonomisch bestimmt war, aber doch wesentliche kapitalistische Strukturprinzipien fortdauerten, so leidet es doch auch keinen Zweifel, daß der konsequente Faschismus auch in ökonomischer Hinsicht nicht mehr kapitalistisch sein kann. Die Direktion der Ökonomie nach politisch gesetzten Bedürfnissen kann den kapitalistischen Mechanismus der Tauschwertproduktion nur solange benutzen, wie er die politischen Direktiven erfüllen kann; den selbsttätigen Mechanismus kapitalistischer Ökonomie hat er immer schon aufgehoben. Gewiß bringt der Faschismus hier nur eine allgemeine Tendenz des „Spätkapitalismus" zum Ausdruck, in dem überall und in fortschreitender Progression politisch gesetzte Direktiven immanent kapitalistische Steuerungsmechanismen überlagerten oder ersetzten, eine Tendenz, die die monopolistische Organisation des Kapitalismus selbst durchzusetzen suchte. Die imperialistische Konsequenz des Faschismus aber muß dessen kapitalistische Ausgangsbedingungen zerstören und läßt nur noch diejenigen Kapitalgruppen überleben, die ihre wesentlich kapitalistisch bestimmte Gestalt des Wirtschaftens zugunsten eines Systems direkter Ausbeutung aufgeben. Diese Tendenz hat bei den einen zu einer wachsenden Reserve gegenüber dem Faschismus geführt, die anderen haben die neue Chance ergriffen. Wie der Faschismus den kapitalistischen Staat aufgelöst hat, so löste er auch die kapitalistische Ökonomie auf, und die neue soziale Herrscherklasse, in der die „Praktiker der Gewalt Wirtschaftsführer werden und die Wirtschaftsführer Praktiker der Gewalt" [27]), mag ein Resultat der kapitalistischen Gesellschaft sein, aber sie repräsentiert auch deren Ende.

Über Faschismus-Theorien und ihre Konsequenzen

Von Reinhard Opitz

I

Niemandem, der die innere Entwicklung der westlichen Länder aus dem Blickwinkel subjektiver Entschiedenheit für reale Demokratie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und besonders während der letzten Jahre mit notgedrungen zunehmender Beklemmung verfolgt, muß erst eigens erklärt werden, daß die seit geraumer Zeit in ein neues Stadium eingetretene Faschismusdebatte, die sich von den an der Totalitarismusdoktrin orientierten Faschismusdeutungen der fünfziger Jahre zu lösen beginnt, alles andere als etwa nur von historischem Interesse ist. Der theoretischen Aufhellung des Faschismusphänomens und damit der Bestimmung des Verhältnisses von Faschismus und Kapitalismus kommt zuallererst eine unmittelbar praktische Bedeutung zu, weil sich ohne sie nichts Verläßliches über den Weg ausmachen läßt, den die an einer demokratischen

27) F. Neumann (Anm. 8), S. 633.

Entwicklungsrichtung unserer westlich-monopolkapitalistischen Gesellschaften interessierten politischen Gruppierungen einzuschlagen haben, wollen sie ihr Ziel nicht auf Grund einer möglicherweise von ganz falschen Annahmen ausgehenden Strategie verfehlen. Je nachdem, wie das Verhältnis von Faschismus und Monopolkapitalismus tatsächlich beschaffen ist und der Prozeß der Entstehung des Faschismus im Schoße der monopolkapistalistischen Gesellschaft sich im einzelnen vollzieht, je nachdem, welchen Charakters dieser Prozeß ist, welchen Gesetzen er unterliegt und an welche Bedingungen er geknüpft ist, muß notwendigerweise auch die ihrer ganzen Natur nach zuallererst als offensive Faschismusprophylaxe sich verstehende Aktivität der progressiven politischen Kräfte sich einer so oder so akzentuierten strategischen Orientierung verschreiben und aus dieser ihre konkreten Handlungsanweisungen beziehen.

An nichts ist dies deutlicher geworden als an den Richtungsdebatten innerhalb dieser demokratischen Opposition, in denen bezeichnenderweise immer wieder zutagetritt, daß die aktuellen strategischen Differenzen, um die hier gestritten wird, synchronisiert sind mit auch jeweils entsprechend unterschiedlichen Faschismusauffassungen, d. h. bei gleich leidenschaftlicher Ablehnung des Faschismus, wie sich versteht, mit doch spezifisch differierenden Bestimmungen der Beschaffenheit des Zusammenhanges von Monopolkapitalismus und Faschismus. Das kann auch gar nicht anders sein, denn jede Faschismuserklärung impliziert ein bestimmtes Imperialismusverständnis, und nur aus Unterschieden in der Beurteilung des Imperialismus, der Gesetzmäßigkeiten und Mechanismen jedweder Art also, die in den monopolkapitalistischen Gesellschaften wirksam sind und deren jeweilige Wirklichkeit hervorbringen, können sich ernstliche Meinungsverschiedenheiten über die einzuschlagende Strategie der demokratischen und sozialistischen Kräfte ergeben, aus eben derselben Unterschiedlichkeit der Urteile über den Monopolkapitalismus aber resultiert auch alle Unterschiedlichkeit der Faschismusdeutungen.

Eine Faschismustheorie enthält also notwendig, ob ausgesprochen oder unausgesprochen, schon immer eine Imperialismustheorie oder doch mindestens wesentliche Elemente zu einer solchen in sich. Damit aber wird klar, daß die Faschismusdebatte eine Debatte über unsere gegenwärtige gesellschaftliche Wirklichkeit selbst ist, und zwar in ihrer ganzen Vielfalt und nicht etwa bloß in bezug auf ihre rechtsradikalen Erscheinungen, denn indem wir nach den Mechanismen suchen die speziell diese Erscheinungen hervorbringen, müssen wir notwendig zunächst nach den allgemeinsten Gesetzen fragen, die unsere Gesellschaft im ganzen bestimmen, weil wir erst von da her zum Verständnis auch ihrer spezielleren Bewegungsformen und schließlich noch ihrer subtilsten und verzwicktesten Mechanismen vorstoßen können. Dies zwingt freilich, auch den Rückschluß als zulässig zuzugeben, daß nämlich dann, wenn uns die Erklärung bestimmter gravierender Vorgänge im Überbau der Gesellschaft, wie also etwa eben des Umschlags der parlamentarisch-demokratischen Staatsform in die faschistische, nicht recht gelingen will, wir wohl offenbar auch den Monopolkapitalismus noch nicht in allen seinen Aspekten und bis in alle in ihm wirkenden Gesetzlichkeiten hinein durchschaut haben können.

Ein wenig haben wir heute, cum grano salis gesprochen, die Situation, daß die schlüssige Faschismuserklärung geradezu zum Test auf die Stichhaltigkeit aller Imperialismustheorien oder zumindest auf deren Ausgereiftheit geworden ist, zur Bewährungsprobe speziell unseres Vermögens also, den Begriff des Kapitalismus, d. h. den realen Widerspruch, den dieser definiert, wirklichkeitsadäquat für die verschiedenen Entwicklungsphasen des Kapitalismus (also vom Boden der

Entwicklungsgeschichte der Produktivkräfte aus) in all seinen notwendigen Verästelungen und Modulationen bis in diejenige vordergründige Ebene hinein zu explizieren, auf der die politische Geschichte sich abspielt. Wir diskutieren, wenn wir über den Faschismus diskutieren, immer hierüber, und hierbei ergibt sich nun allerdings ein interessanter und äußerst wichtiger Umstand.

Der Faschismus läßt sich nicht erklären, ohne daß der Widerspruch zwischen der sozialen Funktion, die er objektiv erfüllt, und der Massenbasis, auf die er sich stützt, erklärt würde. Eine solche Erklärung aber ist offensichtlich nur möglich unter der Bedingung, daß das subjektive Bewußtsein der verschiedenen Schichten der monopolkapitalistischen Gesellschaft hinsichtlich seiner Entstehung, d. h. der Prozesse, die zusammen es hervorbringen, zum Gegenstande einer ebenso exakten, vom gleichen ökonomischen Ansatze ausgehenden wissenschaftlichen Erforschung gemacht wird wie die Basisprozesse selbst. Alle Vermutung spricht dafür, daß in den Gesetzmäßigkeiten, denen die Prozesse der Bewußtseinsbildung unterliegen, das bislang unentdeckte Bindeglied steckt, aus dem sich erklärt, weshalb eine in Protest gegen die monopolkapitalistische Wirklichkeit entstehende Massenbewegung zur Massenbasis nur noch verschärfter politischer Herrschaft der objektiven Interessen des Monopolkapitals werden kann und weshalb die Übernahme der Macht wie die Umwälzung der gesamten bisherigen politischen Ordnung des bürgerlichen Staates durch die faschistische Massenpartei zwar Personen aus deren Reihen in alle Führungsstellen des neuen Staats, aber gleichwohl nicht einen einzigen genuin-nichtmonopolkapitalistischen Inhalt politisch zum Zuge bringt.

Dies heißt also, daß heute von der Faschismusdiskussion ein heilsamer Zwang auf die allgemeine und speziell die marxistische Imperialismusdiskussion rückwirkt, ihre Aufmerksamkeit auch auf die Bewußtseinsprozesse im Monopolkapitalismus zu richten und die bislang etwas vernachlässigte Anwendung der dialektisch-materialistischen Erkenntnismethode auf diesen Bereich intensiv nachzuholen, nicht im Sinne, versteht sich, von Ideologiekritik, die nur das Mißverhältnis von subjektivem Bewußtsein und objektivem Interesse im Resultat und unter dem Gesichtspunkt des gesellschaftlichen „Cui bono?" aufweist, sondern im Sinne von materialistischer Bewußtseinsforschung, die den genauen Verlauf des Zustandekommens falschen Bewußtseins und das Herausfinden seiner Gesetze zum Gegenstand hätte. Diese Aufgabe stellt sich ohnehin unausweichlich, denn mindestens in den sozialistischen Staaten, in denen dem hohen Vergesellschaftungsgrade, wie er heute kennzeichnend für alle industrialisierten Gesellschaften ist, kein auch nur annähernd so funktionstüchtiges indirekt-ökonomisches Motivationssystem für die Aufrechterhaltung des Reproduktionszusammenhangs der Gesellschaft durch objektiv kooperatives Verhalten der Subjekte entsprechen kann wie im Kapitalismus, wird das subjektive Bewußtsein (allerdings hier als objektiv richtiges Bewußtsein), somit aber auch die Kenntnis von den Gesetzmäßigkeiten seiner Entstehung, über die man nicht schon verfügt, wenn man nur die ganz allgemeine Einsicht in die Abhängigkeit des Bewußtseins vom Sein besitzt und sich dann wundert, wenn Veränderungen im Sein nicht sofort zu entsprechenden, vielmehr oft gerade zu ganz unerwarteten Bewußtseinsveränderungen führen, zur Funktionsbedingung der gesellschaftlichen Reproduktion, ja zur Bedingung von Produktion und Produktivität selbst. Die Faschismusdiskussion verweist also nur spätestens auf die Lücke, die die materialistische Wissenschaft aus Gründen sowohl des vollständigen Verstehens der imperialistischen Gesellschaften wie der Bewältigung entscheidender praktischer Probleme der heutigen und aller möglichen sozialistischen Gesellschaften, nicht min-

der aber übrigens auch aus Gründen des besseren Erkennens der Entwicklungsdeterminanten antiimperialistischer Befreiungsbewegungen, dringend zu schließen hat.

In dem Umstande wiederum, daß dies in seinen wesentlichen Stücken erst noch geschehen muß, auch die marxistische Imperialismustheorie sich also bisher noch nicht durch ihre eigene Erweiterung um eine ausgeführte Theorie der Entstehung des subjektiven Bewußtseins im Imperialismus den Zugang zu einer wirklichen Erklärung der politischen Massenbewegungen und zur Aufdeckung ihrer Entwicklungsgesetze erschlossen hat, liegt nun aber die Ursache und die objektive Legitimität dafür, daß die heutige Faschismusdebatte, soweit sie den Willen zur Abwendung von den apologetischen Positionen der vorausgegangenen, sozusagen zweiten, im Zeichen der Totalitarismusdoktrin stehenden Diskussionsphase ausdrückt, nicht auf eine bloße Rückkehr zu den Resultaten der ersten, von linkem Geiste gezeichneten Diskussionsphase der zwanziger und dreißiger Jahre hinausläuft, sondern mit diesen sich nicht zufrieden gibt. Denn das herausragende Resultat dieser Phase, die Dimitroff'sche Faschismusdefinition, die die Anstrengungen der führenden theoretischen Köpfe aller Parteien der damaligen kommunistischen Internationale zusammenfaßte, blieb auf die — freilich zutreffende und auch zuallererst wichtige — Feststellung der objektiven sozialen Funktion des Faschismus beschränkt, während das hierzu scheinbar in Widerspruch stehende soziale Rekrutierungsfeld des Faschismus zwar gesehen, eine Erklärung für diese theoretisch wie praktisch gleich wichtige Diskrepanz aber nicht gefunden wurde. Die Kenntnis der Bedingungen, unter denen sich faschistische Reservoire bilden, und der Gesetze, denen ihre Entwicklung folgt (und eine solche Kenntnis ist ohne Zweifel noch nicht gegeben, wenn man nur sagt, daß der Faschismus die Massen mit raffinierter Demagogie verführe, denn dies ist nur die zutreffende Feststellung des zu erklärenden Sachverhalts, nicht dessen Erklärung selbst), stellt nun aber die Voraussetzung für einen jeden wirksamen Kampf gegen drohenden abermaligen Faschismus dar, und so liegt ein potentiell progressives Moment, das zu einer erheblichen Präzisierung unseres allgemeinen Imperialismusverständnisses führen kann, in der Tendenz der jüngeren Faschismusdebatte, sich mit den bisherigen Ergebnissen der marxistischen Faschismusforschung nicht zu begnügen. Gesucht ist ein Faschismusbegriff, in dem die Auskunft über den objektiven Charakter des Faschismus mit der Auskunft auch schon über dessen wesentliche Entstehungsgesetze verknüpft ist, weil der antifaschistische Kampf eines solchen Begriffes bedarf.

Damit aber haben wir jetzt beinahe schon eine vollständige Begründung für die Renaissance der Faschismusdebatte in den letzten Jahren vor uns. Der erste Grund für diese Renaissance besteht natürlich darin, daß der Imperialismus nach einer Pause, die in die unmittelbaren Nachkriegsjahre fiel, an verschiedensten Stellen der Welt heute wieder verstärkt offenen Faschismus hervorbringt, seine Hauptländer nicht ausgenommen. Der zweite Grund ist der, daß angesichts dessen die Totalitarismusdoktrin, deren Funktion die Entschuldigung des Monopolkapitalismus und die Aufforderung zum Kampfe gegen den Kommunismus im Namen des Antifaschismus als eines „Antitotalitarismus" ist, ihre Überzeugungskraft einbüßt und somit mehr und mehr auch ihren politischen Irritationszweck verfehlt. Der dritte Grund aber ist der, daß nun freilich trotz des Zusammenbruchs dieser bisher so verhängnisvoll wirkenden Sichtblende und des wieder frei gewordenen Ausblicks auf den monopolkapitalistischen Charakter des Faschismus die marxistische Interpretation, die das Verdienst hat, diesen Charakter festgestellt zu haben, in ihrer augenblicklichen Form auch nicht als befriedi-

gend empfunden wird, eben, weil sie in dieser vorliegenden Form noch keine schlüssige Antwort gibt auf die Frage, wie Faschismus entsteht und wo folglich aktiver antifaschistischer Kampf, vorbeugender und innerhalb schon vom Faschismus beherrschter Gesellschaften, praktisch ansetzen muß. Im Ganzen also eine günstige Ausgangskonstellation, um sich die Konzentration aller Köpfe auf diese noch offenen, allerdings tief in das innere Geflecht unserer Gesellschaft hineinführenden Fragen und daraus am Ende einen gehörigen Erkenntnisfortschritt zu erhoffen.

Aber so einfach darf man sich die konkreten Umstände einer solchen Situation des Umdenkens, der nahezu allgemeinen Abkehr von den Dogmen der bislang dominierenden Totalitarismustheorie oder -ideologie, nun auch wieder nicht vorstellen. Denn zum einen wendet sich natürlich manch einer nur von ihnen ab, um sie, die abnehmende Wirkung ihrer bisherigen plumpen Form spürend, in einer modischeren, dem gegenwärtigen Klima gemäßeren Gewandung wiedererstehen zu lassen. Zum anderen zieht das zur Sprache gelangende Ungenügen der Dimitroff'schen Faschismusdefinition nicht nur diejenigen an, die dem Ungenügen abhelfen wollen, sondern selbstverständlich auch diejenigen, die vor allem an dem Anstoß nehmen, was bei Dimitroff richtig war, also in Abrede stellen möchten, daß der Faschismus überhaupt, nämlich seiner objektiven Funktion nach, monopolkapitalistisch ist. Viele von ihnen mischen sich nur deshalb unter den Chor der Kritiker Dimitroffs, um mit linker Gebärde und modisch-marxistischem Vokabular den objektiven Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus wieder generell zu verunklaren und schließlich ganz vom Tisch zu diskutieren. Überhaupt zieht eine solche Situation alle Theorien und Thesen, die jemals irgendwann einmal zum Thema aufgestellt worden sind und noch irgendwo ein paar lebende Anhänger haben, an, jetzt in neuer Verkleidung, aufgeputzt mit einigen empirischen Einzelfakten aus der neueren Forschung, sich noch einmal um die ihnen früher verweigerte Gunst allgemeinen Gehörs zu bewerben. Es gilt also, vorsichtig und sehr wählerisch zu sein gegenüber der Inflation neuer Tonarten und nicht schon deshalb einer von ihnen blindlings zu verfallen, weil aus ihr ein Lippenbekenntnis gegen den Kapitalismus im allgemeinen und die Totalitarismusdoktrin im besonderen hervorklingt und jeder Satz sich im übrigen vielleicht wie ein Denkmal marxistischer Zunftsprache ausnimmt. Auch der Marxismus hat viele Hintertüren, durch die ein pfiffiger Kopf wieder aus ihm hinausgelangen kann, und es hätte etwas geradezu Unnatürliches an sich, wenn es heute, in der dem Monopolkapitalismus wenig günstigen allgemeinen Diskussionssituation namentlich unter der intellektuellen Jugend, nicht eine ganze Anzahl von Leuten gäbe, die sich in solcher Pfiffigkeit üben.

Aus diesem Grunde rechtfertigt es sich, wenn man mit Tendenzen, die in dieser Diskussion auftauchen und bedenklich sind, doch in verfänglicher Gewandung erscheinen, frühzeitig eine scharfe Auseinandersetzung vom Zaune bricht. Fällig ist eine solche Auseinandersetzung unter anderem mit all jenen Theorien, die, meist vorgetragen im Stile geläufiger marxistischer Analysen unter Verwendung eines erheblichen Teiles der von der marxistischen politischen Ökonomie zur Verfügung gestellten Begriffe, dem etablierten Faschismus, ohne dies auch nur irgendwie überzeugend begründen zu können, die Verfolgung genuiner, aus den Interessen des Monopolkapitals angeblich nicht zu erklärender Ziele zuerkennen wollen.

Die Begründungen, die hierfür im Einzelnen ins Feld geführt werden, beruhen alle entweder auf leicht nachweislichen Verkennungen der aus der nachliberalen Entwicklung des Kapitalismus resultierenden neuartigen politischen Bedingungen

fortschreitender Kapitalakkumulation und der Modifikationen, die eine an ihnen orientierte Politik je nach der innenpolitischen Lage (den Fronten des subjektiven Bewußtseins) annehmen muß, so daß von diesen Theoretikern dem Monopolkapital als ein ihm Fremdes gegenübergestellt wird, was doch nur der Ausdruck seiner modernen Bedürfnisse ist, oder sie beruhen auf einer bloßen Verlängerung der am Faschismus in seiner Protestphase beobachteten soziologischen Merkmale in den etablierten Faschismus und dessen Politik hinein, auf deren Inhalt rückfolgernd aus der Zusammensetzung der Parteimitgliedschaft geschlossen wird, wobei alles, was dem jeweiligen Autor an der faschistischen Politik unerklärlich und jedenfalls mit seinem eigenen Bilde vom Kapitalismus unvereinbar ist, über das großartig die Verbindung herstellende Etikett „irrational" den nachweislich auf Irrationalismus angewiesenen Mittelschichten zugeschrieben und somit in der Regel gerade das am allermeisten Satanische, Exzessive, Zerstörerische am Faschismus zum Ergebnis nichtkapitalistischer Einflüsse im Faschismus wird.

In beiden Fällen verbleiben diese Autoren also letztlich im Bannkreise der liberalen Faschismusinterpretation, die nur eben von vornherein davon ausgeht, daß der Faschismus kein Monopolkapitalismus sein kann, sich zum Beweise dessen dann aber gleichfalls des Kunstgriffs bedient, unter dem Namen des modernen Kapitalismus nur ein zurechtgeschminktes Bild vom liberalen Kapitalismus zu bieten, um so am Ende auf die nichtmonopolkapitalistischen Schichten der Gesellschaft, vom Mittelstande bis zum Proletariat, als eigentliche Inspiratoren des Inhalts der faschistischen Politik zu schließen, während unsere Autoren erst nach aufwendiger Auseinandersetzung mit dem Tenor der geläufigen liberalen Versionen sich ganz am Ende, im Ergebnis ihrer Gegendarstellungen, diesem gleichsam von hinten herum wieder anschließen, sehr begrenzt und vorsichtig, aber hinreichend, um den Klassencharakter des Faschismus zu vernebeln, ob sie nun auf die älteren Mittelstandstheorien direkt zurückkommen oder Teile des Mittelstandes mit dem Monopolkapital zu einer „neuen Klasse" amalgamieren, die im Faschismus zum Beherrscher des „verselbständigten", d. h. von der ökonomischen Rationalität des Kapitalismus emanzipierten und vorwiegend nun also von ihren „eigenen" Interessen programmierten Staates wird.

Natürlich könnte man, unter Berufung sogar auf das obenstehend Gesagte, einwenden, daß darüber, ob in alledem nicht vielleicht doch etwas Treffendes stecke, solange nichts als schon ausgemacht gelten könne, wie eben noch keine schlüssige Erklärung für die Metamorphose einer gegen die traditionellen Parteien des Monopolkapitals anwachsenden Massenbewegung in die Massenbasis gerade des nämlichen Monopolkapitals vorliegt und somit auch noch kein theoretischer Beweis für die Unmöglichkeit eines Eindringens nichtkapitalistischer Inhalte in die Politik etablierter faschistischer Regime. Aber die Fälle, von denen wir hier sprechen, zeichnen sich ja nicht aus durch ein dementsprechend vorsichtiges Offenhalten aller Möglichkeiten und durch in jedwede Richtung gehende sorgfältige Beobachtungen, sondern sie entscheiden die Frage, und zwar eindeutig ohne hinreichende Untersuchung des objektiven Kontextes, aus dem sich die Inhalte der faschistischen Politik allerdings erklären ließen. Sie schlagen die Tür zu, die den Zugang zu zentralen und für den antifaschistischen Kampf lebensnotwendigen Einsichten in bislang verborgene Mechanismen der imperialistischen Gesellschaften bietet, um stattdessen aus ungenügendem Kapitalismusverständnis und mangelnder Fähigkeit, Politik überhaupt nach einer exakten und mehr als beliebigen Methode auf ihren sozialen Interessennenner zu bringen, neue Klassen zu konstruieren und damit sowohl einer Theorie der Transformation des Kapitalismus

im Faschismus — wohlgemerkt: nicht der bürgerlichen politischen Ordnung, sondern des Kapitalismus selbst — das Wort zu reden wie auch jede Debatte über die gesellschaftlichen Bewußtseinsprozesse im Imperialismus gegenstandslos zu machen und abzuschneiden. Doch so apodiktisch diese Autoren ihre Thesen von einer neu formierten Klasse oder von nichtkapitalistischen Wesenszügen im Faschismus zum Vortrag bringen, so haltlos sind regelmäßig die Begründungen, auf die sie sie stützen.

Dies wollen wir uns — da es hier um einen Richtungsstreit ersten Ranges geht, der in fast alles hineinreicht, was heute unausdiskutiert zwischen den verschiedenen Gruppen der demokratischen Öffentlichkeit steht und sie so unterschiedlich agieren läßt — nun an einem Einzelbeispiele gleichsam in natura näher ansehen, nämlich an dem in diesem Heft vorstehend abgedruckten Aufsatz von Gert Schäfer zum Thema „Ökonomische Bedingungen des Faschismus".

Es versteht sich nach dem bisher Gesagten, daß dies nicht in Blick auf einen einzelnen Autor geschieht, sondern natürlich eben in Blick auf die hier angesprochene allgemeinere Tendenz, die sich im übrigen nicht nur in der Faschismus-Debatte bemerkbar macht. Die rare Deutlichkeit allerdings, mit der sich in Schäfers relativ kurzem Text die in allen ähnlichen Ansätzen stets gleichermaßen, aber oft doch nur sehr unkenntlich verborgenen Konsequenzen schon über wenige Seiten hin offenbaren, kam einer Einladung gleich, an Hand dieses drastischen Falles nun einmal die ganze in diese Richtung zielende Diskussionstendenz zur Debatte zu stellen, wobei gerade Schäfers Aufsatz zu einem schnelleren Verständnis der Substanz des in wechselnden Varianten sich gewiß noch über Jahre fortsetzenden Streites verhelfen und vor allem über die praktisch-politischen Wegentscheidungen, um die es dabei geht, vielleicht schlagartiger informieren kann als eine notwendig weitschweifige Auseinandersetzung mit den vielen, im Detail mannigfach voneinander abweichenden Arbeiten aller oder auch nur der wichtigsten Autoren, die insgesamt jener Grundtendenz folgen.

II

Gert Schäfer nimmt sich in seinem Text vor, „einen Interpretationsrahmen im Hinblick auf die ökonomischen Bedingungen des Faschismus zu formulieren" (natürlich nur im Ansatz und nicht ausgeführt, das versteht sich und wir stellen es in Rechnung). Zur Begründung der Notwendigkeit seines Vorhabens schickt er eine Kritik der liberalen und der marxistischen Faschismus-Interpretation voraus.

Was wirft er der liberalen vor? Daß sie die Entstehung des Faschismus aus dem Kapitalismus ignorieren, und insoweit hält er ihr Ergebnisse der marxistischen Faschismus-Forschung als Argumente entgegen. Was wirft er der marxistischen selbst vor? Daß sie eine „Identifikation von Kapitalismus und Faschismus" vornähme. Hier stutzt man. Haben die Marxisten Kapitalismus und Faschismus oder auch nur Monopolkapitalismus und Faschismus etwa jemals im Sinne miteinander identifiziert, daß sie sie miteinander gleichgesetzt hätten? Natürlich nicht. Also kann Schäfer nur etwas anderes meinen, nämlich die marxistische Identifizierung des Faschismus als monopolkapitalistisch, seine Bestimmung als eine politische Herrschaftsform des Monopolkapitalismus überhaupt. In der Tat, dies meint er, und damit haben wir das wesentliche Anliegen seiner Kritik auch schon in der Hand.

Seine Gegenthese: Das faschistische Regime sei in Wirklichkeit durch eine „Kompromißstruktur" gekennzeichnet. Die faschistische Ökonomie sei keine

kapitalistische mehr, weil sich das rückständige, an vorkapitalistischen Leitbildern orientierte Potential der faschistischen Massenbewegung mit dem neuen Bedürfnis der Wirtschaft nach einem starken, die Wirtschaftsprozesse lenkenden Staat, welches selbst schon kein kapitalistisches mehr sei, träfe und im faschistischen Staate mit ihm ein Bündnis eingehe, in dem „die faschistischen Praktiker der Gewalt" sich nach und nach notwendig immer mehr „über den ihnen zugedachten Auftrag herrschender Eliten hinwegsetzten und ihr eigenes Bild von der Gesellschaft zu verwirklichen suchten", wobei sie den ökonomischen Regelungsmechanismus in immer weitergehendem Umfange ihren „politisch gesetzten" Bedürfnissen unterstellen und damit die kapitalistische Ökonomie auflösen. Die „neue soziale Herrscherklasse", zustandegekommen dadurch, daß die ehemals „herrschenden Eliten" in einer bestimmten innenpolitischen Situation „um der Erhaltung der eigenen Privilegien willen die Teilung der Macht mit einer neuen ‚politischen' Amtselite in Kauf" nehmen mußten, repräsentiere also nicht nur politisch das Ende der bürgerlichen Demokratie, sondern auch ökonomisch das Ende des Kapitalismus.

Also, unverblümt und geradeheraus gesagt: das ist ein schöner Unfug und vor allem ein Musterbeispiel nun wahrhaft irrationalistischer Gegenübersetzung von Politik und Ökonomie. Nur auf drei Punkte daraus, die alle miteinander zusammenhängen, sei hingewiesen.

Zuallererst auf die Kapitulationserklärung, die in Schäfers Begriff von der „Kompromißstruktur" steckt. Dieses Wort besagt oder signalisiert eigentlich nur, daß Schäfer mit dem Widerspruch zwischen sozialer Basis und sozialer Funktion des Faschismus nicht fertig geworden ist. Er sucht sich aus der Affäre zu ziehen, indem er soziale Funktion und Massenbasis gleichsam in zwei bis zur Machtergreifung des Faschismus getrennte gesellschaftliche Fraktionen auseinandersortiert, die er dann im etablierten Faschismus unentwegt sowohl miteinander paktieren wie miteinander ringen sieht, statt zu begreifen, daß alle Widersprüchlichkeit, die im zur Macht gelangten Faschismus zutage tritt, die Widersprüchlichkeit des Monopolkapitalismus selbst ist und deshalb dessen Fraktionen in gleichem Maße wie die faschistische Führung durchzieht, so daß alle diese Fraktionen immer wieder wechselnd einmal in ein partielles Gegeneinander, ein andermal in ein auch wieder nur partielles Miteinander geraten, aber kein einziges Mal eine Konstellation auftaucht, die als der Ausdruck eines Dualismus von aus der Massenbasis der Partei oder der Parteibürokratie genuin aufsteigenden und durch die Partei repräsentierten politischen Zielen und „eigentlich" monopolkapitalistischen Zielen gedeutet werden kann. Derartige, nur allzu gängige Auslegungen nähren sich durchweg von Beispielen, die sich bei näherer Nachprüfung immer nur als Beispiele für das erschreckend mangelhafte, naive Imperialismusverständnis ihrer Entdecker herausstellen, für deren Unfähigkeit nämlich, sich den Rigorismus imperialistischer Politik, zu dem diese aus Gründen des Imperialismus selbst getrieben wird, zu erklären. So etwa das beliebte und auch bei Schäfer wiederkehrende Beispiel von der „ökonomischen Unrationalität" der Vernichtung von Arbeitskräften in den KZ's, womit gesagt sein soll, daß hierfür doch unmöglich der Kapitalismus verantwortlich gemacht werden könne, wie dessen Ausweitung in Schäfers Fußnote 11 (die man zwecks vertiefter Einblicknahme in die Relevanz solcher Äußerungen am besten gleich in Verbindung mit der Schäfer'schen Fußnote 4 und im dortigen Kontext lesen sollte) und vor allem das bei Schäfer nicht vorkommende, aber sonst zumeist angeführte Rassismusargument, das von der Unkenntnis der Genese des imperialistischen Rassismus lebt. Nicht minder aber auch das Autarkieargument, das ein einziges Zeug-

nis für die Nichtaufarbeitung der Großraum- und Kartellierungspläne des deutschen Imperialismus (und eben keineswegs etwa nur des Nationalsozialismus) wie der Nichterkenntnis des Stellenwertes des Autarkieprogramms im Rahmen der imperialistischen Strategie insgesamt und zudem noch des mangelnden Wissens um die einfachsten strategischen Erfordernisse der imperialistischen Kriegsvorbereitung ist. Schäfer hat gegenüber einigen dieser üblichen Argumente offenbar schon Scheu, was wir daraus schließen, daß er sie nicht mehr anführt. Er behält somit nur noch wenige in der Hand, die freilich um nichts besser sind. Sie müssen sein ganzes theoretisches Gebäude empirisch abstützen. Würde er, was er solchermaßen noch als genuin-nichtkapitalistisch zu reklamieren sich zutraut, stattdessen, wie es zutreffend wäre, ebenfalls aus dem Imperialismus selbst heraus erklären, so zerbräche seine gesamte Theorie an der Wirklichkeit mangels eines in dieser zu findenden Indizes für die „Kompromißstruktur". Er hätte dann zwar die Aufgabe gelöst, die er am Anfange seines Aufsatzes selbst andeutet und um die es in der Tat geht, nämlich die Handlungen der Subjekte und Klassen aus den „objektiven Grundformen" der Geschichte her zu begreifen, was nämlich nur heißen kann, aus ihrer einheitlichen Quelle, aber seine „Kompromißstruktur", die nur das Finalprodukt seines Versagens vor dieser Aufgabe ist, wäre dann dahin, so wie alle Faschismus-Theorien, die auf die Konstruktion eines „Bündnisses" von politischen Machthabern und sozialer Elite, eines Klassenkompromisses oder einer aus ihm hervorgehenden Klasse „neuer Qualität" hinauslaufen, nur anmaßende Dogmatisierungen der subjektiven Unfähigkeit sind, den kapitalistischen Widerspruch dort, wo er uns in seiner entwickeltesten Form, im Imperialismus, in geschichtlich konkreter Gestalt entgegentritt, theoretisch zu bewältigen, weshalb diese Theorien sämtlich in dem Augenblick zusammenbrechen müssen, in dem der imperialistische Charakter derjenigen politischen Inhalte, die ihnen als Beweise einer „genuin-faschistichen" Politik gelten, durchgängig nachgewiesen ist — und deshalb offenbar fürchten ihre Vertreter nichts mehr als dies.

Der zweite Punkt betrifft die Schäfer'sche Ansicht, daß schon der Übergang zu staatlicher Direktion der Wirtschaftsprozesse als solcher eine Bewegung des Austrittes aus dem „Kapitalismus, wie er seinem Begriff entspricht" sei. Am deutlichsten wird dies an der Stelle, wo Schäfer sagt, schon bei Lenin habe die Erkenntnis, daß der imperialistische Erste Weltkrieg das Verschlingen aller Kräfte der Gesellschaft durch die räuberische Staatsmacht bis zur völligen Katastrophe steigerte, „eigentümlich quer" gestanden „zu der danach rezipierten These, daß wir ‚trotz allem im Kapitalismus, wenn auch in einem neuen Stadium, aber doch unverkennbar im Kapitalismus' bleiben". Dann noch einmal, vielleicht noch deutlicher, an derjenigen Stelle, wo es über Franz Neumann heißt, dieser habe, indem er auf die staatsinterventionistische Regelung des ökonomischen Systems als Folge des von Marx vorausgesagten Zentralisations- und Konzentrationsprozesses, doch als Erscheinung eben erst unseres Jahrhunderts, verwies, „den von Marx entwickelten Begriff des Kapitalismus ... hinter sich gelassen". Natürlich, wenn man als Kapitalismus nur den liberalen Kapitalismus gelten lassen will, dann ist schon der Monopolkapitalismus — und nicht erst der Faschismus — kein wirklicher Kapitalismus mehr. Die Bemerkung zu Lenin, der vom Imperialismus der Weltkriegszeit sprach, zeigt deutlich, daß Schäfer zu dieser Ansicht neigt. Und weshalb neigt er ihr zu, trotz des doch gerade im Ersten Weltkriege und der Folgezeit, wie man meinen möchte, so erdrückend zutage getretenen kapitalistischen Charakters aller Politik der kriegführenden Mächte, was sich ohne das Vorhandensein einer kapitalistischen Ökonomie in diesen Ländern doch wohl nicht gut verstehen ließe? Für Schäfer gilt, wie wir sehen, dies

alles nichts gegenüber einer Formalie. Wo der Staat, meint er, in die Selbstregulierung des ökonomischen Systems sich einschiebt, da ist der Kapitalismus nicht mehr der Kapitalismus. Das heißt, Schäfer hat einen ganz und gar formalistischen Kapitalismusbegriff, dem das Funktionsmodell alles, die soziale Funktion aber nichts ist. Würde ihn diese interessieren, so könnte ihm natürlich nicht entgehen, daß der Staat aus keinem anderen Grunde in die Selbstregulierung des ökonomischen Systems eingreift als deshalb, weil diese selbst von einem bestimmten Entwicklungspunkte der Akkumulation und der Produktivkräfte an das Bedürfnis danach aus sich hervorbringt, die Befriedigung dieses Bedürfnisses zur Existenzfrage des Kapitalismus wird und der wirtschaftspolitisch in Aktion tretende Staat also nur eine unmittelbare Hervorbringung und ein allenfalls dialektischer Antipode der Selbstregulierung, aber niemals ein Modifikateur des Kapitalismus ist. Denn dieser modifiziert sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte zuerst und vor dem Staate, um auch unter neuen Bedingungen fortlaufend Profit realisieren, also gerade derselbe bleiben zu können, und diese primäre Modifikation, die der ökonomische Kapitalismus zwecks Wahrung seines Wesens fortwährend vornimmt, produziert den wirtschaftsaktiven Staat, der wirklich nichts anderes ist als das unmittelbare Produkt dieses Bestrebens des Kapitalismus nach Wahrung seiner eigenen Identität über alle Stufen hin und durch alle wechselnden Formen hindurch, der also zum ökonomischen Mechanismus hinzugehört, ein Teil von ihm selbst ist, nur einen Aspekt der Ökonomie und ihr abstraktestes Funktionsglied —, uns zwar ein unentbehrliches und immer wichtiger werdendes — darstellt, so daß der Staat nie ein von der Ökonomie sich verselbständigender und den Kapitalismus allmählich aufhebender, sondern immer nur ein auf der Basis von dessen eigenen Veränderungen ihn reproduzierender Faktor sein kann. Die Bezeichnung Kapitalismus allein jener Phase vorbehalten zu wollen, die einen weitgehend staatsfrei funktionierenden Selbstregulierungsmechanismus der Ökonomie aufweist (wenn natürlich auch dies wieder nur eine halbe Wahrheit ist, denn der nicht intervenierende Staat muß anwesend sein, wenn die Selbstbewegung der Ökonomie funktionieren soll, und als solch anwesender, aber nicht intervenierender Staat ist er ebenso schon ein Produkt und eine Bedingung der kapitalistischen Ökonomie wie der heutige interventionistische) steht natürlich jedermann frei und ist eine bloße Vereinbarungssache, läuft aber doch offensichtlich auf eine absolut unfruchtbare, blasse, nichtsnutzige Spielerei hinaus, der der Verzicht auf einen erstrangigen operativen Erkenntnisbegriff, wie dieses Wort es in der Marx'schen Verwendung ist, gegenübersteht, und diesen ersteren, lächerlich formalistischen und pedantischen Begriff Marx selbst unterstellen zu wollen, wie Schäfer es versucht, dürfte nichts anderes als eine Dreistigkeit sein. Als ob sich das, was das Wesen des Kapitalismus ausmacht, durch den Staatseingriff und die expandierende Rolle des Staates veränderte und nicht gerade erhielte! Aber die Aufblähung der Staatsintervention zu einer heiligen Kuh, dergegenüber das Wertgesetz zum wesenlosen Grase wird, das diese frißt, hat gleichwohl ihre Geschichte und auch bei Schäfer ihren Sinn. Mit eben diesen Argumenten wurde bekanntlich schon vom historischen sozialdemokratischen Revisionismus der Übergang vom Kapitalismus zum Imperialismus als Transformation des Kapitalismus und als Hinauswachsen des Kapitalismus über sich selbst verklärt (mit allen bekannten Folgen, die dies für die politische Entwicklung der proletarischen und demokratischen Bewegung hatte) und die Liberalen bezichtigten vom Tage der ersten strukturellen Deliberalisationserscheinungen an alles Unangenehme, was die monopolkapitalistische Entwicklung in der Folgezeit hervorbrachte und von feinfühligeren Naturen nicht immer verteidigt werden konnte, als die Folge des in neuerer Zeit so schrecklich grassierenden, überhand neh-

menden schleichenden Sozialismus im bürgerlichen Staate, dem das freie Unternehmertum zum Opfer falle, so daß an ihm und den „natürlichen" Gesetzen des freien Profitstrebens, nach denen es lebt, die „Entartung" der modernen Staaten zu menschenfeindlichen, apokalyptischen Leviathanen in gar keinem Falle liegen könne. Die Dinge haben ihre strenge Logik: wer die Exzessivität des Faschismus nicht als den bloßen unmittelbaren Ausdruck der Exzessivität des Imperialismus selbst anerkennen, sondern sie einem von ihm getrennt gedachten oder ihn gar allein darstellenden, also vom „eigentlichen" Kapitalismus „verselbständigten" Staate, der dann notwendig von anderen gesellschaftlichen Kräften zumindest mitgetragen und mitprogrammiert sein muß, zuschreiben will, der muß, da sich zwischen Monopolkapitalismus und Faschismus kein tiefgehender ökonomischer Einschnitt mehr nachweisen läßt, die Kerbe schon beim Übergange vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus anbringen und damit notwendig in die Imperialismusdeutungen des klassischen Revisionismus zurückfallen, wobei es keinen Unterschied macht, ob er diesen eine optimistische oder wie Schäfer (vgl. hierzu vor allem die Fußnote 12) eine pessimistische Wendung gibt.

Damit braucht zum dritten Punkte, der antithetischen Behandlung von Staat und „eigentlichem Kapitalismus" oder von „Politik" und (reiner!) „Ökonomie" — wie sie am gedrängtesten in der Schäfer'schen Bemerkung zum Ausdruck kommt, es leide „keinen Zweifel, daß der konsequente Faschismus auch in ökonomischer Hinsicht nicht mehr kapitalistisch sein kann", weil die „Direktion der Ökonomie nach politisch gesetzten Bedürfnissen ... den kapitalistischen Mechanismus der Tauschwertproduktion nur so lange benutzen" könne, „wie er die politischen Direktiven erfüllen kann" —, eigentlich gar nicht mehr viel gesagt zu werden. Würde Schäfer nicht leugnen, daß die „politisch gesetzten Bedürfnisse" ökonomisch gesetzte Bedürfnisse sind und das Geheimnis ihrer scheinbaren Fremdheit zum Vorgange der unmittelbaren Kapitalverwertung und Werterzeugung der diesem Vorgange oder dem ‚Mechanismus der Tauschwertproduktion' selbst innewohnende Widerspruch ist, der in unserem Jahrhundert zu progressiver Entfaltung gelangt und ein Spannungsverhältnis zwischen staatlicher und privatwirtschaftlicher Problemsicht erzeugt, in dem nur die widersprüchlichen Aspekte ein- und desselben Systeminteresses sich einander konfrontieren, so daß nicht „die Politik" als ein irgendwie in sich selbst oder von anderen sozialen Kräften her Begründetes „der Ökonomie", sondern die kapitalistische Ökonomie nur in Gestalt der Politik sich selbst gegenübertritt und sogar überhaupt nur in dieser Widersprüchlichkeit ein zu weiterer Entwicklung befähigtes Ganzes ist, so müßte er den Glauben an eine autonome Motivation der staatlichen Politik und damit auch an die Möglichkeit der Zerstörung der Ökonomie durch sie fallenlassen. Aber dann wäre es auch nicht mehr möglich, von der „imperialistischen Konsequenz des Faschismus" (statt von der faschistischen Konsequenz des Imperialismus) zu sprechen, die „dessen kapitalistische Ausgangsbedingungen" zerstöre (statt: aus ihnen erwächst und nur solange denkbar ist, wie diese fortbestehen), und um das Offenhalten dieser Möglichkeit führt Gert Schäfer ja gerade seinen Kampf.

Wenden wir uns nun dem theoretischen Herzstück der Schäfer'schen Begründungen zu. Der Marx'sche Kapitalismusbegriff, sagt Schäfer, sei ja nicht nur ans Privateigentum an Produktionsmitteln, sondern in gleicher Weise an „freie Lohnarbeit" und „‚freie' Verfügung über Kapital" geknüpft, erst dies zusammen ergäbe Kapitalismus, und in dem Maße nun, in dem die Bewegung von Kapital und Arbeit unter staatliche Regie gerate, werde ihre Freiheit und damit eine der konstitutiven Bedingungen des Kapitalismus aufgehoben.

Da haben wir den ganzen ins Negative gekehrten formalistischen Staatsillusionismus Gert Schäfers im Kern seiner ökonomischen Theorie selbst. Als wenn die staatliche Regie etwas anderes wäre als nur die erweiterte Äußerungsform eben jenes ökonomischen Bewegungsgesetzes, dem Lohnarbeit und Kapital bislang auf dem Markte „in Freiheit" gehorchten, so daß mit ihrer Freiheit nicht dieses Bewegungsgesetz, sondern eben nur ihre mit diesem jetzt nicht mehr sich vereinbarende Freiheit aufgehoben wird, also nicht der Kapitalismus, sondern nur etwas, was ihm von nun an, und zwar unter verschiedenen Bedingungen in verschiedenem Grade, im Wege steht (weshalb Schäfer zugeben muß, daß der Faschismus „nur eine allgemeine Tendenz des ‚Spätkapitalismus' zum Ausdruck" bringe und dann Mühe hat, zu begründen, weshalb sie dennoch voneinander grundsätzlich geschiedene ökonomische Formationen sein sollen). Mit dem Anwachsen politischer Direktion der Ökonomie wird nicht, wie Schäfer meint, eine Bedingung des Kapitalismus annulliert, sondern gerade erfüllt; eine Bedingung des sich entwickelnden, imperialistisch werdenden Kapitalismus nämlich. Diese Entwicklung ist im Marx'schen Begriffe des Kapitalismus enthalten und also dessen Bestätigung, nicht dessen Überholung. Nur in Schäfers Begriff ist sie nicht enthalten (womit sich dieser als ein nicht einmal das wirkliche Wesen des liberalen Kapitalismus voll erfassender demaskiert), und deshalb kann Schäfer durch die künstlich prinzipielle Entgegensetzung von Staatsdirigismus und Selbstregulation einen Dualismus von politischer und sozialer Herrschaft und über diesen schließlich einen Gegensatz von „imperialistischem Faschismus" einerseits, Kapitalismus andererseits konstruieren, aus dem die Möglichkeit entspringt, nun die Jahrhundertverbrechen des deutschen Imperialismus wie z. B. die Degradierung der Bevölkerungen der eroberten Länder zu Sklavenarbeitern des deutschen Großmachttraums („Rückkehr zur Leibeigenschaft in den besetzten Ländern" — und alle weiteren Beispiele, die hierhin ja auch gehören, s. in Schäfers Fußnote 4) als Indiz gerade für eine angebliche Aufhebung des Kapitalismus statt als den krassesten, fürchterlichsten Ausdruck seines Fortbestehens zu interpretieren. Wenn, sagt er, eine solche, auf so ganz und gar keinem freien Arbeitsvertrage beruhende Zwangsarbeitswirtschaft zum System erhoben und überdies eine strenge politische Investitionslenkung ausgeübt wird, „dann muß gefragt werden, was am ‚totalitären Monopolkapitalismus' als kapitalistisch zu bezeichnen sei." Der Grund, wäre ihm zu antworten, aus dem dies alles geschieht, ist noch kapitalistisch, also auch alles aus diesem Grunde Geschehende selbst.

An manchen Stellen sieht es bei Schäfer freilich auf einmal so aus, als rechte man ganz unnötigerweise mit ihm, da vielleicht gar keine allzu gravierenden sachlichen, sondern nur terminologische Differenzen vorliegen. Wenn er plötzlich selbst den Faschismus als „totalitären Monopolkapitalismus" bezeichnet und also dessen Entstehung aus dem Kapitalismus wie dessen monopolkapitalistische Prägung ja gar nicht leugnet und eigentlich doch nur dessen selbstverständliche Unterschiedenheit vom liberalen Kapitalismus behauptet, Monopolkapitalismus und Faschismus hingegen im Verhältnis von Übergangsepoche und endgültig neuer Epoche eng aneinander bringt („wenn auch der Faschismus aus der imperialistischen Phase des Kapitalismus hervorwuchs, so unterscheiden sich doch seine spezifischen Eigenschaften vom klassischen Kapitalismus nicht weniger als sich dieser von vorkapitalistischen Formen der Klassengesellschaft unterschied") ist es dann eines großen Aufhebens wert, die möglicherweise in Nuancen sich erschöpfenden Auffassungsunterschiede auszudiskutieren?

Ginge es etwa, wie bei so vielen anderen Faschismus-Disputen, nur um die Frage des Schuldanteiles des Monopolkapitals am Faschismus, dann wäre aller Aufwand

in der Tat müßig. Es stellt ja keineswegs eine Entschuldigung des Monopolkapitals dar, wenn man ihm bescheinigt, daß es in die „neue Klasse", in der die „Praktiker der Gewalt Wirtschaftsführer werden und die Wirtschaftsführer Praktiker der Gewalt", hineingewachsen und sich also sozusagen in die faschistische Klasse, die für alle Verbrechen verantwortlich ist, aufgelöst habe. Der Streit geht aber nicht um die moralische Belastbarkeit des Monopolkapitals, sondern um die objektive Erkenntnis der Klassenstruktur des Faschismus (und auch schon, wie sich andeutete, des Monopolkapitalismus), darum also, ob der Faschismus eine neue Klassenordnung darstellt (und sich diese im Monopolkapitalismus schon vorbereitet) oder nicht, und dies ist nun allerdings, wie auf der Hand liegt, von unmittelbarer Bedeutung für die Frage der strategischen Orientierung aller antifaschistisch-antimonpolkapitalistischen Opposition. In der Theorie erscheint oft nur als Nuance und als nahe beieinanderliegend, was in der Praxis weit auseinanderfällt und sich dort unversöhnliche Kämpfe liefert.

Es ist einleuchtend, daß von der Klassenstruktur des Faschismus als des Inbegriffes der äußersten Gefährdung unserer Gesellschaften spiegelbildlich die Klassenstruktur der demokratischen Opposition, jedenfalls aber die Grundorientierung ihrer Strategie, ihre subjektive Vorstellung von den einzuschlagenden Wegen abhängen wird. Aus Schäfers ökonomischen Ansichten aber entspringt vor allem die Theorie vom Faschismus als der Ablösung der bisherigen herrschenden Klasse durch eine „neue soziale Herrscherklasse". In diese Klasse geht zwar die alte Klasse ein, aber sie verwandelt sich in ihr und wird von den neuen, aus der Sphäre von Partei und Staat kommenden Elementen und deren Gewaltmentalität sogar dominiert. Ohne Zweifel, dies ist unausgesprochenermaßen auch schon die Grundlegung für eine neue Strategie der Opposition.

Sehen wir uns daher lieber noch einmal in Schäfers Text um, ehe uns etwas entgeht, was zum Verständnis eines Vorstoßes von solch aktueller Brisanz dienlich sein könnte.

Die Umschau führt uns in die allgemeine Faschismus-Debatte zurück, über einen Satz nämlich, der uns für das bessere Verständnis der aktuellen strategischen Konsequenzen von Schäfers Theorie ebenso nützlich sein kann wie zur Einordnung dieser bis hierhin vorerst nun doch als Einzelerscheinung behandelten ökonomischen Theorie in den Zusammenhang verwandter Meinungen, in den sie gehört und in dem sie vielleicht noch etwas mehr erkenntlich wird als nur ein Ausdruck einer gegenwärtig allgemeineren Strömung, wie wir dies anfangs schon andeuteten.

Die Berufung auf eine vor ihm schon existierende und gegenwärtig unabhängig von ihm gerade ein come back erlebende Theorie nimmt Schäfer selbst vor. Mit dem Satz nämlich: „Der Faschismus hat die Nachfolge des Bonapartismus angetreten." So lapidar steht es im Text. Eine grundsätzliche Indentifizierung mit der Bonapartismus-Theorie also. Und für einige Worte über diese Theorie ist es angesichts ihrer ziemlich großen neuerlichen Beliebtheit allerdings ohnehin an der Zeit.

Was hat es mit der Bonapartismus-Theorie auf sich? Im Jahre 1852 analysierte Karl Marx den Staatsstreich Napoleons III. vom 2. Dezember 1851 in seiner Schrift „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte" und legte dort dar, daß die Machtergreifung Louis Bonapartes an der Spitze einer Horde von deklassierten Elementen, die sich in der „Dezembergesellschaft" zusammengefunden hatten und berufsmäßige Abenteurer, verwilderte Soldaten, Lumpenproletariat mit dem einzigen Interesse der persönlichen Bereicherung waren, sich daraus erkläre, daß die politisch gegeneinander rivalisierenden Kräfte des Kapitals — des noch

vorwiegend dem Bodenbesitz verbundenen, monarchistisch gesonnenen und des modernen, republikanisch gesonnenen Kapitals — sich neutralisierten und zusammen zu schwach waren, um allein die Macht zu behaupten, das Proletariat aber ebenfalls noch zu uneins und zu schwach war, um sie zu ergreifen, weshalb eine Bande gewalttätiger Hasardeure in diese Lücke hineinstoßen, sich der Regierung bemächtigen und eine Terrorherrschaft über alle Klassen gleichermaßen errichten konnte. Aber, sagt Marx sogleich, dies wäre natürlich nicht möglich gewesen, wenn diese Bande damit nicht doch einem vorhandenen Klasseninteresse entsprochen hätte, nämlich dem Interesse der zahlreichsten Klasse der damaligen französischen Gesellschaft, den Parzellenbauern. Marx geht dann genauestens auf die Parzellenbauern ein und entwickelt aus der Eigentumsform der Parzelle, daß ihr kein anderes politisches Interesse entsprechen könne als das an einer von einem Einzelnen ausgeübten Kommandoherrschaft. „Der politische Einfluß der Parzellenbauern findet also darin seinen letzten Ausdruck, daß die Exikutivgewalt sich die Gesellschaft unterordnet". Der soziale Inhalt der Machtergreifung Louis Bonapartes ist also das Klasseninteresse der kleinen Parzellenbauern. Dies setzt Marx dann im Folgenden in Kontrast zu der Unmöglichkeit, angesichts der weit fortgeschrittenen und unaufhaltsamen kapitalistischen Entwicklung Frankreichs tatsächlich ein Interessenregiment des Parzellenbauerntums zu betreiben und entfaltet daraus die ganze Problematik, der die Regierung Louis Bonaparte zu Beginn des Jahres 1852 gegenübersteht.

Dies muß so ausführlich zur Kenntnis gebracht werden, damit ersichtlich wird, welchen verhältnismäßig hohen Grad an Schwachsinn es bedeutete, als 80 Jahre später, nämlich im Jahre 1930, August Thalheimer auf die Idee verfiel, diese einem Vorgange im vorimperialistischen Frankreich geltende Analyse von Marx als eine vorweggenommene Faschismuserklärung zu empfinden. Thalheimer deutete, seinem Einfalle gemäß, den Faschismus in Analogie zum Bonapartismus vermittels einer Anzahl eingängiger Gleichsetzungen, indem er die Figur des faschistischen Führers mit dem Chef der Dezembergesellschaft, die Dezembergesellschaft mit der faschistischen Partei und die seinerzeitige Pattkonstellation der Klassenkräfte mit einer dem Faschismus angeblich stets vorausgehenden Konstellation des Gleichgewichts der Ohnmacht von kapitalistischer Klasse und Proletariat verglich. Das Kapital, so Thalheimer, sei nicht mehr, das Proletariat noch nicht oder wegen einer gerade erlittenen Niederlage vorerst nicht wieder zur Macht, zur alleinigen Machtausübung, fähig, und so bleibe dem Kapital, um in dieser instabilen Situation seine sozialen Privilegien nicht zu verlieren, nichts anderes übrig, als ein Bündnis mit bonapartistisch-faschistischen Horden einzugehen, indem es diesen die politische Macht abtritt, damit sie ihm durch Zerschlagung der politischen Formationen des Proletariats den Fortbestand ihrer sozialen Herrschaft garantieren. Aber dafür sei das Kapital der politischen Willkürherrschaft dieser Banden, vergleichbar der Situation im Bonapartismus, nun natürlich selbst ebenso schutzlos ausgeliefert, und dies mildere sich nur durch das Verhältnis der beiderseitigen Abhängigkeit, das darin besteht, daß die faschistische Partei nicht ohne die Bourgeoisie und deren ökonomische Macht, die Bourgeoisie nicht mehr ohne die politische Macht der faschistischen Partei auskäme. Hier haben wir also die „Kompromißstruktur", die Theorie von einem Bündnisverhältnis, das Kapital und faschistische Massenbewegung im Faschismus eingingen und das diesen erkläre, und zwar durchaus auf der Grundlage der unausgesprochenen inhaltlichen Trennung von Politik und Ökonomie in Form der ausgesprochenen Trennung von politischer und sozialer Herrschaft. Die Bezugnahme auf das historische, noch dazu die Berufung auf Marx persönlich erlaubende Beispiel des Bonapartismus deckt freilich vortrefflich die Frage zu, vor der dies alles

als eine unhaltbare mechanische Gleichsetzerei, als ein nicht aufgehendes Spiel mit dem blendenden Glanz historischer Parallelisierungen erkennbar wird. Stoßen wir also in dieses Loch hinein.

Wozu fällt Thalheimer keine Gleichsetzung ein? Zu dem, was in Marxens „18. Brumaire" das Allerwichtigste ist: zur Erklärung der Form nämlich des bonapartistischen Regimes aus einem konkreten Klasseninteresse, und zwar aus der Eigentumsform einer Klasse. Brachte Bonapartes Dezembergesellschaft mit ihrem Staatsstreich das Klassenintersese der Parzellenbauern zum Zuge — wessen Klasseninteresse brachte dann, wenn man schon mit Thalheimer gleichsetzen will, die faschistische Partei zum Zuge, die ja ausdrücklich für Thalheimer nicht identisch ist mit den Klasseninteressen des Kapitals, sondern eigene politische Interessen hat, diese ins Bündnis einbringt und sie dort, ihr politisches Machtmonpol nutzend, zum Teil auch gegen das Kapital durchsetzt? Die Dezembergesellschaft war klein im Verhältnis zu den faschistischen Millionenparteien. Um so unumgänglicher, bei ihnen ein ähnlich genuines soziales Interesse namhaft zu machen, wenn es das monopolkapitalistische nicht sein soll. Welches aus der Form ihres Unterhaltserwerbes herzuleitende objektive Interesse welcher Klasse begründet den Terrorcharakter des Faschismus, dessen angeblich auch dem Monopolkapital als Gesamtklasse wider den Strich gehende Züge?

Hier schweigt Thalheimer. Und man kann lebhaft nachempfinden, warum. Soll er sagen, es war das Interesse des proletarisierten Mittelstandes oder der aufsteigenden „Dienstklasse"? Hören wir nur ein paar Worte von Marx über die französischen Parzellenbauern, um zu begreifen, daß sich nichts Vergleichbares über die Mittelschichten moderner imperialistischer Gesellschaften sagen läßt — und dann doch wohl auch nicht auf ein dennoch seltsamerweise ganz gleichartiges politisches Interesse bei ihnen geschlossen werden kann.

Marx über die Parzellenbauern: „Ihre Produktionsweise isoliert sie voneinander, statt sie in wechselseitigen Verkehr zu bringen ... Ihr Produktionsfeld, die Parzelle, läßt in seiner Kultur keine Teilung der Arbeit zu, keine Anwendung der Wissenschaft, also keine Mannigfaltigkeit der Entwicklung, keine Verschiedenheit der Talente, keinen Reichtum der gesellschaftlichen Verhältnisse. Jede einzelne Bauernfamilie genügt beinahe sich selbst, produziert unmittelbar selbst den größten Teil ihres Konsums und gewinnt so ihr Lebensmaterial mehr im Austausche mit der Natur als im Verkehr mit der Gesellschaft. Die Parzelle, der Bauer und die Familie; daneben eine andere Parzelle, ein anderer Bauer und eine andere Familie. ... So wird die große Masse der französischen Nation gebildet durch einfache Addition gleichnamiger Größen ...".

Was davon läßt sich auf die Mittelschichten der imperialistischen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts übertragen? Nichts. Aber Thalheimer gibt nicht etwa eine Parallelschilderung der Lage und Produktionsweise der heutigen Mittelschichten oder irgendeiner anderen Klasse, aus der dann das Interesse an einer modernbonapartistischen Staatsform nachgewiesen würde. Er sagt hierzu überhaupt nichts. Was bei Marx also unter der Voraussetzung eines dafür vorhandenen Klasseninteresse sich erklärte, erklärt sich für Thalheimer ohne diese Voraussetzung, d. h. es erklärt sich gar nicht und seine ganze Theorie hängt in der Luft.

Heute aber findet diese Theorie auf einmal Liebhaber, und kritischsten Köpfen entgeht, daß sie es mit einer Schachtel ohne Boden zu tun haben. Warum? Es ist nicht schwer, dies aus der allgemeinen Situation der derzeitigen linken und liberalen Intelligenz, jedenfalls eines Teiles von ihr, zu erklären. Es ist offenbar die

Faszinationskraft des Ergebnisses, die den Blick für die Umsolidität seines Fundaments trübt. Aber was macht dieses Ergebnis so anziehend?

Alle Faschismuserklärungen, die ein Bündnis von Monopolkapitalismus und herrschender faschistischer Partei im Sinne der Verschmelzung verschiedener sozialer Inhalte in der faschistischen Politik behaupten, gehen schwanger mit einer Theorie der „neuen Klasse". Nicht alle bringen das Kind gleich zur Welt wie Gert Schäfer, aber alle tragen es doch in sich. Mit der neuen Klasse aber geschieht, ist sie erst einmal im Kopfe entbunden, in der Regel folgendes:

Es bedarf einer Namensgebung. Wie wird man die neue Klasse nennen? Man wird sie die technokratische oder die bürokratische oder die staatskapitalistische, die totalitär-monopolkapitalistische oder auch die faschistische Klasse nennen, die Auswahl ist nicht sehr groß. Und kaum, daß ein solcher Name gefunden ist, wird man ihn anwenden wollen und sich umsehen nach seinen Anwendungsmöglichkeiten. So hören wir dann auf einmal von der technokratischen und bürokratischen Klasse „in West und Ost", oder, sprachlich geschieden nur im Sinne von Unterfällen letztlich ein- und desselben allgemeinen Sachverhaltes, von der staatskapitalistischen und staatssozialistischen, von der totalitär-monopolkapitalistischen und der totalitär-sozialistischen Klasse. Da wir im Faschismus und möglicherweise auch schon im Monopolkapitalismus die herrschende Klasse nicht mehr als eine rein kapitalistische, sondern als irgend etwas Anderes von eigentümlich neuer Qualität ansehen, brauchen wir auch im Sozialismus die herrschende Klasse nicht für die proletarische zu halten, sondern können einen Entartungsprozeß, was den Klassengehalt der Politik anbelangt, wenn er im Kapitalismus möglich ist, auch unter den ökonomischen Bedingungen des Sozialismus für möglich und die politisch Herrschenden für eine vom Proletariat unterschiedene neue Klasse halten. Damit ist unser strategisches Grundurteil betreffs praktischer demokratischer Politik im globalem Maßstabe aber bereits gefällt, denn jetzt drängt sich die Formel auf: gegen die neuen Klassen, die Technokratien, die Bürokratien usw. von West und Ost.

Wir sind also wieder, nach allem riesigen theoretischen Aufwande, zur Totalitarismusdoktrin zurückgekommen, in einer Variante allerdings, die glücklicher macht als die ältere, weil sie das ganze angestaute Unbehagen an der westlich-kapitalistischen Welt in sich aufzunehmen vermag und ihren Einstieg bei der Kritik der eigenen Gesellschaftsordnung nimmt, ohne freilich, was so manch einen insgeheim nun eben doch aufatmen läßt, an der letztlichen Empfehlung: gegen West und Ost gleichzeitig, etwas zu ändern.

Und zudem ist diese neue Version ihrer runzlig gewordenen Vorläuferin auch noch deshalb überlegen, weil der für alle Lesarten der Totalitarismus-Doktrin konstitutiven Gleichsetzung der politischen Herrschaftssysteme über die Klasseninhalte hinweg wahlweise je nach Bedarf und Temperament mühelos eine negative oder auch eine positive Akzentuierung gegeben werden kann. Die negative: Kampf den verselbständigten Staatsbürokratien beider Seiten oder den neuen totalitären Klassen in West und Ost, womit man dem einfacheren alten „braun ist gleich rot" nahebleibt. Die positive hingegen: Die Klassenstrukturen und politischen Herrschaftsformen von Monopolkapitalismus und etabliertem Sozialismus nähern sich einander an, die Industrialisierung zwingt beide klassenlosen Bürokratien bzw. bürokratischen Klassen zur „Rationalisierung" und „Versachlichung" ihrer Politik — womit man im Zauberkreise der Konvergenztheorien angelangt ist.

Nun ist es aber kein Geheimnis, daß unter den heutigen politischen Gegebenheiten, einmal von der Warte derjenigen her gesehen, die in unserem Lande

und in den übrigen monopolkapitalistischen Klassenstaaten die wirklich Herrschenden sind, sowohl die in ein freundliches keep smiling umgekippte Totalitarismus-Doktrin, die Konvergenztheorie, wie ihre immer noch eine eisige Miene zeigende Schwester haargenau in die Landschaft passen und beide nur Instrumente zur Beförderung ein und derselben imperialistischen Politik sind; die erstere mehr hinsichtlich der Ostpolitik, die letztere in Blick auf die Opposition im Innern des Landes, die davor bewahrt werden muß, diese Ostpolitik falsch zu verstehen und etwa jetzt ihren innenpolitischen Antikommunismus abzubauen. Es kann gar keinen Zweifel daran geben, daß diese politischen Ideologien, und zwar in ihren beiden Wendungen, bewußt gehandhabte Instrumente des Klassenkampfs in der Hand der imperialistischen Mächte sind, mit denen diese überall in der Welt, wo nur immer ihr Einfluß hinreicht, operieren.

Dabei sind es an sich aber immer nur zwei zusammengehörige Dinge, die sich um gar keinen Preis dem Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheiten mitteilen dürfen und die deshalb auf jeden Fall, nicht zuletzt eben mit Hilfe dieser Ideologien, verschleiert werden müssen. Es darf sich nicht mitteilen, daß das, was in den kapitalistischen Ländern in der sichtbaren Gestalt des Staates über die Mehrheitsklassen herrscht, ob in bürgerlich-demokratischer oder in faschistischer Form, nur das Klasseninteresse des Monopolkapitals ist, und es darf sich nicht mitteilen, daß in sozialistischen Gesellschaften das im proletarischen Klasseninteresse enthaltene wirkliche Mehrheitsinteresse den Staat beherrscht und als Staat herrschend auftritt. Die einfache Klassenfrage also ist es — und wie könnte dies anders sein —, die zuallererst und unter allen Umständen unklar bleiben muß, will der Imperialismus bei sich zu Hause, in seinen Hauptländern, seine innenpolitische Basis behalten und in denjenigen Ländern, auf die er Einfluß zu gewinnen sucht, sich eine verschaffen.

Totalitarismusversionen jedweder Spielart sorgen für die Unklarheit über den politischen Frontenverlauf im Klassenkampf, indem sie den Kapitalismus und dessen Parteien auf jenen fiktiven Platz zwischen „rechts" und „links" rücken, auf dem sie sich wie ein friedliches Neutrum und wie die menschenfreundliche „goldene" Mitte zwischen gewalttätigen Extremen irrationalen Ursprungs ausnehmen, so daß aller Verdacht, der Faschismus könne etwas anderes als des Kapitalismus ärgster Feind und, wo er dennoch zur Macht kommt, etwas anderes als dessen Peiniger und Zerstörer sein, sich schließlich wie von selber verflüchtigt. Aber dazu bedarf es dann selbstverständlich auch einer originellen Antwort auf die Frage nach dem Klassencharakter des Faschismus. Und auch schon der Klassencharakter des bürgerlich-demokratischen wie des sozialistischen Staates bedarf einer Umdeutung, soll die Frontstellung gegen den Sozialismus, auf die es der Totalitarismusdoktrin je letztlich allein ankommt, zu einer Sache der Mehrheit werden können. Hier aber erweist sich nun für Anspruchsvollere, die sich mit platten Gemeinschaftsideologien und genereller Ableugnung des Klassencharakters von Gesellschaften nicht abspeisen lassen, die in der Bürokratisierungstheorie (als der eigentlich klassischen und zählebigsten Widerlegung der Möglichkeit von Sozialismus überhaupt) enthaltene These von einer angeblich aus den Eigengesetzlichkeiten des Verwaltungsprozesses hervorgehenden neuen Klasse nach wie vor als der bestgeeignete Hebel, um den Glauben an eine der marxistischen Analyse nicht mehr entsprechende neue Klassenstruktur „der Industriegesellschaften" zu wecken. Es kann nur dringend geraten werden, den Faden dieser Bürokratietheorie einmal gründlich von Max Weber an bis hinein in die Frankfurter Kritische Theorie zu verfolgen und sich über seine Funktion in den Klassenauseinandersetzungen Rechenschaft abzulegen

angesichts des Umstandes, daß heute weder die neuere noch auch die ältere Variante der Totalitarismusdoktrin ohne Bezug auf ihn auskommt und er uns somit nun offen im Kontext der ideologischen Klassenkampfstrategie nicht etwa irgendeiner liberaleren Kapitalfraktion oder des Kleinbürgertums, sondern des Imperialismus selbst begegnet.

Die unmittelbare Folge eines solchen Glaubens an neuformierte, der kapitalistischen Ökonomie wie dem Arbeiterinteresse gleichermaßen entfremdete „totalitäre" Herrscherklassen in West und Ost besteht nun aber für diejenigen, die sich zu diesem Glauben bekehren lassen, darin, daß sich ihr subjektives demokratisches Wollen nun nur noch in der Don Quichotterie eines Mehrfrontenkampfes zu äußern vermag. Der etablierte Sozialismus erscheint ihnen jetzt als ebenso schlimm wie der etablierte Monopolkapitalismus, und als Pendant zum Faschismus konstruiert sich ihr Glaube einen „Linksfaschismus" als zweite innenpolitische Gefahr (nichts war, allen Dementis zum Trotz, weniger zufällig, als daß dieses Wort eines Tages vom Boden einer bestimmten Theorie aus fiel). So summieren sich alle Anstrengungen eines solchen fortwährend sich selbst in den Arm fallenden politischen Engagements schließlich zu bloßer Passivität, dem praktischen Effekte nach oder, wo dieser Effekt doch schon ein wenig im eigenen Bewußtsein antizipiert wird, per resignativer persönlicher Haltung von vornherein. Bis zum opportunistischen Umschlag solcher Passivität in neuerliche, nun freilich nur noch allein gegen die Linke gerichtete Aktivität ist es von da aus aber bekanntermaßen nicht weit. Die Theorie von neuen sozialen Herrscherklassen in Kapitalismus und Sozialismus, deren gemeinsames Merkmal Nichtidentität mit den Interessen von kapitalistischer Klasse bzw. Arbeiterklasse sei, lähmt und desorientiert jedenfalls alle progressive Aktivität und erweist sich als der Sockel, von dem aus die gegenwärtigen strategischen Hauptideologien des Imperialismus sich überhaupt erst entfalten lassen.

Wir haben aber gesehen, daß der Scheinuntermauerung dieser gegenwärtigen strategischen Ideologien des Imperialismus aus der Faschismusdebatte unmittelbar Schützenhilfe erwächst oder wirksame Bloßstellung droht, und wir haben gesehen, daß das, was Gert Schäfer anbietet und worin er repräsentativ ist für eine gegenwärtig weitverbreitete Interpretationstendenz, keineswegs dem letzteren dient. Es sind dennoch in der Mehrzahl engagierte, an einer progressiven Veränderung unserer Gesellschaft durchaus interessierte Demokraten, die sich zur Zeit mit Vorliebe in der Faschismusdebatte auf derartige Positionen begeben. Auch Gert Schäfer, einstiger Mitherausgeber und Mitautor des kritischen Sammelbandes „Der CDU-Staat", zählt ja zweifellos zur demokratischen Opposition und zu den jungen Exponenten einer um demokratische Gesellschaftsveränderung bemühten Wissenschaft. Gerade dies macht den eindringlichen Hinweis auf die Konsequenzen leichtfertiger Faschismustheorien notwendig.

Politik: Lehrbücher, Handbücher, Studientexte

Heino Kaack
Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems

736 Seiten. Kart. ca. DM 30,–; Ln. ca. DM 45,–

Werner Kaltefleiter
Die Funktionen des Staatsoberhauptes in der parlamentarischen Demokratie

308 Seiten. Demokratie und Frieden, Band 9. Kart. DM 38,–

Carl J. Friedrich
Politik als Prozeß der Gemeinschaftsbildung

Eine empirische Theorie der Politik.
534 Seiten. Ln. DM 66,–

Ferdinand A. Hermens
Verfassungslehre

2., erw. Auflage
Demokratie und Frieden, Band 7
576 Seiten. Ln. DM 65,–

O. H. von der Gablentz
Einführung in die politische Wissenschaft

378 Seiten. Kart. DM 16,–; Ln. DM 28,–

Gert von Eynern
Grundriß der politischen Wirtschaftslehre

308 Seiten. Kart. DM 27.–; Ln. DM 36,–

Gerhard Möbus
Die politischen Theorien von der Antike bis zur Renaissance

303 Seiten. Kart. DM 22,–; Ln. DM 28,–

Gerhard Möbus
Die politischen Theorien im Zeitalter der absoluten Monarchie bis zur Französischen Revolution

429 Seiten. Kart. DM 28,–; Ln. DM 37,–

O. H. von der Gablentz
Die politischen Theorien seit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung

3. Auflage. 331 Seiten. Kart. DM 27,–; Ln. DM 33,–

Walter Grottian
Das sowjetische Regierungssystem

2., neubearb. Auflage
585 Seiten. Zahlr. Tab. Kart. DM 32,–

Thomas Ellwein
Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland

2., überarbeitete und erweiterte Auflage.
718 Seiten. Kart. DM 26,–; Ln. DM 49,–

Sir Ivor Jennings
Gerhard A. Ritter
Das britische Regierungssystem

2., neubearb. Auflage.
459 Seiten. Ln. DM 69,–

Westdeutscher Verlag

„Halbgott in Weiß" und die Folgen

Von Hans Mausbach

Die Entlassung des Wissenschaftlichen Assistenzarztes am Frankfurter Nordwestkrankenhaus Dr. med. Hans Mausbach wegen kritischer Äußerungen zum bundesdeutschen Gesundheitswesen in der Fernsehsendung „Halbgott in Weiß" hat über den Kreis unmittelbar Betroffener hinaus großes Aufsehen erregt. Der Vorgang wirft ein bezeichnendes Licht auf vordemokratische Zustände im Bereich der Medizin, die der Arzt Dr. Michael Regus in dieser Zeitschrift kürzlich einer vielbeachteten Analyse („Das Krankenhaus im gesellschaftlichen Widerspruch", Heft Nr. 10/1970) unterzogen hat.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Frankfurter Vorgänge haben wir Dr. Mausbach um eine Darstellung für die „Blätter" gebeten, deren Wortlaut wir nachstehend veröffentlichen. D. Red.

Die Fernsehsendung

Am 20. September 1970 strahlte das Erste Deutsche Fernsehen den Film „Halbgott in Weiß" aus (Autor: Ramon Gill, Feature-Redaktion von Radio Bremen). Für diesen Film hatten im Frühjahr 1970 vier Sprecher der Basisgruppen Medizin Frankfurt und einige Assistenzärzte Stellungnahmen zur Kritik der hierarchischen Struktur in den Krankenhäusern abgegeben. Mein Entwurf hatte ursprünglich folgenden Wortlaut:

I

„Klassengegensätze sind auch in den Institutionen des Gesundheitswesens oberflächlich verschleiert durch Ideologie und Praxis sogenannter sozialer Gerechtigkeit. Klasseninteresse ist verantwortlich für die Beibehaltung mittelalterlicher, antidemokratischer Rangordnungen in den Krankenhäusern, bei den Schwestern, den Ärzten und in der Verwaltung.

Die versteinerten Rangordnungen sind Leitschienen der Formierung von oben nach unten. Über diese Leitlinien dringen z. B. die Einflüsse der pharmazeutischen und Medizingeräteindustrie mit einem Minimum an Reibung ein.

‚Gesundheit ist ein Zustand vollständigen physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechlichkeit. Der Genuß des höchsten erreichbaren Niveaus von Gesundheit ist eine der fundamentalen Rechte jedes Menschen ohne Unterschied von Rasse, Religion, politischer Überzeugung, ökonomischer oder sozialer Stellung' (WHO-Constitution 1946).

Wer hat ein Interesse daran, daß dieser umfassendere Gesundheitsbegriff verdrängt wird durch die bloße Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit, durch Reparaturleistungen? Derjenige, dessen Profit dadurch gemindert wird, daß Krankheit und Behandlung den Patienten aus seiner Rolle im Produktionsprozeß herausreißen, der Unternehmer, dem die bereits gekaufte Arbeitskraft durch Krankheit ausfällt. (Auch diese Problematik wird durch Ideologisierung und Formierung von oben nach unten verdrängt. Die hierarchische Struktur erleichtert diesen Verdrängungsprozeß.) Die Machtfülle des Ordinarius und Chefarztes ist die Klammer, die alles zusammenhält.

Fast unumschränkte Entscheidungsgewalt in organisatorischen, personellen und medizinischen Fragen verbunden mit der Herrschaft über die Ausbildung und dem Recht, im Rahmen des öffentlichen Dienstes ein Privatunternehmen zu betreiben, verbunden mit der Bestimmung der Forschungsrichtung.

Im Zwange der Anpassung und Unterwerfung unter den Willen der Spitze verschwimmen die Grundrechte der Verfassung. Besonders vor einigen Universitätskliniken könnte man, ähnlich wie es vor Betrieben schon geschehen ist, das Schild aufstellen: Achtung, Sie verlassen den demokratischen Sektor der Bundesrepublik.

Ich verweise auf das Marburger Manifest der Professoren gegen Demokratisierung der Hochschulen, auf den Skandal um den Professor für Chirurgie Maurer an der TH München, der das Wort geprägt hat ‚Demokratisierung der Klinik ist Bockmist'.

Der Kampf um Laufbahn, Macht, Prestige und Geld wird auch auf dem Rücken der Patienten ausgetragen. Einige Beispiele von vielen:

1) Experimente am Menschen dürften nach dem Sinngehalt unserer Verfassung nur nach Aufklärung und Einwilligung der Betroffenen durchgeführt werden; ich sage dürften.

2) Kommerzielle Interessen fließen gelegentlich sogar unmittelbar in die Operationsentscheidung ein, ohne daß die Betroffenen davon etwas ahnen.

3) Mit der Gefälligkeitspublizistik für die pharmazeutische Industrie, für die die Kranken als Versuchsobjekt dienen, könnte man eine ganze pseudowissenschaftliche Bibliothek füllen.

Dieses System produziert Unselbständigkeit, Karrieristentum um jeden Preis, gebrochenes Rückgrat am Fließband. Der Assistenzarzt, der unter solchen Bedingungen sich zum Oberarzt hochgekrochen hat, wird als Chefarzt im Kreiskrankenhaus die Last der erlebten Demütigungen auf seinen neuen, ihm wiederum hilflos ausgelieferten Untergebenen abwälzen.

Ein Teufelkreis, den wir endlich durchbrechen müssen."

II

Diesen Text veränderte ich bei der Aufnahme geringfügig, um die erbetene Zeit von drei Minuten nicht zu überschreiten — es wurden aber dennoch fast vier Minuten.

Ungefähr zwei Wochen vor der Sendung versicherte Ramon Gill telefonisch, der Beitrag sei nur ein wenig gerafft worden. Ich verzichtete deshalb auf eine Kontrolle. Am Abend der Sendung schimpften wir nicht schlecht, weil zwei Drittel, und zwar der wichtigere Teil, meines Textes weggeschnitten worden waren.

Die anderen Sprecher der Basisgruppe Medizin Frankfurt, eine Krankenschwester, ein Student und ein Arzt, waren überhaupt nicht zu Wort gekommen. Daß der Autor politische Kritikansätze verdrängen mußte, wird deutlich, wenn man den gesendeten neben den weggeschnittenen Teil hält.

Ramon Gill hatten wir am 14. 4. 1970 bei einer Podiumsdiskussion der Humanistischen Union im Frankfurter Cantatesaal kennengelernt. Dort hatten wir versucht, den vagen Begriff „klassenloses Krankenhaus" inhaltlich zu untersuchen, um die kritische Analyse der Verhältnisse im Gesundheitswesen voranzutreiben (siehe auch den Artikel des Mitarbeiters der Basisgruppe Medizin Frankfurt, Michael Regus, in der Oktobernummer der „Blätter": „Das Krankenhaus im gesellschaftlichen Widerspruch").

In einem Gespräch mit Gill hatten wir den Eindruck gewonnen, daß in der Sendung neben der Kritik der hierarchischen Struktur der Krankenhäuser die uns viel wichtigere Kritik der in das Gesundheitswesen einfließenden Klassengegensätze Raum finden würde. Unter dieser Voraussetzung waren wir zur Mitarbeit an der Sendung bereit. Als dann am 20. 9. 1970 das schön geglättete Feature über den Bildschirm flimmerte, kamen wir zu der Einsicht, daß wir die politische Bewegungsfreiheit des benutzten Mediums überschätzt hatten.

Trotzdem ließ die zu erwartende, gefühlsbetonte Reaktion des konservativen Teils der ärztlichen Standesorganisationen und ihrer Presse nicht auf sich warten. Was aber an meinem Arbeitsplatz sich ereignete, war neu und überraschend:

Prof. Ungeheuer greift ein

Der leitende Arzt der chirurgischen Klinik des Krankenhauses Nordwest Frankfurt/M. wird im „Wer ist Wer?" (dem deutschen Who is who?), Arani Verlags-GmbH Berlin, 1969/70, mit folgenden zwanzig Zeilen vorgestellt:

„Ungeheuer, Edgar, Dr. med. Prof. Direktor Chirurg. Klinik Krankenhaus Nordwest, Frankfurt (s. 1963), 6 Frankfurt/M., Steinbacher Hohl 28 — Geb. 6. Jan. 1920 Rimbach/O. (Vater: Dr. med. Heinrich U., Arzt; Mutter: Amalie, geb. Schmidt), kath. verh. s. 1953 m. Rosemarie, geb. Kallenbach, 4 Söhne (Jörg, Hanno, Steffen, Andreas) — Abitur 1938; Promot. 1944; Habil. 1953 — Chir. Univ.s.kliniken Heidelberg (Assist.) u. Frankfurt (1950 Oberarzt; 1953 Privatdoz., 1958 apl. Prof.). Fachmitgliedsch. Spez. Arbeitsgeb.: Abdominal- u. Thoraxchir., einschl. Herz- u. Gefäßchir. Handbuch u. Ztschr.-beitr. — 1965 Visnieskij-Med. Moskau; 1969 Ernst-v-Bergmann-Plak.Bundesärztekammer; Marianer Dt. Orden; Commodore Ritterorden v. Hl. Grabe zu Jerusalem. Rotarier."

Am Tag nach der Sendung wurde ich von meinem Arbeitsplatz, der chirurgischen Wachstation, zu ihm gebeten. Ein Oberarzt und ein Assistenzarzt standen als stille Zeugen dabei, als Ungeheurer zu mir sprach (crescendo): „Sie haben durch Ihr Auftreten in der Sendung die gesamte deutsche Ärzteschaft in den Schmutz gezogen, den Ärztestand diffamiert, das eigene Nest beschmutzt!" usw.

„Ich entziehe Ihnen mein Vertrauen!" Sein Unmut bezog sich sowohl auf meine Aussage als auch auf die von anderen Assistenzärzten in dieser Sendung vorgetragene Kritik. Er schien die von mir als Beispiele für systemgebundene Entgleisungen genannten Mißstände (Einfluß der pharmazeutischen Industrie auf wissenschaftliche Publikationen, fragwürdige Experimente am Menschen, Einfließen kommerzieller Interessen in ärztliche Entscheidungen) mit aller Gewalt auf sich beziehen zu wollen, obwohl ich weder Ort noch Person genannt hatte, und versuchte immer wieder, mich zu einem entsprechenden Eingeständnis zu bewegen. Es war lehrreich, zu beobachten, daß dieser verdienstvolle und weitgereiste Fachspezialist die umfangreiche, vieldiskutierte Literatur zu den von mir aufgenommenen Themen gar nicht kannte. Für ihn gab es das alles nicht, durfte es das nicht geben.

Nach Abklingen der Gefühlsausbrüche wies ich die Beschimpfungen scharf zurück und gab zu bedenken: Es handele sich bei den in der Sendung vorgetragenen Beispielen um eine Sammlung gemeinsam vordiskutierter konkreter Gesichtspunkte, über die eine Kritik der Verhältnisse in den Krankenhäusern und im Gesundheitswesen vermittelt werden sollte, um den Zusammenhang zwischen Medizin, Gesellschaft und Politik herzustellen. Der Erfahrungshintergrund für die genannten Beispiele sei breit genug, um jeden der an dem kritischen Teil der Sendung beteiligten Assistenzärzte vor dem Vorwurf zu schützen, er habe

ausgerechnet Beobachtungen an seinem Arbeitsplatz in der Öffentlichkeit ausgebreitet. Die schon früher publizierten, gleichartigen Aussagen seien so zahlreich, daß neu an der Sendung nicht die Konkretisierung an Beispielen sei, sondern der Versuch, einen gesellschaftskritischen Bezug herzustellen. Niemandem könne daran gelegen sein, einzelne, in unverschuldeter Abhängigkeit fragwürdig handelnde nachgeordnete Ärzte einer strafrechtlichen Verfolgung auszusetzen, vielmehr komme es darauf an, zu zeigen, daß die hierarchische Struktur in den Krankenhäusern es z. B. der pharma- und Medizingeräteindustrie erleichtert, ihre Profitinteressen im Gesundheitswesen durchzusetzen.

Prof. Ungeheuer bestand darauf, daß die an der Sendung mitwirkenden Assistenzärzte die Standespflicht verletzt hätten, und nannte sie „Scheißkerle". Der Hinweis, daß die Diskussion um Reformen im Gesundheitswesen sich aus den bestehenden Mißständen erkläre, daß sie von einer ständig wachsenden Zahl von Krankenschwestern, Studenten und Ärzten geführt werde und daß jeder, dem an der Entwicklung einer menschlicheren Medizin gelegen sei, sie doch nur freudig begrüßen müsse, rief neue Gefühlsausbrüche hervor.

Etwas weiter ausholend, erzählte ich nun, daß mich bei Beginn meiner Arbeit als Arzt die Tatsache, daß der institutionalisierte Unterschied zwischen Privat- und Kassenpatienten auch in der Praxis der Behandlung überall sich niederschlage, schwer erschüttert und mir Anlaß gegeben habe, die Aufgaben des Arztes in der Gesellschaft zu untersuchen, Anspruch und Wirklichkeit der zeitgenössischen Medizin nebeneinander zu halten.

Er wiederholte, er entziehe mir sein Vertrauen — eine Maßnahme, die so etwas unbeholfen daherkam, da sie sich ausdrücklich nicht auf meine ärztliche Arbeit, sondern auf unsere unterschiedlichen Standpunkte in gesellschaftlichen und politischen Fragen bezog. Es war aber die Ankündigung einer Reihe von Disziplinierungsmaßnahmen, die mir meinen Arbeitsplatz nehmen und meine Anerkennung als Facharzt für Chirurgie, die unmittelbar bevorstand, gefährden sollten.

Der Fragebogen

Vier Tage später, am 25. 9. 1970, wurde an die chirurgischen Assistenten des Nordwestkrankenhauses ein Fragebogen verteilt. Angeheftet an diesen Fragebogen war der Text meiner Aussage im Fernsehen. Prof. Ungeheuer hatte die Sendung im Fernsehen, wie sich später herausstellte, gar nicht gesehen. Radio Bremen hatte das Textbuch der Sendung damals noch nicht herausgegeben. Wie wir später, in der 1. Instanz des Arbeitsprozesses, durch hartnäckiges Befragen des leitenden Oberarztes, Dr. E. März, herausfanden: Der Präsident der hessischen Landesärztekammer, Dr. Stroh, hatte die Sendung auf Tonband aufgenommen und so das Material für die vorgesehene Disziplinierung am Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt.

Der Fragebogen hatte folgenden Wortlaut:

„25. 9. 1970. Umfrage an die chirurgischen Assistenten des Nordwestkrankenhauses Frankfurt/M.

Der Assistentensprecher des Nordwestkrankenhauses und der gewählte Vertreter der chirurgischen Assistenten bitten um Stellungnahme zu den folgenden Fragen, die sich aus der am 20. 9. 1970 gesendeten Dokumentation des Ersten Deutschen Fernsehens ergeben:

1) Sind Sie der Meinung, daß bei den Privatpatienten der Chirurgischen Klinik des Nordwestkrankenhauses die Profitsucht des Chefarztes bei der Indikationsstellung zur Operation eine Rolle spielt? ja/nein.

2) Haben Sie in der Chirurgischen Klinik des Nordwestkrankenhauses sogenannte ‚Gefälligkeitsgutachten' für die pharmazeutische Industrie erstellt oder klinische Versuche an Patienten ohne deren Einwilligung durchgeführt? ja/nein.

3) Glauben Sie, daß sogenanntes ‚heuchlerisches Kriechertum' die Voraussetzung für den beruflichen Aufstieg eines Assistenten dieser Klinik ist? ja/nein.

Dr. G. Schade
Assistentensprecher

Dr. G. Schuster
Sprecher der chirurgischen Assistenten
Evtl. eigene Unterschrift."

Von sechzehn chirurgischen Assistenten beantworteten dreizehn den Fragebogen im gewünschten Sinne, einer ließ die Frage 3) offen, zwei lehnten die Beantwortung ab, einer der beiden war ich.

Als vorläufige Antwort legte ich den Assistenten des Nordwestkrankenhauses eine Interpretation des Fragebogens vor, was mir später als „Verteilung von Flugblättern" angelastet wurde und im Arbeitsprozeß noch eine Rolle spielen sollte.

Interpretation des Fragebogens:
„Dr. med. Hans Mausbach
Frankfurt/M., den 30. 9. 1970
Gerhart-Hauptmann-Ring 73

Interpretation einer ‚Umfrage' an die chirurgischen Assistenten des Nordwestkrankenhauses vom 25. 9. 1970 durch die Assistenzärzte Dr. Schade und Dr. Schuster.

Diese sogenannte ‚Umfrage' beruht auf der auch von Prof. Ungeheuer in der Röntgenbesprechung am Montag, dem 21. 9. 1970, und am Nachmittag des gleichen Tages in einer Unterhaltung mit mir in Gegenwart von Dr. Schade und Dr. März, Oberarzt an der Chirurgischen Klinik des Nordwestkrankenhauses, schon vorgetragenen Fiktion, die am 20. 9. 1970 über das Erste Deutsche Fernsehen ausgestrahlte Sendung ‚Halbgott in Weiß' habe u. a. sich auf bestimmte Orte und Personen (und auf andere nicht) bezogen, während in Wirklichkeit sich aus dem Text der Sendung wie auch aus meiner Stellungnahme in ihr sich jederzeit nachweisen läßt: es handelte sich um eine gesellschaftskritische analytische Darstellung des Gesundheitswesens.

Der jeweilige Fokus galt Mißständen und Anachronismen, nicht aber Orten und Personen. Schon von daher erübrigt sich eine Stellungnahme zu dieser ‚Umfrage'. Nicht überflüssig ist allerdings eine Stellungnahme zum Aufbau dieses Textes. Zunächst einmal handelt es sich um eine private Initiative Dr. Schades und Dr. Schusters. Die Bezeichnungen ‚der Assistentensprecher des Nordwestkrankenhauses und der gewählte Vertreter der chirurgischen Assistenten' stellen insofern eine Irreführung dar, als in den entsprechenden Gremien, der chirurgischen Assistentenversammlung, der Gesamtassistentenversammlung und dem Assistentenkollegium, diese Sache nicht einmal diskutiert, geschweige denn beschlossen war.

Darüber hinaus fällt dem kritischen Leser dieses Fragebogens folgendes auf:

Die Frage 1) enthält eine Nötigung, da von einem in abhängiger Stellung arbeitenden Angestellten die Stellungnahme zu einer solchen Frage in bezug auf seinen unmittelbaren Vorgesetzten ohne Not kaum verlangt werden darf.

Die Frage 2) stellt eine Aufforderung zur Selbstbezichtigung einer kriminellen Handlung dar, und zur Frage 3) ist das gleiche zu sagen wie zur Frage 1).

Der Charakter einer Nötigung tritt durch das Angebot, anonym Stellung zu nehmen, noch deutlicher hervor. Das gleiche gilt für die Art der angeforderten Stellungnahme, die, auf Ja und Nein beschränkt, dem Beantworter noch nicht einmal die Möglichkeit zu einer individuellen Darstellung seiner Meinung läßt. Die Assistenten werden eingeteilt in Ja-Sager und Nein-Sager.

So formuliert man keine Umfrage. So überprüft man die Gesinnung. Deshalb habe ich abgelehnt, diesen Fragebogen zu beantworten."

Die Kündigung

Danach war eine inhaltliche Auseinandersetzung in der chirurgischen Klinik nicht mehr möglich, weil jeder, der von der durch Prof. Ungeheuer vorgezeichneten Richtung hätte abweichen wollen, sein weiteres Fortkommen und seinen Arbeitsplatz gefährdet hätte.

Der weitere Ablauf des Konflikts ist in der Kurzdokumentation eines Frankfurter Autorenkollektivs (Harald Becker, Ursula Granget, Hartmut Meyer, „Arzt und keine Meinungsfreiheit?") skizziert:

„28. September 1970: Hans Mausbach wird seiner Stellung als verantwortlicher Stationsarzt der chirurgischen Wachstation enthoben. Sein neuer Arbeitsplatz ist die Station 20. Er soll dort unter dem Stationsarzt Dr. Eyber als Assistenzarzt arbeiten. Er arbeitet unter Protest weiter.

1. Oktober 1970: Hans Mausbach wird vom Nachtdienst suspendiert. Er arbeitet unter Protest weiter. Prof. Ungeheuer nimmt im Rundfunk Stellung zum Konflikt. Er betont, daß die Disziplinierung auf Grund der Äußerung im Fernsehen erfolgte. Für fachliche Kritik sei kein Anlaß.

1. Oktober 1970: Auf Grund der Empörung über die Maßregelung nach einer Meinungsäußerung bildet sich ein Solidaritätsausschuß von Frankfurter Bürgern.

2. Oktober 1970: Die Assistentensprecher des Assistentenkollegiums des Fachbereiches Medizin der Universität Frankfurt fordern die Rücknahme der Versetzung.

5. Oktober 1970: Hans Mausbach wird von der Hessischen Landesärztekammer aufgefordert, mitzuteilen, wann und wo Experimente an Patienten ohne deren Einwilligung, Gefälligkeitsgutachten für die Pharmaindustrie und Operationen aus kommerziellem Interesse gemacht worden seien. Eine Stellungnahme soll bis zum 15. 10. 1970 erfolgen.

7. Oktober 1970: Der Rat der Nichthabilitierten der Universität Frankfurt erklärt sich in einer Resolution mit Hans Mausbach solidarisch.

9. Oktober 1970: 48 Ärzte wiederholen öffentlich die drei von Hans Mausbach gemachten Äußerungen.

9. Oktober 1970: Hans Mausbach wird bis zum 31. März 1971 gekündigt und ab sofort von seiner Arbeit suspendiert.

13. Oktober 1970: Erster Termin vor dem Frankfurter Arbeitsgericht: Antrag auf Rücknahme aller Maßnahmen, einschließlich der Kündigung. Die inhaltliche Diskussion der Mißstände in den Krankenhäusern findet auch im Prozeß statt."

Nun gewann die Diskussion um die Mißstände im Gesundheitswesen an Breite. Bürger-Assistenten-Studentenversammlungen diskutierten die Hintergründe des Konflikts. An einem Protestschweigemarsch zum Nordwestkrankenhaus am 25. Oktober 1970 nahmen mehrere Frankfurter teil.

Am 26. Oktober 1970 fand ein zweiter Termin vor dem Frankfurter Arbeitsgericht statt: drei Zeugen der Stiftung Hospital zum Heiligen Geist, zu der das Nordwestkrankenhaus gehört, werden gehört. Die von uns genannten Zeugen werden nicht gehört. Im Mittelpunkt der Verhandlung steht die Frage des gestörten Arbeitsfriedens.

Am 27. Oktober 1970 wird unsere Klage abgewiesen. Das Gericht hält die Kündigung für rechtmäßig, weil, so Richter Schrepfer in einer kurzen mündlichen Begründung, die kritischen Äußerungen Dr. Mausbachs in der Fernsehsendung den Eindruck hätten erwecken können, das Frankfurter Nordwestkrankenhaus sei gemeint.

Am 14. November 1970 liegt die schriftliche Urteilsbegründung immer noch nicht vor. Wir entschließen uns, das Urteil anzufechten.

Dieser vorläufige Bericht über Anlaß und Verlauf der Kündigung könnte den Eindruck erwecken, als handelte es sich um einen Einzelfall. In Frankfurter Krankenhäusern wurden aber im Zusammenhang mit der Arbeit der Basisgruppe Medizin inzwischen, neben der schwer nachweisbaren Behinderung bei Bewerbungen, insgesamt 11 kritische Krankenschwestern und 3 Ärzte zur Kündigung gezwungen, mit Kündigung bedroht, fristgerecht oder fristlos gekündigt. Die kritische Diskussion am Arbeitsplatz Krankenhaus kann nur noch mit Disziplinierungsmaßnahmen zurückgedrängt werden.

Einige Zitate aus Solidaritätsadressen:

1) „Wir erklären uns mit Dr. Mausbach solidarisch und protestieren gegen die von Prof. Ungeheuer ergriffenen Maßnahmen auf das schärfste. Kollege Mausbach übte Systemkritik. Er sprach nicht von der Chirurgischen Abteilung des Nordwestkrankenhauses Frankfurt/M. Das Verhalten von Prof. Ungeheuer machte jedoch offenbar, daß auch in seinem Wirkungsbereich Rückgrate gebrochen werden: er hat es jedenfalls gerade versucht.

Wenn Prof. Ungeheuer sich in der Fernsehsendung persönlich betroffen fühlte, warum erklärte er nicht schlicht, daß in ‚seinem' Haus Experimente an Menschen nur nach Aufklärung und Einwilligung durchgeführt werden, daß in seine Operationsentscheidungen keine kommerziellen Interessen einfließen und bei ihm keine Gefälligkeitsgutachten für die pharmazeutische Industrie erstellt werden? Er hätte sich als ‚Halbgott in Weiß' erwiesen, und kaum jemand hätte ihm zu widersprechen gewagt.

Wir dagegen möchten auch im weißen Kittel Menschen bleiben und treten daher für eine Organisation der ärztlichen Versorgung ein, die göttlicher Tugenden zu ihrer Funktion nicht bedarf. ‚Was die Ehre und das Gewissen der Ärzte betrifft, so haben sie davon so viel wie jede andere Menschenklasse, nicht mehr und nicht weniger. Und welche andere Menschenklasse wagt zu behaupten, sie sei unparteiisch, wo ein starkes Geldinteresse auf dem Spiele steht' (G. B. Shaw: Vorreden zu den Stücken, Suhrkamp Verlag 1947, S. 311)."

Rat der Akademischen Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät der Justus Liebig Universität Gießen.

2) „Unbeschadet der freien Meinungsbildung über die Aussagen des Kollegen Mausbach in der Fernsehsendung ‚Halbgott in Weiß' und über seine späteren öffentlichen Äußerungen zu diesem Thema erklären die Unterzeichneten:

a) Die vom Leiter der Chirurgischen Klinik, Prof. Ungeheuer, zu diesem Thema öffentlich abgegebenen Erklärungen decken sich in wesentlichen Punkten nicht mit der Meinung der Unterzeichneten.

b) Die Unterzeichneten sind der Ansicht, daß die Versetzung des Kollegen Mausbach, dessen fachliche Qualifikation nie in Frage gestellt wurde, nur als Strafmaßnahme auf Grund seiner verfassungsmäßig garantierten freien Meinungsäußerung angesehen werden kann und mit demokratischen Prinzipien nicht zu vereinbaren ist.

c) Die Unterzeichneten mißbilligen die unkollegiale Haltung der Chirurgischen Assistenz- und Oberärzte, die in der Verweigerung der kollegialen Zusammenarbeit ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden hat."

Die Assistentenkonferenz der Medizinischen Klinik des Nordwestkrankenhauses Frankfurt/M. und Assistenzärzte der Frauenklinik dieses Hauses.

3) „Offener Brief an den Chefarzt des Nordwestkrankenhauses in Frankfurt/M., Prof. Dr. med. Ungeheuer:

Aus der Presse haben wir erfahren, daß Sie Ihrem Assistenten Herrn Dr. med. Hans Mausbach wegen seiner kritischen Äußerungen in der Sendung ‚Halbgott in Weiß' das Vertrauen entzogen haben. Dies wäre allein Ihr Problem, wenn Sie Herrn Mausbach nicht zugleich an einen Arbeitsplatz versetzt hätten, der ihm nicht gestattet, seine Ausbildung ordnungsgemäß abzuschließen. Da Sie offensichtlich nichts an den ärztlichen Qualitäten von Herrn Mausbach auszusetzen haben, muß seine Versetzung als reine Disziplinierungsmaßnahme verstanden werden. Auch als Mediziner sollte Ihnen bekannt sein, daß nach Art. 5 des Grundgesetzes jeder das Recht hat, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten'. Noch sind Chefärzte nicht dazu berufen, die Grundpfeiler unserer Demokratie in Frage zu stellen. Wir als Mediziner, Schwestern und Pfleger verwahren uns auf das schärfste gegen Ihre zweckfremden Entscheidungen und Maßnahmen. Die Versetzung von Herrn Mausbach ist ein Symptom für die Willkür, die heute von Chefärzten auf ihre Mitarbeiter noch ausgeübt werden kann. Demokratie macht allerdings vor den Toren der Krankenhäuser nicht halt, wenn sie ernst gemeint ist. Für die Mehrheit der bundesrepublikanischen Ordinarien und Chefärzte scheint Demokratie am Arbeitsplatz für immer ein Fremdwort zu bleiben. Dem wird sich die wachsende Zahl der jungen kritischen Schwestern, Pfleger und Mediziner mit aller Macht widersetzen."

Fachschaft Medizin der Philipps-Universität Marburg.

Arbeitskreis Kritische Medizin Marburg.

Arbeitskreis Kritischer Krankenschwestern und Pfleger Marburg.

4) „Die Mitarbeiter der Psychotherapeutischen Beratungsstelle der Universität Frankfurt/M. erklären sich hiermit mit Ihnen solidarisch. Sie verurteilen die grundgesetzwidrige Maßregelung und Versetzung in eine untergeordnete Stellung durch Prof. Ungeheuer nach Ihren Äußerungen im Fernsehen aufs schärfste. Die diffamierende Reaktion dieses Chefarztes, ebenso das Verhalten einiger Untergebenen bestätigen und rechtfertigen Ihre Kritik an den antidemokratischen Krankenhausstrukturen, die Profitinteressen und Karrieristentum einzelner ermöglichen. Die Mitarbeiter der Beratungsstelle werden Sie in Ihrem Kampf weiterhin voll unterstützen."

Psychotherapeutische Beratung für Studierende im Studentenwerk Frankfurt/M.

5) „Wissenschaftliche Assistenten werden wie alle Beamten bei Beginn ihres Amtsantrittes auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vereidigt. Dieses Ritual der Loyalitätssicherung kann den einzelnen Wissenschaftler erheblichen Gewissenskonflikten ausliefern: da es ihm zunehmend schwerfällt, etwa in Lehrveranstaltungen bei den Studenten Vertrauen in die freiheitlich-sozial-

staatliche Grundlage unserer Gesellschaft zu vermitteln angesichts der ständigen Aushöhlung des Sozialstaatsprinzips, für die die von Dr. Mausbach angeprangerten Mißstände und die auf diese Kritik erfolgten Maßnahmen des Chefarztes der Chirurgischen Klinik des Nordwestkrankenhauses, Prof. Ungeheuer, wieder einmal Zeugnis geben. Der Widerspruch, der von Ärzten des Nordwestkrankenhauses gegen Dr. Mausbachs Darstellung erhoben worden ist, erscheint uns wenig glaubhaft, solange er nicht durch gesicherte Kontrollen als stichhaltig erwiesen werden kann. Demgegenüber erscheint Dr. Mausbach in der Lage, seine Kritik durch eine Vielzahl von Beispielen — auch aus der wissenschaftlichen Literatur — zu untermauern. Deshalb schließen wir uns ausdrücklich der vom Rat der Nichthabilitierten der Universität Frankfurt an die Öffentlichkeit gegebenen Protesterklärung an."

Die wissenschaftlichen Assistenten des Pädagogischen Seminars der Universität Frankfurt/M.

6) „Obgleich die bundesdeutsche Krankenhausmisere längst in beträchtlichem Ausmaße in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen ist und Anlaß zu vielfältiger Kritik gegeben hat, scheinen sich die Verantwortlichen gegen praktische Konsequenzen, ja selbst gegen die bloße Artikulation dieser Kritik, besonders wenn sie aus den eigenen Reihen vorgetragen wird, noch immer mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr zu setzen. Dafür ist die Strafversetzung des Dr. Hans Mausbach durch den leitenden Arzt der Chirurgischen Klinik des Nordwestkrankenhauses, Prof. Dr. Ungeheuer, ein erneuter und eklatanter Beweis. Das unsolidarische Verhalten eines Teils der Ärzte des Nordwestkrankenhauses ist daher um so mehr zu bedauern und scheint überdies die von Dr. Mausbach kritisierten Zustände zu bestätigen: daß nämlich Kritik an deutschen Krankenhäusern selten und mit Risiko verbunden ist. Der AKS protestiert nachdrücklich gegen die ungerechtfertigten Maßnahmen Prof. Ungeheuers, fordert ihre sofortige Rücknahme und darüber hinaus die Einrichtung einer unabhängigen und kompetenten Kommission, die die von Dr. Mausbach kritisierten Mißstände langfristig zum Gegenstand ihrer Untersuchungen macht."

Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit, Frankfurt/M.

7) „Die mangelnde Bereitschaft, sich selbst auch nur für einen Augenblick infrage gestellt zu sehen, hat mich immer wieder an unseren Kollegen erstaunt. Ich habe die umstrittene Sendung leider nicht gesehen und weiß auch gar nicht, ob Sie recht haben. Aber einfach die Tatsache, daß man jemandem, der sich nicht konform verhält, zunächst faule Absichten unterschiebt, statt ihn sine ira et studio anzuhören und seine Argumente zu überdenken, ist ein betrübliches Phänomen, wenn auch psychologisch nicht mehr ganz und gar unzugänglich. Die Selbstidealisierung ist eines der sichersten Mittel, um fast unauflösliche Gruppenbindungen herzustellen."

Mit freundlichen Grüßen Prof. Dr. A. Mitscherlich, Frankfurt/M.

8) „Für Ihre Kritik an dem antiquierten System meinen herzlichsten Glückwunsch. Lassen Sie sich von dem ‚Ungeheuer' und Halbgott mit Krämerseele nicht mundtot treten. Wenn ich Ihnen in irgendeiner Hinsicht helfen kann, lassen Sie von sich hören."

Gisbert Manskopf, M. D. Rutherford, N. J., USA.

9) „Die Reaktion des Prof. Ungeheuer, seiner ergebenen Oberärzte und Assistenten, die ein Beispiel für die Identifizierung der Unterdrückten mit ihren Unterdrückern geben, beweist die Notwendigkeit der Fernsehsendung und die Richtig-

keit der von Ihnen gemachten Aussagen. Die Ordinarienchefärzte, Fossilien aus der Feudalzeit, willige Handlanger des Systems, solange ihre Pfründen unangetastet blieben (26 Bonner Professoren prozessieren gegen das neue Hochschulgesetz NRW), sind selbst für das Kapital heute unökonomisch geworden. Die kapitalistisch technokratische Hochschulreform hat ihnen den Kampf angesagt. In ihrer Agonie empfinden sie daher selbst demokratische Gepflogenheiten als einen Angriff auf ihre Freiheit, die Freiheit, im kranken Menschen ein Objekt ihrer Macht und Profitinteressen zu sehen. Kollege Dr. Mausbach, wir kämpfen mit Ihnen um demokratische Verhältnisse im Gesundheitswesen. Ein wirklich menschenwürdiges Gesundheitswesen kann allerdings nur in der sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden, wo es primäres Ziel der Medizin sein wird, Gesundheit und Glück des Menschen zu sichern und nicht wie in kapitalistischer Medizin lediglich die Wiederherstellung der Arbeitskraft."

Basisgruppe Medizin, Fachschaften Medizin, Kritischer Arbeitskreis Krankenpflege, Bonn.

10) „Die Klinik- und Hochschulärzte Münchens protestieren energisch und öffentlich gegen die Entlassung des Kollegen Dr. Mausbach aus seinem Dienstverhältnis am Nordwestkrankenhaus in Frankfurt/M. Wir halten die Kündigung des Assistenzarztes im Zusammenhang mit seinen Äußerungen in einer Fernsehsendung für einen massiven und unzulässigen Eingriff in das Grundrecht der Rede- und Meinungsfreiheit. Ohne daß sich die Münchener Assistentenschaft im einzelnen mit den Aussagen von Dr. Mausbach identifiziert, hält sie die durch die Entlassung drohende Existenzvernichtung des kritischen Kollegen für schwerwiegend und unangemessen. Wir appellieren eindringlich an den Rat der Stiftung des Hospitals zum Heiligen Geist als Dienstherr des Dr. Mausbach, nicht zuzulassen, daß in seinem Aufsichtsbereich demokratische Grundrechte eklatant verletzt werden."

Assistentenkonvent der medizinischen Fakultät der Universität München.

Assistentenausschuß der Fakultät für Medizin der Technischen Universität München.

Assistentenausschuß der Städtischen Krankenhäuser Münchens.

11) „Der Bezirksjugendausschuß Hessen solidarisiert sich mit dem Arzt Dr. Hans Mausbach, der wegen seiner gesellschaftskritischen Äußerungen in der Sendung ‚Halbgott in Weiß' des Ersten Deutschen Fernsehens am 20. 9. 1970 von seinem Arbeitgeber gekündigt und vom Dienst suspendiert wurde. Der Bezirksjugendausschuß begrüßt, daß die ÖTV ihrem Mitglied Hans Mausbach Rechtsschutz gewährt und ihn durch einen Anwalt bei der Durchsetzung seiner Interessen vertritt. Der Bezirksjugendausschuß sieht im Vorgehen der Pflegschaft der Stiftung Hospital zum Heiligen Geist eine Bestätigung der seit langem kritisierten straffen Hierarchie im Krankenhauswesen und begrüßt es, daß diese Problematik durch den ‚Fall' Hans Mausbach in die Öffentlichkeit getragen wird. Er fordert den DGB-Landesbezirk und die Gremien der SPD, die sich bisher mit Dr. Mausbach solidarisiert haben, auf, sich nicht nur verbal zu äußern, sondern aus den gegebenen Vorfällen Konsequenzen zu ziehen. Dazu gehört auch eine Überprüfung der Stellung des CDU-Stadtrates Gerhardt, der auch schon durch die Vorgänge im Krankenhaus Höchst (Entlassung kritischer Mitarbeiter) in das Kreuzfeuer der Kritik geraten ist und offensichtlich durch seine Maßnahmen nicht mehr voll dem Wollen des Frankfurter Magistrats entspricht."

Bezirksjugendausschuß der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr Hessen.

Solidaritätserklärungen

Einzelunterschriften:

Ärzte 105, davon 2 aus den USA; Studenten 281, davon 117 Mediziner; Schüler 16; Pfarrer 3; Architekten und Ingenieure 13; Juristen 3; Professoren 6; Soziologen 3; Wissenschaftliche Assistenten 11; Journalisten und Redakteure 19; Lehrer 38; Personen aus Organisationen 24; Verschiedene 254, darunter 12 Krankenschwestern.

Organisationen:

Fachschaft Vorklinik Freiburg; Übung Medizinsoziologie Freiburg; Fachschaft Medizin Marburg; Arbeitskreis Kritische Medizin Marburg; Arbeitskreis Kritische Krankenschwestern Marburg; Assistentenkonvent der medizinischen Fakultät der Universität München; Assistentenausschuß der Fakultät für Medizin der Technischen Universität München; Assistentenausschuß der Städtischen Krankenhäuser München; Rat der akademischen Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät der Universität Gießen; Fachschaft Medizin Gießen; Basisgruppe Medizin Gießen; Basisgruppe Medizin Bonn; Fachschaft Medizin Bonn; Kritischer Arbeitskreis Krankenpflege Bonn; Assistentenkonferenz der Städtischen Krankenanstalten Nürnberg; Rat der Nichthabilitierten an der Universität Frankfurt; Assistentensprecher und Assistentenkollegium des Fachbereichs Medizin an der Universität Frankfurt; Assistentenkonferenz der Medizinischen Klinik des Nordwestkrankenhauses Frankfurt mit 6 Assistenten der Frauenklinik; Bundesassistentenkonferenz (BAK) mit der Fachvertretung Medizin; Bezirksjugendausschuß ÖTV Hessen; Landesarbeitskreis Post der evangelischen Arbeitnehmerschaft Hessen; Psychotherapeutische Beratungsstelle im Studentenwerk Frankfurt; Arbeitskreis Kritische Sozialarbeiter Frankfurt; Ortsverband der Humanistischen Union Frankfurt; Jungsozialisten Nordweststadt Frankfurt; Pädagogisches Seminar der Universität Frankfurt; Institut für Sozialforschung an der Universität Frankfurt; SDAJ Kreis Frankfurt; SDAJ Nordweststadt Frankfurt; Aktion „Kind im Krankenhaus" Frankfurt; Verlag der Autoren Frankfurt; Sozialistisches Büro Offenbach; Arbeitskreis für seelisch Kranke Frankfurt; Beschluß des VDS vom 8. 11. 1970

Mit der Inflation leben?

Von Hermann Etzel

I

Zweimal in neuester Zeit hat ein deutsches Staatswesen den größten Teil seiner Bürger durch eine Inflation enteignet, und jedesmal waren Sparer besonders schwer betroffen. Nun ist — die Geschichte lehrt, daß sie nichts lehrt (Hegel) — eine dritte Zerstörung des Geldes, zunächst erst noch durch innerwirtschaftliche Entwertung eingeleitet, zu befürchten. Schon in der Stunde der Geburt der westdeutschen Mark, die zu hoch angesetzt und an den in Preisen, Haushaltplan,

Zahlungsbilanz und Arbeitslosigkeit bereits inflationäre Züge aufweisenden US-Dollar gekettet wurde, war der Keim gelegt. Eine früh einsetzende prophylaktische Konjunkturpolitik unterblieb. Und immer noch geschieht nichts Durchgreifendes, um das Verhängnis aufzuhalten. Die inflationären Ursachen und Kräfte sind weiter am Werk, wenn auch der Prozeß durch saisonbedingte Einflüsse und zentralbankliche Maßnahmen vorübergehend etwas gebremst werden mag. Im ganzen erfolgt die Entwicklung wie die meisten degenerativen Abläufe in Schüben.

Die tanzenden Derwische des permanenten Booms sind die Einpeitscher, Beschleuniger und Verharmloser oder, wie der Schönsprecher sagt, Relativierer. Auf den verschiedensten Kanälen wird die Aufblähung des Geldes aus dem inflationistischen Westen in die Bundesrepublik eingeschleppt. In den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der auch die Bundesrepublik angehört, hat der Preisauftrieb während der verflossenen zwölf Monate 5 Prozent überschritten, mehr sogar als im Koreakrieg. Die Ansicht, daß Nordamerika und Kanada im Gegensatz zu Westeuropa Anzeichen einer Besserung erkennen ließen, ist offensichtlich eine Illusion.

Die Durchdringung der westdeutschen Wirtschaft mit inflationärem US-Kapital hält an und schreitet fort. Die Inflationserwartung der Bevölkerung nistet sich ein und breitet sich aus, die Masse und Umlaufsgeschwindigkeit des in die Vertrauenskrise geratenen Geldes nimmt zu, die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen wächst. Die Investitionen und Kapazitäten der Produktion und damit Zwang und Dringlichkeit des Absatzes vergrößern und verstärken sich. Mit raffinierten, nicht selten aber auch handgreiflich dümmlichen, albernen Mitteln und Methoden einer sich überschlagenden Reklame und Werbung wird der Bürger und Verbraucher angereizt, zu kaufen, anzuschaffen, zu bauen — jetzt. Die „Texter", hoch auf dem Kothurn ihrer mit angelsächsischen Idiomen durchsetzten Schreibweise, suchen reißerisch oder prahlerisch den Menschen die Unentbehrlichkeit der in Preis und Güte angeblich einzigartigen Erzeugnisse oder Leistungen ihrer Brotgeber einzureden. Oft weither von nicht zur Sache gehörenden Dingen ausholend, erwecken sie den Anschein einer überlegenen Bildung, Kultiviertheit und Beschlagenheit in Laborwissenschaften und versagen es sich nicht, lehrhaft aufzutreten. Andere wiederum versprechen sich eine besondere Werbewirkung von der Schelte desjenigen, der sich verständnislos oder unwillens zeigt, die Produkte ihrer Auftraggeber zu kaufen, und disqualifizieren ihn als Muffel. Sie rechnen auf das primitive menschliche Wahn- und Geltungsbedürfnis und stellen es so dar, als müsse Unheil oder Unehre über den kommen, der die Ware oder Leistung ihrer Firma verschmäht. Denn es will keiner günstige Gelegenheiten veräumen, ein Muffel sein und auf gesellschaftliche Statussymbole verzichten. Und das verlockend plakatierte, inserierte oder postalisch zugesandte Kreditangebot der Geschäftsbanken, Sparkassen, Kundenkreditbanken ist trotz der pathologischen Überhöhung der Zinskosten kaum abgeschwächt.

Die Ansprüche und Anforderungen der öffentlichen Etats schwellen weiter an. Die letzten Stillegungen und Einsparungen bei einzelnen Ausgabegruppen der Haushaltspläne waren völlig unzureichend, die Ausgabemassen als Ganzes um weit mehr als 10 Prozent erhöht, und die Konzertierte Aktion einer zugleich wachstums- und stabilitätsgerechten Einkommenspolitik erwies und erweist sich als überfordert. In 15 Jahren (1954—1968) haben die Lebenshaltungskosten ohne die besonders stark gestiegenen Mieten um 32 Prozent zugenommen. Es herrscht schleichender Geldverfall. In solcher Lage wird durch eine ultraexpansive Ausfuhrpolitik das Waren- und Leistungsangebot im Innern verkürzt und umge-

kehrt gleichzeitig die ohnehin überhöhte Geldfülle (Plethora) durch die Mark-Gegenwerte der an die Zentralbanken abgelieferten Devisen aufgebläht.

Das Bündnis zwischen den Großkonzernen der unmittelbaren und mittelbaren Rüstungsindustrie und der einer echten und aktuellen Aufgabe entbehrenden westdeutschen Militärmacht ist nicht gelockert. So bleibt auch die Wehrpflicht und trotz der weitgehenden Heranziehung von fremden Arbeitskräften die perniziöse Blutleere des Arbeitsmarkts — eine der entscheidenden Quellen der Geldaufblähung und Kostensteigerung. Die einseitige kämpferische Exklusivoption der Bundesrepublik für den Westen erweist sich immer mehr als ein kostspieliges Geschäft. Nach dem Jahresbericht 1970 des Bundesverbands deutscher Banken nehmen einige EWG-Staaten das „Recht auf Inflation" für sich in Anspruch, um sich Vorteile auf Kosten der Bundesrepublik zu verschaffen, und die Manipulationen mit dem inflationären Dollar hätten den Vereinigten Staaten von Nordamerika erlaubt, Teile des Sozialprodukts und Volksvermögens anderer Länder für ihre eigenen Zwecke und Ziele in Anspruch zu nehmen.

II

Die Lage ist absurd. Nach außen ist die westdeutsche Mark auf interessiertes Drängen der Partner des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank wiederholt aufgewertet worden, im Inneren aber von weiterer Kaufkraftminderung bedroht, und wieder zahlt der Sparer von Geld, der Besitzer von Geldvermögen und der Bezieher von Geldeinkünften die Zeche. Auch Arbeiter, Angestellte, Beamte und Rentner. Ihre Erwartung, das Ausmaß der Entwertung fortlaufend nicht nur auszugleichen, sondern sogar zu überspielen, ist fragwürdig, trügerisch, gefährlich. Ein solcher Wettlauf der Preis- und der die Produktivität aufzehrenden Kosteninflation führt schließlich zu Rückschlägen, zur Rezession, oder zu galoppierender Inflation oder zu beidem. Überdies schöpft der Fiskus sehr beträchtliche Teile der Erhöhungen mit seinem scharf progressiven Steuertarif sofort ab.

Empfindlich sind die Pfandbriefsparer sowie die Besitzer von öffentlichen Anleihen und von Industrieobligationen geschädigt, die ihre niedrig (5,5 und 6 Prozent) verzinslichen, auf späte Einlösung gestellten Wertpapiere zu hohen Emissions- oder Anfangskursen erworben haben und dann nicht nur die Kaufkraftentwertung ihrer Zinsscheine, sondern auch schwere Kurseinbußen hinnehmen und damit rechnen müssen, daß die Tilgungen in weiterhin verschlechtertem Geld erfolgen; sie, mit deren Erspranissen alle die Sachwertjäger und öffentlichen Hände sich Häuser, Eigentumswohnungen, Investitionen, industrielle Bauten und Ausrüstungen leisten konnten. Denn es deuten keinerlei Anzeichen der Konjunkturentwicklung darauf hin, daß der hohe Kapitalmarktzins alsbald rehabilitiert und normalisiert wird.

Nach dem nicht mehr zeitgemäßen Pfandbriefrecht und der fragwürdigen Pfandbriefpraxis war und ist der Pfandbriefsparer im Verhältnis zur Hypothekenbank und zum Hypothekennehmer immer in schwächerer Position. Nie haben sich die Hypothekenbanken bemüßigt gefühlt, die zurückfließenden Hypothekengelder oder wenigstens einen beträchtlicheren Teil davon zur vorfristigen Kündigung und Einlösung zu verwenden, sondern sie hochverzinslich neu ausgeliehen. Nun, da der geschundene Pfandbriefsparer rebelliert, wird von Sanierung und Reform des notleidenden Pfandbriefs geredet. Eine ganze Litanei von Vorschlägen wird deklamiert. Sie alle sind an den Grundursachen vorbeigehende Palliativmittel. Die ernster zu nehmende Anregung, die Pfandbriefe und Pfandbriefhypo-

theken sowie die darauf beruhenden Mieten zinsvariabel zu gestalten, also ein System auf- und abgleitender Skalen und Klauseln zu schaffen, würde ein dem Wesen des Pfandbriefs fremdes aleatorisches Element einführen, dem Pfandbrief Spielcharakter geben, ihn zum Spekulationspapier degradieren und neue Unruhe in den Kapitalmarkt und in soziale Bereiche tragen, ohne die Inflation zu stoppen. In Wahrheit geht es um die Grundfrage, ob die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialsysteme des Westens imstande sind, Wort, Unterschrift und Siegel ihrer Geldscheine ehrlich und ehrbar einzulösen und die steigende Flut der Inflationen einzudämmen.

Auf der jüngsten gemeinsamen Jahrestagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in Kopenhagen wurden die weltweiten Gefahren der inflationistischen Entwicklung im allgemeinen und ihre nachteiligen Auswirkungen auf die Entwicklungsländer im besonderen zugegeben, die trotz des Wachstums ihrer Exporterlöse bei einer jährlich fünfzehnprozentigen Mehrverschuldung bereits mit 60 Milliarden US-Dollar tief im Debet stecken. Im übrigen bestanden weithin Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche. Die Anregungen und Forderungen der Entwicklungsländer zu der Vergabe von Anleihen (Ersetzung der bilateralen Hilfe durch ein multilaterales Abkommen und der Ausleihungen für bestimmte Entwicklungsvorhaben durch ein Gesamtprogramm) wurden mit dem Versprechen baldiger Erörterung und sorgfältiger Prüfung vertröstet und abgespeist. Nicht umsonst hatte UN-Generalsekretär U Thant kurz vorher in der Eröffnungssitzung der Gipfelkonferenz der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) in Addis Abeba westeuropäische Mitglieder der Weltbank und des Währungsfonds getadelt, weil sie durch ihre kurzsichtige Stützung und Förderung weißer Minderheitsregierungen (Apartheid in Südafrika, weiße Regierung in Rhodesien, afrikanische Kolonien Portugals) den Entkolonisierungsprozeß in Afrika aufhielten.

Bereits 1944 war in der Schlußakte der Tagung von Bretton Woods das Finanzinstrument des nordamerikanischen Anspruchs auf Weltherrschaft, der Internationale Währungsfonds und seine Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), eingesetzt worden. Der Internationale Währungsfonds, dem die Schweiz und die Sowjetunion nicht angehören, sollte mit starren Wechselkursen und Ziehungsrechten die Währungen seiner Mitglieder schützen. Alle Welt weiß, daß er dieser Aufgabe nicht gerecht wurde. So beschränkten sich denn auch die eigentlichen Beschlüsse der Kopenhager Tagung wesentlich auf die Schaffung neuer Sonderziehungsrechte und auf die Wahl der Vorsitzenden der Gouverneurräte von Weltbank (Bundesminister Schiller) und Währungsfonds (Bundesbankpräsident Klasen). Dieses ganze System von Ziehungsrechten ist nicht der Weg zur Verhinderung oder auch nur Verlangsamung der westlichen Inflationen. Im Gegenteil, sie sind eine Prämie für die Industriestaaten, die über ihre Verhältnisse leben und sich außerstande zeigen, ihr Geldwesen in Ordnung zu halten oder zu bringen. Diese sind die Nutznießer des Systems. Dagegen sind Rolle und Leistungen der Bundesrepublik, die immerhin über ein höheres technisches und organisatorisches Potential verfügt, in der Weltbank und im Währungsfonds opfervoll. Von ihr erwarten die anderen auch weiterhin mehr. So sind die Wahlen zu den Gouverneurräten vielsagend und eindeutig, sie sind zu viel der Ehre.

Sollte es unmöglich sein, ohne wütendes, zynisches Parteiengezänk durch Einsicht, Tatkraft, guten Willen und Mäßigung unerträglich gewordene Mißstände zu beseitigen? Die Aufgabe ist vordringlich. Die öffentliche Gewalt darf sich ihr nicht entziehen. Das Zentralbanksystem allein vermag sie mit seinen Mitteln

(Diskont, Mindestreserven, Einschränkung der Rediskonten u. a.) nicht zu lösen. Die Bundesrepublik sollte sich auch nicht darauf hinausreden, daß die ganze OECD inflationistisch sei, sogar noch stärker als sie selbst. Das ist kein seriöses Argument. Gewiß ist der Staat keine moralische Anstalt wie (Fr. v. Schiller) die Schaubühne. Aber er soll eine Einrichtung des Rechts, des sozialen Rechts vor allem, sein. Stabiles Geld, Etikett seiner Glaubwürdigkeit, ist die Voraussetzung seiner Bejahung, es ist ein Grundrecht (Art. 14 GG). Inflation, Pathologie des Geldes, ist Diebstahl, gleichviel, ob auch die internationale Stellung der Währung innerhalb der Wechselkurse inflatiert oder nicht. Stabilität des Geldwertes ist Ordnung und Sicherheit. Die Mehrheit der Bevölkerungen ist gegen eine Unruhe und Unsicherheit schaffende Inflation. Völker, die schon einmal Inflationen erlitten haben, sind besonders empfindlich gegen eine Wiederholung. Auch das deutsche, dem die Erinnerung an die beiden totalen Geldzerstörungen ein peinigendes Trauma ist. Wird einer beginnenden Inflation nicht schon in der Phase einer zunächst nur funktionellen Störung gewehrt, dann wird sie früher oder später zu einer chronischen organischen Entartung, und ihre Metastasen zerfressen Volk und Staat.

III

Was tun? In den bisherigen kritischen Ausführungen ist auf die Ursachen und Ursprünge der geld- und preisinflationären Entwicklung und damit auf die Art der erforderlichen und möglichen Maßnahmen hingewiesen. Zu ihnen zählen auch die psychologischen, denn Wirtschaft ist nicht nur Erzeugung und Verbrauch, Technik und Organisation, Kapital und Zins, Politik und Gesetzgebung, sondern ebensosehr Mentalität und Verhaltensweise der Erzeugerkreise und der Verbrauchermassen. Aber die Haupt- und Grundursache liegt, wie schon angedeutet, in der Einspinnung der Bundesrepublik in das System des von der USA geführten NATO-Westens. Hinc lacrimae illae. Ohne eine Überprüfung dieser Zugehörigkeit ist die mögliche Abwendung einer weiter wuchernden Inflation fragwürdig. Denn Westeuropa soll das hypertrophische, auf die Fiktion eines amerikanischen Jahrhunderts gegründeten Weltengagement der Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht nur politisch und militärisch stützen und mittragen, sondern auch finanziell erleichtern. So ist NATO-Europa in jedem Betracht in den inflationären Sog des nordamerikanischen Weltführungsanspruchs und des Dollarblocks eingespannt.

In Asien sind die Vereinigten Staaten gescheitert. Dort haben sie ihr übergroßes Selbstbewußtsein verloren und ihr unangefochtenes internationales Prestige eingebüßt. Ihr Mammuttraum ist zerronnen. Ihre innenpolitischen Probleme, Krisen, Gefahren und Schwächen sind evident. Wer draußen in der Welt, in Asien und anderswo, Gewalt anwendet, darf sich nicht wundern, wenn ihm zu Hause gleiches geschieht. Vorerst will die amerikanische Macht vermutlich keine Isolation, plant aber offenbar einen Abbau ihrer mit eigenen Kräften nicht mehr zu bewältigenden globalen Beanspruchung. In die Bresche sollen die NATO-Partner springen, vor allem auch finanziell mit einer Abbürdung auf die NATO-Europäer, die in einem Lastenverteilungsvertrag (Burden—Sharing) erhöhte Leistungen einschließlich eines Devisenausgleichs übernehmen sollen. Es ist die Frage, ob sich die NATO-Europäer trotz Berlin, Mittelmeer, Kuba zu neuen Verpflichtungen und Lasten und zu einer weiteren Profilierung und Konturierung ihres Geiselrisikos bereit finden. Mit alleiniger Ausnahme vielleicht von England. Es besteht für Washington Anlaß zu Elegie und Resignation. Käme es aber zur Erfüllung

der amerikanischen Forderungen, so würde für NATO-Europa ein neuer inflationärer Anreiz geschaffen.

Es existiert und geschieht auf diesem Planeten nichts, was nicht in Frage gestellt werden könnte und müßte. Das gilt auch für die Bundeswehr (Bundespräsident Heinemann) mit ihrer theoretisch allgemeinen und gleichen, praktisch aber partiellen, ungleichen Wehrpflicht. Ohne die Freisetzung von vielen Hunderttausenden jungen Arbeitskräften durch Aufhebung der Wehrpflicht und Aufstellung einer begrenzten Berufsarmee wird es keine Gesundung des überforderten Arbeitsmarkts und keine Eindämmung der Inflation geben. Niemand wird unter den obwaltenden Verhältnissen eine fundierte Rechtfertigung der Wehrpflichtarmee der Bundesrepublik darzutun vermögen. Wer scheut Dialog und Diskussion hierüber, und wer hat sie zu scheuen? Kein Eisen kann zu heiß sein.

Weil die Preis- und Kosteninflation in den 22 Mitgliedsländern der OECD weiter grassiert, sich also auch klassische Maßnahmen der Haushalts-, Geld-, Steuer- und Einkommenspolitik als nicht ausreichend erwiesen, hat ein Ausschußbericht der OECD einen „drakonischen" Angriff auf den bisher sakrosankt gehaltenen Grundsatz der Vollbeschäftigung unternommen und eine geringere Ausnützung der Produktionskapazitäten, mit dürren Worten Kurzarbeit und dosierte Arbeitslosigkeit, also die Bildung einer Arbeitsreservearmee empfohlen. Dieser der Militärideologie entlehnte Vorschlag ist der Ausdruck der Ratlosigkeit. Er will eine soziologisch und humanitär rigorose, repressive, eine befohlene Lösung. Und wie soll sie praktisch verwirklicht werden? Sollen, etwa unter trägerschaftlicher Beteiligung der Gewerkschaften und der Organisationen der Arbeitgeber, von der Bundesregierung Ersatzämter einer Arbeitslosenreserve eingerichtet werden? Es ist doch im Ernst nicht damit zu rechnen, daß eine durch langjährige Überbeanspruchung des Arbeitsmarktes verwöhnte Massengesellschaft den OECD-Vorschlag politisch hinnehmen würde. Abgesehen hiervon, bleibt auch der von ihm erhoffte Erfolg durchaus fragwürdig. In den Vereinigten Staaten hat die chronische Arbeitslosigkeit von 4,5 bis 5 Millionen nicht verhindert, daß dort die Inflation weiterwuchert.

Der Versuch, der Bonner gegenwärtigen Koalition allein die Misere anzulasten, ist unsachlich und diskriminierend. Er ist ein zynisches Ablenkungsmanöver von der Art des sich an seiner eigenen Verfolgung beteiligenden, eifrig rufenden Stehlers: „Haltet den Dieb!" In Wahrheit ist die Misere Frucht und Ergebnis einer verhängnisvollen Initialanlage der bundesrepublikanischen Politik und jahrzehntelanger Versäumnisse, Irrtümer und Fehlentscheidungen der Parteien und der von ihnen gebildeten Regierungen. Die Weltpolitik des Westens und sein Wirtschafts- und Sozialsystem selbst sehen sich, wie ausgeführt, in ihren Grundlagen auf den Prüfstand gestellt. Ein ganzes Syndrom von Krankheitssymptomen deutet auf fundamentale Ursachen. Eine realistische Selbstprüfung des Westens ist unumgänglich notwendig. In solchem Falle können Palliative bestenfalls lindern, nicht heilen. „Les cheminées ronflent." In den Kaminen rumort es. Doch braucht in der Masse der Bevölkerung niemand zu erschrecken, wenn unhaltbar gewordene Zustände geändert werden — müssen.

Zur gesellschaftlichen Funktion der Illustriertenpresse

Von Hans-Peter Waldrich

Eine der wichtigsten Entwicklungen der letzten Jahre im Pressewesen der BRD ist der wachsende Bodengewinn der Boulevardpresse und der illustrierten Zeitschriften. Während die sogenannte Publikumspresse 1968 eine Gesamtauflage von 52 Millionen hatte, erreichten alle Tageszeitungen zusammen nur 11 Millionen. Und während die Steigerungsrate bei der Publikumspresse in den letzten Jahren plus 51 Prozent ausmachte, war die entsprechende Zahl bei den Tageszeitungen plus 10 Prozent. Dies zeigt, daß eine Presse, die sich den ökonomischen Gesetzen einer Profitwirtschaft anpaßt [1]), ohne ein ausdrückliches politisches Programm zu verfolgen, beharrlich an Boden gewinnt. Es handelt sich um eine Presse, die im allgemeinen „entideologisiert" ist, weil sie auf manifeste politische Beeinflussung verzichten kann. Ohne nachweisbar bewußt darauf gerichtet zu sein, erfüllt sie ihre manipulative Funktion, indem sie gelassen ausführt, was der „Markt" von ihr fordert. Vornean stehen hier die illustrierten Zeitschriften weitgehend „unpolitischen" Inhalts, die sich in erster Linie mit den Dingen des sogenannten human interest befassen. Von ihnen als den Exponenten einer allgemeineren Entwicklung soll hier die Rede sein.

Wunderwelt und Illusionierung

„Man lenkt sein Auto an grünen Rasenflächen vorbei bis zu dem zweistöckigen Landhaus am Parkende" ... Man betritt die Villa. „Da sind Prachtstücke von altgriechischen, altrömischen und persischen Vasen und Urnen; da sind Möbel aus der Werkstatt von Bernini und dessen Zeitgenossen Brustalon; da sind herrliche Gemälde, da strahlen venezianische, sizilianische, französische Spiegel." Und da ist nicht zuletzt Gina Lollobrigida, eine Märchenfee in knöchellangen Abendkleidern, ein problemloses Luxuswesen, das uns auf herrlichen Farbfotos zeigt, wie man leben kann, — wenn man kann. Gina hat ihre Villa in ein Museum verwandelt und Millionen dafür ausgegeben. Gehe hin und tue desgleichen!

Doch wer so aufgefordert wird, Luftschlösser zu bauen und Tagträumen nachzuhängen, der verdient meist nicht einmal 700 DM monatlich. „Das Neue Blatt" (6/69 — Auflage 1,4 Millionen), in dem der Gina-Bericht erschien, wendet sich nämlich an die Unter- und die unteren Mittelschichten, deren Interesse für die Welt der „oberen Zehntausend" ganz besonders leicht zu erregen ist. Es bestätigt sich hier das seltsame Gesetz, daß die vorgespiegelte Traumwelt sich um so weniger mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Leser in Deckung zu befinden braucht, je niedriger deren sozialer Status ist [2]). Für die Konsumenten der sogenannten Regenbogen- oder Soraya-Presse — modifiziert gilt dies jedoch auch für andere Publikationen — klaffen Idealwelt und Realität weit auseinander: einerseits Fabiola, Beatrix und Claus, Jackie Onassis, Nelson Rockefeller; andererseits der Steinsetzer Manfred Szmania, der ein zwölfjähriges Mädchen umbrachte und den höchstens sein exotischer Name und sein Verbrechen

1) Zum Verhältnis Pressefreiheit — Gewerbefreiheit vgl. beispielsweise Werner Hofmanns „10 Thesen" in: Jansen/Klönne (Hrsg.), Imperium Springer, Macht & Manipulation, Köln 1968.
2) Heiner Schäfer, Schichten- und gruppenspezifische Manipulation in der Massenpresse, in: Kapitalismus und Pressefreiheit, S. 69 ff. — Reimut Reiche, Sexualität und Klassenkampf, Zur Abwehr repressiver Entsublimierung, Frankfurt/M. 1968, S. 66 ff.

aus der tristen Welt der Unterschichten heraushebt („Neue Post", 9/69 — Auflage 1,7 Millionen).

Aus der Umgebung der Leser gibt es nur wenig zu berichten. In der Hauptsache von schlimmen Krankheiten und bestialischen Verbrechen ist dort die Rede, vermischt mit einem Schuß Sentimentalität. („Schäferhund rettete Kind.") Kriminelle, Krebskranke und Verzweifelte stammen immer aus des Lesers eigener Schicht — die Gesunden, Glücklichen, Guten und Schönen dagegen finden sich oberhalb der sechsstelligen Einkommensgrenze. Häufig wird auch optisch dieser Unterschied illustriert. Einige Blätter der Regenbogenpresse sind aufgeteilt in zwei Sektoren: den farbigen und den schwarzweißen. Farbig: die Welt der Idole („Königin Sirikit: Darum bin ich mit meinem Mann so glücklich", „Neue Post", 12/69); grau in grau dagegen: „Kaum geheiratet und schon eine Riesenfamilie", der Bericht über das Ehepaar Heckhoff, das mit derzeit acht Kindern in einer 48-Quadratmeter-Wohnung haust („Das Neue Blatt", 11/69). Auffallend ist auch, daß praktische Ratschläge, Anleitungen, Lebenshilfen meist wenig attraktiv aufgemacht sind, nicht nur auf farbige Illustrationen, sondern oft auf Fotos überhaupt verzichten müssen.

Doch nicht nur in der Regenbogenpresse dominiert eine Scheinwelt, die auf die Frustrationen der sozial Benachteiligten spekuliert. Horst Holzer fand bei der quantitativen Auswertung eines Jahrgangs „Quick", „Revue" und „stern" (1964): „Über ein Drittel aller ‚Quick'- und ‚Revue'-Beiträge haben Wunschwelt-Charakter, und selbst bei ‚stern' fallen noch 25 Prozent des redaktionellen Angebots unter diese Kategorie" [3]).

Auch die Zeitschriften für bestimmte Lebensalter und Sozialsituationen arbeiten mehr oder minder deutlich mit den Mitteln der Illusionierung. Vornean steht hier „Jasmin" — „Die Zeitschrift für das Leben zu zweit" (Auflage 1,6 Millionen): „Die Rockefeller-Ehe gilt als eine der glücklichsten Prominentenehen der Welt" (12/68). Wo es nur eben möglich ist, wird hier der Alltag der Idole zum trauten Familienglück stilisiert. Die heile Welt verheirateter Filmstars, Politiker und Wirtschaftsbosse darf vor der Kulisse eines unverdienten Reichtums Revue passieren und sich den Habenichtsen aus dem Volk als gut und schön präsentieren.

Ersatz für das Erleben der Wirklichkeit

Warum wird diese Etablierung einer Wunsch- und Scheinwelt so bereitwillig hingenommen, und warum kehrt sie so stereotyp in den meisten Zeitschriften wieder? Das Wort „Schmarotzerpresse" weist darauf hin. „Soziale Illusionierung ist nur dann möglich ... (wenn) wesentliche Seiten und Bedürfnisse der Persönlichkeit unterdrückt und ‚unmündig' gehalten werden und damit anfällig für illusionäre Befriedigungen und einer autonomen Reifung entzogen sind. Ungelebtes Leben verlangt nach Illusionierung als Ersatzbefriedigung bis zur Süchtigkeit, ja, bis zur Selbstzerstörung" [4]). So das Urteil des Psychologen. Es ist deutlich, daß das Zerstreuungs- und Illusionierungsbedürfnis vieler Menschen Ausdruck einer habituell gewordenen Mangelsituation ist, die, wahrscheinlich schon während der Kindheitsjahre beginnend, von der Umwelt und ihren sozialen Institutionen provoziert wird [5]). Da in einer Gesellschaft, deren herrschende Schichten wenig Interesse an der echten Mündigkeit und Entfal-

3) Illustrierte und Gesellschaft, Zum politischen Gehalt von „Quick", „Revue" und „stern", Freiburg 1967, S. 237 f.
4) T. F. Hau (Dipl. Psych. und Dr. med.), Über soziale Illusionierung, in: Film — Fernsehen — Striptease, Wahn und Wirklichkeit einer Moral, littera 5, Frankfurt/M. 1965, S. 12.
5) Vgl. Elisabeth M. Hau, Die Bildung des Ich-Ideals in der heutigen Gesellschaft, in: Zeitschrift für praktische Psychologie 1959, Sonderdruck, S. 4 f.

tung der Unterklasse haben, der Mangel perpetuiert und in jeder Lebenslage neu erfahren wird, können die um Bestätigung ringenden Triebenergien in für die Herrschenden vorteilhafter Weise gelenkt und ausgenutzt werden [6]).

Die Hersteller illustrierter Zeitschriften wissen das. Eine Marktanalyse, in der „Contest" den Leserkreis des „Neuen Blatts" (Springer) untersucht, konstatiert ohne Umschweife, daß der Abnehmerkreis der Zeitschrift mit einer nützlichen Unfähigkeit behaftet sei: er neige dazu, „Zweifel und Kritik gegenüber der Autorität zu verdrängen". Die Leser des „Neuen Blatts" lebten in ungesicherten Verhältnissen und seien daher gut darauf vorbereitet, alles kritiklos hinzunehmen, was ihnen Schutz und Befriedigung verspreche. „Eine solche autoritäre Beziehung besteht auch zum ‚Neuen Blatt' selbst" [7]). „Das ‚Neue Blatt' bedeutet dem sozial Isolierten eine Welt, in der er eine umfassende Bestätigung erfährt, und bietet ihm gleichzeitig Ersatz für das Erleben der Wirklichkeit" [8]).

Solche Äußerungen zeigen, welchen Grad von Bewußtheit das Manipulationsgeschäft in den Köpfen der Illustriertenmacher bereits erreicht hat. Man kennt die Unsicherheit und autoritäre Neigung der Leser, man weiß um ihre Sucht nach Zerstreuung und fiktiver Befriedigung, und man sieht die Diskrepanz, die zwischen dem isolierten Individuum und einer ihm fremden, ja oft feindlichen Umwelt klafft. Aber selbstverständlich ist man nicht bereit, wirklich etwas für jene Menschen zu tun, die durch ihre autoritäre Neigung doch offensichtlich in Abhängigkeit von einer Zeitschrift wie dem „Neuen Blatt" geraten. Man bietet sich als „Ersatz für das Erleben der Wirklichkeit" an. Kein Hinweis, wie dem trostlosen Einerlei einer autoritär organisierten Arbeitswelt wirklich zu entkommen wäre, keine Anleitung zum kritischen Verständnis der sozialen Umgebung — meist sind sogar die ganz praktisch gemeinten Ratschläge, seien sie zur Verbesserung der Wohnungseinrichtung, zur Pflege der Gesundheit oder zur Kindererziehung gegeben, unbrauchbar, weil sie mehr die Träume, aber nicht die realen Möglichkeiten des „kleinen Mannes" beachten [9]). In vieler Beziehung kann die Art, wie mit Hilfe von illustrierten Zeitschriften die Schwierigkeiten des Alltags gemeistert werden, als Anleitung zur neurotischen Bewältigung von Konflikten bezeichnet werden. Die Neigung zur seelischen Fehlreaktion wird systematisch gefördert und als die normale, weil einzig mögliche Verhaltensweise hingestellt. Das Resultat ist ein Mensch, der „das fiktive, von Stereotypen geprägte Weltbild ... schließlich so ungebrochen für wirklich nimmt, daß die Wirklichkeit ihm gegenüber fiktiv erscheint" [10]). Wie gut es den illustrierten Zeitschriften gelingt, Fiktion und Realität zu vermengen und sich als „Ersatz für das Erleben der Wirklichkeit" anzubieten, zeigt das Beispiel mit der Petroleum-Kur:

„7 Tage" (ebenfalls eine Publikation der Soraya-Presse — Auflage 557 000) brachte einen Fortsetzungsbericht über erstaunliche Wunderheilungen durch die Einnahme von Petroleum (38-39/69). Wochenlang waren die Leserbriefspalten voll mit Erfolgsberichten: Petroleum war plötzlich die Hoffnung der Kranken und der Trost der Alten. Alles, was gesund, jung und glücklich werden wollte, trank Petroleum. „Wir glauben doch daran, daß Petroleum ein gutes Heilmittel ist" (48/69). „Gleich nachdem Ihr so interessanter Bericht ... erschien, bin ich zur Apotheke gegangen, um es mir zu holen" (48/69). „Ich habe zwei Pudel. Einer hatte ein Gewächs am Hals wie eine Kinderfaust, sollte operiert werden.

6) Vgl. Hans Magnus Enzensberger, Bewußtseins-Industrie, in: Einzelheiten I, edition suhrkamp 63.
7) Schäfer, a.a.O., S. 68.
8) Schäfer, a.a.O., S. 70.
9) Vgl. Holzer, Illustrierte . . ., S. 249 ff.
10) Gerhard Schoenberner, Meinungslenkung contra Information, in: Information oder Herrschen die Souffleure? Reinbek bei Hamburg 1964, S. 63.

Ich gab dreimal Petroleum auf einem Stück Würfelzucker — das Gewächs ist nach zwei Wochen weg" (48/69). Doch nicht genug, Frau Paula Appel aus Hamburg heilte mit Petroleum sogar ihren Schwiegersohn: der hatte Leukämie! „Nach dreimal 25 Tropfen war das Blutbild bei meinem Schwiegersohn plötzlich normal" (47/69).

Die „öffentliche Aufgabe" der Massenmedien

Es deutet sich an dieser Stelle an, daß die durch die Massenmedien betriebene Ausbeutung des Mangels und der Unwissenheit neben der Erwirtschaftung individueller Profite gleichzeitig noch weitere Funktionen ausübt. Hier wird die „öffentliche Aufgabe" der Massenkommunikationsmittel in ihrer Perversion sichtbar. Manipulation, in ihrer „unpolitischen" Form, kann nicht allein als „Reaktion" beschrieben werden. Gleichzeitig fällt ihr auch eine aktive Rolle zu, die im liberal-kapitalistischen System allerdings weniger in der Propagierung verbindlicher Weltanschauungen liegt als in der Formung und Ausrichtung vorgefundener Neigungen. Die Wirkungen der Manipulation sind also nicht ganz so spektakulär, wie in manchen Kreisen der politischen Linken gerne angenommen wird, trotzdem darf ihr subtiler Einfluß nicht übersehen werden. Wenn davon ausgegangen wird, daß die menschliche Triebwelt hochgradig plastizibel ist, daß Wünsche und Strebungen grundsätzlich sehr verschiedene Ziele intendieren können, so muß es im Interesse öffentlicher Machtausübung liegen, diese Tendenzen nicht mit den Herrschaftszwecken kollidieren zu lassen. Am besten wird dies erreicht, wenn es gelingt, das Bewußtsein als Instanz der Wirklichkeitsorientierung zu täuschen und systematisch von einer realitätsgerechten Ausrichtung abzulenken. Dazu ist nicht mehr nötig, als Einstellungen, die durch den sozialen Kontext bereits nahegelegt wurden, auf jeweils konkrete Ziele zu richten. Eine autoritätsgläubig-magische Bewußtseinsverfassung muß nicht erst induziert werden, auch eine nach Ersatzbefriedigung drängende Bedürfnisstruktur muß nicht erst geschaffen werden: notwendig eine Aufgabe der Massenmedien ist es hingegen, fiktive Objekte, Illusionen oder Konsumziele in reicher Auswahl anzubieten, die Interesse und Betätigungsdrang in gleicher Weise absorbieren.

Dieser Richtung manipulativer Tätigkeit kommt die erhöhte Flexibilität moderner Verhaltensweisen entgegen. Wenn es zutrifft, daß der ehemals starr nach den verinnerlichten Normen seiner Erziehung sich orientierende Mensch zunehmend durch den „außen-geleiteten" (Riesman) [11]) oder den „Marktcharakter" (Fromm) [12]) abgelöst wird, der ständig auf der Suche nach der „richtigen", mode- und zeitkonformen Verhaltensweise ist, so gewinnen Orientierungs- und Anpassungshilfen, wie sie von den Massenkommunikationsmitteln geboten werden können, erhöhte Bedeutung. Nach Riesman verändern sich „die von dem außen-geleiteten Menschen angestrebten Ziele ... jeweils mit der sich verändernden Steuerung durch die von außen empfangenen Signale" [13]). Nun gehen diese Signale gewiß nicht allein von den Massenmedien oder der Werbung aus, dennoch sind die von ihnen gesetzten Zeichen die sichtbarsten.

An dieser Stelle wird es verständlicher, daß die Thematik der illustrierten Zeitschriften so oft wie möglich um Persönlichkeiten der „oberen Zehntausend" kreist. Die monoton wiederholten Berichte über das Intimleben der Privilegierten kommt nicht nur dem Illusionierungsbedürfnis des Publikums entgegen: Idole erfüllen darüber hinaus nachhaltiger, als es ohne sie geschehen könnte, die Aufgabe, Anpassung und marktkonforme Ausrichtung der Bedürfnisse her-

11) David Riesman, Die einsame Masse, Reinbek bei Hamburg 1965.
12) Erich Fromm, Psychoanalyse und Ethik, Zürich 1954.
13) Riesman, a.a.O., S. 38.

beizuführen. Charakteristisch ist, aus welchen Sektoren der Gesellschaft sich die Illustriertenprominenz rekrutiert. Inhaltsanalytische Untersuchungen von Illustrierten und Jugendzeitschriften ergaben, „daß die in Massenmedien repräsentierte Prominenz vorwiegend aus dem Bereich des Konsums, insbesondere aus der Kulturindustrie und der sogenannten High-Society, kommt." Figuren aus dem Bereich der Produktion, der Verwaltung und der Partei- wie Regierungspolitik waren dagegen weit seltener zu finden [14]).

Die „immanente Relativierung der Traumwelt"

Aber im Umgang mit Idolen und Traumfiguren stellt sich für die Hersteller von Massenkommunikation ein Problem. Wenn ständig demonstriert wird, wie glücklich die Damen und Herren der Hautevolee sind und wieviel sie sich leisten können — Farah Diba beispielsweise einen Rubin im Wert von vier Millionen Mark und Jackie Onassis ein Taschengeld, das tausendmal größer ist als das eines Durchschnittsverdieners —, so kann auch dem Dümmsten dämmern, daß das ständige Gerede von Gleichheit und Demokratie einen Haken hat. Zwar sind die angebotenen Idole kaum Persönlichkeiten, die sich durch außergewöhnliche Eigenschaften hervortun, sondern meist nur das Gewöhnliche in übersteigerter Potenz darstellen: aber gerade weil sie alles haben und sind, was der Konsumbürger ihnen neiden kann und auch soll, wecken sie nicht nur Bewunderung und Nachahmungstrieb, sondern auch offenen Haß. Leserbriefe zeigen das deutlich: „Ein Hemd für 50 000 Mark zu kaufen — das ist doch ein Skandal. Wenn die Loren nicht weiß, was sie mit ihrem vielen Geld machen soll, braucht sie sich nur einmal in der Welt umzusehen. Es gibt Not und Elend genug!" („7 Tage", 47/69). „Diesen Aufwand und Luxus bei der Loren und Beatrix finde ich empörend! Wie viele Mütter gebären unter großen Schmerzen und müssen schon wenige Tage nach der Geburt wieder arbeiten. Wer fragt nach ihnen?" („Das Neue Blatt", 6/69).

Selbstverständlich ist eine solche Tendenz gefährlich. Die Manipulateure müssen ihr gegensteuern. An diesem Punkt wird eine Methode gewählt, die aus dem Instrumentarium jener manipulativen Techniken stammt, die zusammenfassend als scheinhafte Lösungen des Klassenkonflikts gekennzeichnet werden können. Sie spielen im täglichen Angebot der Massenmedien eine erhebliche Rolle und konzentrieren sich statt auf die Anleitung zur realen Aufhebung gesellschaftlicher Antagonismen auf eine rein psychologische, fiktive „Auflösung" der Klassenspannung [15]). In diesem Fall geht es darum, die Identifikation mit den Idolen „auf einem ‚unwirklichen' Niveau auszubalancieren; auf einem Niveau, das dem Manipulierten immer die Erkenntnis verweigert: das ist doch Quark, wie die das machen — oder: das kann ich doch nie erreichen, für uns gelten andere Gesetze — oder: um so ein Familienleben zu führen, muß man auch das nötige Geld haben" [16]). Die Methode, mit der psychologisch diese Balance erreicht wird (eine Methode, die Horst Holzer treffend als „immanente Relativierung der Traumwelt" bezeichnet) [17]), führt zu Schlagzeilen folgender Art: „Farah weint: Der Schah amüsiert sich in Paris" („Neue Welt", 47/69 — Auflage 1 Million). „Prinz Louis Ferdinand: Sieben Kinder und doch ein einsamer Mann" („Neue Welt", 48/69). „Es ist nicht leicht, ein Prinz zu sein!" („Das Neue Blatt", 6/69). Ein Roman in der „Bunten" (Auflage fast 2 Millionen) beginnt folgendermaßen: „Alfred Karen Berling, Industriekapitän im Ruhestand, hat mit dem Leben abge-

[14]) Horst Holzer, Massenkommunikation und Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1969, S. 55 f. Vgl. dort auch die amerikanischen Untersuchungen mit gleichem Ergebnis.
[15]) Vgl. Reiche, a.a.O., S. 68 ff.
[16]) Reiche, a.a.O., S. 68.
[17]) Holzer, Massenkommunikation . . ., a.a.O., S. 52 ff.

schlossen. Er kann die Tatenlosigkeit des Pensionärs nicht ertragen. Seit er nach einem Schlaganfall linksseitig gelähmt ist, weiß der einstige Generaldirektor der ‚Destag' keinen Ausweg mehr . . ." (33/69). (Doch kommt der Ausweg natürlich — in Gestalt einer hübschen Frau.) Gut eignet sich auch die Figur des Herzchirurgen Barnard (Weltruhm, aber Magengeschwür; Erfolg, aber Ehekonflikt) oder die Kinderlosigkeit der Sophia Loren und Königin Fabiola. Überall die leise Warnung: Wer Geld hat, der muß auch zahlen, wo Licht ist, da ist auch Schatten.

Diese eingebaute Bremse, die den offenen Neid des Publikums hintanhalten soll, darf indessen nicht dazu führen, daß Idole und Märchenprinzen zu Hamletfiguren entarten. Wieviel Sensationswert auch in der Tragödie der Kennedy-Brüder stecken mag, so würden sich derartige Berichte auf die Dauer doch nicht zur Erreichung des Manipulationszwecks eignen. Denn es soll nicht bloß erzielt werden, daß Aggression und Schadenfreude des Lesers auf ihre Kosten kommen, es soll gleichzeitig — was nicht im Gegensatz dazu steht — eine bessere Identifikationsgrundlage geschaffen werden. Auch die Reichen sind Menschen wie du und ich: nur viel prominenter. Die kleinen, so recht menschlichen Sorgen des Alltags, gegen die sind auch „die da oben" nicht gefeit. Manchmal allerdings kommt es auch vor, daß dem Publikum eine direkte Entleerung seiner verhaltenen Aggressionen gestattet wird („Neue Welt"-Schlagzeile: „Nackte Jackie empört Onassis!", 47/69) oder daß es Prominente als Objekte öffentlicher Belustigung verspotten darf [18]). Doch dieses nur dosiert.

Besser ist es, die Großen dann und wann gerade umgekehrt als besonders liebenswert darzustellen. Denn manchmal beugen sie sich herab um mildtätiger Zwecke willen: „Fabiola holt zwei Waisenkinder zu sich ins Schloß" („Neue Post", 53/69); „Plattenmillionär Herb Alpert spielte für blindes Mädchen seine schönsten Lieder" („Neue Post", 48/69); „Als Limburgs Kumpel in Not waren, kam Prinz Claus ihnen zu Hilfe. Er sprach mit den Zechenleitern und Arbeitern . . ." („7 Tage", 48/69). Auch hat es sich offenbar bewährt, soziale Distanzen dadurch zu verkleistern, daß Prominente und Stars als Kolumnisten und Kummerkastenonkel auftreten.

Karriere: Klassenkampf in Kleinformat

Doch nicht allein auf diesem Wege wird von der Wirklichkeit der Klassengesellschaft abgelenkt. Nicht vom Zuschauen allein wird man glücklich. Menschen, die täglich unter Bedingungen leben, die persönliche Aktivität und Initiative nicht zum Zuge kommen lassen, die von der „spannenden Erfahrung des Gestaltens, des selbstverständlichen Handelns abgeschnitten sind", verfallen leicht in eine „zwanghafte Langeweile, zu der eine unbewußt entstandene Reizbarkeit, ein ungesättigtes ‚dramatisches Bedürfnis' gehört" [19]). Dieses „dramatische Bedürfnis" nicht zu groß werden zu lassen — fürchtend, es könnte eine Tragödie des Kapitalismus daraus werden —, ist eine weitere Leistung der Manipulation, indem sie für die Ableitung dieser Energien ins Unschädliche sorgt. Es gilt, die Emanzipationsbestrebungen der Unterschichten auf Ersatzobjekte zu lenken.

Hier gibt es viele Möglichkeiten [20]). Eine davon besteht darin, den Klassenkampf quasi in Kleinformat durchzuspielen — allerdings pervertiert. An die Stelle einer gemeinschaftlichen Befreiung von der Bevormundung durch die Oligarchien in Staat und Wirtschaft wird der individuelle Versuch gesetzt, es den

[18]) Zu letzterem als Methode von „stern" und „Spiegel" vgl. Holzer, Massenkommunikation . . ., a.a.O., S. 58.
[19]) Alexander Mitscherlich, Großstadt und Neurose, in: Die Unwirtlichkeit unserer Städte, edition suhrkamp 123, S. 159.
[20]) Zur Manipulation der Sexualsphäre als einer Ablenkung auf Ersatzbefriedigungen vgl. Reiche, a.a.O.

Bonzen, Chefs und Managern gleichzutun. „Es findet ... eine Verschiebung von kollektiven sozialen Konfliktpositionen, also von Klassenkonflikten, auf individualisierte Leistungs-, Konkurrenz- und Anpassungspositionen statt" [21]). Dies geschieht unter anderem durch die Förderung des Karrieredenkens in Kategorien des Egoismus und Erzindividualismus. Dabei wird eine doppelte Täuschnug provoziert: einmal die Meinung, daß es nicht so sehr die Herren „Arbeitgeber" an der Spitze der Hierarchie, sondern die konkurrierenden Kollegen seien, die den einzelnen an einer freien Entfaltung hindern; zum anderen eine recht verzerrte Vorstellung von den tatsächlichen Aufstiegschancen, der tatsächlichen Mobilität in dieser Gesellschaft. Der Lohn- und Gehaltsabhängige soll sich (so wird ihm besonders durch die Zeitschriften nahegelegt, die sich an die Mittelschichten wenden) mit dem Typ des erfolgreichen Karrieristen identifizieren, auch wenn seine eigenen Chancen, jemals aus der Totalabhängigkeit herauszukommen, praktisch gleich Null sind.

Beispielhaft wirkte hier das neue — inzwischen eingestellte — Produkt des Burda-Verlags „M" — „Die Zeitschrift für den Mann." Auf den ersten Blick glaubt man, daß zur Herstellung dieses Periodikums allein das in Heft 11/69 (S. 125) geäußerte Motto maßgebend sei: „Spinnen macht reich." Denn was „dem Mann von heute" hier an Blödsinn, faulen Gags und Albernheiten zugemutet wird, zeigt, daß dieser Mann eine nicht ganz ernst zu nehmende Witzfigur sein muß, die sich um echte Fragen nicht mehr kümmert, weil sie sowieso nichts zu melden hat. Doch bei näherer Betrachtung werden die „ernsthaften" Ziele von „M" deutlich: „Wer sich schlecht verkauft, kommt nicht nach oben" (9/69); „Karrieremänner haben viele Gesichter" (9/69); „Der lausige Job, Chef zu sein." So die Titel. Was darunter steht, hört sich nicht anders an: XY „trat 1949 als Betriebswirt in die Firma ein. Heute ist er einer der fünf Bosse der ‚deutschen BP'" (11/69). Im Inhaltsverzeichnis findet sich eine extra Rubrik „Karriere", und die Parole des ersten Heftes hieß folgerichtig: „Der Ich-Typ wird gewinnen!"

Wer Erfolg haben will, der muß allerdings „vor allem nach Leitsätzen handeln, denen die großen und bedeutenden Manager ihre Karriere verdanken." Hierzu gehören „zunächst folgende Grundsätze: Anormalitäten in Betrieben können nur von der Betriebsleitung abgestellt werden, also ganz von oben nach unten, niemals aber von unten nach oben. Ebensowenig wie ein Mitarbeiter seinen Chef verändern kann, kann er seine Kollegen verändern. Zustände in einem Betrieb müssen als Realitäten angenommen werden" (12/69, S. 63).

Doch auch in anderen Blättern wird die Lüge von der Mobilität dieser Gesellschaft kultiviert. So in „Jasmin": „Wie arme Mädchen reiche Männer erobert haben" (12/68). Für die Frau ist dabei allerdings wichtig, daß ihre Aufstiegsbestrebungen in der Ehe münden oder aber sich darauf beschränken, „Motor der Karriere ihres Mannes zu werden", wie es der Erfolgsautor Max Pierre Schaeffer in „Quick" empfiehlt (47/68, S. 28 ff.: „So machen Sie mehr aus ihrem Mann"). Denn eine tatsächliche Emanzipation paßt nicht ins Familienklischee, wie es hierzulande gegen Sturm und Hagel hochgehalten wird [22]).

Wenn auch mit der Karriere-Ideologie nicht viel angefangen werden kann, weil sie allenfalls real genug ist, die Phantasie zu beschäftigen, so wird doch in uner-

---

21) Reiche, a.a.O., S. 70.
22) Zum Bild der Frau, wie es von den Massenmedien geprägt wird: Holzer, Illustrierte . . ., a.a.O., S. 216—236; Egon Becker, Das Bild der Frau in der Illustrierten, in: Zeugnisse, Th. W. Adorno zum sechzigsten Geburtstag, hrsg. von Max Horkheimer, Frankfurt 1963, S. 427—438; Renate Dörner, Zum Frauenbild der Illustrierten, in: Das Argument 22/62. Im Herbst 1970 erscheint im Pahl-Rugenstein Verlag Köln die Analyse von Ingrid Langer-El Sayed, Frau und Illustrierte im Kapitalismus.

warteter Richtung ihre Hintergründigkeit sichtbar. Eine Überschrift in „Für Sie" (21/69 — Auflage 1,2 Millionen) enthüllt es: „Männermode macht Karriere", steht dort. Es scheint, als seien die beiden Substantive nicht zufällig zueinandergeraten. In einem rational sinnlosen Titel haben sich assoziativ die unzertrennbaren Stichworte gefunden. Niemand darf sie vergessen, will er etwas vom Glanz der High Society selbst erleben. Der vierzehnseitige Modebericht ist reichlich mit Anzeigen durchsetzt: Zu Mänteln, Anzügen, Pullis, Hüten etc. gehören natürlich auch „Sir"-Eau de Cologne und -Rasierseife (die „Weite, Meer und Männerfreiheit" versprechen) sowie ein „Ford Escort". Wer sich mit alledem ausstaffiert, der hat Karriere gemacht!

Konsumerziehung

„Als journalistischer Typ ist die moderne Illustrierte nur am Busen der werbenden Konsumwirtschaft realisierbar. Sie hat einen derart aufwendigen Journalismus entwickelt, den sich ohne die Symbiose mit der werbenden Wirtschaft kein Blatt leisten kann" [23]). Doch dies vergrämt niemanden. Im Gegenteil, illustrierte Zeitschriften helfen mit, eine Reihe für das spätkapitalistische System unentbehrlicher Aufgaben zu erfüllen. Es gilt ein Dreifaches zu erreichen: ökonomisch gesehen die Sicherung der Gesamtnachfrage für eine zügellose Produktion [24]), ebenfalls unter wirtschaftlichem Aspekt die Garantierung der Arbeitswilligkeit unter den Lohnabhängigen, in psychologischer Hinsicht schließlich die Verschiebung emanzipatorischer Tendenzen auf Konsum- und Besitzwünsche. Alle drei Ziele können durch eine Fixierung an die Angebote der Konsumwelt erreicht werden. Im Menschen muß ein unstillbarer „Warenhunger" (Packard) alle weiteren Lebensziele als vergleichsweise unbedeutend erscheinen lassen. Nur so kann es gelingen, daß sich die Lohnabhängigen an die Klasse der Produktionsmitteleigentümer psychisch „verschulden", indem sie in eine sklavische Abhängigkeit von den wechselnden Angeboten des Konsumgüterausstoßes geraten. Wollen sie sich ihre Konsumwünsche erfüllen, müssen sie sich den Kaufpreis erarbeiten, die Gegenleistung bei den Kapitalherren abdienen. Auf diese Weise begeben sie sich unter das doppelte Diktat eines ökonomischen Systems, das ihnen seine Gesetze erbarmungslos aufzwingt: durch die Welt der Arbeit, in der ihnen der bestimmende Einfluß auf Art und Umfang der Produktion verwehrt wird, und durch den ebenfalls weitgehend fremdbestimmten Konsum in der Freizeit, der aufs neue den Zwang zur Arbeit reproduziert.

Illustrierte Zeitschriften bestehen zu 20 bis 50 Prozent aus Anzeigen. Dabei werden die Inserate hierzulande oft recht geschickt mit den redaktionellen Texten kombiniert. Werbung und Redaktionsteil treten in kaum unterscheidbarer Symbiose auf. Nicht vergessen werden darf schließlich, daß die Thematik dieser Presse überhaupt einen Aufforderungscharakter hat, daß sie Konsumanreize schafft und diese in allen Tonarten zu Gehör bringt. Der redaktionelle Teil ist in jeder Hinsicht der geeignete Hintergrund für eine Atmosphäre, in der Käuferwünsche gedeihen. Er hilft, den Wunsch nach der Ware mit einer Reihe meist grundsätzlicherer Bedürfnisse zu verbinden, die ursprünglich gar nicht auf den Konsumartikel gerichtet waren. Die Zigarette zum Beispiel wird mit dem „Duft der großen weiten Welt" assoziiert und in den redaktionellen Zusammenhang einer Prominentenstory gesetzt. Keine Chance, den Segen der Massenproduktion an den Mann zu bringen, wird ungenutzt gelassen.

---

23) Karl Pawek, Boulevardblätter und Illustrierte, S. 147, in: Deutsche Presse seit 1945, hrsg. von Harry Pross, Bern/München/Wien 1965, S. 135—158.
24) Vgl. J. K. Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München/Zürich 1967, S. 223 ff.

Da die Aufgabe der Maße in einer expandierenden Wirtschaft nicht im Sparen, sondern im Konsum liegt, gilt es, Löhne und Gehälter flüssig zu halten. 8,5 Millionen Jugendliche zwischen 14 und 24 Jahren sollen in der Bundesrepublik jährlich 20 Milliarden DM für ihren persönlichen Bedarf ausgeben können [25]). Daß diese Gelder in die richtigen Kassen fließen, dafür wird gesorgt. Tonangebend sind hier „Bravo" für die Jüngeren der Unter- und unteren Mittelschichten und „Twen" für die Jugendlichen der Mittelschichten [26]).

Besonders durch „Twen" wird der Aktivitätsdrang, die Experimentierfreude, das kritische Bewußtsein der Jugendlichen rechtzeitig auf Konsumziele abgebogen: aus potentiellen Rebellen werden „Konsumpioniere" [27]), der Protest entartet zur käuflichen Extravaganz der Mini-, Maxi-, Pop- und 007-Mode. Mit Erfolg hat „Twen" die Geste des Revolutionärs für sich adoptiert — doch wenn dieses Magazin auch „Alles über Scheiße" (12/69) und Fritz Teufel noch so splitternackt bringt (11/68), letztendlich besteht sein wichtigstes Anliegen in der Konsumerziehung. Die großformatigen Fotos eines Gammlers in exzentrischen Pelzmänteln trügen auf den ersten Blick. Doch der Text ergänzt: „Pelz ist männlich — und wie! ... In diesem Winter drehen sich die Mädchen nach dem Pelz-Mann um ... Modell: Reveillon Boutique, Paris ... geradezu billig ..." (12/69).

Politik als Küchenklatsch

Wunschwelt, Konsumwelt, Karrierewelt: wo hat da noch ein politisches Bewußtsein Platz? Die bisher untersuchten Inhalte der illustrierten Zeitschriften waren „unpolitisch", das heißt, sie bezogen sich auf den Bereich des „human interest" (das nach gängiger Vorstellung offenbar nichts mit Politik zu tun hat), auf die psychische „Allerweltswelt" (G. Anders) des auf seine Privatexistenz verbannten Individuums. Sie füllen die illustrierten Zeitschriften in der Regel zu gut 95 bis 100 Prozent. Selbst „Quick" und „Revue" (bzw. „Neue Revue"), die sich selbstbewußt als „aktuelle Illustrierten" apostrophieren und in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken suchen, als erfüllten sie ernsthaft eine informierende Funktion [28]), sprechen — nach der Analyse Horst Holgers — lediglich mit 15, bzw. 13 Prozent politische Themen an. Sogar „stern", unter den „aktuellen Illustrierten" das mit Abstand politischste Organ, scheint seinen Lesern nicht zuviel zumuten zu wollen: nur knapp 22 Prozent der Beiträge konnten der Kategorie Politik zugeordnet werden [29]).

Nun soll man sich gewiß vor radikalen Pauschalurteilen hüten. Und wenn eine Kritik so ausgeht, daß an der untersuchten Sache überhaupt nichts Gutes mehr bleibt, macht sich der Kritiker verdächtig. Doch wer sich die wenigen Beiträge ansieht, die in illustrierten Zeitschriften von öffentlicher Relevanz sind, wird feststellen, daß selbst dieser Überrest ein hartes Urteil verdient. Titel deuten es an: „Jetzt erzählt der Willy wieder Witze" („Willy Brandt hat sich im Schwarzwald von seiner Rippenfellentzündung erholt", „Neue Revue", 7/69); „Kinderfest bei den Kennedys" („Bunte", 24/69); „Wieweit Patricia Nixon ihren Mann gebracht hat" („Jasmin", 23/68); „Möchten Sie gern Frau Strauß sein?" („Jasmin", 22/68).

Solche Titel sind die Regel, denn wenn sich Illustrierte mit Politik beschäftigen, so kommt fast immer eine Klatsch-Geschichte dabei heraus. „Quick besuchte ihn zuhause" (Ehmke): „Der Minister geniert sich nicht, mit seinen Kindern Sabine,

25) „Der Spiegel", 24/69, S. 66.
26) Vgl. Schäfer, a.a.O., S. 77 ff.; Horst Holzer und R. Kreckel, Jugend und Massenmedien — Eine inhaltsanalytische Betrachtung der Jugendzeitschriften „Bravo" und „Twen", in: Soziale Welt, 23/67, S. 199—215.
27) Dieser Ausdruck wurde in einer Leseranalyse im Auftrag des Springer-Konzerns geprägt: Die „Twen"-Leser in der „Werbeträger-Analyse", angefertigt vom Institut für Demoskopie, Allensbach, S. 4.
28) Zum Selbstverständnis der Aktuellen Illustrierten vgl. Holzer, Illustrierte . . ., a.a.O., S. 15 ff.
29) Holzer, Illustrierte . . ., a.a.O., S. 127.

Cornelia und Peter auf der Straße Fußball zu spielen" (17/69); „Unter südlicher Sonne verbringt Franz Josef Strauß seinen letzten Urlaub vor der Wahl; ... Es gibt nach dem ersten Schwimmen gegen neun Uhr Brötchen mit Honig." Die ganze Familie Strauß „trinkt Kaffee" („Neue Revue", 33/69).

Man kann von Glück reden, wenn man neben solchen bedeutenden Informationen aus „politischen" Beiträgen noch etwas anderes erfährt. So etwa in einem Bericht in „Quick" (17/69 — Auflage: 1,8 Millionen): „Der größte Skandal im Wohnungsbau." Der Titel ist vielversprechend und läßt erwarten, daß es sich ausnahmsweise einmal nicht um einen Haus- und Küchenklatsch handelt. Leider ist aber gerade dieser Beitrag ein Musterbeispiel für einen Journalismus, dessen Profitträchtigkeit zwar enorm, dessen Verantwortungsgefühl und Niveau aber gleich Null sind. Der „Skandal im Wohnungsbau" ist nichts weiter als die Mache zweier Krimineller, der Millionenbetrüger Alfons Hofbauer und Hans-Joachim Maier. Sie kauften alte Häuser auf und setzten die Mieter vor die Türe. Sie verschacherten dann die Bruchbuden zu maßlosen Preisen als Eigentumswohnungen und gingen dabei nur ein wenig über das übliche hinaus: sie ergaunerten sich mit gefälschten Gutachten Hypotheken von beachtlicher Höhe. Nun sitzen sie im Gefängnis: für „Quick"-Leser die Sündenböcke der Wohnungsmisere. Keine Zeile wird hier verschwendet, um die Hintergründe dieses Skandals aufzuhellen. Kein Wort davon, daß der legale Wucher überall blüht, kein kritisches Wort über die suspekte „Freiheit" des Wohnungsmarkts, das Elend der „weißen"und „grauen" Kreise: stattdessen zwei böse Buben, zwei Popanze, auf die man mit dem Finger zeigen darf. Das im Hintergrund stehende Problem, die soziale Situation, aus der heraus der Schwindel der Hofbauer und Maier erst möglich wurde, wird konsequent übergangen. Der psychologische Effekt dieses Berichts ist für die Gesamtmethode der illustrierten Zeitschriften außerordentlich symptomatisch: einerseits wird dem Leser durch anklägerischen Gestus ein soziales und demokratisches Engagement vorgespiegelt, andererseits wird durch die isolierende Darstellungsweise und die Individualisierung des Problems als „gesühntes Verbrechen" jeder sozialkritische Ansatz im Keim erstickt. Solange nur Hofbauer und Maier im Gefängnis sitzen, kann der Leser sich über seine eigene abhängige Lage als Mieter und Besitzloser hinwegtrösten. Das verdankt er „Quick".

In der Behandlung politischer oder sozialer Themen zeigt sich in illustrierten Zeitschriften überall das gleiche System: Fakten werden aus ihrem Kontext herausgelöst und isoliert. Nebensächlichkeiten werden groß in Szene gesetzt, während Subtantielles kaum noch zwischen den Zeilen zu ahnen ist. Um Denken entbehrlich zu machen, werden Probleme, Strukturzusammenhänge, Abstraktionen personalisiert. Nur was — und wenn auch noch so gezwungen — auf den Nenner einer privaten Lebensgeschichte gebracht werden kann, hat Anspruch, in einer illustrierten Zeitschrift überhaupt zu erscheinen. Es ist klar, daß so eine ganze Reihe von wesentlichen Themen nie behandelt wird, und sei es nur deshalb, weil sie sich zur Personalisierung nicht eignen [30]).

Zweifellos kommt diese Art der Personalisierung und Privatisierung politischer Themen einem Bedürfnis entgegen, das dem anonymen Charakter unserer Gesellschaft entspricht. Persönliche Verhältnisse haben sich in institutionelle Beziehungen verwandelt, und politisch-soziale Machtausübung ist zu einer nur schwer durchschaubaren Architektur von Einrichtungen geworden, hinter der sich die Autorität der Oligarchien verbirgt. Aber gerade deshalb sollte per-

[30]) Was auffällt, ist in erster Linie das nahezu totale Fehlen ökonomischer Themen. Kein Bereich des täglichen Lebens wird in den illustrierten Zeitschriften und den übrigen Massenmedien so vernachlässigt wie die Probleme wirtschaftlicher Zusammenhänge und ihrer sozialen und individuellen Konsequenzen.

manent die Fähigkeit geschult werden, politisch und nicht nur privat zu denken, systematisch und nicht punktuell, zusammenhängend und nicht isoliert. Dazu müssen freilich immer wieder notwendige „basic facts and figures" vermittelt werden, Grundtatsachen der Geschichte und Ökonomie. Daß dies zumindest durch illustrierte Zeitschriften überhaupt nicht geschieht, rechtfertigt das harte Urteil H. A. Walters, die Illustrierten seien „Boykott-Instrumente der dem Journalismus immanenten Aufklärungsidee" geworden [31]).

Magische Welt

Die unterlassene Aufklärung, die der unterlassenen Real-Demokratisierung entspricht, konserviert eine Mentalität, die ein Anachronismus wäre, wenn sie nicht so massenhaft aufträte. Entführung in eine Wunschwelt statt realitätsbezogener Information, Ablenkung emanzipatorischer Energien in Karriere-Illusionen, Zerstreuungen, Konsumbefriedigungen — schließlich Entpolitisierung des Bewußtseins durch Isolierung und Privatisierung: das sind die Leistungen einer Presse, die zur Erklärung realer Zusammenhänge schließlich nur noch pseudo-religiöse und magische Formeln parat hat [32]). In den Köpfen der um ihr Wirklichkeitsbewußtsein Betrogenen nimmt die Welt mythischen Charakter an. Man lebt nicht in einer rational organisierbaren Industriegesellschaft, sondern ist von geheimnisvollen Schicksalsmächten umgeben. In den Publikationen der Massenpresse nehmen Berichte über unerklärliche Ereignisse, Zauberei, Wunderheilungen, Sterndeuterei einen verblüffend breiten Raum ein. Zusammen mit einer manchmal seitenlangen Aufbereitung des Horoskops sind solche Beiträge vornehmlich in der Regenbogenpresse zu finden [33]). Dies scheint leicht erklärlich zu sein, denn gerade die unteren Bevölkerungsschichten, an die sich diese Art Publikationen wenden, stehen dem „Schicksal" besonders hilflos gegenüber: jenen Mächten aus einer undurchschaubaren Überwelt, die allerdings viel von ihrer Magie verlieren würden, wenn sie rational auf gesellschaftliche und menschliche Machenschaften hin untersucht würden.

Indessen ist es genau dieser Mangel an rationaler Übersicht, der als das eigentliche Ergebnis der Manipulation herausgestellt werden könnte. Freiheit als die Möglichkeit, seinen Verstand zu gebrauchen, die Ursachen der Übel zu erkennen und schließlich aktiv verändernd in den Lauf der Geschicke einzugreifen — demokratische Selbstverständlichkeiten also —, werden so mit Hilfe der Massenmedien als Privilegien einer etablierten Oberschicht bestätigt. Dem „Volk" stattdessen werden Belustigungen geboten und gleichzeitig die Horizonte des sozialen Bezugsfelds verdunkelt; was übrig bleibt, ist eine Welt, die objektiv mehr denn je in Globalzusammenhängen lebt, subjektiv aber personalisiert und fragmentarisch gedacht wird, — eine Welt, die objektiv emanzipatorische Aktivität fordert und subjektiv in passivem Aberglauben verharrt, die endlich ein nie zuvor mögliches Maß an Glück schaffen könnte, von den Menschen aber nur mit Hilfe ausweichender Ersatzbefriedigung ertragen werden kann. Eine Welt, die Protest und Widerstand, Veränderung fordert [34]).

---

31) Hans-Albert Walter, Die Illustrierten, Teil III, in: Frankfurter Hefte 1965, S. 336.

32) „Das führt dahin, daß politisches Geschehen so ‚schicksalhaft'-unvermeidlich wird wie der Mord eines Wahnsinnigen. Hier wie dort herrschen unverständliche Mächte . . . Die Welt präsentiert sich als einziges Chaos, in dem unergründliche Ereignisse wirr gegeneinander stoßen. Auf diese Weise wird das politische Bewußtsein unmöglich gemacht." Heinz Abosch, Bild-Zeitung — Ein politisches Symptom, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/64. S. 715. Vgl. hierzu Holzer, Massenkommunikation . . ., a.a.O., S. 59 ff.; Schoenberner, a.a.O., S. 57 ff.; Hans Magnus Enzensberger, Scherbenwelt, Die Anatomie einer Wochenschau, in: Einzelheiten I, a.a.O., S. 106 ff.

33) Eine Sonderpublikation auf dem Gebiet irrationaler Verdummung ist Heinrich Huters „Neue Weltschau", eine Wochenzeitung mit einer Auflage von immerhin 80 000, die jedes Ereignis prinzipiell als astrologischen und magischen Hokuspokus aufbereitet.

34) Zu den Alternativkonzeptionen für den Bereich Massenmedien/Öffentlichkeit vgl. z. B. Horst Holzer/Joseph Schmid, Massenkommunikation in der Bundesrepublik, in: Hitzer/Opitz (Hrsg.), Alternativen der Opposition, Köln 1969.

Fernseh-Spalte

HIGH NOON

Soll man, soll man nicht, soll man vielleicht, um das gleich zu Beginn unnachsichtig zu klären, verdientermaßen, unverdientermaßen, mit Berechtigung, ohne Berechtigung, dem Floh im Hunde einen Vorwurf daraus machen können, daß er — die Gäste zu meiner Linken mögen so wenig falsche Schlüsse daraus ziehen wie die Kollegen zu meiner Rechten vermeintlich richtige — als reale Minorität, aber wohl doch sich dieser Situation nicht bewußt, eine Mehrheit — freilich nur was die physischen Ausmaße anbelangt, wodurch der Vergleichswert zur ironischen Pointe sich verdichtet — terrorisiert? . . .

Das ist ein erfundenes Zitat. Ich möchte mit dem legitimen Mittel der Parodie darlegen, welches Image Werner Höfer sich und seinem „Internationalen Frühschoppen" zugelegt hat: aus meiner Sicht. Parodie übertreibt. Ich habe die Syntax etwas aufgeblasen, dabei aber die von Höfer bevorzugten Elemente verwendet, den Reiheneffekt der variierten Wiederholung, die gewandt genutzte Verschachtelung. Gewisse Vokabeln („verdientermaßen, unverdientermaßen" usw.) sind authentisch. Es fehlt leider der Platz, diese sehr wichtigen Äußerlichkeiten funktional zu analysieren, ihren Rollencharakter innerhalb der Methodik Höfers zu definieren. Solche sprachlichen Mittel schaffen (oder sollen es) ein Klima der Scheinobjektivität. Die Syntax schillert, aber sie ist so unverbindlich, wie Seifenblasen-Rhetorik eben nur sein kann, ein Trick, der schon häufig vollen Erfolg hatte: Höfers Souveränität zu dokumentieren. Das Gros der Zuschauer, rhetorisch naturgemäß weniger begabt, ist beeindruckt. Das erleichtert es Höfer, die Illusion der Objektivität so zu vermitteln, daß der Gedanke schon gar nicht aufkommt, hier wird ja Objektivität nur suggeriert. Dabei wäre es keineswegs illegitim, sich in eine offen bekundete Position der Subjektivität zu begeben. Doch würde das die Strategie des „Frühschoppens" beeinträchtigen, wenn nicht gar zersetzen. Geschickt eingestreute provokative Fragen oder Äußerungen des „Gastgebers" (der in Wahrheit ja der Auftraggeber ist, dem die eingeladenen Journalisten das TV-Renommee und ein Honorar verdanken) bestätigen durchaus die Strategie. Schließlich geht ja auch dem geduldigsten „Diskussionsleiter" einmal der Gaul durch, wenn er in einer Sache „engagiert" ist: das menschlich echte Flair der Sendung — wenn es nicht gespielt wäre, um eben die fixierte Meinung des „Gastgebers" um so zielstrebiger anbringen zu können. Natürlich gibt es auch Pannen. Wiederholt hat Höfer militant einem Redner das Wort abgeschnitten, wenn ihm dessen Meinung nicht paßte. Beim nächsten Mal sorgt schon das bewährte Ritual dafür, daß die Rolle des unanfechtbaren, überlegenen „Diskussionsleiters" ihren Glanz zurückgewinnt. Über die zur „Debatte" stehende Thematik erfährt man meistens so gut wie nichts, der Schein trügt. Denn hier kann sich keine freie Forumsdiskussion entfalten. Höfer nämlich verteilt die Fragen. Das ist das sicherste Kalkül seiner Strategie. Die Antworten kommen nur von der Seite, an die er sich wendet. Die Fragen selbst sind bereits so formuliert, daß der Informationsgehalt und Meinungsakzent der zu erwartenden Antwort ungefähr abgeschätzt werden kann. Hier wird keine Politik gemacht, so sehr sich manche Gesprächsteilnehmer auch darum bemühen (mit Politikmachen meine ich natürlich die journalistische Funktion der aufklärerischen Bewußtseinsbildung und -erweiterung) —, hier werden private Meinungen im wahrsten Sinne des Wortes eingeholt und einem Puzzle-Spiel integriert, das — von der TV-Kamera in einen Nimbus der Wichtigkeit gehüllt — halt doch nur Stammtisch-Charakter hat. Nur wissen die Beteiligten etwas mehr von der Materie (und auch das nicht immer). Aber sie müssen sich's auch gefallen lassen, vom Hausherrn dirigiert zu werden (keine echte Stammtischrunde würde das dulden). Höfer allein kennt seine Partitur. Die Instrumente brauchen nur auf das Einsatzzeichen zu achten. Manchmal spielen sie anders als erwartet. Aber nie lange. E. H. Wahl

Bücher

Sozialwissenschaften und Entwicklungspolitik

Dankwart Danckwerts/Norbert Lechner/ Hermann Pfütze/Rüdiger Stiebitz, Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik, Frankfurt/M. 1970, 176 S., 4,— DM (edition suhrkamp 411).

In einer Zeit sich ausbreitender nationaler und sozialer Befreiungsbewegungen und unter den Bedingungen sich rasch verändernder internationaler Kräfteverhältnisse, die neokolonialistische Interventionen nach den Mustern Korea, Vietnam, Libanon oder St. Domingo immer riskanter werden lassen, gewinnt eine Seite der Sozialwissenschaften neue, ambivalente Bedeutung. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen, lückenlose Informationen über die gesellschaftlichen, ökonomischen und geopolitischen Bedingungen in den unterentwickelten Ländern sollen imperialistischen Staaten einen Informationsvorsprung verschaffen, der es ihnen ermöglicht, den gesellschaftlichen Wandel in diesen Ländern zu kontrollieren und alternative Entwicklungsprozesse zu verhindern.

Kennzeichnend für fast alle derartigen Untersuchungen, vor allem über Lateinamerika (Projekt Camelot, Projekt Agile etc.) ist „die Vermeidung und/oder Kontrolle einer vorrevolutionären oder latentrevolutionären Situation, und langfristig die Verhinderung einer autonomen Entwicklung dieser Gesellschaften" [1]).

Unter dem zentralen Leitmotiv der „Vermeidung ökonomischer Alternativen" und des „counterinsurgency" (Aufstandsverhinderung) werden dabei politische Strategien entwickelt, deren Ziel es ist, gesellschaftliche Krisen, Konflikte aus Auseinandersetzungen möglichst frühzeitig in den Griff zu bekommen und rigoros zugunsten bestehender Macht- und Besitzverhältnisse zu entscheiden. „Früher hat man innere Unruhen" — so heißt es zum Beispiel in der offiziellen Beschreibung eines dieser Forschungsprojekte [2])— „hauptsächlich, wenn nicht gar vollständig als Angelegenheiten angesehen, die mit Militär- oder Polizeiaktionen zu bekämpfen waren. Im heutigen Rahmen der Modernisierung (!) ist die angebrachte Verfahrensweise aber der Versuch, die Voraussetzungen eines Aufstandes durch politische, wirtschaftliche, soziale und psychologische (!) Maßnahmen zu beseitigen."

Diese neue Rolle der Sozialwissenschaften in der Strategie der imperialistischen Entwicklungspolitik versuchen die vier Beiträge des vorliegenden Bandes zu beschreiben; sie sollen im folgenden inhaltlich kurz skizziert werden.

Der erste Beitrag (D. Danckwerts, Revision der Entwicklungspolitik: der Staat als Superstruktur des Spätkapitalismus) gibt zunächst eine Darstellung der Aufgaben und Funktionen staatlicher Administration im politisch-ökonomischen System des Spätkapitalismus. Die Analyse geht dabei von „den gegenwärtigen historischen Bedingungen in der Bundesrepublik aus" und befaßt sich vornehmlich mit deren Entwicklungspolitik. In Zusammenfassung verschiedener, polit-ökonomischer Analysen wird zunächst die Bedeutung der Rezession von 1966/67 hervorgehoben, die als „entscheidender Einschnitt in der Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik" (S. 12) anzusehen ist. Dieser Einschnitt stellt in gewisser Weise das Ende der Rekonstruktionsphase des westdeutschen Nachkriegskapitalismus dar und ist vor allem gekennzeichnet durch die Institutionalisierung neuer „Formen staatlich-administrativer Planung und Lenkung". Mit dem Ende der Rekonstruktionsphase, d. h. mit einem — wenn auch nur kurzzeitigen — Rückgang der Kapitalverzinsung und zunehmender Verknappung profitabler Kapitalverwertungsmöglichkeiten gewinnt der Kapitalexport und damit auch eine aktive, den Interessen des nationalen Kapitals folgende Entwicklungspolitik zunehmend an Bedeutung. Während die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik viele Jahre hindurch vor allem in einer Unterstützung der US-amerikanischen Entwicklungspolitik bestand und weniger in den eigenen Interessen und Konzepten gegründet war, erfolgt „mit der Entwicklung des westdeutschen Kapitals auf

[1]) S. 129.
[2]) „Das Projekt Camelot"; hrsg. vom Special Operations Research Office (SORO) der Universität Washington 1964; zitiert nach J. Horlemann, Modelle der kolonialen Konterrevolution, Frankfurt 1968 (S. 188 f.).

die Stufe imperialistischer Aktivität" (S. 20) eine deutliche Revision der Entwicklungspolitik. Im Vordergrund dieser neuen Politik stehen „gezielte Schwerpunktförderungen vor allem langfristiger Infrastrukturprojekte" zur wirtschaftlichen Erschließung der jeweiligen Länder (für Privatinvestitionen der westdeutschen Industrie) sowie die kontrollierte Förderung ihrer Ausbildungssysteme durch die sogenannte „Bildungshilfe".

Dargestellt wird des weiteren die zunehmende Unsicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung der Bundesrepublik, die z. B. in den Erdölkrisen 1967 und 1968 sichtbar geworden ist. „Im Gegensatz zu den USA, deren Direktinvestitionen in Entwicklungsregionen überwiegend der Erschließung und Gewinnung von Bodenschätzen (Erdöl und Erze etc.) dienen, sind die westdeutschen Investitionen gezwungenermaßen vor allem auf den Konsumtionsmittelsektor beschränkt", da die Bundesrepublik, die erst relativ spät wieder auf die weltpolitische Bühne der imperialistischen Politik trat, sich in die bereits bestehende Arbeitsteilung einzufügen hatte, und da sie „nicht in der Lage ist, Rohstoffquellen im Besitz des nationalen Kapitals notfalls auch militärisch ... zu sichern" (S. 47). Aus diesem Grund ist die Bindung „einer der dort herrschenden Gruppen an die Interessen des westdeutschen Kapitals" über Entwicklungs- und vor allem über die längerfristig wirkende Bildungshilfe „der einzige Weg, den Zugang zu diesen Quellen zu öffnen" und zu sichern.

In diesem Zusammenhang ist die 1967 „revidierte Entwicklungspolitik" der Bundesregierung zu sehen, die im zweiten Beitrag (H. Pfütze, Die nichtmilitärische Konterrevolution und die westdeutsche Entwicklungspolitik) einer näheren Analyse unterzogen wird.

Die Schwerpunktländer der westdeutschen Entwicklungspolitik liegen an gegenwärtig „relativ stabilen Knotenpunkten der imperialistischen Weltpolitik", und zwar in Staaten, in denen „die gesellschaftlichen und internationalen Antagonismen zwar manifest sind", aber — vor allem durch nationale Bourgeoisien — niedergehalten werden und „in denen direkte Interventionen nicht opportun sind" (S. 75). Zu diesen Ländern gehören z. B. Persien, Pakistan, Indonesien, Brasilien, Indien, Mexiko u.a.m. Besonders kennzeichnend für die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik mit diesen Ländern ist die sogenannte „Trägergruppen-Forschung", mit der das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) 1967 verschiedene sozialwissenschaftliche Institute der Bundesrepublik beauftragte. Die Trägergruppen-Forschung dient der Absicht, die „neuen", „progressiven" Mittelklassen „als mögliche künftige Träger politischer Herrschaft und ökonomischer Integration genauer zu ermitteln" — mit dem Ziel, die Voraussetzungen für eine bessere Vorbereitung und Wirksamkeit der sogenannten „Bildungshilfe" zu schaffen, mittels derer eine möglichst frühzeitige und effektive Beeinflussung der möglichen Eliten und Machtgruppen der nächsten Generationen, mithin also der zukünftigen „Partner" der Imperialmächte, erzielt werden soll. Der dritte Beitrag (N. Lechner, Sozialwissenschaftliches Krisenmanagement in Lateinamerika) gibt eine mehr wissenschaftstheoretische Einschätzung der heute in den westlichen Staaten dominierenden positivistischen Sozialwissenschaften, deren ehemals kritische Funktion und Intention immer mehr zu einer rein „funktionalen Kritik" geworden ist, d. h. zu einer Art „Feedback" eines sich selbst regulierenden Systems, welches „als systemimmanentes Korrektiv den Status quo garantiert". Ähnlich der spätkapitalistischen Politik obliegt den Sozialwissenschaften dabei die Beseitigung von Dysfunktionalitäten und die Vorbeugung systemgefährdender Entwicklungstendenzen.

An Hand der Analyse von Problemstellung und Problemauswahl verschiedener, vor allem nordamerikanischer Untersuchungen wird exemplarisch nachgewiesen, wie die Interessen der imperialistischen Länder bereits in die Forschungsansätze der Entwicklungsländer-Forschung eingegangen sind. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Ländern „gründet immer weniger in forschungsinhärenten Fragestellungen als direkt in den politischen Imperativen" des Imperialismus in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Der vierte und letzte Beitrag (R. Stiebitz, Über die zentrale Rolle der Auslese im Kulturimperialismus) beschreibt — vor allem am Beispiel Brasiliens — Maßnahmen und Mittel massiver und gezielter ideologischer

Einflußnahme sowohl auf breiteste Bevölkerungsteile wie im besonderen auch die Intelligenz in den Entwicklungsländern, Maßnahmen eines gesteuerten Kulturangebots, die von Erziehungs- und Informationsprogrammen teils staatlicher, teils privater Fernsehanstalten über internationale Verlagsprogramme und Filmverleihgesellschaften bis hin zur Überwachung der Ausstattung von Bibliotheken und der Einstellung von Lehrpersonal reichen. Dazu bedarf es heute natürlich immer mehr kooperationswilliger Kräfte in den jeweiligen Ländern, die — bürgerlich erzogen — die „lokale Lenkung des Wirtschafts- und Kulturgeschäfts" übernehmen (S. 168). Dabei ist in der Auslese und in der Elitebildung (oder wie es im Jargon der modernen Entwicklungssoziologie und des BMZ heißt: in der „Trägergruppenbildung") „die Kraft zu sehen, die auf erzieherischem und kulturellem Gebiet die Herrschaft des imperialistischen Kapitals und seiner Staaten garantiert" (S. 168). Während man früher die Eliten dieser Länder vorwiegend via Auslandsstudium etc. auf die ihnen zugedachten Herrschafts- und Kontrollfunktionen vorzubereiten suchte, geht man heute immer mehr „zur Strategie des Exports von Ausbildungskapazitäten und allgemeiner, zur Kulturexportplanung über" (Goethe-Institute, Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung etc.).

Alle vier Beiträge des vorliegenden Bandes enthalten eine Fülle wichtiger und lesenswerter Informationen und Analysen, die einen recht guten Überblick geben und deren Kenntnis vor allem im Hinblick auf eine Einschätzung und Beurteilung der neuen Strategien der geplanten Konterrevolution wichtig erscheint. Die Analyse beschränkt sich vor allem auf die Darstellung der neueren Entwicklungspolitik der Bundesrepublik im heutigen, weltpolitischen Kontext, die bislang nur ungenügend aufgearbeitet worden ist. Hier liegt sicherlich ein Verdienst der Autoren. Allerdings scheinen mir die Funktionen der Sozialwissenschaften in der imperialistischen Entwicklungspolitik teilweise nur unvollständig dargestellt; so vermißt man z. B. — speziell in dem Beitrag über sozialwissenschaftliches Krisenmanagement in Lateinamerika — detailliertere, inhaltliche Beschreibungen dieser Forschungsprojekte und deren Anwendungen im Prozeß des „nation-building" sowie in den Ausbildungsprogrammen für Antiguerilla- und Polizeistreitkräfte.

Des weiteren vermißt man eine Analyse der z. T. recht gravierenden Konflikte und Widersprüche zwischen den nationalen Bourgeoisien und den Interessen der imperialistischen Bourgeoisien. Soweit es natürlich um die Aufrechterhaltung des Status quo geht, sind die Ziele und Methoden beider weitgehend identisch; doch weist z. B. der Rockefeller-Report vom Februar 1970 aus, daß die Schwierigkeiten der imperialistischen Politik nach wie vor gerade „in der Behandlung der nationalen Bourgeoisien liegen" [3]). Das Scheitern aller bisherigen Entwicklungsprogramme wie z. B. der „Allianz für den Fortschritt" läßt es in der Tat außerordentlich fragwürdig erscheinen, ob es gelingt, den Kapitalismus mit einer über all seine divergierenden Einzelinteressen hinausgehenden Politik zu domestizieren und zu perpetuieren.

Ulrich Ewers

Literaturwissenschaft als Instrument staatlicher Repression

Edgar Mertner/Herbert Mainusch, Pornotopia. Das Obszöne und die Pornographie in der literarischen Landschaft. Athenäum-Verlag, Frankfurt/M. und Bonn 1970, 344 S. 19,00 DM.

I

Im Oktober 1968 erteilte der Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Werner Figgen, den Münsteraner Anglisten Mertner und Mainusch einen Forschungsauftrag mit dem Inhalt, „das komplizierte Verhältnis von Kunst und Pornographie" [1]) zu analysieren. Die Autoren legten das Ergebnis „ihrer gründlichen Be-

[3]) J. Horlemann, Die neue Strategie der Entwicklungshilfe: Pearson-Bericht und Rockefeller-Report; WDR-Rundfunkmanuskript.

[1]) Werner Figgen, Jugendschutz und die Verantwortung der Gesellschaft. Rede vor der Landespressekonferenz am 18. 2. 1970. Düsseldorf 1970, Selbstverlag, S. 6.

trachtung eines gewiß nicht schmackhaften Phänomens" [2]) im Februar 1970 der Öffentlichkeit vor.

Von seiner wissenschaftlichen Qualität und Bedeutung her verdient das Buch keine Beachtung [3]); doch angesichts seiner Relevanz als gefährliches Mittel restriktiver Sexualpolitik muß hier auf seine bereits zu beobachtenden Folgen hingewiesen werden. In seiner „Sorge um das geistige und moralische Klima einer Gesellschaft" [4]) ist der Minister offenbar willens, sich bei seiner Tätigkeit als ranghöchster Jugendschützer eines Bundeslandes von den Normen leiten zu lassen, die ihm zwei willfährige Literaturwissenschaftler vorformuliert und mit der Aura der Wissenschaftlichkeit umgeben haben. „Ich bin überzeugt, daß die Ausführungen der beiden Autoren die Meinungsbildung auf diesem schwierigen Gebiet erleichtern und für den Jugendschutz Entscheidungshilfen geben werden" [5]). Die ausschließliche Beschränkung auf Literaturwissenschaftler bei der Vergabe des Forschungsauftrages läßt vermuten, daß es Figgen hier um etwas anderes ging als um „Jugendschutz", was immer man darunter verstehen mag. Denn auch Literaturwissenschaftler werden ohne Kooperation mit Linguisten, Soziologen, Psychologen und Pädagogen wohl kaum in der Lage sein, Kriterien für die Beurteilung eines möglichen negativen Einflusses sogenannter pornographischer Texte auf eine potentielle Rezipientenschicht zu erarbeiten. Doch Figgen scheint an den Ergebnissen solcher interdisziplinärer Forschung nicht interessiert, wenn er sagt: „. . ., wäre es freilich nötig, Genaueres über den Konsumenten von Pornographie zu erfahren. Aber wie immer das Ergebnis sein wird, wir können unter gar keinen Umständen dulden, daß unsere Jugend den hier verborgenen unerhörten Gefahren ausgesetzt wird" [6]). Diese explizite Weigerung, Ergebnisse zum Problem der Pornographie aus Sozial- und Humanwissenschaften zu reflektieren und in die eigene Praxis zu integrieren, koinzidiert sicher nicht von ungefähr mit der Tatsache, daß gerade jene Wissenschaften durch empirische Untersuchungen die von reaktionären Gesellschaftspolitikern wie Figgen liebevoll gehegte These, die Pornographie bilde eine sittliche Gefahrenquelle für die Jugend, immer fragwürdiger erscheinen lassen. So stellte der dänische Soziologe Israel [7]) bei schwedischen Großstadtjugendlichen ein ausgesprochenes Desinteresse für Pornographie fest, der Schweizer Arzt und Sexualpädagoge Harnik [8]) vertrat auf der Deutschen Therapiewoche 1970 die Auffassung von der Unschädlichkeit der Pornographie.

Unter solchen Umständen muß das Argument des Jugendschutzes immer mehr als nur vorgeschobenes Alibi zensorischer Absichten gegen politisch mißliebige Texte erscheinen.

II

Die Aussagen des „Pornotopia"-Buches stellen sich dar als ein großangelegter Versuch, das Interesse des staatlichen Auftraggebers an der vorgeblichen Gefährlichkeit von Pornographie zu befriedigen. Die Berechtigung des Auftauchens von Sexualität in Texten wird gemessen an der Konformität dieser Texte mit den obsoleten Forderungen der bürgerlich-romantischen Ästhetik. So kann man als „obszönes literarisches Kunstwerk" lobend akzeptieren oder als „Pornographie" diffamierend verdrängen, je nachdem, ob die dargestellte Sinnlichkeit mit den Anforderungen bürgerlicher Sittlichkeit vereinbar erscheint. Ein derartiger methodischer Ansatz, über dessen Dezisionismus seine historisch verbürgte Faktizität hinwegtäuschen soll (S. 18, 64 ff) muß dazu herhalten, die gesamte Diskussion des Verhältnisses von Sexualität und Gesellschaftsform zu unterschlagen [9]). So gelingt es den Autoren auch, den Supremat des heterosexuell-genitalen Aspektes der Sexualität unterschwellig zur Norm zu erheben, ohne dessen seit Freud hinlänglich bekannte kulturelle und gesellschaftliche Bedingtheit auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Das zeigt sich z. B. an der im gesamten Buch unreflektiert geübten Verwendung der Begriffe „Perversion" und

[2]) Edgar Mertner/Herbert Mainusch, Pornotopia. Das Obszöne und die Pornographie in der literarischen Landschaft. Frankfurt/Bonn 1970, S. 7.
[3]) Vgl. zur inhaltlichen Kritik des Buches meine Rezension in der Mainummer '70 des „Semesterspiegel", Studentenzeitschrift an der Universität Münster, S. 6 f.
[4]) Figgen, a.a.O., S. 9.
[5]) Figgen, a.a.O., S. 11.
[6]) Figgen, a.a.O., S. 10.
[7]) Israel/Eliasson/Lindberg, Sexuelle Verhaltensformen der schwedischen Großstadtjugend. In: Bergström/Walan u. a., Modellfall Skandinavien? Sexualität in Dänemark und Schweden. Reinbek 1970.
[8]) Vgl. den Artikel in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 1. 9. 1970: „Pornographie schadet nicht".
[9]) Hier sind neben dem Werk Siegmund Freuds vor allem die Publikationen Wilhelm Reichs, Herbert Marcuses und Reimut Reiches zu nennen.

„Normalität" (vor allem S. 122 f, 205). Angesichts solcher von reaktionären Vorurteilen gekennzeichneter Methode erhebt sich zwangsläufig der Vorwurf sachlicher Inkompetenz und mangelnder interdisziplinärer Orientierung. Dem begegnen die Verfasser, indem sie Ergebnisse einer ihrem Konzept zuwiderlaufenden empirischen Sozialforschung ihrerseits als Pornographie zensieren: z. B. heißt es zu Kinseys „Sexual Behavior in the Human Female": „Und in dieser Reduktion des Menschlichen auf seine angeblich versachlichte Körperlichkeit bleibt die Verwandtschaft und Nähe der Pornographie erhalten" (S. 115) [10].

Doch erst dort, wo sich Mertner/Mainusch — befangen in der Sexualideologie der kapitalistischen Leistungsgesellschaft — in ihrer Polemik auf die von ihnen so benannte „neuere Pornographie" konzentrieren, offenbart sich die den Wünschen ihres Auftraggebers entsprechende Umsetzbarkeit ihrer Urteilskriterien in politische Zensurpraxis am deutlichsten. So verwerfen sie besonders solche Pornographie, die als Träger „politischer und sozialer Revolutionsideen" (S. 89) auftritt, denn das „degradiert das Geschlechtliche zur Dienstleistung, ..." (ebenda). In der Regel vermeiden sie es zwar, die Vagheit von Formulierungen wie der der Pornographie als „Vehikel ganz anderer Inhalte und Intentionen" (ebenda) durch Konkreteres zu ersetzen (S. 56, 107, 123, 144, 183, 199, 261), aber gelegentlich werden sie dann doch in erschreckender Weise deutlich: „Angriffsziele der pornographischen Unterweisung sind zunächst moralische Uberzeugungen, dann Werte der Gemeinschaft und gesellschaftliche Institutionen. Ein Ende ist gar nicht abzusehen" (S. 126).

III

Aus dem bisher Gesagten geht hervor, daß Minister Figgen und seine Pornoforscher nicht etwa die „Abschaffung der falschen alternativen Fragestellung Kunst oder Pornographie" [11], sondern vielmehr deren Zementierung betrieben. Figgen selbst steuert den Verwertungsprozeß dieses Produktes verantwortungslos gewordener (oder gebliebener?!) Wissenschaft, indem er das Gros der ca. 5000 Exemplare der 1. Auflage erwarb und an alle Schulen, Jugendämter und Gerichte im Lande verteilen ließ.

Neben diesem wohl auf allgemeine Bewußtseinsbildung zielenden Verwertungsmodus werden die in „Pornotopia" gesetzten Normen auch schon punktuell angewendet [12]. Am 22. 7. 1970 stellte das Figgen-Ministerium den Antrag, die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften in Bad Godesberg möge das Buch „Rasputin" von Peer Tarrok (Pseudonym für Gerhard Zwerenz), Darmstadt 1970, in die Liste der jugendgefährdenden Schriften aufnehmen. In der Begründung wird behauptet (siehe den Text des Antrages in: „Frankfurter Rundschau" vom 5. 8. 1970, S. 8), das Buch verkehre „die Sexualität zu einem Bereich, der unintegriert in die Menschlichkeit für sich allein Bedeutung besitzt. ... Menschen sind nur noch Anhängsel ihrer Geschlechtsorgane, das Betätigen dieser Organe wird zum Zentrum des Menschseins" (a.a.O.). Nach Mertner/Mainusch ist ein „charakteristischer Zug der Pornographie" „die bloße Mechanik, das Unpersönliche, ja Inhumane der sexuellen Apparatur" (S. 213). In anderem Zusammenhang kritisieren sie den „inhumanen Mechanismus des Sexuellen" und konstatieren bei den weiblichen Figuren in Harold Robbins „Die Playboys", daß ihnen „fast durchweg jedes Profil" fehlt, daß sie „mit kaum etwas anderem ausgestattet" sind „als den Geschlechtsmerkmalen und einer nicht zu hemmenden Gier nach geschlechtlicher Betätigung" (S. 248). Man erkennt die beliebige Verwendbarkeit solcher Argumentation; was Mertner/Mainusch de Sade und Robbins als pornographisch vorwerfen, kann Herr Keilen, Verfasser des Antrages gegen das „Rasputin"buch, wieder aufgreifen.

In einem weiteren Gutachten, das der Bonner Germanist Koopmann erstellte und das Herr Keilen, der zuständige Referatsleiter im Figgen-Ministerium, am 5. 10. 1970 bei der Bundesprüfstelle nachreichte, wird sogar explizit von Mertner/Mainuschs Thesen Gebrauch gemacht: „Angesichts der von der Literaturwissenschaft inzwischen erarbeiteten Kriterien zur Unterscheidung von Kunst und Pornographie muß die

10) Vgl. die Affinität dieser Einschätzung Kinseys zu den gängigen Schemata der bürgerlichen Kinsey-Rezeption in Europa und Amerika. Dazu: D. Reiche, Die Aufnahme des Kinsey-Berichts. In: Das Argument 35, 1965, S. 15 ff.

11) Peter Gorsen, Das Prinzip Obszön. Kunst, Pornographie und Gesellschaft. Reinbek 1969. S. 120, Anm. 57.

12) Das Material für die folgenden Ausführungen verdanke ich weitgehend der Kooperationsbereitschaft von Herrn Gerhard Zwerenz, München.

Frage, ob das Buch des Peer Tarrok ... dem Bereich der Kunst zugerechnet werden kann ..., verneint werden [13]). Als Garanten der „inzwischen gefundenen Kunstkriterien" (Koopmann, a.a.O., S. 1) werden Emrich und Mertner/Mainusch zitiert. Die Thesen des Vertreters der werkimmanenten Literaturkritik Emrich sollen hier nicht weiter berücksichtigt werden; interessant allerdings sind die Argumente Mertner/Mainuschs, die von Koopmann gegen „Rasputin" angeführt werden: Auf S. 3 seines Gutachtens zitiert er ein Unterscheidungskriterium aus „Pornotopia" (dort S. 88), demzufolge es der Pornographie grundsätzlich an „Aufforderung zur Lebenskritik, d. h. zur Anstrengung des Geistes..." ermangelt, und folgert konsequent, „daß der Roman (hier „Rasputin") auch unter diesem Aspekt eindeutig der Pornographie zuzurechnen ist" (Koopmann, a.a.O., S. 3). Denn „dieses eminent menschliche Signum der Gesellschaft und Kultur" (S. 88, gemeint ist die „Lebenskritik") bleibt in dem zu indizierenden „Rasputin" unberührt, weil, so Koopmanns Urteil, die Integration der zahlreich dargestellten sexuellen Vorgänge in die von dem Buch angesprochene historische Situation nicht geleistet sei (Koopmann, a.a.O., S. 3). An diesem Beispiel zeigt sich besonders deutlich, wie die Phraseologie Mertner/Mainuschs jedem beliebigen Kontext anzupassen ist. Normen wie „Lebenskritik", zunächst irrationale Leerformeln, gewinnen erst mit den Intentionen des Benutzers ihre zensorische Valenz. Besorgt, das Ziel seiner Bemühungen zu erreichen, ließ Minister Figgen durch Herrn Keilen nochmals einen Schriftsatz in Godesberg vorlegen. In diesem vom 6. 10. 1970 datierenden Papier versucht Keilen wiederum das „Rasputin"-Buch als Pornographie zu entlarven; dabei bedient er sich ausgiebig der sprachlichen Versatzstücke des „Pornotopia"-Vokabulars. „Natürlich gibt es keinerlei Partnerschaft in dieser Druckschrift" („Rasputin") [14]), heißt es in offensichtlicher Anlehnung an Mertner/Mainusch, die auf S. 158 f bedauern, daß so faschistoide Wertvorstellungen wie „Partnerschaft, Opfer, Solidarität, Gemeinschaft ..." dem pornographischen Schrifttum abgehen. Diese Probe aus dem letztgenannten Gutachten, der noch weitere an die Seite gestellt werden könnten, soll die Reihe philologischer Beweise für die politische Verwertung von „Pornotopia" durch das Figgen-Ministerium beschließen. Im Fall des „Rasputin"-Buches blieb die Allianz zwischen Literaturwissenschaft und staatlicher Zensur noch einmal wirkungslos; die Bundesprüfstelle gab mit ihrem Entscheid vom 9. 10. 1970, das Buch nicht zu indizieren, einen Nachweis der ihr seit einiger Zeit nachgesagten Liberalisierungstendenz. Nichtsdestoweniger hält der nominell gegen die Pornographie, faktisch aber für die Möglichkeit einer Zensur angestrengte Kampf konservativer Kreise in der BRD an. Ein Zeichen dafür ist die Ablehnung des Bundesrates vom 23. 10. 1970 des 4. Strafrechtsreformgesetzes und damit auch der „Pornographiefreigabe". In den seit Monaten in überregionalen Zeitungen und Periodika geführten Diskussionen (z. B. die Kontroverse Karasek-Harpprecht über Harpprechts Arrabal-Rezension in der „Zeit" [15]) machen sich immer deutlicher Tendenzen zur Mobilisierung des „gesunden Volksempfindens" bemerkbar. In entsprechender Einschätzung dieser Sachlage haben sich Mertner/Mainusch mittlerweile mit Springer verbündet und verschaffen ihren reaktionären Thesen über die „Welt" publizistische Verbreitung im konservativen Mittelstand [16]). Bei der Formierung einer derartigen Meinungslobby kann es kaum noch verwundern, wenn auch kleinste Ansätze einer neuen Sexualpolitik als Teil einer progressiveren Gesellschaftspolitik, wie sie bei den Strafrechtsreformern um Bundesjustizminister Jahn anfänglich vorhanden schienen, im Keime erstickt werden. Unter dem Druck einer gezielt alarmierten öffentlichen Meinung wenden sich bereits der eigene Regierungschef und die Parteispitze gegen den Geist solcher Bemühungen (siehe Willy Brandts Stellungnahme zu dem unlängst über ARD ausgestrahlten Fernsehfilm von Th. Ayck „Obszönität als Gesellschaftskritik" oder Herbert Wehners gegenüber der Katholischen Nachrichtenagentur geäußerte Bedenken hinsichtlich der Lokkerung des Pornographieverbots, siehe „Der Spiegel", 16. 11., S. 66). Unter diesen Umständen müssen die Wirkungsmöglichkeiten der Experten, die der Sonderaus-

13) Koopmann, Gutachten zu: Peer Tarrok, Rasputin ..., datiert: Bonn, 2. 10 1970, S. 1.
14) Schreiben des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 6. 10. 1970 an die Bundesprüfstelle, Bad Godesberg, gezeichnet von Dr. Keilen, dort S. 1.
15) „Die Zeit", Nr. 34/70, S. 11 f. und Nr. 35/70, S. 14.
16) „Die Welt", 14. 11. 70, Beilage „die geistige Welt"; dort ein Artikel von Mertner/Mainusch mit dem Titel „Es ist bestialisch, aber es macht Spaß".

schuß des Bundestages zur Strafrechtsreform zu einem Hearing vom 23.—25. 11. 1970 geladen hat (darunter Psychologen, Soziologen, Sexualwissenschaftler, aber kein !! Literaturwissenschaftler) doch sehr fraglich erscheinen! Denn „Pornotopia" geht inzwischen in die 2. Auflage, abermals von Minister Figgen finanziell erheblich gefördert. Es steht zu befürchten, daß eine derart zur Apologie repressiver Sexualmoral verkommene Wissenschaft noch viele weitere Auflagen erleben wird.

Richard Stinshoff

Literatur und Widerstand

Willi Bohn, Transportkolonne Otto. Röderberg-Verlag, Frankfurt/Main, „Bibliothek des Widerstandes", 144 S., broschiert, 6,80 DM.

Literatur und Widerstand — Anthologie europäischer Poesie und Prosa. Herausgeber Internationale Föderation der Widerstandskämpfer. Röderberg-Verlag, Frankfurt/Main, 800 S., Leinen, 29,80 DM.

Stücke gegen den Faschismus. Deutschsprachige Autoren. Mit einem Nachwort von Karl Heinz Schmidt. Henschel-Verlag, Berlin, 616 S., Leinen, 13,50 DM.

In der „Bibliothek des Widerstandes" aus dem Frankfurter Röderberg-Verlag, auf die hier vor einem Jahr schon ausführlich hingewiesen wurde [1]), erschien jetzt als jüngster Band Willi Bohns Bericht über die „Transportkolonne Otto", eine antifaschistische Widerstandsorganisation aus den ersten Jahren des Dritten Reiches. Bereits in seiner Darstellung über den Widerstand im süddeutschen Raum („Stuttgart: Geheim!") hatte Bohn die „Transportkolonne Otto" kurz behandelt und dabei besonders hervorgehoben, daß die Organisation von der Gestapo trotz aller Bemühungen niemals aufgedeckt werden konnte und auch verschiedene Verhaftungen nicht auf die Spur des weitverzweigten Netzes führten. In diesem ausführlichen persönlichen Erinnerungsbericht gibt der einstige Leiter der Organisation einen detaillierten Einblick in den damaligen Widerstandskampf und nennt auch zahlreiche Beispiele dafür, mit welcher Umsicht diese Arbeit geleistet wurde.

Begonnen hatte es damit, daß Willi Bohn als Chefredakteur der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" nach der faschistischen Machtergreifung den Auftrag erhielt, Unterstützung bei Antifaschisten in der Schweiz zu suchen. Zunächst ging es nur darum, eine Ausgabe der SAZ herzustellen, die die Wahrheit über den Reichstagsbrand sagte und andere Naziverbrechen enthüllte. Diese Zeitung sollte zum 1. Mai 1933 in Württemberg verkauft werden. Aus diesem ersten geglückten Versuch, von der Schweiz aus den antifaschistischen Widerstand in Deutschland zu unterstützen, entwickelte sich dann eine weitverzweigte Organisation, die im Dreiländergebiet um den Bodensee antifaschistische Zeitungen und Druckschriften nach Deutschland transportierte sowie umgekehrt verfolgte und gefährdete Antifaschisten im Ausland in Sicherheit brachte.

Eine Schlüsselfigur in dieser Widerstandsorganisation war der Kunstmaler Otto Marquard am Bodensee, der in seinem Haus am See auch Pensionsgäste aufnahm und damit eine gute Tarnmöglichkeit für das „Hauptquartier" der „Transportkolonne Otto" bot. Der Pazifist Marquard, der während des Dritten Reiches Berufsverbot hatte, starb 1969 im 88. Lebensjahr. Jetzt wurden in Allensbach die ersten Exemplare des Buches von Otto Bohn der Öffentlichkeit übergeben.

Die „Bibliothek des Widerstandes" mit ihren verschiedenen lokalen und regionalen Darstellungen und Berichten entwickelt sich mehr und mehr zu einer eindrucksvollen Buchreihe, die einen differenzierten Eindruck davon vermittelt, wie vielfältig vor allem der Widerstand von unten gegen das Naziregime war. Drei weitere Bände sollen demnächst erscheinen [2]).

Dem europäischen antifaschistischen Widerstand ist der Sammelband „Literatur und Widerstand" gewidmet, eine Anthologie europäischer Poesie und Prosa, die von der Internationalen Föderation der Wider-

[1]) Vgl. Blätter, Heft 9/1969.

[2]) Angekündigt sind: Gertrud Meyer, Nacht über Hamburg; Willi Perk, Die Hölle im Moor; Karl-Heinz Jahnke, Entscheidungen — Jugend im Widerstand 1933—1945.

standskämpfer (FIR) herausgegeben wurde und einen Querschnitt durch jene Literatur geben will, die sich im „Ringen zwischen den Kräften des Inhumanen und des Humanismus bewußt engagiert hat". Es sind alle europäischen Länder vertreten, die den Faschismus zu spüren bekamen, die von Hitler-Deutschland überfallen und besetzt oder die von einem faschistischen System eigener Provenienz unterdrückt wurden: Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Holland, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, die Sowjetunion, Spanien, die Tschechoslowakei und Ungarn. Die einzelnen der FIR angeschlossenen nationalen Verbände aus diesen Ländern haben das Material für die Anthologie geliefert. Insgesamt kommen über 180 Autoren zu Wort.

Den Texten aus den verschiedenen Ländern sind jeweils kurzgefaßte Darstellungen der Geschichte des nationalen Widerstandes vorangestellt. Allein diese knappen Berichte geben schon eine Vorstellung von der Internationalität des antifaschistischen Widerstandskampfes, die weitgehend unbekannt sein dürfte. Nimmt man beispielsweise unsere kleinen westlichen Länder, so erfährt man etwa aus Luxemburg, daß es dort 1942 zu einem Generalstreik gegen die deutschen Besatzer kam, nachdem am 30. August 1942 die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für die Jugend Luxemburgs in der Hitler-Wehrmacht verkündet worden war. Von den knapp 300 000 Einwohnern Luxemburgs wurden 2800 als Juden verschleppt, fast 800 Luxemburger fanden in Konzentrationslagern den Tod, 110 Personen wurden als Geiseln erschossen und über 12 000 junge Luxemburger zwangsweise zur Wehrmacht eingezogen; davon fielen 1775, 1250 werden vermißt, 3510 entzogen sich durch Flucht der Zwangsrekrutierung. So wenig, wie diese Tatsachen bekannt sein dürften, die am Beispiel eines kleinen Landes den Hitlerterror und den luxemburgischen Widerstandskampf zeigen, so wenig weiß man auch bei uns über die luxemburgische antifaschistische Literatur, die hier in Beispielen von Victor Molitor, Albert Borschette oder Jules Prussen repräsentiert wird.

Nicht anders ist es mit unseren Kenntnissen über die meisten anderen europäischen Völker bestellt, die ein Opfer des Faschismus wurden. Was etwa wissen wir aus Norwegen? In der vorliegenden Anthologie wird der Leser u. a. mit Texten von Nordahl Grieg, Arnulf Överland und Peter Moen konfrontiert — Texte, die den Freiheitswillen eines Volkes belegen, das 1940 von Hitlers Truppen überfallen wurde. Aus Dänemark kommen Beiträge von Poul Sörensen, Otto Gelstedt, Harald Herdal, Kai Munk, Martin Andersen Nexö, Hans Scherfig und anderen, aus Finnland von Arvo Turtiainen, Elvi Sinervo und Armas Äikiä. Die Zeilen von Rafael Alberti „An die Internationalen Brigaden": „Ihr kommt von fernher ... Doch die Ferne, was bedeutet / sie eurem Blut, das singt und keine Grenzen hat?..." sind für die internationale antifaschistische Literatur ebenso kennzeichnend wie der Schluß des Gedichtes „Den Juden Polens" von Wladyslaw Broniewski: „Einst wird uns allen über den Trümmern von Warschau der Himmel erstrahlen, / wenn blutig errungen der Sieg nach Jahren der Qual und des Hasses, / und jeder erhält sein Stück Brot und sein Recht und die Freiheit für alle, / nur echter menschlicher Adel wird dann die höchste, die einzige Rasse!"

Die Anthologie vereinigt über die Grenzen ihres jeweiligen Landes hinaus bekannte Schriftsteller, so etwa Heinrich Mann, Thomas Mann und Johannes R. Becher aus Deutschland, Yannis Ritsos und Melpo Axioti aus Griechenland, Anne Frank und Theun de Vries aus den Niederlanden, Louis Aragon, Paul Eluard, Jean Paul Sartre aus Frankreich, Vasco Pratolini, Salvatore Quasimodo und Cesare Pavese aus Italien, Stefan Zweig und Franz Werfel aus Österreich, Alexander Twardowski, Konstantin Simonow und Michail Scholochow aus der Sowjetunion, Jorge Semprun und José Agustin Goytisolo aus Spanien, Julius Fucik und Jan Drda aus der Tschechoslowakei oder Béla Bartók und Andor Gábor aus Ungarn. Hinzu kommen weitgehend unbekannte Autoren, darunter vor allem aus Albanien, Belgien, Bulgarien, Jugoslawien, Polen und Rumänien.

Die Texte aus den einzelnen Ländern, Prosaarbeiten und Gedichte sowie die ihnen vorangestellten kurzen Darstellungen der Geschichte des nationalen Widerstandes, machen die jeweils spezifischen Besonderheiten des antifaschistischen Kampfes — von Flugblattaktionen bis zum Partisanenkrieg — bewußt, geben aber auch ein

Bild von der Internationalität des Widerstandes. Dem Hauptteil des Buches sind Kurzbiographien der Autoren und eine Chronik angefügt. Diese ebenfalls nach Ländern geordnete Chronik vervollständigt das gewonnene Bild durch Daten und Fakten.

Greift man als Beispiel das Frühjahr 1942 heraus, so erfährt man aus den verschiedenen Ländern folgende Einzelheiten: Albanien, Januar bis Juli: Partisaneneinheiten in den Städten und auf dem Land verüben Anschläge gegen faschistische Funktionäre, Milizleute und Carabinieri setzen faschistische Lokale in Brand, zerstören mehrere militärische Objekte und erbeuten Kriegsmaterial für den Befreiungskampf. Bulgarien, Frühjahr: Zahlreiche Mitglieder des Zentralkomitees der KP Bulgariens werden verhaftet. Deutschland, 18. Januar: Militärbündnis zwischen Deutschland—Italien—Japan. Anfang Januar: 250 illegale Kämpfer der Uhrig-Gruppe verhaftet. 20. Januar: „Wannsee-Konferenz" — die „Endlösung der Judenfrage" wird von den Faschisten beschlossen. Frankreich, 1. Januar: Jean Moulin landet mit Fallschirm in den Alpen, um General de Gaulle in der Bewegung in Südfrankreich zu vertreten. 23. Januar: Geiselerschießungen, darunter Rechtsanwalt Nordmann. 20. Februar: „Le Silence de la Mer" von Vercors illegal gedruckt. 18. April: 500 Geiseln werden deportiert. General Giraud flieht aus der Festung Königstein. April: Die Stoßtrupps „Combat" nehmen den Namen „Armee secrete" (Geheimarmee) an. Griechenland, Januar: Plenartagung des Zentralkomitees der KPG. Es wird der Beginn des bewaffneten Kampfes sowie die Verstärkung des Massenkampfes des Volkes beschlossen. 2. Februar: Die Befreiungsarmee der Nationalen Befreiungsfront wird in „Griechische Volksbefreiungsarmee" umbenannt (E.L.A.S.). 25. März: Nationaler Feiertag. Neue kämpferische Demonstrationen unter der Führung von Arbeitern und Studenten. Jugoslawien, Anfang des Jahres: Umbildung der Partisanenabteilung in eine Volksbefreiungsarmee. Norwegen, Februar: Quisling wird zum Regierungschef ernannt. Polen, 5. Januar: Gründung der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) durch Zusammenschluß der kommunistischen Organisationen. Marceli Nowotko wird Sekretär des Zentralkomitees der PPR. Januar-Februar: Schaffung der Volksgarde (GL), einer militärischen, von der PPR geführten Organisation. Erster Generalstabschef der GL wird Marian Spychalski. 14. Februar: Umwandlung des Waffenkampfverbandes (ZWZ) in die Landesarmee (AK) — Beginn der Eingliederung anderer geheimer Organisationen in die AK. Tschechoslowakei, 23. Februar: Bildung der tschechoslowakischen Militäreinheit in der UdSSR, aus welcher während der Kämpfe eine selbständige tschechoslowakische Armee an der Ostfront unter dem Kommando von Oberst Ludvik Svoboda entstand. Ungarn, 4. Januar: In den Karpaten landet als erste ungarische Partisaneneinheit die Gruppe Borkanyuk mit Fallschirmen. 1. Februar: Erscheinen der illegalen Zeitung der KMP „Szabad Nép". 9. März: Bildung der Regierung unter Miklós Kállay, die eine schonungslose Hetzjagd gegen linksgerichtete Kräfte beginnt. 15. März: Kriegsfeindliche Massendemonstration vor dem Petöfi-Denkmal in Budapest.

Auch wenn diese Chronik nur Ergänzungsmaterial zum Hauptteil des Buches ist, enthält sie doch wichtige Informationen, die viele Texte verständlich machen. Andererseits wird auch durch die Chronik unterstrichen, welche Bedeutung die antifaschistische Literatur im Kampf gegen den Faschismus hatte. So hat die FIR ein Vierteljahrhundert nach der Zerschlagung des Faschismus in Europa ein Werk herausgegeben, das nicht nur Erinnerung ist und nicht allein historische Bedeutung hat. Aus der Gemeinsamkeit des antifastistischen Widerstandes werden Verbindungen zwischen den europäischen Völkern für friedliche Aufgaben lebendig.

Die deutschen Autoren der Anthologie sind neben den schon genannten noch Willi Bredel, Ludwig Renn, Ernst Wiechert, Wolfgang Langhoff, Anna Seghers, Inge Scholl, Ricarda Huch und Günther Weisenborn. Zu den Veröffentlichungen in der DDR aus Anlaß des 25. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus gehört der Band „Stücke gegen den Faschismus", der an neun Werken der deutschsprachigen Theaterliteratur nachweist, wie Autoren gegensätzlicher Herkunft und geistiger Haltung, bürgerlich-progressive und sozialistische Schriftsteller, mit der Waffe des Wortes gegen das Hitler-Regime gekämpft haben.

Der Band enthält von Friedrich Wolf „Professor Mamlock", Ferdinand Bruckners „Die

Rassen", Ernst Tollers „Pastor Hall", Hedda Zinners „Der Teufelskreis", Johannes Wüstens „Bessie Bosch", Günther Weisenborns „Die Illegalen", Bertolt Brechts „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui", Johannes R. Bechers „Winterschlacht" und Rolf Schneiders „Prozeß in Nürnberg". Insgesamt zeigen diese Stücke eine breite Skala des antifaschistischen literarischen Kampfes. Nur eine Arbeit, Wolfs Schauspiel um den jüdischen Arzt Mamlock, der zu spät das Wesen des Faschismus erkennt, konnte bereits 1934 in Zürich uraufgeführt werden, die anderen, zwischen 1933 und 1945 entstandenen Werke fanden wohl Verbreitung unter Emigranten, aber erst nach dem Ende des Dritten Reiches eine Bühne.

Zu den frühesten Stücken, die aus den dreißiger Jahren stammen, gehören auch „Die Rassen" von Ferdinand Bruckner und „Pastor Hall" von Ernst Toller. Während Bruckner in seinem Schauspiel eine subtile sozialpsychologische Studie darüber gibt, wie die faschistische Ideologie die Menschen mystisch beeinflußt, gestaltete Toller den Märtyrerweg eines Pfarrers, der aus ethischen Motiven das Naziregime ablehnt. Unmittelbare Zeugnisse des antifaschistischen Widerstandskampfes sind Weisenborns „Illegale" und Wüstens Einakter „Bessie Bosch". Weisenborn gibt Einblicke in den schweren und gefährlichen Kampf einer illegalen Widerstandsgruppe, Wüsten gestaltete die Probleme einer Frau, deren Mann als Widerstandskämpfer hingerichtet wurde.

Die hier vereinigten Theaterstücke hatten, jedes auf seine Art, nach 1945 ihren Anteil an der ideologischen Aufklärung über den Faschismus, sein Wesen und seine Verbrechen. Wenig bekannt ist in der Bundesrepublik noch das Dokumentarstück des DDR-Autors Rolf Schneider „Prozeß in Nürnberg", das Mitte der sechziger Jahre entstand. In einer szenischen Reduktion von Texten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses werden von Schneider die Techniken des Hitlerfaschismus enthüllt — von der Technik der „legalen Machtergreifung" bis zur Technik des Raubkrieges.

Nicht nur wegen der Erinnerung an den vor 25 Jahren begonnenen Nürnberger Prozeß sollte Schneiders Stück auch von bundesdeutschen Bühnen gespielt werden. Es endet mit dem Satz: „Das Verfahren ist wiederholbar." Darin besteht seine Aktualität angesichts der Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die bis heute begangen werden.

Heinz Brüdigam

Neuerscheinungen
Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Ernst M. Wallner, Soziologie. Einführung in Grundbegriffe und Probleme. Verlag Quelle & Meyer, Heidelberg, 267 S., Tabellen und Diagramme, Werkstoffbd. 19,50 DM.

Hans-Joachim Flechtner, Grundbegriffe der Kybernetik. Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart, XI, 423 S., Kunststoffbd. 40,— DM; Vorzugspreis für die Bezieher der Zeitschrift „Naturwissenschaftliche Rundschau" 32,— DM.

Frederick C. Redlich / Daniel X. Freedmann, Theorie und Praxis der Psychiatrie. Literatur der Psychoanalyse. Herausgegeben von Alexander Mitscherlich. Luchterhand Verlag, Neuwied, 1200 S., Ln. 73,— DM.

Rainer Kippe / Lothar Gothe, Ausschuß. Protokolle und Berichte aus der Arbeit mit entflohenen Fürsorgezöglingen. Mit einer Reportage von Günter Wallraff. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 228 S., br. 12,— DM (Pocket, Bd. 18).

Hegel 1770—1970. Leben, Werk, Wirkung. Herausgegeben von Kurt Leipner. Katalog von Friedhelm Nicolin. Klett Verlag, Stuttgart, 262 S., kart. 18,— DM (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart, 2. Sonderband). — Als Bd. 3 der „Marbacher Schriften", herausgegeben vom Deutschen Literaturarchiv im Schiller-Nationalmuseum, erscheint: Der junge Hegel in Stuttgart. Aufsätze und Tagebuchaufzeichnungen 1785—1788. Herausgegeben von Friedhelm Nicolin (154 S. Pappbd. 12,— DM).

Kurt Koszyk / Karl-H. Pruys, DTV-Wörterbuch zur Publizistik. Zweite, verbesserte Auflage. Deutscher Taschenbuch Verlag,

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970

Die Bundesrepublik Deutschland
und die
Volksrepublik Polen,

in der Erwägung, daß mehr als 25 Jahre seit Ende des Zweiten Weltkrieges vergangen sind, dessen erstes Opfer Polen wurde und der über die Völker Europas schweres Leid gebracht hat,

eingedenk dessen, daß in beiden Ländern inzwischen eine neue Generation herangewachsen ist, der eine friedliche Zukunft gesichert werden soll,

in dem Wunsche, dauerhafte Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben und die Entwicklung normaler und guter Beziehungen zwischen ihnen zu schaffen,

in dem Bestreben, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu festigen,

in dem Bewußtsein, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

1) Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet.

2) Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

3) Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.

Artikel II

1) Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen werden sich in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie in Fragen der Gewährleistung der Sicherheit in Europa und in der Welt von den Zielen und Grundsätzen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, leiten lassen.

2) Demgemäß werden sie entsprechend den Artikeln 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen alle ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und sich in Fragen, die die europäische und internationale Sicherheit berühren, sowie in ihren gegenseitigen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt enthalten.

Artikel III

1) Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen werden weitere Schritte zur vollen Normalisierung und umfassenden Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen unternehmen, deren feste Grundlage dieser Vertrag bildet.

2) Sie stimmen darin überein, daß eine Erweiterung ihrer Zusammenarbeit im Bereich der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen und sonstigen Beziehungen in ihrem beiderseitigen Interesse liegt.

Artikel IV

Dieser Vertrag berührt nicht die von den Parteien früher geschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen oder mehrseitigen internationalen Vereinbarungen.

Artikel V

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft, der in Bonn stattfinden soll.

Zur Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der Vertragsparteien diesen Vertrag unterschrieben.

Geschehen zu Warschau am 7. 12. 1970 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Dokumente, die mit dem Vertrag zwischen der BRD und der VR Polen in Zusammenhang stehen

Wortlaut der Note der Bundesregierung an die drei Westmächte

Den Botschaftern der drei Westmächte in Bonn wurden am 19. November 1970 nach der am 18. November erfolgten Paraphierung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen gleichlautende Verbalnoten übermittelt.

Nachstehend der Text der Verbalnote an die Botschaft des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland:

Auswärtiges Amt
An die
Königlich Britische Botschaft
Bonn

Das Auswärtige Amt hat die Ehre, der Königlich Britischen Botschaft nachstehend eine Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom heutigen Tage an die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu übermitteln:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland den anliegenden Wortlaut eines Vertrages über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Kenntnis zu bringen, der am 18. November in Warschau paraphiert worden ist.

Im Laufe der Verhandlungen, die zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über diesen Vertrag geführt worden sind, ist von der Bundesregierung klargestellt worden, daß der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen die Rechte und Verantwortlichkeiten der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika, wie sie in den bekannten Verträgen und Vereinbarungen ihren Niederschlag gefunden haben, nicht berührt und nicht berühren kann. Die Bundesregierung hat ferner darauf hingewiesen, daß sie nur im Namen der Bundesrepublik Deutschland handeln kann. Die Regierung der Französischen Republik und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika haben gleichlautende Noten erhalten."

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Königlich Britische Botschaft erneut seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Bonn, den 19. November 1970

Wortlaut der Antwortnote der drei Westmächte an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Die Regierungen der drei Westmächte haben der Bundesrepublik am 19. November 1970 in Bonn als Antwort ebenfalls gleichlautende Noten übergeben.

Nachstehend folgt die Übersetzung der Note der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland:

Die Botschaft Ihrer Britischen Majestät begrüßt das Auswärtige Amt und beehrt sich, gemäß den Weisungen Ihrer Majestät Minister des Auswärtigen und der Angelegenheiten des Commonwealth die nachstehende Verbalnote zu übermitteln:

„Ihrer Majestät Regierung im Vereinigten Königreich beehrt sich, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen, daß sie die Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 19. November erhalten hat, der der Text des Vertrages über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen beigefügt ist, der am 18. November 1970 in Warschau paraphiert wurde, und die folgenden Wortlaut hat:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland den anliegenden Wortlaut eines Vertrages über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Kenntnis zu bringen, der am 18. November in Warschau paraphiert worden ist.

Im Laufe der Verhandlungen, die zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über diesen Vertrag geführt worden sind, ist von der Bundesregierung klargestellt worden, daß der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen die Rechte und Verantwortlichkeiten der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika, wie sie in den bekannten Verträgen und Vereinbarungen ihren Niederschlag gefunden haben, nicht berührt und nicht berühren kann. Die Bundesregierung hat ferner darauf hingewiesen, daß sie nur im Namen der Bundesrepublik Deutschland handeln kann. Die Regierung der Französischen Republik und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika haben gleichlautende Noten erhalten.

Die Regierung Ihrer Majestät nimmt von der Paraphierung des Vertrages zustimmend Kenntnis. Sie teilt die Auffassung, daß der Vertrag die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte, wie sie in den bekannten Verträgen und Vereinbarungen ihren Niederschlag gefunden haben, nicht berührt und nicht berühren kann."

Die Botschaft Ihrer Britischen Majestät benutzt diese Gelegenheit, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

19. November 1970

Information der Regierung der Volksrepublik Polen

Die Regierung der Volksrepublik Polen hat die Bundesregierung mit nachstehender Information über Maßnahmen zur Lösung humanitärer Probleme unterrichtet:

1) Im Jahre 1955 hat die polnische Regierung dem Polnischen Roten Kreuz empfohlen, eine Vereinbarung mit dem Roten Kreuz der BRD über die Familienzusammenführung abzuschließen, auf Grund deren bis 1959 aus Polen etwa eine Viertelmillion Menschen ausgereist ist. In den letzten Jahren von 1960 bis 1969 sind im normalen Verfahren zusätzlich etwa 150 000 Menschen aus Polen ausgereist. Bei der Aktion der Familienzusammenführung hat sich die polnische Regierung vor allem von humanitären Gründen leiten lassen. Sie war und ist jedoch nicht damit einverstanden, daß ihre positive Haltung in der Frage der Familienzusammenführung für eine Emigration zu Erwerbszwecken von Personen polnischer Nationalität ausgenutzt wird.

2) In Polen ist bis heute aus verschiedenen Gründen (z. B. enge Bindung an den Geburtsort) eine gewisse Zahl von Personen mit unbestreitbarer deutscher Volkszugehörigkeit

und von Personen aus gemischten Familien zurückgeblieben, bei denen im Laufe der vergangenen Jahre das Gefühl dieser Zugehörigkeit dominiert hat. Die polnische Regierung steht weiterhin auf dem Standpunkt, daß Personen, die auf Grund ihrer unbestreitbaren deutschen Volkszugehörigkeit in einen der beiden deutschen Staaten auszureisen wünschen, dies unter Beachtung der in Polen geltenden Gesetze und Rechtsvorschriften tun können.

Ferner werden die Lage von gemischten Familien und getrennten Familien sowie solche Fälle polnischer Staatsangehöriger berücksichtigt werden, die entweder infolge ihrer veränderten Familienverhältnisse oder infolge der Änderung ihrer früher getroffenen Entscheidung den Wunsch äußern werden, sich mit ihren in der BRD oder in der DDR lebenden nahen Verwandten zu vereinigen.

3) Die zuständigen polnischen Behörden verfügen nicht einmal annähernd über solche Zahlen von Anträgen auf Ausreise in die BRD, wie sie in der BRD angegeben werden. Nach den bisherigen Untersuchungen der polnischen Behörden können die Kriterien, die zu einer eventuellen Ausreise aus Polen in die BRD oder die DDR berechtigen, einige Zehntausende Personen betreffen. Die polnische Regierung wird daher entsprechende Anordnungen erlassen, zwecks sorgfältiger Untersuchung, ob die Anträge, die eingereicht worden sind, begründet sind, und zwecks Prüfung derselben in möglichst kurzer Zeit.

Die polnische Regierung wird das Polnische Rote Kreuz ermächtigen, vom Roten Kreuz der BRD Listen über die Personen entgegenzunehmen, deren Anträge sich im Besitz des DRK befinden, um diese Listen mit den entsprechenden Zusammenstellungen, die sich bei den zuständigen polnischen Behörden befinden, zu vergleichen und sorgfältig zu prüfen.

4) Die Zusammenarbeit des Polnischen Roten Kreuzes mit dem Roten Kreuz der BRD wird in jeder erforderlichen Weise erleichtert werden. Das Polnische Rote Kreuz wird ermächtigt werden, Erläuterungen des DRK zu den Listen entgegenzunehmen, und das DRK über das Ergebnis der Prüfung übermittelter Anträge durch die polnischen Behörden unterrichten. Das Polnische Rote Kreuz wird darüber hinaus ermächtigt sein, gemeinsam mit dem Roten Kreuz der BRD alle praktischen Fragen zu erwägen, die sich aus dieser Aktion etwa ergeben könnten.

5) Was den Personenverkehr anbelangt, und zwar im Zusammenhang mit Besuchen von Familienangehörigen, so werden die zuständigen polnischen Behörden nach Inkrafttreten des Vertrages über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten die gleichen Grundsätze anwenden, die gegenüber anderen Staaten Westeuropas üblich sind.

Wortlaut der Erklärung des polnischen Außenministers Stefan Jedrychowski bei der Paraphierung des Vertrages

Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Bundesminister,
meine Damen und Herren!

Im Namen der Volksrepublik Polen und in meinem eigenen Namen möchte ich die tiefe Befriedigung über den glücklichen Abschluß der politischen Verhandlungen zum Ausdruck bringen, die auf Grund der vom Ersten Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Wladyslaw Gomulka, am 17. Mai 1969 ergriffenen und von Herrn Bundeskanzler Willy Brandt am 28. Oktober 1969 aufgenommenen Initiative sowie auf Grund der Antwort der Regierung der VRP vom 22. Dezember 1969 auf die Note der Bundesregierung vom 25. November 1969 zwischen der Regierung der Volksrepublik Polen und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland geführt worden sind.

Im Ergebnis dieser Verhandlungen haben wir soeben den Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen paraphiert. Nach Überzeugung der polnischen Regierung bildet dieser Vertrag eine dauerhafte Grundlage für die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Mit dem Vertrag wird ein Schluß-

strich unter die Vergangenheit gezogen und zugleich eine neue, meiner Überzeugung nach für beide Seiten gedeihliche und fruchtbare Epoche der Beziehungen zwischen den beiden Ländern und Völkern eröffnet.

Zugleich ist der Vertrag ein Beitrag unserer beiden Staaten zur Konsolidierung der Sicherheit und des Friedens in Europa und wird die Normalisierung europäischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern und Völkern eröffnet.

Zugleich ist der Vertrag ein Beitrag unserer beiden Staaten zur Konsolidierung der Sicherheit und des Friedens in Europa und wird die Normalisierung europäischer Beziehungen fördern, die auf Zusammenarbeit, Verständnis und gegenseitigem Vorteil der Staaten Europas — unabhängig von den zwischen ihnen bestehenden politischen und gesellschaftlichen Unterschieden — beruhen.

Im Laufe der Verhandlungen wurde ebenfalls Einvernehmen über eine Reihe konkreter Probleme erzielt, die mit der Einleitung des Normalisierungsprozesses nach Inkrafttreten des Vertrags in Verbindung stehen. Es sind dies schwierige Probleme, weil sie aus einer besonders schwierigen Vergangenheit herrühren. Auch in bezug auf diese Probleme hat man gegenseitiges Verständnis und Ergebnisse erreicht, die, wie ich meine, zur Herstellung normaler Beziehungen zwischen unseren Ländern beitragen werden.

Herr Bundesminister! Bitte nehmen Sie die Glückwünsche der polnischen Regierung und meine persönlichen Glückwünsche für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, für Sie, Herr Minister, für Herrn Staatssekretär Georg Ferdinand Duckwitz, für den heute nicht unter uns weilenden Herrn Staatssekretär Paul Frank sowie für alle Mitglieder der Delegation der Bundesregierung entgegen, deren beachtlicher Beitrag an Arbeit es uns gestattet hat, am heutigen Tage den Vertrag über die Grundlage der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland zu paraphieren.

Ich möchte zugleich der Befriedigung darüber Ausdruck verleihen, daß dieser Vertrag, der für beide Staaten von großer Bedeutung ist, von den beiden Regierungschefs, Herrn Bundeskanzler Willy Brandt und Herrn Premierminister Józef Cyrankiewicz, sowie von den Außenministern unterzeichnet werden wird.

Wortlaut der Erklärung von Außenminister Walter Scheel bei der Paraphierung des Vertrages

Herr Ministerpräsident,
Herr Außenminister,
meine Damen und Herren!

Ich möchte unseren polnischen Gastgebern danken für den Rahmen, den sie dem heutigen Abschluß unserer Vertragsverhandlungen geben. Wir würdigen sowohl die Tatsache Ihrer Anwesenheit, Herr Ministerpräsident, bei der Paraphierung des Vertrages über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen wie auch den Inhalt der Worte, die Sie, Herr Außenminister, soeben an uns gerichtet haben.

Auch die Bundesregierung betrachtet den Vertrag, den wir heute hier paraphiert haben, als einen entscheidenden Schritt in den deutsch-polnischen Beziehungen, der die leidvolle Vergangenheit überwinden und die Entwicklung normaler, freundschaftlicher Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern ermöglichen soll.

Unsere beiden Delegationen haben den Inhalt dieses Vertrages und der damit in Verbindung stehenden Texte in den vergangenen Wochen und Monaten gründlich erörtert. Um einzelne Formulierungen ist hart gerungen worden. Gleichzeitig sind diese deutsch-polnischen Gespräche und Verhandlungen aber insgesamt von dem Willen bestimmt gewesen, auch die Standpunkte und Anliegen des Verhandlungspartners zu berücksichtigen und zu Vereinbarungen zu gelangen, die für beide Teile annehmbar sind. Diese Verhandlungen sind mit dem Bewußtsein geführt worden, daß es um einen geschichtlichen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen unseren Staaten geht und daß die Anbahnung

eines dauerhaften Ausgleichs zwischen unseren Völkern über seine bilaterale Bedeutung hinaus für ganz Europa wichtig ist.

Für den Geist, in dem diese deutsch-polnischen Verhandlungen geführt worden sind, möchte ich der polnischen Delegation, möchte ich Ihnen, Herr Außenminister, Ihrem Stellvertreter, Herrn Winiewicz, und den anderen Mitgliedern der Delegation ausdrücklich danken.

Um die Billigung dieses Vertrages durch die zuständigen parlamentarischen Gremien der Bundesrepublik Deutschland und durch die deutsche Öffentlichkeit wird noch hart gerungen werden. Dies halte ich angesichts der Fragen, um die es dabei geht, für einen normalen und für eine wirkliche deutsch-polnische Aussöhnung notwendigen Vorgang. Die Bundesregierung wird ihre Politik unbeirrt fortsetzen. Und ich bin zuversichtlich, daß sie die Zustimmung einer breiten Mehrheit unseres Volkes findet.

Das wird um so eher der Fall sein, wenn gleichzeitig der klare Wille der polnischen Regierung zur Normalisierung der Beziehungen, an dem ich nicht zweifle und der mir durch diese Verhandlungen bestätigt worden ist, auch der breiten Öffentlichkeit erkennbar wird. Deshalb würde ich es begrüßen, wenn möglichst bald nach der Unterzeichnung dieses Vertrages konkrete Fortschritte im Rahmen des Normalisierungsprozesses erzielt werden könnten. Hierbei denke ich insbesondere an den Komplex, den wir bei unseren Verhandlungen unter dem Begriff der humanitären Fragen erörtert haben.

Ich bin zuversichtlich, Herr Ministerpräsident, Herr Minister, daß die gemeinsamen Anstrengungen für eine glücklichere Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen, die wir mit diesem Vertrag einleiten, erfolgreich fortgeführt werden können, wenn sie vom Geist dieser Vertragsverhandlungen bestimmt bleiben.

Wortlaut der Erklärung der Staaten des Warschauer Paktes zu Fragen der europäischen Sicherheit vom 3. Dezember 1970 in Berlin (DDR)

Zu Fragen der Festigung der Sicherheit und Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit in Europa.

Die Volksrepublik Bulgarien, die Deutsche Demokratische Republik, die Polnische Volksrepublik, die Sozialistische Republik Rumänien, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die Ungarische Volksrepublik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die auf der Beratung des politischen beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin vertreten sind, erörterten die in Europa bestehende Lage.

Die Beratung stellt mit Genugtuung fest, daß die Anstrengungen, die von den sozialistischen Ländern unternommen werden, wirksam zur Gesundung der Lage auf dem europäischen Kontinent und zur praktischen Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung beitragen.

Es wurde konstatiert, daß sich in der letzten Zeit in den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten die Tendenz zur Entspannung und zu einer umfassenden gutnachbarlichen Zusammenarbeit immer mehr durchsetzt.

Die auf der Beratung vertretenen Staaten begrüßen einen solchen Verlauf der Entwicklung der europäischen Angelegenheiten, der den Interessen aller Länder Europas, großer wie kleiner, und der Gewährleistung eines dauerhaften Friedens in der ganzen Welt entspricht. Sie beabsichtigen, auch künftig zur Erweiterung und Vertiefung gegenseitig vorteilhafter Beziehungen mit anderen Staaten Europas beizutragen, die ihrerseits bereit sind, eine Politik der internationalen Entspannung zu verfolgen. Es wurde erneut auf die Notwendigkeit verwiesen, in den Beziehungen zwischen allen Staaten die Prinzipien der

Unabhängigkeit, der Souveränität, der territorialen Integrität, der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer strikt einzuhalten.

Die Teilnehmer der Beratung unterstrichen die große internationale Bedeutung des Abschlusses des Vertrages zwischen der UdSSR und der BRD und der Paraphierung des Vertrages zwischen der Polnischen Volksrepublik und der BRD. Die Anerkennung der bestehenden Lage in Europa, die sich im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung herausgebildet hat, und der Unantastbarkeit der gegenwärtigen Grenzen der europäischen Staaten sowie die Einhaltung des Prinzips, Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen, ohne Gewalt anzuwenden oder anzudrohen — all das ist von eminenter Bedeutung für das Schicksal des Friedens in Europa, für die friedliche Zukunft der europäischen Völker. Das Inkrafttreten dieser Verträge wird den lebenswichtigen Interessen aller Staaten und Völker entsprechen.

Die Teilnehmer der Beratung erklärten sich einmütig mit der Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik solidarisch. Die gesamte Entwicklung in Europa zeugt davon, daß es unmöglich ist, ohne die Teilnahme der DDR das Gebäude eines dauerhaften Friedens in diesem Raum zu errichten. Die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und anderen Staaten, die solche Beziehungen bisher nicht hergestellt haben, darunter auch die Herstellung von Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage der allgemeingültigen Normen des Völkerrechts, die Aufnahme der DDR als gleichberechtigtes Mitglied in die Organisationen der Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen sind lebensnotwendige Forderungen der Zeit und wären ein gewichtiger Beitrag zur europäischen und internationalen Sicherheit.

Die auf der Beratung vertretenen Staaten unterstützen voll und ganz die berechtigte Forderung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, daß die BRD die Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an mit allen sich daraus ergebenden Folgen anerkennt. Die eindeutige und endgültige Distanzierung der BRD von diesem Diktat, das die räuberische Politik Hitlers verkörperte, würde die Gesundung der Lage in Europa und die Entwicklung der Beziehungen der BRD zu den sozialistischen Ländern fördern.

Auf der Beratung wurde hervorgehoben, daß sich Voraussetzungen für die Regelung anderer in Europa stehender Probleme herausbilden. In diesem Zusammenhang wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen über West-Berlin mit der Erzielung einer gegenseitig akzeptablen Vereinbarung abgeschlossen werden, die den Interessen der Entspannung im Zentrum Europas sowie den Bedürfnissen der Bevölkerung West-Berlins und den legitimen Interessen und souveränen Rechten der DDR entspricht.

Die Teilnehmer der Beratung äußerten ihre Überzeugung, daß die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz zu Fragen der Sicherheit und der Zusammenarbeit eine neue, bedeutende Etappe auf dem Wege zur Festigung des Friedens in Europa sein würde.

Dank der bereits geleisteten Vorbereitungsarbeit sind jetzt für die Durchführung einer solchen Konferenz genügend Voraussetzungen geschaffen, die Tagesordnung und der Kreis der Teilnehmer an der Konferenz sind im wesentlichen umrissen, eine breite Basis für die Verständigung und die Gewährleistung positiver Ergebnisse der Konferenz wurde geschaffen. Der Abschluß der Abstimmung aller mit der Einberufung der Konferenz zusammenhängenden Fragen erfordert gegenwärtig neben bilateralen Kontakten die Durchführung multilateraler Konsultationen unter Teilnahme aller interessierten Staaten. Viele europäische Staaten haben sich bereits dafür ausgesprochen.

Die Beratungsteilnehmer nahmen mit Genugtuung die neue Initiative der Regierung Finnlands auf, zu den mit der Einberufung der Europäischen Sicherheitskonferenz zusammenhängenden Fragen in Helsinki Vorbereitungstreffen von Vertretern aller interessierten Staaten zu veranstalten. Die auf der Beratung vertretenen Staaten erklären ihre Bereitschaft, an solchen Treffen teilzunehmen, die geeignet sind, die praktische Vorbereitung der Europäischen Sicherheitskonferenz zu fördern.

Es gibt keinerlei Gründe, die Einberufung der Konferenz hinauszuzögern oder irgendwelche Vorbedingungen zu stellen. Die Bewegung für die Sicherheit und Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent wird immer breiter und nimmt immer mehr Massencharakter an. Die an der Beratung teilnehmenden sozialistischen Staaten sind fest entschlossen, alles von ihnen Abhängende zu tun, damit der Friedenswille der europäischen Völker lebendige Wirklichkeit werde.

Die Teilnehmer der Beratung stellen fest, daß die Gegner der Entspannung und der friedlichen Zusammenarbeit in Europa ihre gefährliche Tätigkeit nicht eingestellt haben. In diesem Zusammenhang wurde der Aktivierung der aggressiven Kreise der NATO, den provokatorischen Handlungen revanchistischer und militaristischer Kräfte in der BRD sowie den fortdauernden Versuchen von außen, die Entwicklung günstiger Prozesse auf dem europäischen Kontinent aufzuhalten, Aufmerksamkeit gewidmet. Es wurde die feste Zuversicht zum Ausdruck gebracht, daß die Friedenskräfte Europas fähig sind, die Hindernisse zu überwinden, die von den Gegnern des Friedens geschaffen werden, und mit vereinten Anstrengungen die Aufgabe zu lösen, in diesem Teil des Erdballs den Frieden zuverlässig zu sichern.

Zu den Fragen der europäischen Sicherheit, der Entspannung und der Abrüstung bekräftigen die Beratungsteilnehmer ihren in der Bukarester Deklaration vom 5. Juli 1966 dargelegten Standpunkt.

Die Teilnehmer der Beratung brachten die Entschlossenheit der Parteien und Regierungen ihrer Länder zum Ausdruck, auch künftig im Interesse der Gewährleistung einer stabilen Sicherheit in Europa und in aller Welt abgestimmte gemeinsame Schritte in der internationalen Arena zu unternehmen. Dazu werden sie aktiv die Politik des Friedens, der Entspannung und der umfassenden internationalen Zusammenarbeit fortsetzen.

Wortlaut der Resolutionen der Dritten Konferenz der blockfreien Länder in Lusaka/Sambia (I)

Vom 8. bis 10. September 1970 fand in Lusaka/Sambia die Dritte Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der blockfreien Länder statt. An der Konferenz nahmen folgende Länder teil: Äquatorial-Guinea, Äthiopien, Afghanistan, Algerien, Arabische Republik Jemen, Betschuanaland (Botswana), Burundi, Ceylon, Demokratische Republik Kongo, Gabon, Ghana, Guayana, Guinea, Indien, Indonesien, Irak, Jamaika, Jordanien, Jugoslawien, Kamerun, Kenia, Kuba, Kuwait, Laos, Lesotho, Libanon, Liberia, Libyen, Malaysia, Mali, Marokko, Mauretanien, Nepal, Nigeria, Ruanda, Sambia, Sierra Leone, Singapur, Somalia, Sudan, Syrien, Tansania, Swaziland, Südjemen, Togo, Trinidad/Tobago, Tschad, Tunesien, Uganda, Vereinigte Arabische Republik, Volksrepublik Kongo, Zentralafrikanische Republik, Zypern.

Der Konferenz wohnten als Beobachter bei: Argentinien, Barbados, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Peru, Südvietnam, Venezuela.

Auch der Generalsekretär der Organisation für afrikanische Einheit nahm an der Konferenz als Beobachter teil.

Folgende Volksbefreiungsbewegungen haben sich in ihrer Eigenschaft als Gäste an die Konferenz gewandt:

FRELIMO — die Befreiungsfront Mozambiques; MPLA — Volksbewegung zur Befreiung Angolas; ZAPU und ZANU — Bewegungen zur Befreiung von Simbabwe-Rhodesien; ANC — der Afrikanische Nationalkongreß (Südafrika); MOLINAKO — Volksbewegung zur Befreiung der Komoren; FLCS — Volksbewegung zur Befreiung Französisch-Somalias; Bewegung für die Befreiung Palästinas.

Nachstehend veröffentlichen wir den Wortlaut der von der Konferenz verabschiedeten Resolutionen. D. Red.

Resolution über den Nahen Osten

Die Staats- und Regierungschefs der blockfreien Länder bestätigen die früheren Resolutionen der blockfreien Länder, die auf die gefährliche Situation im Mittleren Osten sowie auf die Tatsache hingewiesen haben, daß die Fortsetzung der israelischen Okkupation der Territorien dreier blockfreier Länder eine Verletzung der Prinzipien der Vereinten Nationen, eine Herausforderung im Hinblick auf die Ziele der Blockfreiheit und eine ernste Friedensbedrohung darstellt.

Sie erachten es als unzulässig, daß Israel die Okkupation der Territorien dreier souveräner und blockfreier Länder fortsetzt, daß es weiterhin die Politik der flagranten Gewaltanwendung betreibt und die Okkupation dieser Territorien als Druckmittel benutzt, um eine Lösung aufzuzwingen.

Sie bestätigen die Unannehmbarkeit der Aneignung von Territorien durch Gewaltanwendung und fordern die unverzügliche Zurückziehung Israels aus allen arabischen Territorien, die nach dem 5. Juni 1967 okkupiert worden sind.

Sie erklären, daß die völlige Achtung der unveräußerlichen Rechte des arabischen Volkes von Palästina eine Voraussetzung ist für die Erlangung des Friedens im Mittleren Osten.

Sie verlangen, daß dem arabischen Volk Palästinas alle Rechte auf die Heimat, die ihm geraubt worden sind, zurückgegeben werden, und bringen erneut ihre Unterstützung für den Kampf dieses Volkes um nationale Befreiung und gegen Kolonialismus und Rassismus zum Ausdruck.

Sie unterstreichen erneut die Notwendigkeit, im Einklang mit den UNO-Resolutionen diese in die Tat umzusetzen.

Sie äußern ihre Unterstützung für die Bemühungen des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, die Achtung der Resolution des Sicherheitsrats vom 22. November 1967 zu gewährleisten.

Sie bedauern, daß Israel diese auf die Verwirklichung eines auf Gerechtigkeit beruhenden Friedens ausgerichteten Bemühungen behindert, vor allem aber die Verhandlungen mit dem Sonderbeauftragten der UN abgebrochen hat, die dieser zur Erfüllung der Aufgaben, die ihm durch die Resolution des Sicherheitsrats anvertraut wurden, geführt hat.

Sie empfehlen, gegen Israel im Einklang mit Kapitel VII der UNO-Charta Sanktionen anzuwenden, falls es sich weiter den Bemühungen widersetzt, die auf die Herstellung eines auf Gerechtigkeit beruhenden Friedens ausgerichtet sind, und falls es weiterhin ablehnt, sich im Einklang mit der Resolution des Sicherheitsrats vom 22. November 1967 aus den okkupierten Territorien zurückzuziehen.

Resolution über Südostasien

Die Dritte Gipfelkonferenz der blockfreien Länder, die vom 8. bis 10. September 1970 in Lusaka/Sambia abgehalten wurde, ist tief besorgt über die Fortsetzung und Ausbreitung des Krieges, den die Streitkräfte der Vereinigten Staaten im Südosten Asiens führen — eines Krieges, der unaussprechliche Leiden sowie Verluste an Menschen und Material verursacht.

Sie bestätigt ihre Hingabe an die Prinzipien der UNO-Charta, der Allgemeinen Deklaration über die Menschenrechte und der Deklarationen der in Belgrad und Kairo abgehaltenen Konferenzen der blockfreien Länder.

Sie ist der Ansicht, daß nur Verhandlungen zwischen den interessierten Ländern es ermöglichen werden, eine friedliche und gerechte Lösung im Einklang mit der UNO-Charta zu finden.

Sie ist entschlossen, jedem Versuch der Verletzung der Souveränität oder territorialen Integrität eines Staates entgegenzutreten.

Sie übernimmt es, das Recht aller Völker zu unterstützen, jene Form der Verwaltung ihres Landes anzunehmen, die sie für ihre Entwicklung als die günstigste betrachten.

Sie unterstützt außerdem den Wunsch der Völker zweigeteilter Nationen, ihre Einheit zu realisieren.

Sie erachtet, daß die Probleme nicht auf militärischem Wege gelöst werden können und daß die Gewaltanwendung oder -androhung bei der Lösung von Problemen zweigeteilter Nationen dem Frieden und der internationalen Sicherheit nur schaden kann.

Sie erklärt einstimmig, daß jeder Staat Indochinas frei sein muß, sich mit seinen Angelegenheiten zu befassen, ohne Einmischung von außen und ohne fremde militärische Anwesenheit.

Sie erklärt, daß sie zur Gänze die Völker Südostasiens in ihrem heldenmütigen Kampf unterstützt, den sie weiterhin um ihre Freiheit und Unabhängigkeit führen.

Sie bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Verhandlungen in Paris, sobald es möglich ist, mit einer dauerhaften Lösung enden werden, die es den Völkern Südostasiens ermöglicht, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden.

Sie verlangt sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und bedingungslose Zurückziehung fremder Truppen, um es den Völkern Südostasiens zu ermöglichen, ohne fremde Einmischung über ihr Schicksal zu entscheiden.

Sie appelliert an das Gewissen der Welt, an das Gewissen der blockfreien Länder und der Mitglieder der Weltorganisation, alle Bemühungen zu unterstützen, die darauf ausgerichtet sind, diese Frage auf der nächsten Tagung der UNO-Generalversammlung einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

Allgemeine Resolution über Entkolonisierung

Die Dritte Gipfelkonferenz der blockfreien Länder, die vom 8. bis 10. September 1970 in Lusaka/Sambia stattfand, erinnert an die Deklaration der UNO über Entkolonisierung und die entsprechende Resolution der UNO-Generalversammlung über die Rechte aller Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit.

Sie ist tief besorgt über die fortwährende Herrschaft der Unterdrückungsregime sowie über die koloniale und rassistische Ausbeutung, aber auch über die ernsten Folgen humaner, politischer und moralischer Natur, die aus ihren Untaten hervorgehen können. Sie ist fest überzeugt vom Ernst der Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit, die eine Aktivität der kolonialen und rassistischen Mächte darstellt.

Sie erörtert die vielfache politische, moralische, diplomatische, wirtschaftliche, finanzielle und militärische Hilfe, die der portugiesischen Regierung, den in Salisbury herrschenden illegalen Kräften und der faschistischen und verbrecherischen Regierung in Pretoria von ihren Freunden und Verbündeten gewährt wird, was ihnen die Fortsetzung der Knechtungs- und Ausbeutungsaktivität der afrikanischen Völker und Regierungen ermöglicht.

1) Sie richtet einen dringenden Appell an Frankreich und Spanien, in möglichst kurzer Frist den Völkern ihrer Kolonien zu erlauben, frei und unter der Kontrolle der UNO und der Organisation für afrikanische Einheit ihr Selbstbestimmungsrecht zu nutzen.

2) Sie faßt den Beschluß, daß — was Portugal, Südafrika und Simbabwe betrifft — folgende Maßnahmen ergriffen werden, solange sich diese dem Beschluß der Vereinten Nationen über die Entkolonisierung und Abschaffung der Rassendiskrimination nicht beugen:

A) ein Embargo auf den Handel mit diesen drei Ländern zu verhängen,

B) die diplomatischen Beziehungen mit Portugal und Südafrika abzubrechen.

C) den Aufenthalt aller Flugzeuge und Schiffe, die nach Südafrika, Portugal oder von dort kommen, zu verbieten und ihnen alle Erleichterungen zu versagen,

D) dem Sonderfonds des Befreiungskomitees der Organisation für afrikanische Einheit bedeutende Hilfe zu gewähren,

E) Unterstützung und materielle Hilfe für die Befreiungsbewegungen durch die Organisation für afrikanische Einheit zu erhöhen.

3) Sie betraut ihren Präsidenten mit der wichtigen Mission, alle entsprechenden Aktionen und Initiativen im Hinblick auf militärische und Handelspartner der kolonialen und rassistischen Unterdrückungsregime einzuleiten, ohne Schaden für die vereinbarte Aktion der blockfreien Länder auf allen Niveaus, mit dem Ziel, im Einklang mit den zahlreichen Resolutionen der UNO-Generalversammlung und des Sicherheitsrates sowie der Organisation für afrikanische Einheit dieser Hilfe Einhalt zu gebieten.

4) Sie verlangt vom Präsidenten der Konferenz der blockfreien Länder, im Rahmen dieser bedeutenden Mission auf die entsprechendste Art und Weise mit den NATO-Mitgliedsländern, vor allem mit den Vereinigten Staaten, mit Großbritannien, Frankreich, der BR Deutschland, Italien, sowie mit der Schweiz und besonders mit Japan Kontakt aufzunehmen und von ihnen zu verlangen, ihre Hilfe, die direkt oder indirekt die kolonialen und rassistischen Regime festigen kann, unverzüglich einzustellen.

Resolution über die Apartheid und die Rassendiskrimination

Die Dritte Gipfelkonferenz der blockfreien Länder, die vom 8. bis 10. September 1970 in Lusaka/Sambia, stattfand, erinnert an die Resolution der Organisation für afrikanische Einheit CM/Res. 232 (XV), die auf der Versammlung der Staats- und Regierungschefs auf der siebten ordentlichen Tagung angenommen wurde, ferner an die Belgrader und die Kairoer Deklaration sowie an die Lusaka-Deklaration über Südafrika.

Sie stellt mit tiefer Besorgnis fest, daß Südafrika arrogant fortfährt, die Politik der Rassendiskriminierung und die Apartheid zu befolgen, wobei es mehrere UNO-Resolutionen über die Menschenrechte und Grundfreiheiten flagrant verletzt, in denen ausdrücklich von der Rassendiskriminierungs- und Apartheid-Politik die Rede ist.

Sie ist entschlossen, zwecks Rückgabe der Menschenrechte und Grundfreiheiten an die Farbigen und Geknechteten in Südafrika wirksame Maßnahmen zu ergreifen.

1) Sie unterstützt zur Gänze die Resolution CM/Res. 232 (XV) der Organisation für afrikanische Einheit, die von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs auf der siebten ordentlichen Tagung akzeptiert worden ist.

2) Sie bestätigt erneut die Legitimität des Kampfes des geknechteten Volkes Südafrikas gegen die Politik der Apartheid und der Rassendiskriminierung, um Menschenrechte und Grundfreiheiten zu verwirklichen.

3) Sie verurteilt jede Tortur, jedes inhumane und erniedrigende Verhalten gegenüber den sogenannten „Verurteilten" und Gefangenen in südafrikanischen Gefängnissen.

4) Sie verurteilt ferner die ständige Anwesenheit südafrikanischer Streitkräfte in Angola, Mozambique und Simbabwe, was eine weitere Bedrohung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten darstellt und somit den unverzüglichen und bedingungslosen Abzug dieser Streitkräfte erforderlich macht.

5) Ferner verurteilt sie die Paragraphen 10 und 29 des Grundgesetzamendements von 1969, die sich auf das Staatssicherheitsbüro (BOSS) beziehen. Dieses Gesetz ist nicht nur eines der finstersten Dokumente in der Geschichte, sondern trägt entschieden dazu bei, daß Südafrika ein totaler Polizeistaat wird; es stellt außerdem eine Verletzung des Art. II (1) der Allgemeinen Deklaration über die Menschenrechte dar.

6) Sie verurteilt jene Länder — in erster Linie die Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland, Italien und Japan —, die durch politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit der Regierung Südafrikas diese Regierung ermutigen und anregen, mit der rassistischen Politik fortzufahren.

7) Sie bedauert die Aktivität der wichtigsten Handelspartner Südafrikas, die trotz des Appells der Organisation für afrikanische Einheit und der UNO den Handelsaustausch mit Südafrika verstärkt und die Investitionen in diesem Land gesteigert haben, dadurch zur Festigung der Apartheid beitragend.

8) Sie verurteilt energisch jene Staaten, die weiterhin militärische Ausrüstung an Südafrika liefern oder ihm helfen, Waffen und Munition herzustellen, wodurch die Resolution des UNO-Sicherheitsrats und der Generalversammlung verletzt wird. In diesem Zusammenhang wird tiefes Bedauern wegen der angekündigten Absicht der britischen Regierung, erneut Waffen an Südafrika zu liefern, zum Ausdruck gebracht.

9) Sie fordert energisch von der Regierung Großbritanniens, ihre Absicht der Waffenlieferungen an das rassistische Regime in Südafrika einer Überprüfung zu unterziehen.
10) Sie beschuldigt die sogenannte „nach außen gewandte" südafrikanische Außenpolitik, deren Ziel es ist, durch wirtschaftlichen und finanziellen Druck eine Pufferzone aus Marionettenstaaten zu schaffen, um die Apartheid und die Vormachtstellung der Weißen in Südafrika zu wahren und zu festigen.
11) Sie empfiehlt allen blockfreien Ländern, sich diplomatischer, wirtschaftlicher oder gleichwelcher anderen Beziehungen mit Südafrika zu enthalten, und allen blockfreien Ländern, die vielleicht solche Beziehungen mit Südafrika unterhalten, sie sofort abzubrechen.
12) Sie bestätigt feierlich die Notwendigkeit einer internationalen Aktion, um der Apartheid Einhalt zu gebieten und auf diese Weise zu vermeiden, daß dieser Teil des Kontinents ein blutdurchtränkter Kampfplatz mit unabsehbaren Folgen für den internationalen Frieden und die Sicherheit wird.
13) Sie erklärt sich für die volle Unterstützung des geknechteten Volkes Südafrikas und für die Solidarität mit dem Kampf um Freiheit und ruft alle Länder auf, moralische und materielle Hilfe für diesen Kampf um die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu steigern.
14) Sie ruft alle blockfreien Länder auf, finanziell und materiell den Völkern zu helfen, die gegen den Kolonialismus, die Rassentrennung und Apartheid in Afrika kämpfen, und zwar über das Befreiungskomitee der Organisation für afrikanische Einheit.
15) Sie ruft auch alle anderen Staaten der Welt auf, zu dieser Sache beizutragen.

Resolution über die portugiesischen Kolonien (Angola, Mozambique und Guinea-Bissao)

Die dritte Gipfelkonferenz der blockfreien Länder, die vom 8. bis 10. September 1970 in Lusaka/Sambia, stattfand, beruft sich auf die Resolution der Organisation für afrikanische Einheit CM/Res. 234 (XV), die von den Staats- und Regierungschefs auf der siebten ordentlichen Sitzung angenommen wurde.
Sie beruft sich außerdem auf die Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker, die in der Resolution der Generalversammlung 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 enthalten ist.
Sie beruft sich ferner auf alle entsprechenden Resolutionen über die unter portugiesischer Verwaltung stehenden Territorien, die von der Generalversammlung, dem Sicherheitsrat und dem Sonderkomitee über die Situation im Hinblick auf die Durchführung der Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker angenommen worden sind.
Sie ist tief besorgt über die kritische und explosive Lage, die dem internationalen Frieden und der Sicherheit wegen Knechts- und Unterdrückungsmethoden droht, die weiterhin gegen die afrikanischen Völker auf den unter portugiesischer Verwaltung stehenden Territorien angewandt werden.
Sie stellt erneut mit tiefer Besorgnis fest, daß die Aktivitäten der ausländischen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen auf diesen Territorien mit unverminderter Kraft fortgesetzt werden und somit die Realisierung der gesetzlichen Bestrebungen der afrikanischen Völker verhindern.
Sie stellt mit tiefer Besorgnis fest, daß Portugal mit NATO-Waffen einen Kolonialkrieg zur Unterdrückung der Völker in Angola, Mozambique und Guinea-Bissao führt.
1) Sie billigt zur Gänze die Resolution der Organisation für afrikanische Einheit CM/Res. 234 (XV), die von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs auf der siebten ordentlichen Sitzung angenommen worden ist.
2) Sie bestätigt erneut das unveräußerliche Recht der Völker Angolas, Mozambiques und Guinea-Bissaos auf Freiheit und Unabhängigkeit sowie die Gesetzmäßigkeit ihres Kampfes, dieses Recht zu verwirklichen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln.
3) Sie erklärt sich solidarisch mit den Kämpfern Angolas, Mozambiques und Guinea-Bissaos und ruft die Mitgliedsländer auf, noch größere moralische und materielle Unterstützung zu gewähren, damit ihr Kampf möglichst erfolgreich ist.

4) Sie verurteilt scharf den negativen Standpunkt Portugals und seine hartnäckige Weigerung, die entsprechenden Resolutionen durchzuführen, die von der UNO-Generalversammlung, dem Sicherheitsrat und dem Sonderkomitee zur Durchführung der Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker angenommen worden sind.

5) Sie verurteilt die Aktivität der Finanzinteressen, die auf den unter portugiesischer Verwaltung stehenden Territorien wirken und die die menschlichen und materiellen Mittel dieser Territorien ausbeuten, wodurch sie den Fortschritt der Bevölkerung in Richtung auf Freiheit und Abhängigkeit verhindern.

6) Sie ruft alle Staaten auf, sich der Beteiligung am Finanzieren und der Errichtung des Wasserkraftsystems in Cabora Bassa zu enthalten.

7) Sie ruft ferner alle Staaten, besonders die militärischen Verbündeten Portugals in der NATO auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

a) jede Hilfe an die portugiesische Regierung, die es ihr ermöglicht, weiterhin die afrikanischen Völker auf den unter ihrer Verwaltung stehenden Territorien zu unterdrücken, unverzüglich einzustellen;

b) alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die portugiesische Regierung daran zu hindern, Waffen und militärische Ausrüstung zu kaufen oder anzuschaffen;

c) den Verkauf oder die Lieferung von Ausrüstung und Material für die Produktion oder Instandhaltung von Waffen und Munition an die portugiesische Regierung einzustellen.

Resolution über Namibia

Die Dritte Gipfelkonferenz der blockfreien Länder, die vom 8. bis 10. September 1970 in Lusaka/Sambia stattfand, erinnert an die Resolution der Organisation für afrikanische Einheit CM/Res. 231 (XV), die von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs auf der siebten ordentlichen Tagung angenommen wurde.

Sie erinnert ferner an die Resolution der UNO-Generalversammlung Nr. 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960, die die Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker enthält, an die Resolutionen des Sicherheitsrats Nr. 264 (1969) und 276 (1970), mit denen der Rat den Beschluß der Generalversammlung, das Mandat Südafrikas über Südwestafrika (Namibia) aufzulösen, bestätigt hat, und beschließt, die direkte Verantwortung für dieses Territorium zu übernehmen, bis es unabhängig wird, und mit denen die ständige Anwesenheit der südafrikanischen Behörden in Namibia sowie alle Akte dieser Regierung im Namen Namibias, die dieses Territorium angehen, nach Ablauf des erwähnten Mandats als illegal und ungültig erklärt wurden.

Sie erinnert außerdem an die Resolution des UNO-Sicherheitsrats Nr. 269 (1969) vom 12. August 1969, worin der Sicherheitsrat die Regierung Südafrikas aufruft, ihrer Verwaltung in Namibia bis zum 4. Oktober 1969 ein Ende zu setzen.

Sie stellt fest, daß die ständige Ablehnung der Regierung Südafrikas, sich den Beschlüssen der UNO-Generalversammlung und des Sicherheitsrats zu beugen, mit denen die unverzügliche Zurückziehung ihrer Administration aus Namibia verlangt wird, zum großen Teil aus der Tatsache hervorgeht, daß einige wichtige Westmächte und Interessen fortfahren, Südafrika wirtschaftliche, militärische und politische Hilfe zu leisten.

1) Sie billigt zur Gänze die Resolution der Organisation für afrikanische Einheit CM/Res. 231 (XV), die von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs auf dem siebten ordentlichen Treffen angenommen wurde.

2) Sie verurteilt scharf den negativen Standpunkt der südafrikanischen Regierung und ihre hartnäckige Weigerung, die relevanten Resolutionen zu befolgen, die sich auf Namibia beziehen und die von der UNO-Generalversammlung und dem Sicherheitsrat angenommen wurden.

3) Sie verurteilt ferner die Aktivität ausländischer Finanzinteressen, die in Namibia operieren, menschliche und materielle Ressourcen Namibias ausbeuten und die Entfaltung des Volkes von Namibia zur Freiheit und Unabhängigkeit verhindern.

4) Sie bestätigt erneut das unveräußerliche Recht der Völker von Namibia auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sowie die Legitimität ihres Kampfes, dieses Recht mit allen Mitteln zu verwirklichen.

5) Sie verpflichtet sich zur Solidarität mit dem Volk von Namibia, das für die Freiheit kämpft, und verlangt von allen Mitgliedstaaten, diesem Volk eine größere moralische und materielle Hilfe zu gewähren.

6) Sie bestätigt erneut ihre Uberzeugung, daß die Durchführung der Beschlüsse des Sicherheitsrats und der UNO-Generalversammlung die Aufgabe der Vereinten Nationen und aller Mitgliedstaaten ist.

7) Sie ruft alle Staaten auf, die Bemühungen für die Durchführung der Beschlüsse der Vereinten Nationen zu koordinieren, der Herrschaft Südafrikas über Namibia ein Ende zu setzen sowie die Souveränität der Vereinten Nationen in Namibia herzustellen.

8) Sie ruft alle Regierungen auf, sich der Lieferung gleichwelcher Waffen, Militärausrüstungen oder zu militärischen Zwecken verwendbaren Materials an Südafrika zu enthalten.

9) Sie ruft die Gewerkschaftsorganisationen in allen Ländern auf, sich zu weigern, Waffen, Militärausrüstung oder anderes Material, das zu militärischen Zwecken verwendet werden kann, an Südafrika zu liefern.

10) Sie ruft Transport-, Seeschiffahrts-, Bank-, Vermittler- und andere kommerzielle Firmen auf, gleichwelche Hilfe beim Verkauf von Waffen, Militärausrüstung oder anderem Material, das zu militärischen Zwecken verwendet werden kann, an Südafrika abzulehnen.

11) Sie verlangt die Anwendung vollkommener und mandatsmäßiger, in Art. 7 der UNO-Charta vorgesehener wirtschaftlicher Sanktionen, auf jeden Fall aber die buchstäbliche Anwendung des Paragraphen 5 der Resolution des Sicherheitsrates N. 276 (1970).

12) Sie ruft die Vereinten Nationen auf, Schritte zu unternehmen, damit in der ganzen Welt eine Kampagne eingeleitet wird, die für Namibia weitgehende Publizität sichert und das illegale und grausame Vorgehen der Regierung Südafrikas bloßstellt.

13) Sie verweist auf die große Sterblichkeit der afrikanischen Kinder in Namibia, die ein Resultat der berechneten Politik der südafrikanischen Regierung zur Vernichtung eines Teils der afrikanischen Bevölkerung ist, und empfiehlt eine Einsichtnahme durch die UNO und die Organisation für afrikanische Einheit, damit festgestellt wird, ob die von der südafrikanischen Regierung betriebene Politik ein Genozidverbrechen laut Art. VIII der Völkermord-Konvention darstellt.

(Schluß folgt)

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Hilde Bentele, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Harold Rasch, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Karl Graf v. Westphalen, Prof. D. Ernst Wolf. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon: 21 53 36. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5,65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Register 1970
XV. Jahrgang

Pahl-Rugenstein Verlag · Köln

Autorenverzeichnis

Heft/Seite

Abendroth, Wolfgang, Prof. Dr.: BRD und Europäische Sicherheitskonferenz 3/230

Ahlring, Ingrid: „Elend der Philosophie" 2/183

Ahrens, Franz: Viel Kontinuität, wenig Erneuerung in der „Deutschlandpolitik" 1/14

Albers, Detlev u. a.: Zur Kritik des Biedenkopf-Gutachtens . 7/697

Alberts, Jürgen: „Bild" im Einsatz. Analyse der Berichterstattung zu den Septemberstreiks 1969 . . . . . 9/916

Allaun, Frank, M.P., London: England nach den Wahlen . . 7/666

Arbeitskreis Emanzipation Bonn (Pai Annen, Christine César, Florence Hervé-Murray, Sabine Komossa, Ursula Teiner, Irmetraut Thiee, Brigitte Vollmershaus): Zur Lage der Studentinnen in der BRD . . . 4/377

— *(Christine César, Christa Frach, Florence Hervé-Murray, Meinholde Sollmann, Verena Sommerfeld):* Die Diskriminierung der Schülerinnen. Am Beispiel der nordrhein-westfälischen Lehrpläne . . . 9/958

Bamberg, Hans-Dieter: Christliche Kriegspredigt 2/97

— Auch ein Buch über Mitbestimmung 2/188

—, *u. a.:* Zur Situation der SPD . 6/596

Bamberg, Ulrich: Bundeswehr — Elite der Nation? 7/752

Barth, Hans A.: Die Stunde der Anerkennungspartei 5/446

Barisch, Hans-Werner, Prof. Dr. D. D.: Zur Situation der Schwarzen in den USA . . . 2/118

Baukloh, Friedhelm: Helmut Schmidt und Albert Schnez. Zum heutigen politisch-militärischen Führungskonzept der Bundeswehr 1/27

— Machen unsere Generale wieder Politik? 2/122

— Die klugen Köpfe dahinter . . 6/563

— Die Verräter stehen rechts . . 7/672

— „Freiheit", die sie meinen . . 8/784

Heft/Seite

— Der militärisch-industrielle Komplex in der BRD und der Moskauer Vertrag 10/1026

— NATO-Schutz für Portugals Kolonien? 11/1122

Becker, Egon, Dr.: Zur Politik der organisierten Assistentenschaft 5/487

Bennhold, Martin, Dr.: Das Westberliner Handgranatengesetz. Das UZwG und die Berliner Innenpolitik der NATO . . . 4/391

Beyer, Wilhelm Raimund, Prof. Dr.: Die Willkürformeln des Bundesverfassungsgerichts . 1/68

— Warum Hegel heute? Gedanken zur zweiten Säkularfeier Hegels 6/607

Boris, Dieter, Dr., u. a.: Lage und Perspektiven Chiles 10/1075

Boris, Elisabeth, u. a.: Lage und Perspektiven Chiles 10/1075

Bosch, Manfred: „Der Dienst" . . 4/415

Bosgra, Sietse, Amsterdam, u. a.: Portugal und die NATO . . 3/268

v. Bredow, Wilfried, Dr.: Planspiel: Europäische Sicherheitskonferenz 1/6

— Mehr Demokratie wagen! . . 2/134

— Von „realistischen" und „utopischen" Luftschlössern in der Friedensforschung 11/1172

Bredthauer, Karl D.: Ein neues Kapitel aufschlagen. Chancen und Konsequenzen des Moskauer Vertrags 9/898

— Bilanz und Ausblick an der Jahreswende 12/1240

Brender, Hans, Dr., u. a.: Fragen der europäischen Sicherheit und der Sicherheitskonferenz 6/554

Breuer, Wilhelm M.: Vermögenspolitik. Zu Illusion und Wirklichkeit des „Volkskapitalismus" 4/359

Bröder, Friedrich J.: Das Problem der innerparteilichen Demokratie in der BRD. Verfassung und Verfassungswirklichkeit 11/1165

Brüdigam, Heinz: Widerstand gegen das Naziregime in der Forschung und Literatur heute 1/88

Heft/Seite

— Kiesingers politische Mitgift 1/100
— Literatur und Widerstand . . 12/1320

Burger, Hans-Georg: Bürger zweiter Klasse 8/868
— Die Lage der Araber in Israel 9/940
— Kehrtwendung in Israel . . . 12/1232

Buschmann, Martha, u. a.: Fragen der europäischen Sicherheit und der Sicherheitskonferenz 6/554

Czichon, Eberhard: Die deutsche Diktatur 4/413

Damm, Diethelm: Gedanken zum Thema Kapitalinteresse und Gesellschaftsaufgaben in der BRD 5/527

Deschner, Karlheinz, Dr.: Vom verkehrten Fortschritt in der verkehrten Gesellschaft . . . 8/828

Ehrler, Klaus, M.A.: Widerspruch und Verspätung. Auf dem Wege zu einem neuen Selbstverständnis der BRD 3/238
— Es geht um Westberlin . . . 4/330
— 25 Jahre 8. Mai 5/450
— Vom Sinn und Unsinn des „Berlin-Junktims" 8/781
— Westberlin und Entspannung 12/1230

Ehrhard, Wolfgang u. a.: Lage und Perspektiven Chiles . . 10/1075

Elliesen, Klaus: Wachsendes Engagement der USA in Laos . . 3/234
— Wird Kambodscha ein zweites Laos? 4/333
— Thailands Rolle als US-Basis 6/560
— Die Spaltung der indischen Kongreßpartei 7/668
— Zur Situation auf den Philippinen 9/890
— Zur Situation in Malaysia . . 11/1123

Eschenbach, Margarete: Naturwissenschaftliche und technische Intelligenz im Spätkapitalismus 2/140

Etzel, Hermann, Dr.: Streiflicht auf die Justizreform 9/893
— Mit der Inflation leben? . . 12/1296

Ewers, Ulrich: Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs 7/746
— Sozialwissenschaften und Entwicklungspolitik 12/1314

Fedler, Bernhard, u. a.: Die „neue Ordnung" in Indonesien . . 9/907

Heft/Seite

Fritzsche, Klaus: Zum Stand der Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken in der SPD 6/617

Geismaier, Michael: F-104 G — das Milliardending. Vom „Starfighter" zur „Pershing": Bonns Atomträger ohne Bombe 5/518

Geißel, Hiltraut: Zum Tode Gamal Abdel Nassers 10/1008

Göbels, Majo, u. a.: Die „neue Ordnung" in Indonesien . . 9/907

Goldberg, Jörg: Großunternehmen Nation 5/542

Goldschmidt, Werner, u. a.: Zur Kritik des Biedenkopf-Gutachtens 7/697

Gräser, Harry, Dr.: Zur Einkommenssituation in der BRD . . 11/1155

Groß, Herold: Von der deutschen Phrase 6/558

Hall, Martin, Los Angeles: Wer regiert die USA? Der militärisch-industrielle Komplex . . 1/45
— Ein Jahr nach Nixons Amtsantritt 2/114
— Die Kampagne zur Unterdrükkung der Black Panthers . . 4/401
— Entsteht ein Faschismus amerikanischen Stils? 5/452
— Nixons größtes Spiel 6/638
— Nixon und Kambodscha . . . 7/740
— Die USA auf dem Wege zum Polizeistaat? 8/801
— Probleme der demokratischen Bewegung in den USA . . . 9/966
— Nixons Rückkehr zum Kalten Krieg 11/1118
— Nixons Wahlniederlage und die Krise der USA 12/1246

Hennig, Eike: Zur Kritik der Konzertierten Aktion 5/508
— Der militärisch-industrielle Komplex 6/650
— „Si tacuisses . . .!" 9/988

Herde, Georg: Das Verhältnis der Regierung Brandt/Scheel zu den Landsmannschaften . . . 6/577

Hervé-Murray, Florence: „Le Monde" 10/1092

Hoehl, Egbert: Weder Einheit noch Freiheit 10/1094

Heft/Seite

Holz, Hans Heinz, Dr.: Revision des Deutschlandvertrages? . . 1/1
— Zum Tode von Bertrand Russell 2/119
— BRD und DDR in die UNO . . 8/792
— 25 Jahre UNO 10/1006
Hopf, Wulf, u. a.: Gesamtschule: Technokratische Leistungsschule oder Chance zur Demokratisierung der Gesellschaft? 3/285
Hund, Wulf D.: Information oder Manipulation? 6/651
— Bildung im Kapitalismus . . 8/870
Kamberger, Klaus, Dr.: Eine „Arbeitsgemeinschaft für Bürgerinitiative" 10/1014
Koch, Hans-Gerhard: Mit Helmut Schmidt in die 70er Jahre? Zu Person und Rolle des stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD anläßlich des Parteitages der SPD vom 11. bis 14. Mai in Saarbrücken . . . 4/346
—, *u. a.:* Zur Situation der SPD . 6/596
Korte, Hermann: Die Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden 10/1060
Kreis, Karl Markus: Großbritanniens Rolle in Vietnam 1954 bis 1968 . . . . . 8/839
van Krimpen, Christiaan, Amsterdam, u. a.: Portugal und die NATO 3/268
Kröger, Herbert, Dr.: Völkerrechtliche Anerkennung und friedliche Koexistenz 6/565
Krombach, Uwe: Nordirland: Vom Religionskrieg zum Klassenkampf 1/75
Krüger, Marlis, Dr.: Zum Begriff der „black culture" 6/627
Kühnl, Reinhard, Dr.: Faschismus und Imperialismus 5/541
— Politikwissenschaft in der Bundesrepublik. Literaturbericht über „Einführungen" in die Politikwissenschaft . . . 8/815
Kullmann, Karsten: Industrielle Herrschaft, Staat und Verteidigung 11/1137
Kutzschbach, Dieter, Wien: Wie rechtsradikal sind Österreichs Studenten? Eine Analyse des „Rings Freiheitlicher Studenten" 8/861
Lamnitz, Bert: Ein bedeutsamer Prozeß 11/1126
Ley, Hermann, Prof. Dr.: Zur Kritik der „postindustriellen" Gesellschaft 9/934
Lyon-Caen, Gérard, Prof. Dr., Paris: Zur Sozialpolitik der Fünften Republik 7/733
Mansch, Joachim: Der parasitäre Buchmarkt 9/895
Matthiessen, Gunnar: Vor der Europäischen Sicherheitskonferenz 8/778
Maximowa, Lidia, Moskau: Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus und die Währungssituation der BRD 8/854
Mausbach, Hans, Dr.: „Halbgott in Weiß" und die Folgen . . 12/1286
Meister, Roland, Prof. Dr.: Die aktuelle Bedeutung des Potsdamer Abkommens 7/678
Meyer, Hans-Georg: Gedanken zur Arbeit der Schülervertretung (SV) 9/975
Niemann, Rolf: Politische und rechtliche Aspekte zur Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR 4/338
Nyssen, Friedhelm, Dr.: Schule und Wirtschaft. Zur Kritik einiger „Selbstverständlichkeiten" 7/686
— Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur 8/872
Oehlke, Paul u. a.: Zur Kritik des Biedenkopf-Gutachtens . . . 7/697
Opitz, Reinhard: Über Faschismus-Theorien und ihre Konsequenzen 12/1267
Orth, Hans-Joachim: Wirtschaftliche Aspekte des Warschauer Vertrags 12/1236
Ostrowsky, Jürgen: „Ihr Auftritt, Al Mundy!" 7/670
— Amerikas Mythos von „Muskoghee" 1/9

Heft/Seite

Pieper, Karl-Josef: Aus einem Arbeitshaus 4/412
Pinl, Claudia: Zur Diskussion um die Pressereform in der BRD 10/1065
Preuss-Lausitz, Ulf: Emanzipation der Schüler — von der SMV zum Schülerkollektiv 2/151
— *u. a.:* Gesamtschule: Technokratische Leistungsschule oder Chance zur Demokratisierung der Gesellschaft? 3/285
Rasch, Harold, Prof. Dr.: Zwei Staaten deutscher Nation. Die DDR muß völkerrechtlich anerkannt werden 1/23
— Von Erfurt nach Kassel . . . 5/442
— Deutsche Ostpolitik 6/654
— Die Opposition gegen das „Bahr-Papier" 8/787
— Politik mit dem Osten. Von der Abschreckung zum Frieden 10/1018
— Zum Verhältnis zwischen Deutschen und Russen. Geschichtliches und Aktuelles 11/1129
— Die fünf Linien westdeutscher Außenpolitik 11/1209
Rasker, Albert Jan, Prof. Dr., Leyden: Ethisches und Aktuelles zur Friedensfrage 5/534
Regus, Michael, Dr.: Das Krankenhaus im gesellschaftlichen Widerspruch. Versuch einer Analyse 10/1031
Rilling, Rainer: Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik in der BRD (II) 1/52
Rupp, Hans Karl, Dr.: Organisation und Demokratie 11/1207
Smirr, Günter W.: Wolfgang Leonhards „dreigespaltener Marxismus" 9/990
Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB): Stellungnahme zum geplanten Hochschulrahmengesetz 11/1200
Spartakus — Assoziation Marxistischer Studenten (AMS): Stellungnahme zum geplanten Hochschulrahmengesetz . . 11/1200
Syring, Ralf: Die Initiativen des holländischen Angola-Komitees gegen die Unterstützung der portugiesischen Kolonialkriege seitens der BRD . . . 5/481

Heft/Seite

Schacht, Kurt: Innerparteiliche Opposition 2/186
— Staatliche Parteifinanzierung als Integrationsmittel. Das Exempel SPD 10/1052
Schenajew, Wladimir, Dr., Moskau: Die Wirtschaftskrise 1966/67 in der Bundesrepublik Deutschland 3/278
Schilling, Barbara, u. a.: Hinter einer Mauer des Schweigens. Zu einigen Problemen des Kampfes von Guinea-Bissau gegen den portugiesischen Kolonialismus 3/256
Schilling, Wilfried, Gonte di Oggebbio: Zwischenbilanz der italienischen Krise 10/1011
Schuhler, Conrad: Zur Situation der Linken in den USA . . . 1/33
— Nixons „Neue Friedensstrategie" oder Das Globalkonzept des Imperialismus für die siebziger Jahre 5/456
Schwarmborn, Winfried: Vom Ersatzdienst zum Friedensdienst 7/711
Stählin, Rainer: Wer kontrolliert die Banken? 4/335
Stefanowicz, Janusz, Warschau: Polnische Gesichtspunkte zur Sicherheit Europas 2/130
Stinshoff, Richard: Literaturwissenschaft als Instrument staatlicher Repression 12/1316
Streisand, Joachim, Prof. Dr.: Über Faschismus und Neofaschismus 5/470
Unger, Karl, u. a.: Hinter einer Mauer des Schweigens. Zu einigen Problemen des Kampfes von Guinea-Bissau gegen den portugiesischen Kolonialismus 3/256
Veit, Winfried: Zur politischen und ökonomischen Situation in Äthiopien und im Tschad. Eine vergleichende Untersuchung der Konflikte im islamischen Staatengürtel Schwarzafrikas 7/723
Vo Thi Lien über Son My (My Lai) 3/236
Wahl, E. H.: Stillgesessen zur Bescherung 1/86

Heft/Seite

— Wie das Moos im Walde . . 2/182
— Unmethodische Anmerkungen 3/300
— Schwerpunktverlagerungen? 4/417
— Räuber und Gendarm . . . 6/649
— Totale Anpassung 7/756
— Ein historischer Bachmann? 8/867
— A song of joy 9/987
— 450 Volt 10/1099
— Obszön 11/1206
— High Noon 12/1313

Heft/Seite

Waldrich, Hans-Peter: Zur gesellschaftlichen Funktion der Illustriertenpresse 12/1302
Weidenheim, Johannes: CDU in der DDR 1/103
Welkoborsky, Horst: Streik und Recht 7/749
Weyel, Volker: Ein Gespräch mit dem Oppositionsführer Kenias, Oginga Odinga 2/171
Zorn, Gerda: Die Genesis des Antisemitismus 11/1212

Sachverzeichnis

Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland

Helmut Schmidt und Albert Schnez. Zum heutigen politisch-militärischen Führungskonzept der Bundeswehr) (Friedhelm Baukloh) 1/27
Die Willkürformeln des Bundesverfassungsgerichts (Wilhelm Raimund Beyer) 1/68
Machen unsere Generale wieder Politik? (Friedhelm Baukloh) 2/122
Mehr Demokratie wagen! (Wilfried v. Bredow) 2/134
Widerspruch und Verspätung. Auf dem Wege zu einem neuen Selbstverständnis der BRD (Klaus Ehrler) 3/238
Es geht um Westberlin (Klaus Ehrler) 4/330
Mit Helmut Schmidt in die 70er Jahre? Zu Person und Rolle des stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD anläßlich des Parteitages der SPD vom 11. bis 14. Mai in Saarbrücken (Hans-Gerhard Koch) 4/346
Das Westberliner Handgranatengesetz. Das UZwG und die Berliner Innenpolitik der NATO (Martin Bennhold) . . 4/391
Die Stunde der Anerkennungspartei (Hans A. Barth) . . . 3/446
Zur Kritik der Konzertierten Aktion (Eike Hennig) . . . 5/508
F-104 G — das Milliardending. Vom „Starfighter" zur „Pershing": Bonns Atomträger ohne Bombe (Michael Geismaier) 5/518
Von der deutschen Phrase (Herold Groß) 6/558
Das Verhältnis der Regierung Brandt/Scheel zu den Landsmannschaften (Georg Herde) 6/577
Zur Situation der SPD (Hans-Dieter Bamberg und Hans-Gerhard Koch) 6/596
Die Verräter stehen rechts (Friedhelm Baukloh) 7/672
Die Opposition gegen das „Bahr-Papier" (Harold Rasch) . . . 8/787
Streiflicht auf die Justizreform (Hermann Etzel) 9/893
Staatliche Parteifinanzierung als Integrationsmittel. Das Exempel SPD (Kurt Schacht) . . . 10/1052
Industrielle Herrschaft, Staat und Verteidigung (Karsten Kullmann) 11/1137
Das Problem der innerparteilichen Demokratie in der BRD. Verfassung und Verfassungswirklichkeit (Friedrich J. Bröder) 11/1165

Heft/Seite

Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland

Revision des Deutschlandvertrages? (Hans Heinz Holz) . . . 1/4
Viel Kontinuität, wenig Erneuerung in der „Deutschlandpolitik" (Franz Ahrens) 1/14
Zwei Staaten deutscher Nation. Die DDR muß völkerrechtlich anerkannt werden (Harold Rasch) 1/23
BRD und Europäische Sicherheitskonferenz (Wolfgang Abendroth) 3/230
Widerspruch und Verspätung. Auf dem Wege zu einem neuen Selbstverständnis der BRD (Klaus Ehrler) 3/238
Es geht um Westberlin (Klaus Ehrler) 4/330
Politische und rechtliche Aspekte zur Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR (Rolf Niemann) 4/338
Von Erfurt nach Kassel (Harold Rasch) 5/442
Die Stunde der Anerkennungspartei (Hans A. Barth) . . . 5/446
Von der deutschen Phrase (Herold Groß) 6/558
Vom Sinn und Unsinn des „Berlin-Junktims" (Klaus Ehrler) . . 8/781
Die Opposition gegen das „Bahr-Papier" (Harold Rasch) . . . 8/787
Ein neues Kapitel aufschlagen. Chancen und Konsequenzen des Moskauer Vertrags (Karl D. Bredthauer) 9/898
Politik mit dem Osten. Von der Abschreckung zum Frieden (Harold Rasch) 10/1018
Der militärisch-industrielle Komplex in der BRD und der Moskauer Vertrag (Friedhelm Baukloh) 10/1026
Zum Verhältnis zwischen Deutschen und Russen. Geschichtliches und Aktuelles (Harold Rasch) 11/1129
Westberlin und Entspannung (Klaus Ehrler) 12/1230

Heft/Seite

Wirtschaftliche Aspekte des Warschauer Vertrags (Hans-Joachim Orth) 12/1236

Innenpolitik anderer Länder

Amerikas Mythos von „Muskoghee" (Jürgen Ostrowsky) . . 1/9
Zur Situation der Linken in den USA (Conrad Schuhler) . . . 1/33
Wer regiert die USA? Der militärisch-industrielle Komplex (Martin Hall, Los Angeles) . . 1/45
Nordirland: Vom Religionskrieg zum Klassenkampf (Uwe Krombach) 1/75
Ein Jahr nach Nixons Amtsantritt (Martin Hall, Los Angeles) . . 2/114
Zur Situation der Schwarzen in den USA (Hans-Werner Bartsch) 2/118
Ein Gespräch mit dem Oppositionsführer Kenias, Oginga Odinga (Volker Weyel) . . . 2/171
Hinter einer Mauer des Schweigens. Zu einigen Problemen des Kampfes von Guinea-Bissau gegen den portugiesischen Kolonialismus (Barbara Schilling und Karl Unger) 3/256
Aufruf zur Solidarität mit den Völkern in den portugiesischen Kolonien 3/271
Die Kampagne zur Unterdrückung der Black Panthers (Martin Hall, Los Angeles) 4/401
Entsteht ein Faschismus amerikanischen Stils? (Martin Hall, Los Angeles) 5/452
Nixons größtes Spiel (Martin Hall, Los Angeles) 6/638
England nach den Wahlen (Frank Allaun, London) 7/666
Die Spaltung der indischen Kongreßpartei (Klaus Elliesen) 7/668
Zur politischen und ökonomischen Situation in Äthiopien und im Tschad. Eine vergleichende Untersuchung der Konflikte im islamischen Staaten-

Heft/Seite

gürtel Schwarzafrikas (Winfried Veit) 7/723
Zur Sozialpolitik der Fünften Republik (Gérard Lyon-Caen, Paris) 7/733
Die USA auf dem Wege zum Polizeistaat? (Martin Hall, Los Angeles) 8/801
Zur Situation auf den Philippinen (Klaus Elliesen) 9/890
Die „neue Ordnung" in Indonesien (Bernhard Fedler und Majo Göbels) 9/907
Die Lage der Araber in Israel (Hans-Georg Burger) 9/940
Probleme der demokratischen Bewegung in den USA (Martin Hall, Los Angeles) 9/966
Zwischenbilanz der italienischen Krise (Wilfried Schilling, Gonte di Oggebbio) 10/1011
Lage und Perspektiven Chiles (Dieter Boris, Elisabeth Boris und Wolfgang Ehrhardt) . . 10/1075
Zur Situation in Malaysia (Klaus Elliesen) 11/1123
Kehrtwendung in Israel? (Hans-Georg Burger) 12/1232
Nixons Wahlniederlage und die Krise der USA (Martin Hall, Los Angeles) 12/1246

Außenpolitik anderer Länder

Revision des Deutschlandvertrages (Hans Heinz Holz) . . . 1/4
Polnische Gesichtspunkte zur Sicherheit Europas (Janusz Stefanowicz, Warschau) 2/130
Wachsendes Engagement der USA in Laos (Klaus Elliesen) 3/234
Vo Thin Lien über Son My (My Lai) 3/236
Hinter einer Mauer des Schweigens. Zu einigen Problemen des Kampfes von Guinea-Bissau gegen den portugiesischen Kolonialismus (Barbara Schilling / Karl Unger) 3/256

Heft/Seite

Portugal und die NATO (Sietse Bosgra / Christiaan van Krimpen, Amsterdam) 3/268
Wird Kambodscha ein zweites Laos? (Klaus Elliesen) . . . 4/333
Nixons „Neue Friedensstrategie" oder das Globalkonzept des Imperialismus für die siebziger Jahre (Conrad Schuhler) 5/456
Thailands Rolle als US-Basis (Klaus Elliesen) 6/560
Nixons größtes Spiel (Martin Hall, Los Angeles) 6/638
Nixon und Kambodscha (Martin Hall, Los Angeles) 7/740
Großbritanniens Rolle in Vietnam 1954—1968 (Karl Markus Kreis) 8/839
Nixons Rückkehr zum Kalten Krieg (Martin Hall, Los Angeles) 11/1118

Internationale Politik

Planspiel: Europäische Sicherheits-Konferenz (Wilfried v. Bredow) 1/6
Zwei Staaten deutscher Nation. Die DDR muß völkerrechtlich anerkannt werden (Harold Rasch) 1/23
Polnische Gesichtspunkte zur Sicherheit Europas (Janusz Stefanowicz, Warschau) . . . 2/130
BRD und Europäische Sicherheitskonferenz (Wolfgang Abendroth) 3/230
Portugal und die NATO (Sietse Bosgra und Christiaan van Krimpen, Amsterdam) . . . 3/268
Aufruf zur Solidarität mit den Völkern in den portugiesischen Kolonien 3/271
Politische und rechtliche Aspekte zur Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR (Rolf Niemann) 4/338
Die Initiative des holländischen Angola-Komitees gegen die Unterstützung der portugiesi-

Heft/Seite

schen Kolonialkriege seitens der BRD (Ralf Syring) . . . 5/481
Fragen der europäischen Sicherheit und der Sicherheitskonferenz (Martha Buschmann und Hans Brender) 6/554
Völkerrechtliche Anerkennung und friedliche Koexistenz (Herbert Kröger) 6/565
Vor der Europäischen Sicherheitskonferenz (Gunnar Matthiessen) 8/778
Vom Sinn und Unsinn des „Berlin-Junktims" (Klaus Ehrler) 8/781
BRD und DDR in die UNO (Hans Heinz Holz) 8/792
NATO-Schutz für Portugals Kolonien? (Friedhelm Baukloh) . . 11/1122
Von „realistischen" und „utopischen" Luftschlössern in der Friedensforschung (Wilfried v. Bredow) 11/1172

Geschichte und Zeitgeschichte

Vo Thi Lien über Son My (My Lai) 3/236
Die Wirtschaftskrise 1966/67 in der Bundesrepublik Deutschland (Wladimir Schenajew, Moskau) 3/278
25 Jahre 8. Mai (Klaus Ehrler) . . 5/450
Über Faschismus und Neofaschismus (Joachim Streisand) . . 5/470
Ethisches und Aktuelles zur Friedensfrage (Albert Jan Rasker, Leyden) 5/534
Warum Hegel heute? Gedanken zur zweiten Säkularfeier Hegels (Wilhelm Raimund Beyer) 6/607
Die aktuelle Bedeutung des Potsdamer Abkommens (Roland Meister) 7/678
Großbritanniens Rolle in Vietnam 1954—1968 (Karl Markus Kreis) 8/839
Ein neues Kapitel aufschlagen. Chancen und Konsequenzen des Moskauer Vertrags (Karl D. Bredthauer) 9/898

Heft/Seite

25 Jahre UNO (Hans Heinz Holz) 10/1006
Zum Tode Gamal Abdel Nassers (Hiltraut Geißel) 10/1008
Zum Verhältnis zwischen Deutschen und Russen. Geschichtliches und Aktuelles (Harold Rasch) 11/1129

Bildungs- und Kulturpolitik

Amerikas Mythos von „Muskoghee" (Jürgen Ostrowsky) 1/9
Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik in der BRD (II) (Rainer Rilling) 1/52
Widerstand gegen das Naziregime in der Forschung und Literatur heute (Heinz Brüdigam) 1/88
Naturwissenschaftliche und technische Intelligenz im Spätkapitalismus (Margarete Eschenbach) 2/140
Emanzipation der Schüler — von der SMV zum Schülerkollektiv 2/151
Gesamtschule: Technokratische Leistungsschule oder Chance zur Demokratisierung der Gesellschaft? (Wulf Hopf / Ulf Preuss-Lausitz) 3/285
Zur Lage der Studentinnen in der BRD (Arbeitskreis Emanzipation Bonn — Pai Annen, Christine César, Florence Hervé-Murray, Sabine Komossa, Ursula Teiner, Irmetraut Thiee, Brigitte Vollmerhaus) . . . 4/377
Zur Politik der organisierten Assistentenschaft (Egon Becker) 5/487
Zum Begriff der „black culture" (Marlis Krüger) 6/627
„Ihr Auftritt, Al Mundy!" (Jürgen Ostrowsky) 7/670
Schule und Wirtschaft. Zur Kritik einiger „Selbstverständlichkeiten" (Friedhelm Nyssen) 7/686
„Freiheit", die sie meinen (Friedhelm Baukloh) 8/784
Politikwissenschaft in der Bundesrepublik. Literaturbericht

Heft/Seite

über „Einführungen" in die Politikwissenschaft (Reinhard Kühnl) 8/815
Der parasitäre Buchmarkt (Joachim Mansch) 9/985
Die Diskriminierung der Schülerinnen. Am Beispiel der nordrhein-westfälischen Lehrpläne (Arbeitskreis Emanzipation Bonn — Christine César, Christa Frach, Florence Hervé-Murray, Meinholde Sollmann, Verena Sommerfeld) 9/958
Gedanken zur Arbeit der Schülervertretung (SV) (Hans-Georg Meyer) 9/975
Zur Diskussion um die Pressereform in der BRD (Claudia Pinl) 10/1065
Stellungnahmen politischer Hochschulgruppen zum geplanten Hochschulrahmengesetz. Stellungnahme des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB). Stellungnahme des Spartakus — Assoziation Marxistischer Studenten (AMS) 11/1200

Gesellschaftspolitik

Zur Situation der Schwarzen in den USA (Hans-Werner Bartsch) 2/118
Zum Tode von Bertrand Russell (Hans Heinz Holz) 2/119
Naturwissenschaftliche und technische Intelligenz im Spätkapitalismus (Margarete Eschenbach) 2/140
Vo Thi Lien über Son My (My Lai) 3/236
Wer kontrolliert die Banken? (Rainer Stählin) 4/335
Mit Helmut Schmidt in die 70er Jahre? Zu Person und Rolle des stellvertretenden Parteitages der SPD vom 11. bis 14. Mai in Saarbrücken (Hans-Gerhard Koch) 4/346
Vermögenspolitik. Zu Illusion und Wirklichkeit des „Volkskapitalismus" (Wilhelm M. Breuer) 4/359
Zur Lage der Studentinnen in der BRD (Arbeitskreis Emanzipation Bonn — Pai Annen, Christine César, Florence Hervé-Murray, Sabine Komossa, Ursula Teiner, Irmetraut Thiee, Brigitte Vollmershaus) . . . 4/377
Das Westberliner Handgranatengesetz. Das UZwG und die Berliner Innenpolitik der NATO (Martin Bennhold) . . 4/391
Die Kampagne zur Unterdrückung der Black Panthers (Martin Hall, Los Angeles) 4/401
Entsteht ein Faschismus amerikanischen Stils? (Martin Hall, Los Angeles) 5/452
Nixons „Neue Friedensstrategie" oder Das Globalkonzept des Imperialismus für die siebziger Jahre (Conrad Schuhler) 5/456
Über Faschismus und Neofaschismus (Joachim Streisand) . . 5/470
Zur Politik der organisierten Assistentenschaft (Egon Becker) 5/487
Gedanken zum Thema Kapitalinteresse und Gesellschaftsaufgaben in der BRD (Diethelm Damm) 5/527
Ethisches und Aktuelles zur Friedensfrage (Albert Jan Rasker, Leyden) 5/534
Die klugen Köpfe dahinter (Friedhelm Baukloh) 5/563
Zur Situation der SPD (Hans-Dieter Bamberg / Hans Gerhard Koch) 6/596
Zum Stand der Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken in der SPD (Klaus Fritzsche) 6/617
Zur Kritik des Biedenkopf-Gutachtens (Detlev Albers / Werner Goldschmidt / Paul Oehlke) 7/697
Vom Ersatzdienst zum Friedensdienst (Winfried Schwamborn) 7/711
Zur Sozialpolitik der Fünften Republik (Gérard Lyon-Caen, Paris) 7/733

Heft/Seite

Nixon und Kambodscha (Martin Hall, Los Angeles) 7/740
„Freiheit", die sie meinen (Friedhelm Baukloh) 8/784
Vom verkehrten Fortschritt in der verkehrten Gesellschaft (Karlheinz Deschner) 8/828
Wie rechtsradikal sind Österreichs Studenten? Eine Analyse des „Rings Freiheitlicher Studenten" (Dieter Kutzschbach, Wien) 8/861
Streiflicht auf die Justizreform (Hermann Etzel) 9/893
„Bild" im Einsatz. Analyse der Berichterstattung zu den Septemberstreiks 1969 (Jürgen Alberts) 9/916
Zur Kritik der „postindustriellen" Gesellschaft (Hermann Ley) . 9/934
Die Diskriminierung der Schülerinnen. Am Beispiel der nordrhein-westfälischen Lehrpläne (Arbeitskreis Emanzipation Bonn — Christine Cesar, Christa Frach, Florence Hervé-Murray, Meinholde Sollmann, Verena Sommerfeld) 9/958
Probleme der demokratischen Bewegung in den USA (Martin Hall, Los Angeles) 9/966
Eine „Arbeitsgemeinschaft für Bürgerinitiativen" (Klaus Kamberger) 10/1014
Das Krankenhaus im gesellschaftlichen Widerspruch. Versuch einer Analyse (Michael Regus) 10/1031
Staatliche Parteifinanzierung als Integrationsmittel. Das Exempel SPD (Kurt Schacht) . . . 10/1052
Die Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden (Hermann Korte) 10/1060
Ein bedeutsamer Prozeß (Bert Lamnitz) 11/1126
Industrielle Herrschaft, Staat und Verteidigung (Karsten Kullmann) 11/1137
Zur Einkommenssituation in der Bundesrepublik (Harry Gräser) 11/1155
Das Problem der innerparteilichen Demokratie in der BRD. Verfassung und Verfassungswirklichkeit (Friedrich J. Bröder) 11/1165
Bilanz und Ausblick an der Jahreswende (Karl D. Bredthauer) 12/1240
Ökonomische Bedingungen des Faschismus (Gert Schäfer) . . 12/1257
Über Faschismus-Theorien und ihre Konsequenzen (Reinhard Opitz) 12/1267
„Halbgott in Weiß" und die Folgen (Hans Mausbach) . . . 12/1286
Zur gesellschaftlichen Funktion der Illustriertenpresse (Hans-Peter Waldrich) 12/1302

Wirtschaft

Wer regiert die USA? Der militärisch-industrielle Komplex (Martin Hall, Los Angeles) 1/45
Die Wirtschaftskrise 1966/67 in der Bundesrepublik Deutschland (Wladimir Schenajew, Moskau) 3/278
Wer kontrolliert die Banken? (Rainer Stählin) 4/335
Vermögenspolitik. Zu Illusion und Wirklichkeit des „Volkskapitalismus" (Wilhelm M. Breuer) 4/359
Zur Kritik der Konzertierten Aktion (Eike Hennig) 5/508
F-104 G — das Milliardending. Vom „Starfighter" zur „Pershing": Bonns Atomträger ohne Bombe (Michael Geismaier) 5/518
Gedanken zum Thema Kapitalinteresse und Gesellschaftsaufgaben in der BRD (Diethelm Damm) 5/527
Schule und Wirtschaft. Zur Kritik einiger „Selbstverständlichkeiten" (Friedhelm Nyssen) 7/686
Zur Kritik des Biedenkopf-Gutachtens (Detlev Albers / Werner Goldschmidt / Paul Oehlke) 7/697
Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen

Heft/Seite

Entwicklung des Kapitalismus und die Währungssituation in der BRD (Lidia Maximowa, Moskau) 8/854

Der militärisch-industrielle Komplex in der BRD und der Moskauer Vertrag (Friedhelm Baukloh) 10/1026

Industrielle Herrschaft, Staat und Verteidigung (Karsten Kullmann) 11/1137

Zur Einkommenssituation in der Bundesrepublik (Harry Gräser) 11/1155

Wirtschaftliche Aspekte des Warschauer Vertrags (Hans-Joachim Orth) 12/1236

Ökonomische Bedingungen des Faschismus (Gert Schäfer) . . 12/1257

Über Faschismus-Theorien und ihre Konsequenzen (Reinhard Opitz) 12/1267

Mit der Inflation leben? (Hermann Etzel) 12/1296

Chronik

Chronik des Monats Dez. 1969 1/1
Chronik des Monats Januar 1970 2/111
Chronik des Monats Februar 1970 3/227
Chronik des Monats März 1970 4/327
Chronik des Monats April 1970 5/439
Chronik des Monats Mai 1970 6/551
Chronik des Monats Juni 1970 7/663
Chronik des Monats Juli 1970 8/775
Chronik des Monats August 1970 9/887
Chronik des Monats Sept. 1970 10/1003
Chronik des Monats Okt. 1970 11/1115
Chronik des Monats Nov. 1970 12/1227

Fernseh-Spalte

Stillgesessen zur Bescherung (E. H. Wahl) 1/86

Wie das Moos im Walde (E. H. Wahl) 2/182

Heft/Seite

Unmethodische Anmerkungen (E. H. Wahl) 3/300

Schwerpunktverlagerungen? (E. H. Wahl) 4/417

Räuber und Gendarm (E. H. Wahl) 6/649

Totale Anpassung (E. H. Wahl) 7/756

Ein historischer Bachmann? (E. H. Wahl) 8/867

A song of joy (E. H. Wahl) . . 9/987

450 Volt (E. H. Wahl) 10/1099

Obszön (E. H. Wahl) 11/1206

High Noon (E. H. Wahl) 12/1313

Besprochene Bücher

Apel, Günter: Mitbestimmung. Grundlagen, Wege, Ziele (Hans-Dieter Bamberg, Auch ein Buch über Mitbestimmung) 2/188

Baethge, Martin: Ausbildung und Herrschaft (Wulf D. Hund, Bildung im Kapitalismus) . . . 8/870

Besson, Waldemar: Die Außenpolitik der Bundesrepublik (Harold Rasch, Die fünf Linien westdeutscher Außenpolitik) . 11/1209

Börnsen, Gert: Innerparteiliche Opposition — Jungsozialisten und SPD (Kurt Schacht, Innerparteiliche Opposition) . . . 2/186

Bohn, Willi: Transportkolonne Otto. — Literatur und Widerstand. — Stücke gegen den Faschismus (Heinz Brüdigam, Literatur und Widerstand) . . 12/1320

Bracher, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur (Eberhard Czichon, Die deutsche Diktatur) 4/413

Danckwerts / Lechner / Plützer / Stiebitz: Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik (Ulrich Ewers, Sozialwissenschaften und Entwicklungspolitik) 12/1314

„Der Dienst" (Zeitschrift): (Manfred Bosch, „Der Dienst") . . 4/415

Dohnanyi, Klaus v.: Japanische Strategie oder Das deutsche Führungsdefizit (Jörg Goldberg, Großunternehmen Nation) 5/542

Heft/Seite

Ehrler, Klaus (Hrsg.): CDU in der DDR (Johannes Weidenheim, CDU in der DDR) 1/103

Galbraith, John Kenneth: Wie man Generale bändigt (Eike Hennig, Der militärisch-industrielle Komplex) 6/650

Gravenhorst, Lerke: Fallstudien an weiblichen Insassen eines Arbeitshauses (Karl-Josef Pieper, Aus einem Arbeitshaus) 4/412

Guedj, Aime/Girault, Jacques: Le Monde (Florence Hervé-Murray, „Le Monde") . . . 10/1092

Hildebrandt, Klaus: Vom Reich zum Weltreich (Reinhard Kühnl, Faschismus und Imperialismus) 5/541

Hortleder, Gerd: Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs (Ulrich Ewers, Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs) 7/746

Isaac, Jules: Genesis des Antisemitismus (Gerda Zorn, Die Genesis des Antisemitismus) 11/1212

Jessen, Hans (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1948/49 in Augenzeugenberichten (Egbert Hoehl, Weder Einheit noch Freiheit) 10/1094

Klarsfeld, Beate: Die Geschichte des PG 2633930 Kiesinger. — „ADF zum Fall Kiesinger". Dokumentation (Heinz Brüdigam, Kiesingers politische Mitgift) 1/100

Leonhard, Wolfgang: Die Dreispaltung des Marxismus (Günter W. Smirr, Wolfgang Leonhards dreigespaltener Marxismus) 9/990

Lobel, Eli/Geries Sabri: Die Araber in Israel (Hans-Georg Burger, Bürger zweiter Klasse) 8/868

Meissner, Boris (Hrsg.): Die deutsche Ostpolitik 1961—1970 (Harold Rasch, Deutsche Ostpolitik) 6/654

Mertner/Mainusch: Pornotopia (Richard Stinshoff, Literaturwissenschaft als Instrument staatlicher Repression) . . . 12/1316

Mosen, Wido: Bundeswehr — Elite der Nation? Und: *Hedde, Klaus Peter / Fischer, Elmar:* Betreuung und Fürsorge in der Bundeswehr (Ulrich Bamberg, Bundeswehr — Elite der Nation?) 7/752

Moser, Tilman: Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur (Friedhelm Nyssen, Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur) 8/872

Naschold, Frieder: Organisation und Demokratie (Hans Karl Rupp, Organisation und Demokratie) 11/1207

Nolte, Ernst: Der Nationalsozialismus (Eike Hennig, „Si tacuisses . . .!") 9/988

Pressel, Wilhelm: Die Kriegspredigt 1914—1918 in der evangelischen Kirche Deutschlands. — *Missalla, Heinrich:* „Gott mit uns" (Hans-Dieter Bamberg, Christliche Kriegspredigt) 1/97

Rajewski, Xenia: Arbeitskampfrecht in der Bundesrepublik (Horst Welkoborsky, Streik und Recht) 7/749

Schmidtchen, Gerhard: Manipulation — Freiheit negativ. Und: *Armbruster, Arndt, Bachof, u. a.:* Pressefreiheit (Wulf D. Hund, Information oder Manipulation?) 6/651

Wolff, Robert Paul: Das Elend des Liberalismus (Ingrid Ahlring, „Elend der Philosophie") 2/183

Buchbesprechungen

Christliche Kriegspredigt (Hans-Dieter Bamberg) 1/97

Kiesingers politische Mitgift (Heinz Brüdigam) 1/100

CDU in der DDR (Johannes Weidenheim) 1/103

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1/104

„Elend der Philosophie" (Ingrid Ahlring) 2/183

Heft/Seite

Innerparteiliche Opposition (Kurt Schacht) 2/185
Auch ein Buch über Mitbestimmung (Hans-Dieter Bamberg) 2/188
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 2/189
Aus einem Arbeitshaus (Karl-Josef Pieper) 4/412
Die deutsche Diktatur (Eberhard Czichon) 4/413
„Der Dienst" (Manfred Bosch) . . 4/415
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 4/416
Faschismus und Imperialismus (Reinhard Kühnl) 5/541
Großunternehmen Nation (Jörg Goldberg) 5/542
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 5/546
Der militärisch-industrielle Komplex (Eike Hennig) 6/650
Information oder Manipulation? (Wulf D. Hund) 6/651
Deutsche Ostpolitik (Harold Rasch) 6/654
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 6/655
Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs (Ulrich Ewers) 7/746
Streik und Recht (Horst Welkoborsky) 7/749
Bundeswehr — Elite der Nation? (Ulrich Bamberg) 7/752
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 7/754
Bürger zweiter Klasse (Hans-Georg Burger) 8/868
Bildung im Kapitalismus (Wulf D. Hund) 8/870
Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur (Friedhelm Nyssen) 8/872
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 8/873
„Si tacuisses ...!" (Eike Hennig) 9/988
Wolfgang Leonhards „dreigespaltener Marxismus" (Günter W. Smirr) 9/990
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 9/994

Heft/Seite

„Le Monde" (Florence Hervé-Murray) 10/1092
Weder Einheit noch Freiheit (Egbert Hoebl) 10/1094
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 10/1097
Organisation und Demokratie (Hans Karl Rupp) 11/1207
Die fünf Linien westdeutscher Außenpolitik (Harold Rasch) 11/1209
Die Genesis des Antisemitismus (Gerda Zorn) 11/1212
Sozialwissenschaften und Entwicklungspolitik (Ulrich Ewers) 12/1314
Literaturwissenschaft als Instrument staatlicher Repression (Richard Stinshoff) 12/1316
Literatur und Widerstand (Heinz Brüdigam) 12/1320

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut des Kommuniqués über die Beratungen führender Persönlichkeiten sozialistischer Staaten am 3./4. Dezember 1969 in Moskau 1/105
Wortlaut des Briefes des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, an den Präsidenten der BRD, Gustav Heinemann, vom 17. Dezember 1969 . . . . . 1/108
Wortlaut des Briefes des Präsidenten der BRD, Gustav Heinemann, an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, vom 21. Dezember 1969 . . . . . 1/108
Wortlaut des Entwurfes eines Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD vom 17. Dezember 1969 . . . . . 1/109
Soziale Zusammensetzung des 6. Deutschen Bundestages . . 1/110
Wortlaut der Rede von Bundeskanzler Willy Brandt vor dem

Heft/Seite

Bundestag am 14. Januar 1970 (Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation) 2/191

Wortlaut der Rede des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, auf der internationalen Pressekonferenz am 19. Januar 1970 und seine Antworten auf die Fragen der Presse 2/202

Starfighter-Verluste 2/225

Wortlaut der „Schnez-Studie" . . 3/301

Wortlaut der „Neun Thesen junger Offiziere", veröffentlicht in Hamburg im Januar 1970 3/319

Wortlaut des Briefes des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Willi Stoph, an Bundeskanzler Willy Brandt vom 11. Februar 1970 . . . . . 3/324

Wortlaut des Briefes von Willy Brandt an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, vom 18. Februar 1970 . . . . . 3/324

Erklärung von Willi Stoph, Vorsitzender des Ministerrates der DDR, am 19. März 1970 in Erfurt 4/418

Erklärung von Willy Brandt, Bundeskanzler der BRD, am 19. März 1970 in Erfurt . . . 4/429

Programm des „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt", veröffentlicht am 7. März 1970 in Köln 4/437

Stärke der Bundeswehr Anfang 1969 und Anfang 1970 . . . 4/438

Unfälle mit Atomwaffen von 1950 bis 1969 . . . . . 5/547

Wortlaut der Entschließung des Hamburger Kolloquiums 1970 6/656

Wortlaut der Erklärung von sieben Professoren der Hochschule für bildende Künste, Westberlin, vom 28. Mai 1970 6/658

Stellungnahme von Prof. Dr. Andreas Dress, Bielefeld, auf dem Kongreß für Mathematiker in Madison/USA im April 1970 . . . . . 6/661

Aufruf zum Reportagewettbewerb 1970 des „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt" 6/662

Heft/Seite

Wortlaut der Erklärung von Willy Brandt, Bundeskanzler der BRD, am 21. Mai 1970 in Kassel 7/757

Wortlaut der Erklärung von Willi Stoph, Vorsitzender des Ministerrates der DDR, am 21. Mai 1970 in Kassel . . . 7/760

Wortlaut der Erklärung der Natoratstagung am 26./27. Mai 1970 in Rom über Fragen der beiderseitigen Truppenverminderung (ohne Zustimmung Frankreichs) 7/769

Wortlaut des Memorandums der Budapester Konferenz der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 26./27. Juni 1970 . . . . . 7/770

Der Wortlaut des sogenannten Bahr-Papiers 7/773

Soldat 70 — Wehrpflichtige melden sich zu Wort 8/874

Wortlaut des offenen Briefes der Befreiungsfront von Mozambique an den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland 8/880

Guatemala 8/882

Wortlaut des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 12. August 1970 . . . . 9/993

Dokumente, die mit dem Vertrag zwischen der BRD und der UdSSR in Zusammenhang stehen 9/997

Gemeinsames Kommuniqué der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken . . 9/1000

Tischrede von Ministerpräsident Kossygin 9/1002

Tischrede des Bundeskanzlers . . 9/1002

Wortlaut des Kairoer Abkommens vom 27. September 1970 zur Beilegung des Bürgerkriegs in Jordanien 10/1100

Wortlaut der Reden von Gunnar und Alva Myrdal anläßlich der Verleihung des Friedens-

Heft/Seite

preises 1970 durch den Börsenverein des deutschen Buchhandels am 27. September 1970 in Frankfurt/Main . . . 10/1101

8 Punkte für den Frieden in Vietnam. Wortlaut der Erklärung des Außenministers der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam, Frau Nguyen Thi Binh, vom 17. September 1970 11/1215

Wortlaut der Rede des Sprechers der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam, Herrn Ly Van Sau, vom 22. Oktober 1970 11/1217

Wortlaut der Erklärung der Frankfurter Tagung zu Fragen der europäischen Sicherheit und einer Europäischen Sicherheitskonferenz vom 11. Oktober 1970 . . . . . 11/1224

Wortlaut einer Pressemitteilung der baskischen Oppositionsbewegung (ETA) über die Unterdrückung im Baskenland 11/1225

Wortlaut des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970 . . . . . 12/1325

Dokumente, die mit dem Vertrag zwischen der BRD und der VR Polen in Zusammenhang stehen 12/1326

Wortlaut der Erklärung der Staaten des Warschauer Paktes zu Fragen der europäischen Sicherheit vom 3. Dezember 1970 in Berlin (DDR) 12/1330

Wortlaut der Resolutionen der Dritten Konferenz der blockfreien Länder in Lusaka/Sambia (I) 12/1332

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Hilde Bentele, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Harold Rasch, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Karl Graf v. Westphalen, Prof. Dr. Ernst Wolf. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon: 21 53 36. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5,65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft. *** *BURGER, Hans-Georg*, geb. 1945 in Immenstadt/Allgäu, studierte zunächst in Köln, danach an der FU Westberlin; Doktorand am Institut für Publizistik der FU, Mitarbeiter am Seminar für Judaistik der FU. *** *ORTH, Hans Joachim*, geb. 1922 in Düsseldorf, Mitarbeiter an zahlreichen Tages- und Fachzeitungen sowie an Rundfunkanstalten, Autor dreier Polenbücher, lebt als freier Publizist in Düsseldorf. *** *HALL, Martin*, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *SCHÄFER, Gert*, geb. 1941 in Stuttgart, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie, lebt in Frankfurt/Main. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *OPITZ, Reinhard*, geb. 1934 in Beuthen O/S, lebt als Publizist in Köln. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *MAUSBACH, Dr. Hans*, geb. 1936 in Greifswald, studierte Medizin in Berlin, Düsseldorf und Kiel; zuletzt beschäftigt als Wissenschaftlicher Assistenzarzt am Nordwestkrankenhaus in Frankfurt/Main, gekündigt zum 31. März 1971, unmittelbar vor Beendigung der Ausbildung zum Facharzt für Chirurgie. Mitglied der Basisgruppe Medizin in Frankfurt. *** *ETZEL, Dr. jur. Hermann*, ehemals Mitglied des Deutschen Bundestages und Präsident der Handwerkskammer München, lebt in Bamberg. Dr. Hermann Etzel ist Mitbegründer der „Blätter". *** *WALDRICH, Hans-Peter*, geb. 1944 in Freiburg/Br., studiert Politische Wissenschaften, Mitglied der Christlichen Presseakademie. *** *EWERS, Ulrich*, geb. 1948 in Pechelsheim/Krs. Warburg, studiert Chemie in Köln. *** *STINSHOFF, Richard*, geb. 1944 in Hüssfeld/Rhön, studiert Germanistik, Anglistik und Mediävistik in Münster. *** *BRÜDIGAM, Heinz*, geb. 1929 in Hamburg, lebt als Journalist in Wedel bei Hamburg.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen ein Prospekt des Verlags „pläne" und eine Werbekarte des Pahl-Rugenstein Verlags bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Es schrieben bisher u. a.

Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Martin Bennhold
Max Bense
Igor Bestushew
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
William Borm
Achim v. Borries
Lord Boyd Orr
Wilfried v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Harold Davies
Frank Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Fritz Eichholtz
Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Ragnar Forbech
Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Wolfgang Friedmann
Ragnar Frisch
Klaus Fritzsche
Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Werner Hahlweg
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Wilhelm Hasenack
Hanns-Jochen Hauß
Hartmut Häußermann
Friedrich Heer
Horst Heiden
Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Werner Otto v. Hentig
Rudolf Hilf
Joachim Hirsch
Egbert Hoehl
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Victor Kadalie
Erich Kahler
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Fritz Köhler
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Heinz Langerhans
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Jonas Lesser †
Carlo Levi
Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Walther Maas
Werner Maihofer
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias
Ernst May †
Peter Meier
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Heinrich Meng
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Anna Nieklewicz
Reinhard Opitz
Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
A. Poltorak
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki
Harold Rasch
A. J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Felix Rexhausen
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Karl Rode
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz B. Schick
Theo Schiller
Richard Schmid
Franz Paul Schneider
Robert Scholl
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Levin Schücking †
Hans-Adalbert Schweigart
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman
Karl Stankiewitz
Karl-Heinz Stanzick
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Karl Stoevesandt
Stephen Swingler
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailovic
Gregori Tunkin
John E. Ullmann
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

EHRLER, Klaus, M. A., geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft. *** *BURGER, Hans-Georg*, geb. 1945 in Immenstadt/Allgäu, studierte zunächst in Köln, danach an der FU Westberlin; Doktorand am Institut für Publizistik der FU, Mitarbeiter am Seminar für Judaistik der FU. *** *ORTH, Hans Joachim*, geb. 1922 in Düsseldorf, Mitarbeiter an zahlreichen Tages- und Fachzeitungen sowie an Rundfunkanstalten, Autor dreier Polenbücher, lebt als freier Publizist in Düsseldorf. *** *HALL, Martin*, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *SCHÄFER, Gert*, geb. 1941 in Stuttgart, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie, lebt in Frankfurt/Main. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *OPITZ, Reinhard*, geb. 1934 in Beuthen O/S, lebt als Publizist in Köln. Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *MAUSBACH, Dr. Hans*, geb. 1936 in Greifswald, studierte Medizin in Berlin, Düsseldorf und Kiel; zuletzt beschäftigt als Wissenschaftlicher Assistenzarzt am Nordwestkrankenhaus in Frankfurt/Main, gekündigt zum 31. März 1971, unmittelbar vor Beendigung der Ausbildung zum Facharzt für Chirurgie. Mitglied der Basisgruppe Medizin in Frankfurt. *** *ETZEL, Dr. jur. Hermann*, ehemals Mitglied des Deutschen Bundestages und Präsident der Handwerkskammer München, lebt in Bamberg. Dr. Hermann Etzel ist Mitbegründer der „Blätter". *** *WALDRICH, Hans-Peter*, geb. 1944 in Freiburg/Br., studiert Politische Wissenschaften, Mitglied der Christlichen Presseakademie. *** *EWERS, Ulrich*, geb. 1948 in Pechelsheim/Krs. Warburg, studiert Chemie in Köln. *** *STINSHOFF, Richard*, geb. 1944 in Hüssfeld/Rhön, studiert Germanistik, Anglistik und Mediävistik in Münster. *** *BRÜDIGAM, Heinz*, geb. 1929 in Hamburg, lebt als Journalist in Wedel bei Hamburg.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen ein Prospekt des Verlags „pläne" und eine Werbekarte des Pahl-Rugenstein Verlags bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Fünfzehnter Jahrgang · Heft 12/1970

Herausgeber

HILDE BENTELE
GERHARD GOLLWITZER
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HAROLD RASCH
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF v. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

Chronik des Monats November 1970

2. 11. — Abrüstung. Mit einem Empfang bei Außenminister Leskinen beginnt in der finnischen Hauptstadt die dritte Runde der amerikanisch-sowjetischen „Strategic Talks" (SALT). Delegationsleiter sind wiederum der Direktor der Abrüstungsbehörde Smith (USA) und der stellvertretende Außenminister Semjonow (UdSSR). Smith und Semjonow hatten vom 17. November bis zum 22. Dezember 1969 in Helsinki und vom 16. April bis zum 14. August 1970 in Wien über die mögliche Beschränkung strategischer Waffensysteme beraten.

3. 11. — USA. Bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus und den Teilwahlen zum Senat (von 100 Mandaten stehen 35 zur Wahl) können die Demokraten ihre führende Stellung behaupten; im Repräsentantenhaus verlieren die Republikaner Präsident Nixons 9 Mandate. Zusammensetzung des Repräsentantenhauses: Demokraten 255 (bisher 246), Republikaner 180 (189) Sitze; Zusammensetzung des Senats: Demokraten 54 (bisher 57), Republikaner 44 (43), Fraktionslose 2 (0) Sitze.

— Bundesrepublik / Tschechoslowakei. Bundeskanzler Brandt teilt vor der SPD-Bundestagsfraktion mit, die Regierung habe einen Brief aus Prag erhalten, in dem der Wunsch nach Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei ausgesprochen werde. In „absehbarer Zeit" sei mit der Aufnahme entsprechender Verhandlungen zu rechnen.

4. 11. — UNO. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen genehmigt mit 57 gegen 16 Stimmen bei 39 Enthaltungen einen von 20 afro-asiatischen Staaten sowie Jugoslawien eingebrachten Antrag, der Israel und die arabischen Staaten auffordert, im Rahmen einer verlängerten Waffenruhe mit dem UN-Vermittler Gunnar Jarring nach einem Weg zur Durchführung der Resolution des Sicherheitsrates vom 22. November 1967 zu suchen. — Am 13. 11. verweigert die Generalversammlung mit 60 gegen 42 Stimmen bei 12 Enthaltungen der Delegation Südafrikas die Akkreditierung. Versammlungspräsident Edvard Hambro (Norwegen) interpretiert den Beschluß als eine „scharfe Verurteilung der Politik der südafrikanischen Regierung", der jedoch keine juristischen Konsequenzen habe. — Am 20. 11. erreicht ein Antrag auf Aufnahme der Volksrepublik China in die Weltorganisation erstmalig seit 20 Jahren eine einfache Mehrheit. Es werden 51 Jagegen 49 Nein-Stimmen bei 25 Enthaltungen abgegeben. Zuvor war jedoch mit 66 gegen 52 Stimmen bei 7 Enthaltungen beschlossen worden, die Entscheidung einer Zweidrittelmehrheit zu unterwerfen.

— Berlin. Im Gebäude des ehemaligen Kontrollrates findet das neunte Berlin-Gespräch der Botschafter Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion statt. In dem anschließend veröffentlichten Kommuniqué ist erstmalig von Fortschritten in „gewissen Punkten" die Rede. Der Meinungsaustausch solle fortgesetzt werden. — Am 30. 11. beginnt im Reichstagsgebäude eine zweitägige Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; Sowjetbotschafter Abrassimow hatte gegen diese Sitzung bei den drei Westmächten protestiert. Die DDR-Behörden reagieren mit einer schleppenden Abfertigung des Kraftfahrzeugverkehrs von und nach Berlin, die mehrere Tage andauert.

6. 11. — Italien/China. In Rom und Peking wird die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern bekanntgegeben. Eine gemeinsame Mitteilung verwendet die chinesisch-kanadische Formel vom 13. 10., mit der Italien die Rechtsauffassung der VR China zum Status Taiwans „zur Kenntnis" nimmt und die Regierung in Peking „als die einzige legale Regierung Chinas" anerkennt.

8. 11. — Hessen. Mit einem Stimmenverlust von rund fünf Prozent büßen die regierenden Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen ihre absolute Mehrheit ein. Die Freien Demokraten können ihren Anteil behaupten; die Christlichen Demokraten verstärken ihre Position mit einem Gewinn von 13 Prozent, während die Nationaldemokraten die Fünf-Prozent-Klausel nicht mehr erreichen und aus dem Parlament ausscheiden. Zusammensetzung des neuen Landtages: SPD 53, CDU 46, FDP 11 Sitze. Noch in der Wahlnacht bekräftigen Vertreter von SPD und FDP ihre Absicht, eine Regierungskoalition einzugehen.

12. 11. — Frankreich. Staatspräsident Pompidou führt politische Gespräche mit einer Reihe ausländischer Politiker, die sich anläßlich eines Trauerakte für den am 9. 11. verstorbenen früheren Präsidenten Charles de Gaulle in Paris aufhalten. Pompidou empfängt u. a. das sowjetische Staatsoberhaupt Podgorny, Präsident Nixon, den britischen Premierminister Heath sowie die indische Ministerpräsidentin Frau Gandhi. Podgorny und Nixon treffen am Rande der Feierlichkeiten ebenfalls zu einer kurzen Unterredung zusammen.

— Chile. Präsident Salvador Allende gibt in einer Rundfunk- und Fernsehansprache die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Kuba bekannt. Allende erklärt, die im Juni 1964 verabschiedete Resolution der Organisation Amerikanischer Staaten, die die Mitglieder zum Abbruch aller Beziehungen verpflichtete, habe „keinen legalen oder moralischen Grund". — Am 13. 11. bedauert ein Sprecher des US-Außenministeriums die Entscheidung Chiles.

13. 11. — Syrien. Verteidigungsminister General Hafes al-Assad läßt den bisherigen Präsidenten Atassi und mehrere Minister ihrer Ämter entheben. Assad beantwortet damit den Beschluß eines Parteikongresses der regierenden Baath-Partei vom Vortag, in dem die Absetzung des Verteidigungsministers und des Generalstabschefs der Armee angekündigt worden war. — Am 16. 11. meldet Radio Damaskus, die neue Führung werde eine Verfassung ausarbeiten und Schritte unternehmen, um der geplanten Föderation Ägyptens, Libyens und des Sudans beizutreten.

17. 11. — Weltraum. Sowjetische Wissenschaftler setzen die Erforschung des Mondes durch unbemannte automatische Stationen mit einem neuartigen Experiment fort. „Luna 17" setzt auf dem Planeten ein Erkundungsfahrzeug ab, das den Namen „Lunochod 1" trägt und das von der Erde aus gesteuert wird.

18. 11. — Polen/Bundesrepublik. Bundesaußenminister Scheel und der polnische Außenminister Jedrychowski paraphieren in Warschau einen „Vertrag der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen". An der Zeremonie nimmt auch Ministerpräsident Cyrankiewicz teil, der eine Einladung an Bundeskanzler Brandt richtet, zur Unterzeichnung des Abkommens nach Warschau zu kommen. Zusammen mit dem Vertragswerk werden am 20. 11. in Bonn und Warschau auch einige Begleittexte veröffentlicht. Es handelt sich um einen Notenwechsel zwischen der Bundesregierung und den drei Westmächten sowie um eine Information der polnischen Regierung „über Maßnahmen zur Lösung humanitärer Probleme" (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

20.—21. 11. — Vietnam. Amerikanische Luftwaffeneinheiten bombardieren in mehreren Einsätzen nordvietnamesisches Territorium. In Berichten von Radio Hanoi heißt es, es seien Ziele in einem Gebiet angegriffen worden, das von der Hafenstadt Haiphong bis zur Provinz Hoa Binkh reiche. Die Verluste unter der Bevölkerung seien beträchtlich. In Washington wird die Aktion mit dem Abschuß eines US-Aufklärungsflugzeuges am 13. 11. begründet. Die „Aufklärung" über Nordvietnam solle auch in Zukunft fortgesetzt werden.

22. 11. — Bayern. Die Christlich-Soziale Union kann bei den Wahlen zum Landtag ihre bisherige Mehrheit weiter ausbauen; die Nationaldemokraten verlieren sämtliche Mandate. Der Anteil der Sozialdemokraten geht leicht zurück. Die Freien Demokraten überwinden in Mittelfranken mit 11,6 Prozent der Stimmen die Sperrklausel des bayerischen Wahlgesetzes und kehren damit nach vierjähriger Unterbrechung wieder in das Parlament zurück. Zusammensetzung des neuen Landtages: CSU 124, SPD 70, FDP 10 Sitze.

— Guinea. Präsident Sékou Touré unterrichtet alle afrikanischen Staatschefs über eine Aggression „europäischer und afrikanischer Söldner", die von „portugiesischen Kriegsschiffen" an Land gesetzt worden seien. In einem Telegramm an Generalsekretär U Thant verlangt der Präsident die „unverzügliche Intervention" von Luftlandetruppen der Vereinten Nationen. Der Sicherheitsrat, der noch am gleichen Abend in New York zusammentritt, entsendet eine Untersuchungskommission nach Conakry, die sich aus Vertretern Kolumbiens, Finnlands, Nepals, Polens und Sambias zusammensetzt.

26. 11. — Finnland. Die Regierung richtet ein Memorandum an 35 Staaten, das die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz betrifft. Den angesprochenen Regierungen wird vorgeschlagen, in Helsinki zunächst bilaterale informatorische Kontakte aufzunehmen. Später solle dann ein multilaterales Vorbereitungstreffen in Aussicht genommen werden.

27. 11. — DDR / Bundesrepublik. Zur Wiederaufnahme der seit dem Kasseler Treffen zwischen Brandt und Stoph unterbrochenen direkten Kontakte der Regierungen beider deutscher Staaten führt Staatssekretär Bahr vom Bundeskanzleramt im Gebäude des DDR-Ministerrates in Ostberlin ein erstes Gespräch mit Staatssekretär Kohl. In einer kurzen Verlautbarung wird lediglich mitgeteilt, es sei vereinbart worden, den Meinungsaustausch fortzusetzen.

30. 11. — Sowjetunion. In einer Rede zum 50. Jahrestag der Sowjetrepublik Armenien nimmt Parteisekretär Breschnew ausführlich zur Außenpolitik Stellung. Breschnew kritisiert scharf die amerikanische Vietnam-Politik, vor allem die jüngste Bombardierung Nordvietnams, erläutert die sowjetische Position zur Lage im Nahen Osten und zur Deutschland-Frage und erklärt zu den Vier-Mächte-Vereinbarungen in Berlin: „Wir sind der Auffassung, daß eine Gesundung der Situation in Westberlin vollumfänglich zu erreichen ist. Es genügt, daß alle interessierten Seiten guten Willen zeigen und Beschlüsse ausarbeiten, die den Wünschen der Westberliner Bevölkerung entgegenkommen und die legitimen Interessen und souveränen Rechte der DDR berücksichtigen."